

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font. It is positioned in the upper right corner of the page, set against a white rectangular background.

CDU

A stylized representation of the German national flag, featuring three horizontal, curved stripes of black, red, and gold. The stripes are positioned in the lower left quadrant of the page, overlapping the blue-tinted background image.

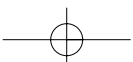
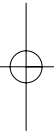
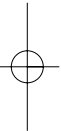
Protokoll

21. Parteitag der CDU Deutschlands

3.-4. Dezember 2007, Hannover

Protokoll

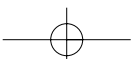
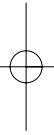
**21. Parteitag der CDU Deutschlands
3.-4. Dezember 2007, Hannover**



21. Parteitag der CDU Deutschlands

3

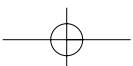
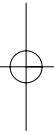
INHALT	Seite
Eröffnung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlussfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der Antragskommission	12
Wahl der Mandatsprüfungskommission	12
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußworte	
■ Christian Wulff MdL, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen	13
■ Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover	18
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	20
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	42
Bericht der Mandatsprüfungskommission	71
Antrag des Bundesvorstandes „Chancen für Alle. Bildung, Arbeit, Wohlstand“ – Beratung und Beschlussfassung –	71
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB, zugleich Einführung in den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Entwurf des Grundsatzprogramms	73
Allgemeine Aussprache und Beratung zum Grundsatzprogramm	81
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	157
Änderung von Statut, Finanz- u. Beitragsordnung sowie Geschäftsordnung der CDU – Beratung und Beschlussfassung –	197
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichts 2005 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz, Eckhart von Klaeden MdB	202
Bericht der Rechnungsprüfer	205
Grußwort des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens MdEP	208



21. Parteitag der CDU Deutschlands

5

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB	210
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Staatsminister Erwin Huber MdL	225
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert“ Ministerpräsident Roland Koch MdL – Beratung und Beschlussfassung –	236
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	247
ANHANG	
Beschlussprotokoll	249
Rednerverzeichnis	369



Montag, 3. Dezember 2007
Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.43 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

ERÖFFNUNG

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Guten Morgen.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 21. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle sehr herzlich hier in Hannover.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt selbstverständlich Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Sie stehen für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Ganz herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stephan Weil, der gleich ein Grußwort zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Herzlichen Dank, dass wir gestern mit unserem Presseempfang im Rathaus sein konnten!

Wir sind zum fünften Mal seit 1964, 1976, 1996 und 2002 jetzt in 2007 mit einem Bundesparteitag in dieser weltweit bedeutenden Messestadt.

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union in Niedersachsen, unseren Freund, den niedersächsischen Ministerpräsidenten, Christian Wulff.

(Beifall)

Lieber Christian, Du hast in den vergangenen Jahren mit Deiner Regierungsmannschaft Hervorragendes für die Menschen in Niedersachsen geleistet. Wir werden Dich mit aller Kraft in der bevorstehenden Landtagswahl unterstützen. Wir wollen, dass Du Ministerpräsident dieses wunderschönen Landes bleibst.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz besonders herzlich Ernst Albrecht begrüßen. Als langjähriger Ministerpräsident von Niedersachsen haben Sie sich um dieses Land verdient gemacht.

(Beifall)

Er ist offenbar noch nicht anwesend. Wir sehen ihn aber bestimmt noch.

Für unsere bayerische Schwesterpartei begrüße ich heute an diesem Morgen erst einmal ganz herzlich die neue Generalsekretärin Christine Haderthauer. Viel Glück und Erfolg! Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Für Morgen erwarten wir den neuen Vorsitzenden, Staatsminister Erwin Huber. Wir freuen uns schon auf sein Grußwort.

Für die vielen ausländischen Gäste, die unserem Parteitag die Ehre geben, begrüße ich stellvertretend die Vorsitzenden der mit uns verbundenen Parteien. Herzlich willkommen! Beginnen möchte ich mit unserem langjährigen Freund, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens. Herzlich willkommen! Morgen wirst Du zu uns sprechen. Du bist uns ein treuer Freund. Danke schön, dass Du hier bist!

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich Rocco Buttiglione aus Italien, Ibolya Dávid aus Ungarn, Peter van Heeswijk aus den Niederlanden, Erna Solberg aus Norwegen und Zsolt Semjén, ebenfalls aus Ungarn.

(Beifall)

Besonders freue ich mich, dass die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen am Sitz von Bundesregierung und Bundestag in Berlin, Prälat Karl Jüsten und Stephan Reimers, sowie der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Professor Hans-Joachim Meyer, wieder unsere Gäste sind. Frau Pastorin Kreisel-Liebermann danke ich in unserer aller Namen sehr herzlich, dass sie an diesem beeindruckenden Gottesdienst in der Marktkirche mitgewirkt hat. Geben Sie bitte unseren Dank an die Bischöfin, Frau Käßmann, und an Bischof Trelle weiter. Wir haben uns in der Marktkirche in Hannover wohl gefühlt.

(Beifall)

Wir haben zahlreiche Vertreter und Präsidenten von Organisationen bei uns. Ich möchte stellvertretend für viele den Präsidenten des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler, begrüßen, der gerade wiedergewählt worden ist – herzlich willkommen! –,

(Beifall)

Michael Sommer für den Deutschen Gewerkschaftsbund – herzlich willkommen! –, begleitet von seiner Stellvertreterin, Ingrid Sehrbrock, ihresgleichen auch Mitglied unseres Bundesvor-

standes, den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Rudolf Seiters, und die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach.

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich auch die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie können von unserem Parteitag sicherlich viel Interessantes und hoffentlich auch sehr viel Gutes berichten. Herzlich willkommen! Ich hoffe, Sie haben gute Bedingungen für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU wird hier in Hannover ein neues Grundsatzprogramm verabschieden, zum dritten Mal in unserer stolzen Geschichte. Wir werden deutlich machen, auf welchen grundsätzlichen Positionen wir stehen. Von diesen Fundamenten aus werden wir dann gemeinsam die bevorstehenden Wahlen in Hessen, in Niedersachsen und in Hamburg nicht nur bestreiten, sondern – davon bin ich überzeugt – auch erfolgreich bestreiten.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitags jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich Gerd Glup nennen, geboren am 28. Januar 1920, gestorben am 9. Dezember 2006. Seit 1950 war er Mitglied der CDU. Von 1960 bis 1980 hatte er den Vorsitz des Kreisverbandes Cloppenburg inne, von 1965 bis 1985 den Vorsitz des Landesverbandes Oldenburg. Von 1967 bis 1986 gehörte er dem niedersächsischen Landtag an, und von 1976 bis 1986 war er niedersächsischer Landwirtschaftsminister.

Ich denke an Wolfgang Vogt, geboren am 1. Dezember 1929, gestorben am 12. Dezember 2006. Er war seit 1946 Mitglied der CDU. Von 1972 bis 1990 war er Vorsitzender des Stadtverbandes Düren und von 1975 bis 1995 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalen. Zugleich gehörte er viele Jahre dem Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen an. Von 1972 bis 1983 war er Bürgermeister der Stadt Düren. Von 1969 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und zugleich von 1982 bis 1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Ich erinnere an Achim Helge von Beust, geboren am 16. März 1917, gestorben am 7. Januar 2007. 1946 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der CDU Hamburg. Er war von 1946 bis 1948 der erste Landesvorsitzende der Jungen Union Hamburg und leitete von 1954 bis 1980 das Bezirksamt Hamburg-Wandsbek.

Ich denke an Monika Müller, geboren am 4. August 1964, gestorben am 25. Februar 2007. Sie war seit 1994 Mitglied der CDU und seit 1999 Vorsitzende der Verbandsgemeinde Rennerod im

Westerwald. Seit 1999 war sie stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz und seit dem gleichen Jahr Mitglied des Kreistages Westerwald.

Ich erinnere an Hans Filbinger, geboren am 15. September 1913, gestorben am 1. April 2007. Er war seit 1953 Mitglied der CDU. Von 1953 bis 1960 gehörte er dem Stadtrat in Freiburg an. Von 1971 bis 1979 hatte er den Vorsitz des Landesverbandes Baden-Württemberg inne und war seit 1979 Ehrenvorsitzender. Von 1967 bis 1981 war er Mitglied unseres Bundesvorstandes und zugleich von 1973 bis 1979 stellvertretender Bundesvorsitzender. Von 1960 bis 1980 gehörte er dem Landtag Baden-Württemberg an. Von 1960 bis 1966 hatte er das Amt des Innenministers des Landes Baden-Württemberg inne und von 1966 bis 1978 das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg.

Wir trauern um Karl-Heinz Koch, geboren am 14. Oktober 1924, gestorben am 24. Mai 2007. Er war seit 1957 Mitglied der CDU. Von 1968 bis 1993 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung in Eschborn an, seit 1977 als Vorsitzender. Von 1984 bis 1990 war er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen. Von 1970 bis 1987 war er Mitglied des Hessischen Landtages und von 1987 bis 1991 hatte er das Amt des hessischen Ministers der Justiz inne.

Ich gedenke Karl Josef Schommer, geboren am 11. März 1940, gestorben am 8. Juli 2007. Seit 1975 gehörte er der CDU an. Er war von 1986 bis 1990 Bürgermeister von Neumünster, und von 1990 bis 2002 leitete er das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Ich erinnere an Peter Hans, geboren am 1. Juni 1950, gestorben am 27. Juli 2007. Er war seit 1974 Mitglied der CDU und seit 1986 Vorsitzender des Kreisverbandes Neunkirchen. Seit 1990 gehörte er dem Saarländischen Landtag an und hatte seit 1999 den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion inne.

Wir trauern um Paul Adenauer, geboren am 13. Januar 1923, gestorben am 5. August 2007. Er war seit 1947 Mitglied der CDU. Seit 1968 gehörte er dem Kuratorium der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus an.

Ich nenne Ursula Röper, geboren am 6. Juli 1944, gestorben am 11. August 2007. Sie war seit 1969 Mitglied der CDU und gehörte viele Jahre dem Vorstand des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg an und war bis 2003 stellvertretende Vorsitzende. Von 1973 bis 1979 und von 1987 bis 2001 hatte sie den Vorsitz der Frauen-Union Schleswig-Flensburg inne, seit dem war sie Ehrenvorsitzende. Von 1992 bis 2000 gehörte sie dem Landtag Schleswig-Holstein an.

Ich gedenke Peter Bendixen, geboren am 16. April 1943, gestorben am 30. August 2007. Er war seit 1967 Mitglied der CDU und von 1982 bis 1993 Vorsitzender des Kreisverbandes Kiel. Von 1975 bis 1996 gehörte er dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an und war von 1979 bis 1988 Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein. Von 2002 bis 2005 führte er die Geschäfte des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Ich erinnere an Peter Rebsch, geboren am 20. Februar 1938, gestorben am 16. September 2007. Er war seit 1958 Mitglied der CDU. Er gehörte von 1971 bis 1975 der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Spandau an, von 1979 bis 1995 dem Abgeordnetenhaus von Berlin. Zugleich war er von 1981 bis 1989 Präsident des Abgeordnetenhauses.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens. – Ich danke Ihnen.

Liebe Freunde, wir kommen nun zur Wahl des Tagungspräsidiums. Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung erfolgt durch Zeigen der Stimmkarte. Das ist sozusagen die erste Probe, ob alles in Ordnung ist. Diejenigen, die mit dem Vorschlag für das Tagungspräsidium einverstanden sind, bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das Tagungspräsidium so gewählt.

Ich bitte jetzt die gewählten Mitglieder, auf der Bühne Platz zu nehmen, und übertrage zur Fortführung der Tagungsgeschäfte Christian Wulff die Leitung der Tagung.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bedanken uns natürlich für das von Ihnen so einhellig ausgesprochene Vertrauen und hoffen, dieses die nächsten zwei Tage rechtfertigen zu können.

Ich komme zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen bereits fristgemäß zugestellt. Inzwischen liegt Ihnen die Tagesordnung in aktualisierter Form vor. Wenn Sie mit dieser einverstanden sind, bitte ich Sie um das Erheben Ihrer Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieser Tagesordnungspunkt somit beschlossen.

Ich bin gebeten worden, Ihnen einige Hinweise für unseren Parteitag zu geben. Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge bereits von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen Antrag einbringen möchten, lassen Sie den Text bitte im Büro der Antragskommission eingeben. Das Büro befindet sich im ersten Obergeschoss in der Sektion C; es ist gut ausgeschildert. Damit diese Anträge von der Antragskommission ordnungsgemäß beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, 11.30 Uhr als Zeitpunkt festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie ebenfalls um Ihr Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Zeit so beschlossen. Die Antragskommission wird sich zu einer Sitzung unmittelbar nach Ende der Rede unserer Parteivorsitzenden im Sitzungsraum der Antragskommission, ebenfalls im ersten Obergeschoss, Sektion C, zusammenfinden.

Für die Aussprache wie auch die Aussprache zu den Anträgen bitten wir Sie, Wortmeldezettel zu verwenden, die Sie in Ihren Tagungsunterlagen im Stimmzettelblock haben. Auf der von uns gesehen rechten Seite und von Ihnen gesehen linken Seite werden diese dann entgegengenommen. Wir bitten Sie darum, Ihren Namen und das Thema möglichst leserlich anzugeben und aufzuführen, an welchem Mikrofon Sie auf diesem Parteitag zu sprechen gedenken. Sollte sich die Möglichkeit ergeben, die Beratungen am heutigen Tag zu beschleunigen, würden wir uns vorbehalten, Tagesordnungspunkte, die für morgen vorgesehen sind, schon heute zur Behandlung aufzurufen. Das betrifft vor allem die sonstigen Anträge.

Ich rufe damit den TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist vom Bundesvorstand eine Antragskommission bestellt. Die Namensliste finden Sie in den Unterlagen auf Ihren Tischen. Wenn Sie dem Vorschlag für die Antragskommission zustimmen gedenken, erheben Sie bitte Ihre Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist sie durch den Bundesparteitag einstimmig bestätigt.

Ich komme zu TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Dazu gibt es ebenfalls einen Vorschlag in Ihren Unterlagen. Die Mitglieder, die gleich gewählt sind, werden im Übrigen gebeten, sich unmittelbar nach den zwei Grußworten am Regietisch, von uns aus gesehen rechts, einzufinden. Ich darf Sie fragen, ob Sie mit der Mandatsprüfungskommission einverstanden sind. Wenn das der Fall ist, dann erheben Sie bitte Ihre Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch die Mandatsprüfungskommission mit breiter Mehrheit eingesetzt.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Die Namen können Sie den Unterlagen auf Ihren Plätzen entnehmen. Ich darf fragen, ob Sie dem Vorschlag zustimmen. Wenn das der Fall ist, dann erheben Sie bitte Ihre Stimmkarte. – Wenn Sie dagegen sind, müssten Sie jetzt abstimmen. – Wenn Sie sich enthalten wollen, müssen Sie jetzt Ihre Stimmkarte erheben. – Dann ist die Stimmzählkommission einstimmig eingesetzt. Sie trifft sich unmittelbar nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission im Erdgeschoss, Sektion G, Raum G 5.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir bereits sechs Tagesordnungspunkte unseres Parteitages erfolgreich hinter uns gebracht haben.

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRÜßWORTE

Ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden der CDU Niedersachsen, Herrn Ministerpräsident Christian Wulff.

(Beifall)

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Weil! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurzum: liebe Freunde! Ich heiße Sie, die Delegierten, die Gäste, die Medienvertreter, hier bei uns in Niedersachsen in unserer Landeshauptstadt Hannover herzlich willkommen. Wir tagen hier in der Messehalle in guter Gesellschaft. Denn hier findet alljährlich die Hannover-Messe Industrie statt, hier findet alljährlich die bedeutendste Informations- und Kommunikationsmesse, die CEBIT, statt, hier findet in wenigen Tagen der IT-Gipfel Deutschland statt, und hier hat vor wenigen Wochen eine Ideen-Expo stattgefunden, wo 162 000 junge Leute über neun Tage sich haben begeistern und faszinieren lassen von Technologien, Technik, Informatik, Mathematik, Biologie, Chemie und Physik. Wenn man diese jungen Leute in diesen Tagen hier gesehen hat, dann muss einem um die Zukunft unseres Landes nicht bange sein. Das Erfreuliche ist: Vor allem die CDU steht für neue Technologien, für Innovationen und damit für einen wesentlichen Teil Zukunft in unserem Land.

(Beifall)

Ich heiße Sie willkommen im Zukunftsland Niedersachsen und freue mich, dass wir unseren Parteitag hier durchführen können. Ich freue mich überhaupt auf diesen Parteitag. Das ist keineswegs selbstverständlich, und das ist keineswegs bei allen Parteien so. Wenn man sich an den SPD-Parteitag erinnert, dann sind dort eigentlich alle wesentlichen Konzepte der jeweiligen Bundesminister abgelehnt worden, ob das Tempolimit von Herrn Gabriel, die Haushaltspolitik von Herrn Steinbrück oder die Bahnreform von Herrn Tiefensee. Es kann offenkundig, wie die Erbschaftsteuerreform, nur das Gesetz werden, was man vor dem Parteitag zurückgehalten und nach dem Parteitag veröffentlicht hat, weil sich dort die Spitze vor ihrer Partei fürchten muss, während sich bei uns die Ministerinnen und Minister auf den Parteitag freuen können. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den Volksparteien: Bei uns arbeitet man miteinander, bei den Sozialdemokraten arbeitet man offenkundig gegeneinander.

Wir freuen uns, dass der Parteitag nach Ludwigshafen 1978 und Hamburg vor 23 Jahren das Parteiprogramm der CDU in Hannover beschließt. Auch dafür herzlichen Dank.

Liebe Freunde, in wenigen Wochen wollen Roland Koch in Hessen, Ole von Beust in Hamburg und ich in Niedersachsen die drei Landtagswahlen gewinnen. Ich möchte hier ausdrücklich sa-

gen – ich glaube, das kann ich für alle drei sagen: Wir empfinden Rückenwind durch die Politik in Berlin, durch die Bundeskanzlerin, durch die Erfolge der Großen Koalition. Wir glauben, dass uns der Wahlkampf durch die Arbeit der Großen Koalition erleichtert und nicht etwa, wie das früher war, erschwert wird.

(Beifall)

Die Senkung der Staatsquote, die Haushaltskonsolidierung, die Senkung der Lohnnebenkosten, mehr Investitionen und neue Verlässlichkeiten haben einen Rückgang der Arbeitslosigkeit überhaupt erst möglich gemacht. Wer hätte vor zwei Jahren geglaubt, dass heute 1,1 Millionen weniger Frauen und Männer arbeitslos sind als noch vor zwei Jahren. Das ist ein großer Erfolg der CDU in der Bundesregierung.

Wir müssen diesen Reformkurs weitergehen. Im Antrag des Präsidiums formulieren wir, um was es geht: „Chancen für alle Bildung. Arbeit. Wohlstand.“ Wenn die anderen nach links rücken, wenn die anderen den Kurs verlassen, dann sind gerade wir aufgerufen, Kurs zu halten, verlässlich zu sein. Bei uns wissen die Menschen, woran sie sind. Wir reden nicht nur über das Verteilen, sondern gleichermaßen über das Erwirtschaften. Am Ende ist das die erfolgreiche Politik Ludwig Erhards, nämlich beides zusammenzubringen: das Erwirtschaften und das Verteilen. Eines allein funktioniert auf Dauer nicht. Das zeigen Sozialdemokraten, wenn sie politische Verantwortung in unserem Land haben.

(Beifall)

Wir können den Sozialdemokraten nur zurufen, dass man auf Dauer den Spagat, einer Regierung anzugehören und gleichzeitig Opposition gegen dieselbe zu betreiben, nicht durchhalten wird; da kann man noch so durchtrainiert sein.

Wir freuen uns auf den Wahlkampf in den nächsten acht Wochen für die Wahlen in Niedersachsen. 2003 hatten wir in diesem Land die höchste Arbeitslosigkeit aller Flächenländer. Inzwischen haben wir die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren in unserem Land. Die Neuverschuldung betrug 3 Milliarden Euro im Jahr. Jetzt wissen die Bürgerinnen und Bürger: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser, werden die Haushalte in Ordnung gebracht und sind auch die Schulen wieder in Ordnung.

(Beifall)

Wir haben eine große Verwaltungsreform mit Abschaffung der gesamten Mittelinstanz durchgeführt. Wir haben die Hälfte aller Gesetze und Verordnungen, nämlich von 4 300 auf 2 200, abgeschafft. Wir haben bei einer Umfrage bundesweit Platz eins bei der Frage nach der wirtschaftsfreundlichsten Landesverwaltung und den kürzesten Genehmigungsverfahren erzielt.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

15

Bei der Verschuldung sind wir das einzige Land, das vier Jahre hintereinander die Ausgaben reduziert und die Neuverschuldung um jährlich mindestens 350 Millionen Euro gesenkt hat.

(Beifall)

Spätestens übernächstes Jahr werden wir das erste Mal seit 1946, das erste Mal seit Bestehen des Landes Niedersachsen, das erste Mal seit über 60 Jahren Schulden zurückzahlen. Das, was Ole von Beust jüngst in Hamburg gelungen ist, nämlich erstmals Schulden zurückzuzahlen, werden wir übernächstes Jahr erreichen. Das zeigt: Wo Christliche Demokraten regieren, da werden die Finanzen in Ordnung gebracht und da gibt es mehr Geld für Zukunft, für Bildung, Forschung und unsere Kinder.

(Beifall)

Hier wird wie in den Ländern Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen inzwischen jeder dritte Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgegeben. Wir stellen lieber Lehrer neu ein – über 2 500 neue Stellen haben wir geschaffen –, um in Zukunft zu investieren, als nur zu konsumieren.

Was besonders wichtig ist – das freut Annette Schavan als Bundesbildungsministerin –: Wir haben die Hauptschule zur Hauptsache erklärt. Wir haben dort kleinere Klassen, einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule und mehr Praxistage eingerichtet. Die Zahl derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, haben wir von über 10 Prozent, als wir die Regierung angetreten haben, auf 8 Prozent gesenkt und werden wir demnächst auf unter 5 Prozent senken.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben überhaupt keinen Grund, uns auszuruhen. Das Motto lautet: Viel erreicht, aber viel mehr noch zu tun! Dazu werden wir Ihrer aller Hilfe benötigen. Die Wahl ist in Hessen, in Hamburg und in Niedersachsen nicht entschieden. Die gute Stimmung, die wir im Land haben und die Sie spüren können, wenn Sie mit den Niedersachsen sprechen, muss in Stimmen umgewandelt werden. Das kann ein gewaltiger Kraftakt sein. Wir wissen, dass wir Chancen haben, dass wir die Partei der Chancen sind.

Sie alle kennen Niedersachsen als Land des Harzes, der Heide, der Nordsee und der Küste. Mancher hat gesagt: Bei euch können wir die Verkehrswege nicht in dem Umfang ausbauen wie an anderer Stelle, weil bei euch so wenig an der Küste leben. Die Inseln haben nicht genug Bevölkerung. – Heute ist das Hinterland der Küste die ganze Welt. Unsere Häfen haben zweistellige Wachstumsraten. Aber wir brauchen auch Regierungen wie unsere, die dafür sind, dass Häfen ausgebaut werden, dass Kraftwerke neu gebaut werden, dass Infrastruktur entsteht. Wir erleben bei uns im Land, dass die Linke Stimmung gegen den Ausbau der Infrastruktur macht.

(Vereinzelt Beifall)

Erst haben sie uns den Ausstieg aus der Kernkraft aufgezwungen; jetzt wollen sie auch modernste Kohlekraftwerkstechnologie verhindern.

Liebe Freunde, wer gegen alles ist, sorgt dafür, dass Deutschland, dass Niedersachsen kein Industrieland bleiben könnte. Wir wollen aber versorgungssicher und preisgünstig Strom für die kleinen Leute, für den Haushaltskunden, aber auch für die energieintensive Industrie. Um das in der Zukunft möglich zu machen, brauchen wir mutige Regierungen, die auch mutige Infrastrukturentscheidungen durchsetzen. Das ist nur mit CDU und FDP in unserem Land zu machen.

(Beifall)

Wir wissen, dass Ole von Beust und Roland Koch phänomenale Bilanzen mit absoluten Mehrheiten haben. Aber die Länder im Norden sind traditionell keine Länder für absolute Mehrheiten. Deshalb sage ich deutlich: Wir möchten die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Liberalen fortsetzen. Für uns alle ist es reizvoll, dass Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen belegen können: CDU und FDP können zusammen in vertrauensvoller Zusammenarbeit erfolgreich regieren. Das kann ein Modellfall für Berlin sein; denn wir wollen wieder eine bürgerliche Mehrheit in Berlin und nicht ewig in einer Großen Koalition verharren.

(Beifall)

Wir, liebe Freunde, die wir Sie hier willkommen heißen, sind zufrieden, wie Sie merken, aber nicht selbstzufrieden. Dazu haben wir überhaupt keinen Anlass. Wir wollen bescheiden bleiben. Wir wollen hart arbeiten für unser Land. Wir haben das fünf Jahre lang getan und wollen das fünf Jahre weiter tun. Wir müssen viel erreichen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen alle Kindergartenjahre beitragsfrei stellen und nicht nur das letzte Kindergartenjahr; vieles Weitere wäre zu erwähnen.

Ich möchte mich am Schluss lediglich noch darauf konzentrieren zu sagen, dass all das, was wir an bürgerlicher Mehrheit erreicht haben, in Gefahr ist. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass 18 Jahre nach Erreichen der Deutschen Einheit Postkommunisten und Kommunisten wieder hoffähig sind und eine Chance haben könnten, in demokratisch gewählte Parlamente in Deutschland einzuziehen. Ich bin darüber empört, dass die Linke in Deutschland allen alles verspricht, die SED-Diktatur verharmlost, von Enteignungen redet, politischen Generalstreik fordert und die Systemfrage stellt. Diese Leute wollen ein anderes Deutschland, als wir es über Jahrzehnte mit den Christlichen Demokraten aufgebaut haben. Deswegen müssen wir deutlich sagen: Kommunisten gehören in die Geschichtsbücher, nicht in die Parlamente. Das muss die Botschaft in den Landtagswahlkämpfen sein.

(Lebhafter Beifall)

Wer – wie die Sozialdemokraten – den Sozialismus in sein Grundsatzprogramm schreibt, der hat ein Linksbündnis im Kopf. Wenn die Chance für Frau Ypsilanti oder Herrn Jüttner hier in

21. Parteitag der CDU Deutschlands

17

Niedersachsen bestünde, würden sie sich von einer linken Mehrheit wählen lassen. Ich habe daran keinen Zweifel.

Wir wollen uns hier in Hannover auf ein gutes Programm für die Christlich Demokratische Union konzentrieren. Wir wollen an einer guten Zukunft für unser Land arbeiten. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen erfolgreichen Parteitag. Sie helfen uns mit diesem Parteitag sehr. Ich heiße Sie in der Landeshauptstadt Hannover und im Zukunftsland Niedersachsen willkommen und bedanke mich für das Geschenk, das Sie uns mit diesem Parteitag bereiten. Dieser Parteitag schmückt uns.

Wir haben aber auch ein Geschenk für unsere Bundesvorsitzende, für unsere Bundeskanzlerin. Eigentlich haben wir sogar zwei Geschenke. Wir wissen von der Vorliebe Angela Merkels für Gottfried Wilhelm Leibniz, das letzte Universalgenie, einen der bekanntesten Deutschen in der Welt – neben Martin Luther. Er hat 40 Jahre hier in Hannover gewirkt: als Politiker, als Physiker, als Mathematiker, in verschiedenen Funktionen und Wissenschaften. Ich weiß, dass Angela Merkel die Biografie über ihn, die über 800 Seiten umfasst, gelesen hat, dass sie seine Schriften als Faksimile hat. Leibniz hat den binären Code erfunden, die Grundlage aller modernen Computertechnologien. Er hat die erste funktionstüchtige Rechenmaschine entwickelt. Gottfried Wilhelm Leibniz war einer der Großen in der Vergangenheit.

Heute möchte ich Angela Merkel ein Faksimile über Leibniz und China schenken. Leibniz hat früh Schriften über den Austausch zwischen Deutschland und China verfasst. Angela Merkel ist an China in besonderer Weise interessiert, und zwar umfassend und ausführlich in Bezug auf alle dortigen Repräsentanten, genauso wie Leibniz, der gesagt hat: Man muss offen sein, man muss Gespräche führen, man muss empfangen, man muss voneinander lernen. – Das Interesse von Angela Merkel an China und an Leibniz hat uns veranlasst, als Geschenk das Faksimile des Briefwechsels von Leibniz mit den Jesuiten in China, die dort abendländische Kultur vermittelt haben und die dortige Kultur nach Europa gebracht haben, auszuwählen.

Wir möchten aber auch eine Brücke in die Zukunft schlagen. Wir wissen, dass Angela Merkel großes Interesse an Hirnforschung und an künstlicher Intelligenz – an Intelligenz natürlich ohnehin – hat. Angela Merkel hat hier in Hannover bereits die Patenschaft für einen Pinguin im Zoo namens Helmut übernommen. Das rief nach einer Ergänzung. Wir haben hier eine Patenschaftsurkunde für den soeben getauften Fußballroboter Angela. Dieser Fußballroboter namens Angela ist im Jahre 2006 in Japan Fußballweltmeister geworden. Im Jahre 2007 hat er den Titel bei der Roboter-Fußballweltmeisterschaft in Atlanta unter 300 Mannschaften verteidigt. Dieser Fußballroboter wird im Jahre 2008 in China in der Lage sein, den Titel eines Fußballweltmeisters wiederum zu verteidigen. Das ist eine intellektuelle Meisterleistung von Psychologen, Kognitionswissenschaftlern und Informatikern, die die Mannschaft zusammengestellt haben. Diese Mannschaft ist in der Lage, eigene Software zu entwickeln. Die Software entwickelt sich weiter. Es handelt sich um einen lernenden Roboter, der nur bestimmte Vorgaben

gibt und dann selber klüger wird. Er findet inzwischen in wichtigen Bereichen der Automobilindustrie und in anderen Bereichen des Maschinenbaus Anwendung.

Professor Riedmiller von der Universität Osnabrück ist mit seinem Team das erfolgreichste bei Roboter-Fußballweltmeisterschaften der Welt und kommt, wie Sie sich denken können, wie Leibniz aus Niedersachsen. Wir sind stolz darauf, dass wir damit unterstreichen, ein Land der Erfinder, der Forscher, der Denker und der Wissenschaftler zu sein. Wir wollen Vorsprung durch Technik und Innovation. Das drückt sich in diesem Brückenschlag über 300 Jahre aus: einerseits Leibniz als großer Wissenschaftler in der Vergangenheit, andererseits Professor Riedmiller als Forscher und Wissenschaftler in der heutigen Zeit.

Liebe Angela, ich freue mich, dass ich dir diese beiden Geschenke mit Bezug auf Historie und Zukunft überreichen darf. Du stehst für beides, für den Wirtschaftsstandort Deutschland in der Vergangenheit, aber vor allem für diesen Standort in der Zukunft. Sei herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass wir Dich hier auf dem Bundesparteitag haben.

(Lebhafter Beifall – Christian Wulff überreicht Dr. Angela Merkel die beiden Geschenke)

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Christian Wulff, vielen Dank für dieses Grußwort. Zugleich sagen wir Ihnen einen Glückwunsch dieses Parteitages zu Ihrer Erfolgsbilanz in Niedersachsen. Dieser Parteitag wünscht Ihnen nicht nur viel Freude beim Wahlkampf, sondern vor allen Dingen, dass nach dem 27. Januar 2008 eine starke, von der CDU geführte Regierung in diesem Land weiterhin dies umsetzen kann, was Sie in Ihrem Grußwort aufgezeigt haben.

(Beifall)

Als Nächster spricht zu uns der Oberbürgermeister der gastgebenden Landeshauptstadt Hannover, Herr Stephan Weil.

Stephan Weil: Frau Bundeskanzlerin! Meine Herren Ministerpräsidenten! Meine Damen und Herren Minister und Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der kommunalen Familie! Meine Damen und Herren! Guten Morgen und herzlich willkommen in Hannover!

(Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass Sie Ihren Bundesparteitag wieder in Hannover durchführen. Ich hoffe, Sie fühlen sich hier ebenso wohl wie bei den vorangegangenen Parteitagen in Hannover. Dieses Mal freuen wir uns deswegen ganz besonders, weil Sie Ihr Grundsatzprogramm hier in Hannover beschließen. Es ist ja so üblich, dass man dieses Programm anschließend auch nach der gastgebenden Stadt benennt. Deswegen sage ich ganz ohne Hintergedanken: Ich wünsche Ihrem Grundsatzprogramm einen ganz, ganz langen Bestand.

(Beifall)

21. Parteitag der CDU Deutschlands

19

Wir befinden uns hier auf dem Messegelände, dem größten Messegelände der Welt. Herr Wulff hat schon gesagt: Hier finden alljährlich weltweite Messen statt, wie die CeBIT und die Hannover-Messe. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit sehr herzlich bei Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, dafür bedanken, dass Sie die Tradition Ihrer Vorgänger fortsetzen und alljährlich durch Ihre Präsenz bei den Eröffnungen dieser Messen zeigen, wie wichtig die Industriemessen in Hannover für den Standort Hannover und für den Standort Deutschland insgesamt sind, dass sie das Schaufenster der deutschen Industrie sind. Wir nehmen Ihre Anwesenheit nicht als selbstverständlich, sondern sind Ihnen außerordentlich dankbar.

Hannover bietet aber nicht nur Messen. Wir haben auch andere große Veranstaltungen hier gehabt, zum Beispiel die wunderbare Weltausstellung EXPO 2000 und einen evangelischen Kirchentag. Wir gehörten außerdem zu den glücklichen Städten, die die Fußballweltmeisterschaft bei sich begrüßten durften. „Die Welt zu Gast bei Freunden“, das war wirklich ein Geschenk für die Stadt. Wir profitieren natürlich sehr von diesen großen Veranstaltungen. Wir begreifen uns als eine moderne Großstadt mit wichtigen Unternehmen. Stellvertretend möchte ich die Conti, TUI und VW Nutzfahrzeuge erwähnen. Wichtige Banken und Versicherungen sind hier in Hannover. Wir sind zudem die grünste Großstadt Deutschlands, nicht im politischen Sinne – darauf lege ich Wert –, wohl aber, was den Anteil an Parks und Gärten angeht. Ich empfehle Ihnen einen Besuch der wunderbaren Gärten in Herrenhausen sowie einen Besuch im Zoo. Frau Bundeskanzlerin, der Pinguin Helmut, dessen Patentante Sie sind, erfreut sich nach wie vor bester Gesundheit. Ich habe mich erkundigt.

(Vereinzelt Beifall)

Hannover ist also eine rundum schöne, moderne deutsche Großstadt, die aus Ihrer Sicht vielleicht nur ein winziges Manko aufzuweisen hat: In Hannover regiert mittlerweile seit über 60 Jahren Ihr lieber Koalitionspartner. Sogar Herr Ministerpräsident Wulff ist ein bekennender Anhänger der Roten, allerdings nur der Fußballspieler von Hannover 96. Über weitere Sympathiebezeugungen kann ich Ihnen nicht berichten.

Wir fühlen uns sehr wohl, dass Sie nach Hannover gekommen sind. Wir wollen damit auch zeigen, dass wir eine sehr gastfreundliche Stadt sind. Ich wünsche Ihnen, wenn Sie mir diese inhaltliche Bemerkung gestatten, gute Beratungen. Ich erlaube mir lediglich eine einzige Empfehlung. Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich alle Beiträge der Kollegin Petra Roth sowie der Vertreterinnen und Vertreter der KPV aus unserer gemeinsamen kommunalen Familie. Es stimmt, was Johannes Rau einmal gesagt hat: Ohne Städte ist kein Staat zu machen. Kommunen müssen handlungsfähig sein. Wir stehen gemeinsam vor schwierigen Herausforderungen, ob das die Kinderbetreuung ist oder ob das die Integration von Millionen Zuwanderern ist. Das alles sind für die Gesellschaft wichtige Themen. Die Probleme müssen aber in den Städten gelöst werden. Deswegen bitte ich Sie, bei Ihren Beschlüssen mit daran zu denken,

dass die dritte Ebene im Staat, die kommunale Ebene, nicht das fünfte Rad am Wagen ist, sondern eine Ebene, die unverzichtbar ist.

(Beifall)

Als Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen erlaube ich mir, hinzuzufügen: Bitte denken Sie auch an die Kommunalwirtschaft, die in vielen Bereichen, was die Daseinsvorsorge angeht, für unsere Gesellschaft unverzichtbare Dienste leistet. Vielleicht ist ein Blick auf die Energiewirtschaft besonders lehrreich; denn ohne die Stadtwerke wäre es um den Wettbewerb auf dem Energiemarkt sehr viel schlechter bestellt. Ich empfehle Ihnen dies als besondere Aufmerksamkeit. Ich darf hinzufügen, dass ein guter alter Bekannter von Ihnen nunmehr Hauptgeschäftsführer ist, nämlich Ihr ehemaliger Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck, also eine vertrauenswürdige Adresse.

Ich wünsche Ihnen gute Beratungen. Aber bitte – wenn ich das so sagen darf – übertreiben Sie es nicht! Die Parteitage, die ich gemeinhin besuche, zeichnen sich gelegentlich auch dadurch aus, dass die längsten Diskussionen nicht immer die besten Ergebnisse bringen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie ein wenig Zeit finden, Hannover zu entdecken, dass Sie die Zeit in unserer Stadt genießen, dass Sie gute Beratungen und gute Beschlüsse haben mögen. Ich wünsche mir, dass Sie Hannover mit dem festen Willen verlassen, möglichst schnell in unsere Stadt zurückzukehren. – Herzlichen Dank und eine gute Zeit hier in Hannover.

(Beifall)

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Weil, vielen Dank für Ihr Grußwort und Ihre Gastfreundschaft, die wir in Hannover erfahren durften. Wir hoffen, dass wir so gute Beratungen haben, dass Sie auch in Zukunft diese Veranstaltung öfter in Ihren Grußworten erwähnen können.

Christian Wulff, Tagungspräsidium:

Wir kommen nunmehr zum TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 8 a:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich erteile das Wort an unsere Vorsitzende, Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dies ist der fünfte Parteitag der Christlich Demokratischen Union, der in Hannover stattfindet. Das letzte Mal, als wir hier waren und gleichzeitig den Ministerpräsidenten in Niedersachsen stellten, war vor über 30 Jahren. Das war 1976. Der Ministerpräsident hieß Ernst Albrecht. Er hat Großes für Niedersachsen geleistet. Wir grüßen ihn ganz herzlich und wünschen ihm alles Gute.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

21

(Beifall)

Heute, liebe Freunde, freuen wir uns, dass Christian Wulff Regierungschef dieses Landes ist,

(Beifall)

dass er dieses schöne Bundesland erfolgreich regiert, dass er zeigt, wie richtig unser Satz ist: Da, wo die Union regiert, geht es den Menschen besser in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gilt in den Bundesländern, und das gilt auch wieder im Bund. Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel spüren wir: Es gibt wieder allen Grund zur Zuversicht in Deutschland. Unser Land steht heute besser da als 2005. Wir haben eine lange Durststrecke überwunden. Schritt für Schritt arbeiten wir die Versäumnisse vergangener Jahre auf. Bei der Beschäftigung geht es bergauf. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Sanierung des Haushalts kommt voran. Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Neuverschuldung so niedrig. Ein Durchschnittsverdiener wird im nächsten Jahr durch die Senkung der Lohnzusatzkosten 270 Euro mehr in der Tasche haben. Die Löhne steigen für viele Menschen.

Liebe Freunde, ich könnte die Liste unserer Erfolge noch um viele Beispiele ergänzen, aber das erspare ich uns. Sagen wir es besser in einem Satz – kurz und bündig: Deutschland befindet sich im Aufschwung!

(Beifall)

Liebe Freunde, was noch wichtiger ist: Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen an. Das sind gute Nachrichten für Deutschland. Das zahlt sich für die Menschen aus, ganz konkret:

Beispiel Familie: Wir haben das Elterngeld eingeführt. Deutschland ist heute ein Land, in dem die Familien endlich wieder die politische Unterstützung finden, die sie verdient haben.

(Beifall)

Beispiel Bildung und Forschung: Deutschland ist heute wieder ein Land, in dem die Neugier sich lohnt. Forschung und Entwicklung haben eine neue Bedeutung bekommen.

Beispiel Europa- und Außenpolitik: Deutschland ist heute wieder ein Land, das als Motor Europas die europäische Einigung stärkt und als geachteter Partner in der Welt gefragt ist.

Liebe Freunde, lassen Sie uns angesichts dieser Bilanz ohne Wenn und Aber sagen: Diese Erfolge unserer Regierung, der Großen Koalition, sind das Ergebnis harter Arbeit. Sie sind alles andere als selbstverständlich. Sie sind für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung. Und sie sind wahrlich keine geheime Verschlussache. Darüber dürfen wir, darüber können wir, darüber müssen wir sprechen, und zwar laut und deutlich.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir, soll von diesen Erfolgen sprechen? Wer, wenn nicht wir, soll sagen, dass unser Land auf dem richtigen Weg ist? Andere werden uns diesen Gefallen nicht tun. Jeder, der mich kennt, weiß: Ich neige nicht zu übertriebener Euphorie. Aber unser Licht unter den Scheffel stellen, das will ich nun wirklich auch nicht. Deshalb dürfen wir miteinander ohne Übertreibung feststellen: Ohne uns, ohne die Union, wäre unser Land heute nicht da, wo es ist.

(Beifall)

Ohne uns, ohne die Union könnten die Bürger nicht feststellen: Heute, im Dezember 2007, geht es uns besser als im November 2005. Das macht Mut. Das zeigt, dass sich die Anstrengungen lohnen. Aber das reicht uns noch nicht. Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können: 2009 geht es uns noch besser als 2007.

(Beifall)

Liebe Freunde, weil das so ist, haben wir auch das Vertrauen, dass es uns mit der Union und damit Deutschland nach 2009 noch besser gehen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, für genau dieses Vertrauen in unsere Arbeit müssen wir alles tun, tagein, tagaus, beharrlich, unermüdlich und vor allen Dingen mit Respekt vor den Menschen in unserem Land; denn nichts von dem, was wir bis jetzt erreicht haben, ist selbstverständlich. Wir können es uns nicht leisten, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Das Gebot der Stunde kann deshalb nur heißen: Kurs halten, die Grundlagen des Aufschwungs stärken, Deutschland weiter auf Erfolgskurs führen. Ich füge hinzu: Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Es ist nicht egal, wer regiert, weder in den Ländern noch im Bund.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier ist die Mitte. Hier, in der Mitte, sind wir – und nur wir.

(Beifall)

Die Mitte ist menschlich. Darum ist die Mitte unser Platz. Die CDU hat seit ihrer Gründung die Mitte immer wieder verteidigt. So und nur so wurde sie die Partei der Freiheit, von Konrad Adenauer begründet. So und nur so wurde sie die Partei der Einheit, von Helmut Kohl vollendet. So und nur so wurde sie die Partei des Wohlstands für alle, von Ludwig Erhard gestaltet.

(Beifall)

So und nur so – liebe Freunde, das ist unsere Aufgabe – wird die Zukunft Deutschlands auch in der globalen Zeit gestaltet werden können. Das war und ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

23

Das ist eine Erfolgsgeschichte für die Union, eine Erfolgsgeschichte für unser Land und eine Erfolgsgeschichte für die Menschen.

(Beifall)

Wir sind heute in Hannover zusammengekommen, um darüber zu sprechen, wie wir diese Erfolgsgeschichte fortschreiben können. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen allen für Ihre Beiträge zu unserem neuen Grundsatzprogramm ganz herzlich danken. Es ist das dritte Grundsatzprogramm in der über 60-jährigen Geschichte unserer Partei. Dieses Grundsatzprogramm wird weit in die Zukunft weisen. Es folgt einem klaren Credo: Wir verändern, was uns belastet, und wir bewahren, was uns stark macht.

Deshalb wird dieses Grundsatzprogramm auf den Grundsätzen, die seit den Gründungsaufrufen der Christlich Demokratischen Union 1945 unverändert gültig sind, aufbauen: die Union als überkonfessionelle christlich-soziale, konservative und liberale Volkspartei der Mitte; das christliche Menschenbild als Fundament unseres Gesellschafts- und Politikverständnisses; die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität; die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit und die Einigung Europas. Auf dieser Basis hat die Union in nunmehr 38 Regierungsjahren fast alle großen Richtungsentscheidungen für die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt. Auf dieser Basis hat die Union unser Land entscheidend geprägt. Das gibt uns Kraft. Das sollte Ansporn für die Gestaltung unserer Zukunft sein.

Liebe Freunde, schauen wir 20 Jahre zurück: Vor 20 Jahren war Europa in Ost und West geteilt. Millionen von Menschen lebten hinter Mauer und Stacheldraht. In Südafrika war das Apartheidregime an der Macht. Die Europäische Gemeinschaft hatte mit Spanien und Portugal gerade einmal ihr elftes und zwölftes Mitglied hinzubekommen. Indien galt als bitterarmes Entwicklungsland. Das Internet gab es nicht, genauso wenig die Mobiltelefone. Heute, 20 Jahre später, leben wir in einer freieren, vernetzten Welt. Grenzen sind gefallen, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte haben sich in vielen Teilen der Welt verbreitet. Der kulturelle Austausch hat zugenommen. Der medizinische Fortschritt ist atemberaubend. Immer mehr Menschen erreichen bei guter Gesundheit ein hohes Alter. Und das wiedervereinte Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat.

(Beifall)

Zugleich leben wir in einer neuen globalen Freiheit. Wir sprechen nicht mehr von der ersten, zweiten und dritten Welt, sondern nur noch von der einen Welt. Nachrichten aus allen Winkeln der Erde erreichen uns in Sekundenschnelle. Fast jeder kann mit jedem direkt kommunizieren und Handel treiben. Deutsche Unternehmen exportieren in aller Herren Länder, und umgekehrt hat sich das Angebot an Waren aus der ganzen Welt in Deutschland vervielfacht. Wir haben eine gemeinsame europäische Währung. Wir können quer durch die Staaten der Europäischen Union

reisen, ohne auch nur einmal unseren Pass vorweisen zu müssen. Kurzum: Unser Leben hat sich in den vergangenen 20 Jahren dramatisch verändert. Es ist ohne die neuen Technologien, ohne die neuen Freiheiten, ohne die neue Internationalität überhaupt nicht mehr vorstellbar. Die Globalisierung ist unser aller Alltag. Wir profitieren in vielen Fällen davon, vor allen Dingen nehmen wir die Vorzüge ganz selbstverständlich in Anspruch.

Gleichzeitig spüren wir, ja, hoffen wir, dass es auch Unverrückbares in unserem Leben gibt, Allgemeingültiges: die Achtung der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Ansehen oder Aussehen, die Bewahrung der Schöpfung, die Anerkennung der Lebensleistung jedes einzelnen Menschen, die Chance zum Aufstieg und den Raum für gelebte Solidarität.

Liebe Freunde, angesichts all dieser Umbrüche heißt Politik der Mitte deshalb erstens, das Ganze zu sehen. Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Angstmacherei bringt uns nicht weiter, Ideen, Tatkraft und Engagement sehr wohl. Die Globalisierung ist unsere globale Chance. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren fantastisch auf den Weltmärkten bewährt. Unsere Wirtschaft ist auch deshalb so erfolgreich, weil unsere Unternehmen so ideenreiche und tüchtige Mitarbeiter haben.

Übrigens, liebe Freunde: Es ist viel gesagt worden über Managergehälter. Ich möchte dazu nur so viel sagen: Wer viel für sein Unternehmen und seine Mitarbeiter tut, der soll auch gut bezahlt werden.

(Beifall)

Was ich aber überhaupt nicht verstehe: Warum wird mit Geld überschüttet, wer auf ganzer Linie versagt hat?

(Lebhafter Beifall)

Liebe Aufsichtsräte, glauben Sie, Ihre Mitarbeiter lesen keine Zeitung? Glauben Sie, Ihre Mitarbeiter beherrschen nicht die Grundrechenarten? Wenn ich das Versagen von Spitzenkräften mit Fantasieabfindungen vergoldet sehe, dann sage ich: Das untergräbt das Vertrauen in das soziale Gleichgewicht unseres Landes.

(Beifall)

Ich habe immer sehr aufmerksam verfolgt, mit welchen Argumenten die Gehaltsspirale an der Spitze von Unternehmen begründet wird. Nur mit höchsten Gehältern bekommt man angeblich die besten und erfolgreichsten Führungskräfte. Meinetwegen. Daraus ziehen einige dann aber wohl diesen Schluss: Weil ein amerikanischer Autoboss das Tausendfache eines Arbeiters verdient, muss ganz offensichtlich auch ein deutscher Autokonzernchef eine Gehaltssteigerung bekommen, die er seinen Mitarbeitern nie zugestehen könnte.

Ich möchte mich hier nicht zum Erfolg amerikanischer Autounternehmen äußern, aber ich lese auch, dass alle Hersteller seit Jahren ein japanisches Autounternehmen als besonders erfolgreich ansehen. Dort verdient der Chef nur ungefähr das Zwanzigfache eines Arbeiters. Das ist in etwa das Doppelte eines deutschen Kanzlers, wenn er nicht gerade in der Schweiz Geschäfte für russisches Gas macht, liebe Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein, liebe Freunde, eine Politik der Mitte sagt zu allen Mitgliedern der Gesellschaft: Denkt immer auch an die Anderen! Vergesst nicht, dass wir alle aufeinander angewiesen sind! Erfolgreiche Unternehmen gibt es nur an erfolgreichen Standorten, und erfolgreiche Standorte gibt es nur, wenn es gerecht und verantwortungsbewusst zugeht.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen, dass das ein Bereich ist, der gesetzlich kaum zu regeln ist, auch wenn wir mit der Offenlegung der Gehälter schon einen Schritt weitergekommen sind. Umso mehr brauchen wir hierzu eine unvoreingenommene, vorurteilsfreie und nicht zuletzt sensible gesellschaftliche Diskussion. Soziale Marktwirtschaft ist immer auch eine Wirtschaft und eine Gesellschaft, in der die Menschen zusammengehören. Wenn das nicht mehr funktioniert, fliegt uns der ganze Laden auseinander, um das einmal ganz einfach zu sagen.

(Beifall)

Damit kommen wir zu einer der zentralen Fragen unserer Zeit: Was ist unser Verständnis von der Rolle des Staates in einer Welt, die immer offener wird? Die klassischen Kontrahenten des Industriezeitalters irren beide: derjenige, der alles dem freien Spiel der Märkte überlassen will, und derjenige, der aus Angst vor der Globalisierung stets neue Schutzwälle errichten will. Beide Wege – davon bin ich überzeugt – führen uns in die Vergangenheit. Was wir brauchen, sind Lösungen für die Zukunft.

Dazu brauchen wir eine Herangehensweise, die auch für die internationalen Beziehungen zusammendenkt, was zusammengehört: Freiheit, Wettbewerb und Unternehmergeist auf der einen Seite, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität auf der anderen Seite. Das erfordert mehr als ein reines Wirtschaftskonzept. Das erfordert einen ganzheitlichen Ansatz. Das erfordert einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen. Diesen Ordnungsrahmen gibt es schon, und zwar seit nun bald 60 Jahren. Er gehört zu den politischen Schätzen der Union. Er ist das Vermächtnis Ludwig Erhards. Er ist die Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Damit die Soziale Marktwirtschaft auch in einer globalisierten Welt das leisten kann, was sie über Jahrzehnte in Deutschland geschafft hat, müssen wir sie mit einem internationalen Ordnungsrahmen ergänzen.

Dazu gehört der Schutz des geistigen Eigentums, damit unsere Ideen auch zu Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Gewinn führen.

Dazu gehört die intelligente Regulierung der internationalen Finanzmärkte, damit hochspekulative und kurzfristige Finanzbewegungen nicht Krisen auslösen, die am Ende der Kette die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger treffen. Liebe Freunde, mir kann keiner sagen, dass man nichts, aber auch gar nichts von bestimmten Krisen in der Bankenwelt gewusst hat. Ich kann nur sagen: Wenn wir das nicht beheben, wenn wir da nicht mehr Transparenz hineinbringen, werden die Menschen uns nicht verstehen. Deshalb brauchen wir diesen internationalen Ordnungsrahmen, für den wir auch international arbeiten müssen, weil ein Land allein das gar nicht schaffen kann.

(Beifall)

Dazu gehört ein wirkungsvolles Außenwirtschaftsrecht bei der strategischen Infrastruktur, damit der Weg frei bleibt für echte Investoren und nicht missbraucht wird durch Investoren mit einer eigenen, manchmal außenpolitischen Agenda. Genau darüber werden wir morgen beraten, wenn Roland Koch den dazugehörigen Antrag vorstellt.

Dazu gehört die Etablierung und Einhaltung internationaler sozialer Standards, damit Ausbeutung oder Kinderarbeit nicht als Standortvorteil belohnt werden. Das darf es bei der internationalen sozialen Marktwirtschaft nicht geben, liebe Freunde. Ansonsten ist der Wettbewerb seines eigentlichen Zwecks entblößt.

(Beifall)

Wahr ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Aber wahr ist auch: Die Menschen haben auch ein Anrecht, für Arbeit angemessen bezahlt zu werden. Deshalb finden wir als Union uns mit sittenwidrigen Löhnen nicht ab.

(Beifall)

Wir glauben, dass ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn nicht die Lösung des Problems ist.

(Beifall)

Er schafft neue Probleme, denn er gefährdet Arbeitsplätze.

(Beifall)

Das ist so, weil die Situation der einzelnen Branchen und die Lebenssituation in den verschiedenen Gebieten Deutschlands viel zu unterschiedlich sind. Deshalb sagen wir: Der richtige Weg zur Findung gerechter Löhne ist und bleibt die Tarifautonomie.

(Beifall)

Sie ist nicht ohne Grund im Grundgesetz verankert. Sie ist wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.

Aber ich sage auch mit Bedacht: Damit tragen die Tarifpartner auch eine hohe Verantwortung. Tarifautonomie ist nicht nur ein Recht, Tarifautonomie ist auch eine Verpflichtung. Auch daran muss man von Zeit zu Zeit erinnern.

(Beifall)

All die, insbesondere unsere Freunde in der FDP, die jetzt angesichts des Tarifvertrages im Briefzustellerbereich von einem Dambruch sprechen, seien an dieser Stelle noch einmal an eines erinnert: Schon die Regierung von Union und FDP hat 1996 erkannt, dass es durch den zunehmenden Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt erforderlich war, mit dem Entsendegesetz für den Baubereich völlig unfairen Wettbewerb zu unterbinden. Liebe Freunde, diesen Schritt haben wir damals gemacht; ich rufe das noch einmal in Erinnerung.

(Beifall)

In dieser Legislaturperiode haben wir es bislang für die Gebäudereiniger getan, und wir werden es für die Briefdienstleister beschließen. Allerdings erwarten wir dann, dass durch den Tarifvertrag mindestens 50 Prozent der Beschäftigten erfasst werden. Wenn andere Branchen von sich aus – das ist nicht eine Sache, die die Parteien festlegen – unter den genannten Bedingungen einen Antrag stellen, wird die Bundesregierung nach dem März nächsten Jahres dies auch prüfen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine vernünftige Alternative zu einem einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Es setzt aber das Funktionieren der Tarifautonomie voraus, und genau darum, liebe Freunde, werden wir werben.

(Beifall)

Zu einem internationalen Ordnungsrahmen gehört es auch, den Gegensatz zwischen Lohnarbeiterschaft und Kapitaleigentümerschaft endgültig zu überwinden, damit die Arbeitnehmer nicht nur über Lohnsteigerungen Chancen auf Teilhabe in unserer Gesellschaft haben, sondern auch über die Gewinne, die aus Kapital, Vermögen und Unternehmensbeteiligungen erwachsen. Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland teilhaben an dem, was an Wertschöpfung ihres Betriebes, zum Teil auch in anderen Teilen der Welt, geschieht. Und vor allen Dingen wollen wir eines: dass möglichst viele und nicht nur wenige teilhaben. Teilhabe ist die Grundfrage der Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, liebe Freunde.

(Beifall)

Deswegen unternehmen wir in der Koalition einen neuen Anlauf zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung. Deswegen bauen wir die Riester-Förderung in Richtung Wohneigentum aus. Deswegen entwickeln wir das Konzept des Bildungssparens. So verbinden wir immer Eigenverantwortung und gerechte Verteilung des Wohlstands.

Deswegen nehmen wir uns vor, mit einem verständlichen Arbeitsgesetzbuch eine neue Balance von Rechten und Pflichten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen. Es geht um Regeln, die geeignet sind, gerade in kleinen und mittleren Unternehmen Beschäftigung zu sichern und die Hürden für Neueinstellungen herunterzubekommen.

Denn zu keiner Zeit dürfen wir vergessen, dass sich die Rahmenbedingungen auch schnell wieder verändern können. Es reicht schon – wir spüren das –, wenn sich die Nachfrage in Asien verändert, es reicht schon, wenn sich die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika verändert. Beides liegt nicht in unserer Hand, aber wir müssen vorbereitet sein.

Deswegen beobachte ich mit großer Sorge, dass große Teile der Politik diese Gefahren zwar kennen, aber immer wieder die Augen davor verschließen. Das ist grob fahrlässig. Das ist verantwortungslos. Das ist vor allem rücksichtslos gegenüber den Schwachen, denn die Schwachen sind die Ersten, die von einem Abschwung in besonderer Weise betroffen wären, und das müssen wir verhindern.

(Beifall)

Damit wir uns jetzt nicht missverstehen: Ich weiß natürlich, dass sich die Lage deutlich verbessert hat. Wir haben höhere Steuereinnahmen. Die Staatsquote ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Heute sind über eine Million Menschen weniger arbeitslos als noch vor zwei Jahren.

Aber, liebe Freunde, knapp 3,5 Millionen Arbeitslose sind für die Union immer noch 3,5 Millionen Arbeitslose zuviel. Das lässt uns nicht ruhen!

(Beifall)

Deshalb ist „Vorfahrt für Arbeit“ für uns nicht irgendein schöner Slogan, sondern „Vorfahrt für Arbeit“, das ist unser Handlungsauftrag. Denn sozial ist, was Arbeit schafft.

Also werden wir immer wieder darum ringen, auch in Streitigen Diskussionen. Wir sagen: Es wäre ein Vorteil, den Kündigungsschutz für diejenigen flexibler zu gestalten, die auf der Suche nach Arbeit sind. Wir wollen alles tun, was Arbeit schafft, und wir wollen alles ablehnen, was Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall)

Es ist auch richtig: Wir werden weniger Schulden machen als zunächst befürchtet. Aber wir dürfen uns dabei nicht einreden, wir hätten – das sage ich jetzt jedenfalls für den Bundeshaushalt –

auch nur einen einzigen Cent unserer riesigen Schuldenlast getilgt. Ole von Beust hat angefangen, Christian Wulff wird bald in der Lage sein, aber in vielen Teilen sind wir weit davon weg. Manch einer hört es nicht gerne, aber wir leben seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse,

(Beifall)

zwar nicht mehr ganz so stark wie früher, aber wir leben ganz einfach auf Kosten der nächsten Generation. Das darf uns als christliche Partei nicht ruhen lassen.

(Beifall)

Deshalb, lieber Günther Oettinger, hoffe ich, dass es gelingen wird, in den Beratungen der Föderalismus-II-Kommission ein Neuverschuldungsverbot ins Grundgesetz aufzunehmen. Das wäre ein Zeichen für verantwortete Zukunft. Dann, liebe Freunde, könnten wir sagen, wir haben für zukünftige Generationen wirklich etwas getan.

(Beifall)

Ja, wir reformieren die sozialen Sicherungssysteme, und vor allem sagen wir: Wo Überschüsse vorhanden sind – wie bei der Arbeitslosenversicherung –, da gehören sie in die Hände der Beitragszahler. Der Staat hat nicht das Recht, Geld einfach auszugeben, weil es nun einmal da ist. Der Staat hat die Pflicht, es den Bürgern, wo immer möglich, wieder zurückzugeben, damit sie für sich etwas davon haben.

(Beifall)

So werden wir Kurs halten: bei der beschlossenen Gesundheitsreform, bei der Rente mit 67. Wir können daran nichts ändern, weil es ein Gebot der Vernunft für die zukünftigen Generationen ist. Ich sage zur Rente aber auch: Wenn lauter Experten, nachdem wir das beschlossen haben, meinen, man müsste nun gleich die Rente mit 70 oder sonst was fordern: Das ist mit uns nicht zu machen. Die Menschen haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit, auf Beruhigung. Sie dürfen nicht immer wieder in Angst versetzt werden. Letzteres ist nicht Politik der Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir versprechen wahrlich nicht, dass wir alle Risiken des Lebens ungeschehen machen können. Aber wir versprechen, Vorsorge zu treffen. Damit eines klar ist: Es war die Union unter Führung von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, die in wesentlichen Fragen die Solidarsysteme dieser Bundesrepublik errichtet und die sie später auch reformiert hat.

Es war die Schröder-Bundesregierung, die meinte, 1998 unsere Reformen an den Solidarsystemen rückgängig machen zu müssen. Das war natürlich nicht zu halten. Deshalb sage ich unserem verehrten Koalitionspartner heute: Wer notwendige Erneuerungen zurückdreht, der gewinnt gar nichts, aber er verliert alles, vor allen Dingen das Vertrauen. Deshalb wird das mit der Union nicht zu machen sein. Das ist unsere Botschaft an die Koalition.

(Beifall)

Unsere zentrale Botschaft lautet: Jeder trägt die Fähigkeit in sich, etwas aus seinem Leben zu machen. Jeder kann Vorsorge treffen. Wir wollen ihm dazu die finanziellen Spielräume geben. Da, wo die eigene Kraft begrenzt ist, da fördern und unterstützen wir. Deswegen muss der Umbau hin zu mehr Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit weitergehen. Deshalb brauchen wir kapitalgedeckte Elemente in der Pflege und mittelfristig auch im Gesundheitssystem.

Deswegen halten wir auch an dem Vorhaben einer umfassenden Steuerreform fest: einfacher, niedriger, gerechter. Das müssen wir den Menschen präsentieren. Auch wenn es eine schwierige Aufgabe für die Zukunft scheint: Wir dürfen sie nicht aufgeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Warum machen wir das? Wir machen das, weil wir nicht wollen, dass immer mehr Menschen ängstlich auf die nächste Unsicherheit im Leben schauen. Wir wollen den Menschen helfen, Pläne zu verwirklichen, ihre Wünsche zu erfüllen und Hoffnungen Realität werden zu lassen.

Jeder hat Hoffnungen, die eine Chance verdienen: der Jugendliche, der vor dem Schritt ins Arbeitsleben steht, der Rentner, der sein Arbeitsleben hinter sich hat, der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, der sich gerne wieder in dieser Gesellschaft beweisen möchte, der Mittelständler, der seinen Betrieb am Laufen halten muss und will. Jeder hat Hoffnungen, die eine Chance verdienen.

Deshalb müssen wir als Partei der Mitte denen das Handwerk legen, die meinen, mit unglaublichen Vereinfachungen die Menschen verführen zu können. Herr Lafontaine, wir haben nicht vergessen, was für einen Unsinn Sie gemacht haben, als Sie Finanzminister gewesen sind. Wir haben vor allen Dingen nicht vergessen, wie Sie dann feige weggerannt sind. Wir werden Ihnen auch nicht vergessen, was Sie heute für Vereinfachungen machen, die mit der Realität nichts zu tun haben.

(Beifall)

Ob nun aber die Sozialdemokraten aus diesen Erfahrungen die richtigen Schlüsse ziehen, muss zurzeit zumindest bezweifelt werden. Letztlich müssen sie selbst wissen, was für sie gut ist. Auf eine beunruhigende Entwicklung möchte ich dennoch hinweisen: Ich weiß zwar, dass wir damals, als wir noch in der Opposition waren, bei manchen der zu treffenden Entscheidungen Druck gemacht haben, dass die SPD zum Beispiel nicht alleine die Kraft gehabt hätte, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen. Das weiß ich. Aber es versteht doch heute kein Mensch, dass die Kanzlerpartei von damals heute nichts mehr mit ihren Entscheidungen zu tun

haben will, die doch ganz ohne Zweifel dazu beigetragen haben, dass heute wieder mehr Menschen Arbeit haben. Das versteht kein Mensch.

(Beifall)

Es ist immer wieder gefragt worden: Wessen Arbeitsplätze sind es denn nun? Sind es die Arbeitsplätze, die der letzte Kanzler geschaffen hat, oder sind es die Arbeitsplätze, die die von uns geführte Regierung heute schaffen konnte? Eine Antwort steht mit Sicherheit fest: Große Teile der SPD wollen mit dieser Politik nichts zu tun haben. Damit steht auch eine zweite Antwort fest: Sie wollen auch mit dem Erfolg nichts zu tun haben. Die Arbeitsplätze der Zukunft werden deshalb Arbeitsplätze sein, die durch eine besonnene Politik der Christlich Demokratischen Union in Deutschland geschaffen werden.

(Beifall)

Denn bei einem bin ich mir ganz sicher. Was würde passieren, wenn es keine Politik der CDU und keine Politik der Mitte gäbe? Weniger Arbeit, mehr Schulden, weniger Freiheit, mehr Gängelung: Das wäre die Realität.

Liebe Freunde, nach 16 Jahren in der Opposition hatten sich die Sozialdemokraten vor einem Jahrzehnt auf den Weg in die Mitte gemacht. Sie haben es „Neue Mitte“ genannt. Vielleicht wollten sie damit sagen, dass die Mitte für sie ein neuer Ort ist, an dem sie nicht wirklich zu Hause sind. In jedem Fall aber hat dieselbe Partei vor wenigen Wochen nichts anderes getan, als die Mitte aufzugeben.

(Beifall)

18 Jahre nach der Selbstbefreiung der Ostdeutschen hat die SPD tatsächlich den Beschluss gefasst, den Sozialismus auch in ihr neues Programm ausdrücklich wieder mit aufzunehmen, in ihr erstes Programm seit der Wiedervereinigung. Uns Christdemokraten fehlt dafür jedes Verständnis.

(Anhaltender Beifall)

Als Kraft der Mitte sagen wir: Der Sozialismus hat in Deutschland für alle Zeiten genug Schaden angerichtet. Wir wollen nie wieder Sozialismus!

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen nie wieder Unterjochung der Freiheit. In der Mitte herrscht Freiheit. Auch darum sind wir die Partei der Mitte.

Demokratischer Sozialismus: Das ist ein Widerspruch in sich. Das passt denkllogisch nicht zusammen. Der Sozialismus endet totalitär,

(Lebhafter Beifall)

ob man es will oder nicht, weil er die Gleichheit aller im Sinn hat und etwas völlig anderes als Gerechtigkeit. Damit untergräbt er die Leistungsbereitschaft. Er macht die Schwachen schwächer. Er zerstört die Gesellschaft und das Individuum.

Genau das ist der Unterschied. Die Soziale Marktwirtschaft hat das Gegenteil bewiesen. Die Soziale Marktwirtschaft bringt Wohlstand für alle. Sozial ist, was Arbeit schafft, und sozial ist, was Chancen bietet.

Politik der Mitte heißt deshalb zweitens Chancen erkennen und das Ganze sehen. Die Menschen sind verschieden; das müssen auch die Bildungswege sein. Die Herkunft darf nicht über die Zukunft entscheiden. Wieder sage ich: Mehr denn je kommt es dabei auf die Union an.

Wenn wir über Bildung sprechen, sage ich offen: Lasst uns die Debatte anders führen als früher. Lasst uns damit aufhören, zuerst von den Strukturen und dann von den Inhalten zu reden. Machen wir es genau umgekehrt: Konzentrieren wir uns auf die entscheidenden Fragen, auf die Fragen nach den Inhalten und der Vermittlung, nach Qualität und Leistung, nach Erziehung und Vorbildfunktion, nach Ansehen und Berufsethos der Lehrerinnen und Lehrer.

Wenn wir das durchdenken, dann wird die Überlegenheit eines gegliederten, aber durchlässigen Schulsystems, von ganz allein sichtbar. Dann wird jeder feststellen, dass die richtigen Antworten nur hin zu den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gehen können, hin zu mehr Freiheit für die Schulen, mehr Freiräume für die Ausbildungsstätten und Hochschulen, hin zu mehr Vergleichbarkeit und messbaren Bildungserfolgen, aber auch hin zu mehr praktischer Verwertbarkeit von Bildung, gerade für die, die es schwer haben, und für die, die als Schulabbrecher oft keine Chance haben.

(Anhaltender Beifall)

Unsere Aufgabe heißt: Bildung muss wieder zu einem Aufstiegsversprechen werden, zu dem Aufstiegsversprechen in unserer Zeit.

(Beifall)

Derjenige, der in Bildung investiert – je nach seiner Begabung –, muss bessere Chancen für einen Aufstieg in dieser Gesellschaft bekommen. Dafür haben wir Sorge zu tragen.

(Beifall)

Wir brauchen ein Aufstiegsversprechen, das auch dann wirkt, wenn man Schule und Erstausbildung hinter sich gelassen hat und ins Arbeitsleben eingetreten ist. Dafür brauchen wir neue umfassende Förderwege: Bildungszeiten, die angespart werden, neue Bildungsgänge, die eingerichtet werden, und Bildungsinstitutionen, die völlig neu ausgerichtet sind. Ich sage: Das

wird eine der zentralen Aufgaben bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein sein. Bund und Länder müssen gut zusammenarbeiten und dürfen nicht gegeneinanderstehen. Wir können nicht einfach sagen: Weil die Schnittstelle zwischen Schule und Berufsausbildung irgendwo im Nirwana von Bund und Ländern liegt, können wir uns darum nicht kümmern. Das wird uns kein Mensch abnehmen, das ist nicht die Aufstiegschance für die Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Warum sagen wir das? Wir sagen das auch aus der Erkenntnis heraus, dass der Wohlstand unserer Gesellschaft immer stärker von unserer Innovationskraft abhängt. Deutschland hat sich immer als Zukunftswerkstatt verstanden. Bildung und Innovation sind seit jeher eine Stärke unseres Landes. Wir wissen das. Wir haben das erste Auto gebaut, den ersten Computer erfunden und das Aspirin entwickelt. Wir sind das Land der Ideen. Daher ist es gut, dass wir jetzt in der aktuellen Politik endlich mit grüner Technologieskepsis und roter Fortschrittsangst Schluss machen. Es ist wahrlich nicht die Aufgabe der Politik, ganze Innovationsfelder wie die Sicherheitsforschung in der Kernenergie auf den Index zu setzen. Dazu haben wir kein Recht. Freiheit der Forschung heißt, dass wir auch in diesen Bereichen forschen können, forschen müssen und auch international forschen sollten.

(Beifall)

Deshalb haben wir in den letzten zwei Jahren die Forschungsförderung des Bundes grundlegend erneuert: durch unsere Hightechstrategie, durch unsere Verpflichtung, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung auszugeben, und durch die Exzellenzinitiative. Daraus wird eine ganz neue Kultur der Innovation entstehen. Innovationen brauchen Offenheit, Innovationen brauchen Neugier, sie brauchen Freiräume für Kreativität, und sie brauchen Förderung und Wettbewerb. Aber: Innovationen brauchen auch Grenzen. Dem Menschen ist nicht alles erlaubt. Seine Würde als Geschöpf Gottes setzt menschlicher Verfügbarkeit Grenzen. Auch das gehört zu den Gründungsmaximen der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Politik der Mitte heißt: Wir müssen Fortschrittsorientierung und Schöpfungsbewahrung miteinander verbinden; denn wir sind uns einig: Niemals dürfen wir Nützlichkeitsdenken über den Schutz des menschlichen Lebens stellen – niemals!

(Beifall)

Deswegen ist das Klonen in jeder Form für uns ein Tabu. Deshalb gibt es mit uns strenge Bedingungen für die Forschung mit embryonalen Stammzellen. Deshalb werden wir das Embryonenschutzgesetz nicht antasten. Deswegen werden wir auch nicht lockerlassen – hier unterstütze ich Volker Kauder in ganz besonderer Weise –, bis wir endlich eine Regelung gegen

Spätabtreibungen verabschieden können. Es gehört zu den Dingen, die ich nicht verstehen kann, dass uns das mit unserem Koalitionspartner nicht gelingt.

(Beifall)

Liebe Freunde, deswegen bekennen wir uns ganz klar zum Stopp von aktiver Sterbehilfe.

(Beifall)

Das Vorgehen einer Schweizer Gesellschaft ist für mich mit dem Gebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Dass diese Gesellschaft auch noch Dignitas, also Würde, heißt, ist der Gipfel der Unverschämtheit.

(Beifall)

Aktive Sterbehilfe wird es mit der Christlich Demokratischen Union nicht geben.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, Politik der Mitte heißt drittens, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Mehr denn je kommt es dabei auf die Union an. Zusammenhalt gelingt auf dem Boden unserer gemeinsamen Werte. Die christlich-jüdische Prägung unserer Gesellschaft, unsere Verfassung, unsere Sprache, unsere Verantwortung für unsere Geschichte – das alles macht unser Zusammenleben als Nation aus. Daraus formt sich das, was wir Leitkultur nennen. Das schließt nicht aus, sondern ein. Das öffnet, wehrt nicht ab.

Wir sagen in unserem neuen Grundsatzprogramm nicht ohne Grund: Deutschland ist ein Integrationsland. Denn wir wissen: Deutschland braucht Zuwanderung, Zuwanderung beim Wettbewerb um die besten Köpfe. Sie sind uns willkommen. Deutschland hat eine gute Zukunft nur als weltoffenes Land. Genauso klar sagen wir aber auch: Integrationsland – das ist keine Einbahnstraße. Parallelgesellschaften haben mit Weltoffenheit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall)

Unser Grundgesetz gilt an jedem Ort und für jede Person in Deutschland. Zur Integration gehört untrennbar für uns die Bereitschaft, sich auf unser Land auch wirklich einzulassen. Darum geht es auch im Nationalen Integrationsplan. Das steht auch im Mittelpunkt des von uns organisierten Islamgipfels. Immer geht es um einen ständigen Dialog – das ist richtig –, aber diesen Dialog müssen wir unter klaren Bedingungen auf dem Boden des Grundgesetzes in unserem Land führen. Deshalb müssen wir ganz konkret auf bestimmte Dinge achten, zum Beispiel darauf, dass Moscheekuppeln nicht demonstrativ höher gebaut werden als Kirchtürme. Toleranz kann und darf nicht Beliebigkeit bedeuten. Toleranz muss für eigene Werte eintreten.

(Beifall)

Konkret sagen wir – da war die Union Vorreiter –, dass Kinder, wenn sie eingeschult werden, ausreichende Deutschkenntnisse haben müssen. Ansonsten werden sie am Wohlstand unseres Landes nicht teilhaben können. Das ist mit der Christlich Demokratischen Union nicht zu machen. Ausreichende Deutschkenntnisse sind die Voraussetzung des Schulbesuchs. Wir haben ein Gesetz gemacht, das den Nachzug von Familienangehörigen besser regelt und besser vor Zwangsehen schützt. Genau aus diesem Grunde haben wir das Mindestalter für nachziehende Ehepartner auf 18 Jahre erhöht, damit Zwangsehen in unserem Land nicht vorkommen. Denn das lässt sich mit unserem Verständnis von Freiheit und mit unserem Grundgesetz nicht vereinbaren.

(Beifall)

In der Mitte unserer Gesellschaft steht die Familie. In der Mitte der Familie sind unsere Kinder. Darum tun wir als Partei der Mitte für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft alles, um das Miteinander der Generationen zu fördern. Die dauerhafte Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern – das ist unsere Vorstellung von Familie. Dazu gehört auch der Respekt vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen. Die Familie, so finde zumindest ich, steht wie kein anderer Lebensbereich für die Dinge, die immer gültig sind. Es gibt nichts Persönlicheres, als eine Familie zu gründen. Politische Bevormundung hat da nichts zu suchen.

(Beifall)

Weil das so ist, wird unser Konzept der Wahlfreiheit in seiner vollen Bedeutung erst richtig klar. Wahlfreiheit ermöglichen – das setzt Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen voraus: vor dem Lebensentwurf, bei dem sich ein Elternteil voll und ganz der Erziehung der Kinder widmet, wie auch vor dem Lebensentwurf, bei dem Mann und Frau Familie und Beruf vereinbaren.

Deshalb ermöglichen wir mit dem geplanten Betreuungsgeld die Wahl von Familienarbeit und Erziehung, und deshalb wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Bau von mehr Kinderbetreuungsplätzen und dabei auch von mehr Krippenplätzen fördern. Das machen wir, weil wir wissen: Wahlfreiheit ohne Wahlmöglichkeit ist ein leeres Versprechen. Es ist Schall und Rauch. Es ist nichts wert für die Betroffenen. Die Freiheit der Wahl braucht die Möglichkeit der Wahl. Beides geht nur zusammen, liebe Freunde, sonst werden wir unglaubwürdig.

(Beifall)

Bei allem stellen wir die Verantwortung der Eltern nach vorne. Wir konzentrieren uns darauf, die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Ich bitte Sie wirklich, auch wenn wir viele Eltern treffen, die vielleicht mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind: Lassen Sie uns nicht nachlassen in dem Versuch, zuerst einmal, bevor der Staat eingreift, die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Diesen Versuch dürfen wir nicht aufgeben.

(Beifall)

Dass das an vielen Stellen bitter notwendig ist, zeigt sich immer wieder. Wir haben in unserem Land ein drängendes Problem: die Kinderarmut. Ich meine damit nicht allein die materielle. Es gibt Kinderarmut in unserem Land leider auch noch in einer ganz anderen Dimension: in der von Bildungsarmut, Kindesmissbrauch, Kindesmisshandlung, Verwahrlosung und Vernachlässigung. Uns alle hat der Todesfall der verhungerten Lea-Sophie in Schwerin wie andere Fälle schwer erschüttert. Die staatliche Gemeinschaft muss sich natürlich um diese Probleme von Verwahrlosung kümmern. Wir dürfen nicht aus falsch verstandenem Schutz der Privatsphäre einfach an der Haustür kehrtmachen, wenn dahinter furchtbares Kinderelend sichtbar wird. Wir dürfen nicht wegsehen.

(Beifall)

Deshalb fördert der Bund mit seinem Aktionsprogramm „Frühe Hilfen“ die Vernetzung aller Akteure, die in Kontakt zu Familien arbeiten: der Hebammen, der Kinderärzte, der Erzieherinnen und Erzieher. Bund, Länder und Kommunen müssen hier – das ist ein klassischer Fall – enger zusammenwirken. Das stärkt dann auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Liebe Freunde, eine Politik der Mitte heißt viertens, nachhaltig zu sein, weil wir an die nachfolgenden Generationen denken. Mehr denn je kommt es hier auf die Union an. Der Schutz des Lebens und der Schutz der Schöpfung – sie wurzeln beide in dem gleichen Grund. Wohlstand und Bewahrung der Schöpfung hängen heute untrennbar zusammen, so untrennbar wie lange nicht in der Menschheitsgeschichte oder noch nie. Wir brauchen beides: ökonomische Vernunft und ökologische Verantwortung. Denn es geht ja hier nicht um irgendetwas, sondern es geht um zwei zentrale Herausforderungen für die Menschheit: den Schutz des Klimas und den Zugang zu Energie.

Damit das ganz klar ist: Genau deshalb bleibt auch die Frage nach den Laufzeiten unserer Kernkraftwerke, die ja zu den sichersten der Welt gehören, aktuell. Es ist doch nicht vernünftig, Treibhausgasemissionen zu bekämpfen und als Erstes das, was läuft und keine CO₂-Emissionen hervorruft, abzuschalten. Ich hoffe, dass hier auch andere noch auf den Weg der Vernunft kommen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn man nun aber auch noch die ökologische Modernisierung der Kohlekraftwerke verhindern will, dann, finde ich, strapaziert das den gesunden Menschenverstand über das Normale weit hinaus.

(Beifall)

Es schadet wirklich nicht, bei einem so großen Problem wie dem Klimawandel ein Mindestmaß an Logik und Vernunft noch erkennen zu lassen. Das sage ich leider auch an die Adresse mancher in unserer eigenen Partei, liebe Freunde, wenn es um Kohlekraftwerke geht.

(Beifall)

Es kann doch angesichts des Hungers nach Energie in all den Schwellen- und Entwicklungsländern nun wirklich nicht unsere Aufgabe sein, künstlich Energie zu verknappen und damit die falschen Preissignale zu setzen. Denn natürlich ist es eine Riesensorge, die die Menschen zu Recht haben, wenn die Energiepreise steigen. Deshalb ist es unsere Verpflichtung, für mehr Wettbewerb für die Verbraucher zu sorgen. Deshalb müssen wir aufpassen, dass wir nicht durch eine beengte Politik noch die falschen Signale setzen. Mehr Energieeffizienz, weniger Energie verbrauchen – aber da, wo Energie notwendig ist, vernünftige Wege finden und einen vernünftigen Wettbewerb organisieren.

(Beifall)

Das wird auch unser nationales Klimaschutzprogramm charakterisieren: Anreize setzen, Menschen nicht gähneln, für neue Technologien die Wege eröffnen. Ich glaube, dass wir damit für die Klimakonferenz in Bali ein wirklich gutes Signal setzen. Dieser Konferenz wünschen wir allen Erfolg.

Meine Damen und Herren, auf eines werden wir dabei aber achten: Ich stehe sehr zur Vorreiterrolle Deutschlands, ich habe mich sehr dafür eingesetzt. Aber der Klimaschutz ist ein internationales Problem. Weder Europa noch Deutschland allein kann dieses Thema lösen. Deshalb darf es nicht sein, dass wir die Vorreiterrolle haben, aber dann in Europa zum Beispiel Regelungen für die Autoproduktion gefunden werden, die deutsche Hersteller benachteiligen und andere bevorzugen. Jeder muss seinen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leisten.

(Beifall)

Liebe Freunde, an dem Thema Klimaschutz können Sie eines sehen: Globalisierung heißt, wir müssen gemeinsam handeln. Zu spätes Handeln oder Unterlassen hätte ungeahnte, kaum vorausehbare Folgen. Das heißt also, unsere Entwicklung zu Hause und Entwicklungen in den, von uns aus gesehen, fernsten Gegenden der Welt greifen ganz eng ineinander. Alles ist vernetzt. Die Dinge müssen zusammen gedacht werden.

Politik der Mitte in einer solchen Welt heißt deshalb fünftens: Augenmaß. Das Ergebnis ist eine moderne Sicherheitspolitik. Mehr denn je kommt es bei dieser Politik auf die Union an. Denn gerade im Bereich der Sicherheit dürfen wir, eben weil die Welt sich so geändert hat, die Trennung in herkömmliche Innen- und Außenpolitik nicht mehr zulassen. Diese Trennung ist schlicht und ergreifend von gestern. Sie ist überholt, sie ist provinziell, und das Schlimmste ist: Sie wird den Bedrohungen, denen wir heute ausgesetzt sind, nicht mehr gerecht, liebe Freunde.

(Beifall)

Wahr ist: Die Sicherheit ist für den Menschen da, der Mensch nicht für die Sicherheit. Aber wahr ist auch: Ein Leben in Würde und freier Selbstentfaltung ist ohne ein ausreichendes Maß an Sicherheit nicht möglich. Deutschland ist bisher von schweren Anschlägen verschont geblieben. Aber wir wissen, es hängt nicht von uns allein ab, dass das so bleibt. Es hängt jedoch eben auch von uns ab, dass es so bleiben kann: wenn die Politik Gefährdern und Kriminellen signalisiert, dass Deutschland kein geeigneter Ruheraum für Terroristen ist, wenn die Politik Gefährdern und Terroristen signalisiert, dass Deutschland kein Ort naiver Blauäugigkeit ist, wenn die Politik signalisiert, dass Deutschland Schritt hält mit den immer neuen Herausforderungen und Fähigkeiten, die unsere Art zu leben in eminenter Weise bedrohen.

Deshalb haben wir unser Konzept, nach dem der Einsatz der Bundeswehr heute auch im Innern unter bestimmten Bedingungen notwendig sein kann, weil Innen und Außen nicht mehr so zu trennen sind, wie das einmal war.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir eine Terrorwarndatei. Deshalb können wir nicht zulassen, dass Menschen aus Terrorcamps nach Deutschland zurückkommen und ihnen hier nichts geschieht, und, liebe Freunde, deshalb brauchen wir unter bestimmten restriktiven Bedingungen auch die Online-durchsuchung, um Terroristen nicht das Signal zu geben: Hier könnt ihr zugreifen, hier gibt es keinen Schutz. – Davon werden wir nicht abgehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer das als Marsch in den rechtlosen Überwachungsstaat diffamiert, der weiß wirklich nicht, was es heißt, in einem rechtlosen Überwachungsstaat zu leben. Der weiß nicht, wovon er spricht. Er verhöhnt die Menschen, die das leider erleben mussten. Deshalb kann ich nur sagen: Lassen Sie uns hier Augenmaß einziehen, wie es die Union macht, und lassen Sie uns mit den anderen debattieren. Die Union wird hier den Sieg davontragen. Da bin ich mir vollkommen sicher.

(Beifall)

Das heißt also: Freiheit und Sicherheit müssen bei einer Politik der Mitte gleichermaßen gestärkt werden. Für diese Politik stehen wir als Partei. Aber wir wissen auch: Alleine können wir das in der Welt nicht. Wir brauchen Partner. Eine Politik der Mitte sucht deshalb den Dialog auch mit den großen Mächten. Aber eine Politik der Mitte biedert sich nicht an.

Nebenbei gesagt – nur zur Erinnerung –: Es hieß damals „Wandel durch Annäherung“ und nicht „Wandel durch Anbiederung“, liebe Freunde.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

39

(Beifall)

Wer das vergisst, der vergisst große deutsche Patrioten wie Konrad Adenauer und – ja auch – wie Willy Brandt. Vielleicht hilft es ja dem einen oder anderen, sich in einer ruhigen Minute im stillen Kämmerlein einmal vorzustellen, was Willy Brandt davon gehalten hätte, sich im Ernst auf eine öffentliche Diskussion darüber einzulassen, ob es für unser Land besser ist, sich offen oder still für Menschenrechte einzusetzen. Ich bin überzeugt, er hätte schlicht und ergreifend den Kopf geschüttelt über diese Art der Debatte, die Deutschland wirklich nicht dient.

(Beifall)

Liebe Freunde, gute Außen- und Sicherheitspolitik ist immer wertebezogen. Menschenrechtspolitik und das Vertreten wirtschaftlicher Interessen überall in der Welt – das waren, das sind und das werden immer zwei Seiten ein und derselben Medaille sein. Politik der Mitte heißt dann auch, eine enge Freundschaft mit dem Land, das die Freiheit und Einheit Deutschlands unterstützt hat wie kein anderes, also eine enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall)

Deutschland, Europa und die USA teilen die gleichen Werte. Deshalb ist die Allianz wichtig. Wir brauchen sie, wenn wir an die Bedrohung Israels und der gesamten Region durch das Nuklearprogramm des Iran denken. Die Sicherheit Israels – das ist eine Konstante deutscher Außenpolitik. Die Sicherheit Israels als jüdischer Staat ist für uns niemals verhandelbar; das sagen wir jedem in der Welt klipp und klar.

(Beifall)

Die transatlantischen Beziehungen umfassen heute auf der einen Seite den Sicherheitsbereich, die Zusammenarbeit in der NATO. Aber sie umfassen auf der anderen Seite auch die Wirtschaftspartnerschaft. Eine transatlantische Wirtschaftspartnerschaft, die sich gegen niemanden richtet, diese Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist für uns wichtig. Aber sie ist nicht gegen andere ausgerichtet; sie wendet sich nicht gegen die strategische Partnerschaft mit Russland. Ich sage ganz deutlich: Wir wollen diese strategische Partnerschaft, weil sie in unserem und im russischen Interesse ist, weil sie in unserem gemeinsamen Interesse ist. Aber sie muss dann auch kritische Worte aushalten.

Wir wissen um die große Bedeutung Chinas. Wir wissen um die Bedeutung Indiens, des asiatischen Kontinents. Wir wissen um unsere Aufgabe in Afrika, auf einem Kontinent, dem wir nicht mit Mitleid, sondern auf gemeinsamer Augenhöhe begegnen wollen.

Liebe Freunde, ich werde manchmal gefragt, warum unsere Regierung in der Außenpolitik erfolgreicher ist als ihre Vorgängerin. Ich meine, dafür gibt es eine ganz einfache Erklärung: Wir verhalten uns seriös.

(Beifall)

Und das geht so: Unsere Verbündeten erfahren unseren Standpunkt direkt von uns. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen. So haben wir Deutschen wieder Einfluss und können unsere Ziele besser erreichen. Denn es ist natürlich eine Sache, sich Ziele zu setzen. Aber es ist etwas ganz anderes, Ziele auch wirklich zu erreichen. Unsere Regierung erreicht Ziele. Für Europa haben wir einen Durchbruch geschafft: einen neuen europäischen Vertrag, wie es viele nicht erwartet haben. Es gibt ein Europa mit einer verbesserten Kompetenzordnung. Es gibt endlich die Möglichkeit, dass Europa sich nicht weiter mit sich selbst beschäftigt, sondern dass Europa sich wieder um die Dinge in der Welt kümmern kann, die für Europa wichtig sind. Das ist gut so, weil wir das Ziel auch erreicht haben und nicht nur davon geredet haben, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir sprechen auch darüber, dass die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union Hand in Hand gehen müssen. Deshalb war es richtig, dass viele von Ihnen noch einmal gesagt haben: Lasst uns die Frage der Türkei klarer beschreiben. Wir sind, waren und bleiben für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei, eng mit Europa, aber gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Antworten für Arbeit und Wirtschaft, für Familie, Integration und Nation, Energie und Klima, Europa und die Welt zeigen: Wir verbinden, was bei anderen teilt. Wir behalten den Blick für beides, wo andere nur eines sehen: für die Chancen und für die Risiken, für die Sorgen und für die Hoffnungen. Das können wir, weil wir getragen werden von dem, was für uns dauerhaft gilt: von unseren Wurzeln – christlich-sozial, konservativ, liberal. Wir sind getragen vom Dreiklang unserer Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Wir sind offen für Neues und bewahren Bewährtes. Das ist der Kurs der Mitte. Das ist Richtung und Ziel unseres neuen Grundsatzprogramms. Das ist der Kurs unserer täglichen Politik.

Das ist der Kurs, den unser Land braucht. Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Es ist wahrlich nicht egal, wer regiert – weder im Bund noch in den Ländern. Nur eine Volkspartei der Mitte kann in Deutschland die notwendige Zustimmung erringen und für dieses Land auch die Zukunft gestalten.

Vor uns liegt eine wichtige Wegstrecke. Wir stehen in der Verantwortung, unser Land auf der Erfolgsspur zu halten. Unser Ziel ist klar: Wir setzen auf einen klaren Kurs für Wachstum und Beschäftigung. Wir stehen vor wichtigen Landtagswahlen: in Hessen, in Niedersachsen, in Hamburg. Unser Ziel ist klar: Wir setzen auf Sieg, auf Sieg für Christian Wulff, auf Sieg für Roland Koch, auf Sieg für Ole von Beust, damit sie ihre Arbeit auch wirklich fortsetzen können.

(Beifall)

Wir stehen natürlich in der Verantwortung, 2009 im Bund mit einer erfolgreichen Bilanz und überzeugenden Zukunftskonzepten vor die Wählerinnen und Wähler zu treten und wieder um ihr Vertrauen zu werben. Liebe Freunde, wir haben alle Chancen. Wir sind stark in unserer Gemeinschaft, der Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union zusammen mit der CSU.

Dass dies so ist, daran haben viele einen Anteil: die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte, die uns, die Union, zur kommunalen Kraft Nummer eins in Deutschland gemacht haben, unsere Landesverbände mit unseren Ministerpräsidenten, die alle hier vorne auf dem Podium versammelt sind, unsere Bundestagsfraktion mit Volker Kauder an der Spitze, unsere Bundespartei mit unserem Generalsekretär Ronald Pofalla, unsere Schwesterpartei mit Erwin Huber, Günther Beckstein und Peter Ramsauer, unsere Mitglieder in der Bundesregierung: Maria Böhmer, Thomas de Maizière, Michel Glos, Franz-Josef Jung, Bernd Neumann, Wolfgang Schäuble, Annette Schavan, Horst Seehofer, Ursula von der Leyen; man beachte die alphabetische Reihenfolge.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich sage für die gesamte Partei, aber auch für mich ganz persönlich, ein herzliches Dankeschön für das freundschaftliche und das gute Miteinander.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mehr denn je kommt es auf die Union in unserem Lande an. Die Zukunft Deutschlands liegt in der Mitte. Ganz gleich, welche Kapriolen andere drehen: Wir halten Kurs! Da, wo die Mitte ist, sind wir, und da, wo wir sind, ist die Mitte. Die Mitte sind wir – zum Wohle unseres Vaterlandes. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, das Tagungspräsidium war die ganze Zeit voll handlungsfähig, aber gegen einen solch überwältigenden, begeisterten Parteitagsbeifall können wir uns dann auch nicht mehr durchsetzen. Ich freue mich, dass wir unserer Bundeskanzlerin, unserer Parteivorsitzenden, so eindrucksvoll danken können, und zwar nicht nur für ihre großartige Rede, sondern auch für ihren gewaltigen Einsatz für die Partei, für die Christlich Demokratische Union Deutschlands, und für unser Land. Das wissen wir besonders zu schätzen. Vor allem die Beliebtheit von Angela Merkel unter den Menschen in unserem Land, in der Bevölkerung unseres Landes hilft uns allen, unsere Ziele und unser Programm umzusetzen. Liebe Angela, dafür ganz herzlichen Dank seitens des Bundesparteitages der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 8 b auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

Ich bitte Sie, bei Wortmeldungen die Wortmeldezettel zu verwenden und diese hier einzureichen. Es liegen bereits acht Wortmeldungen vor. Als Erster hat sich der Delegierte Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments, aus dem Landesverband Hessen zu Wort gemeldet. Herr Mann, Sie haben das Wort. Als nächster Redner folgt Dr. Friedbert Pflüger, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus.

Thomas Mann: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Liebe Angela Merkel, Sie haben in Ihrer Rede das Thema „Europa“ am Rande behandelt, aber es ist kein Randthema geworden. Ein halbes Jahr lang haben wir eine höchst erfreuliche Ratspräsidentschaft der Deutschen für die Europäische Union gehabt. Diese war alles andere als einfach. Es wäre einfacher gewesen, wenn wir gesagt hätten: Das werden die Deutschen schon richten. Wir haben durch die Fähigkeit von Angela Merkel, Fakten zu schaffen und nicht nur allgemeine Ziele zu formulieren, erreichen können, dass sich die Lage in Europa geändert hat. Unser Freund Wilfried Martens wird das bestätigen. So wurde in Sachen Klimaschutz erreicht, dass wir die Emissionswerte um 20 Prozent gemeinsam senken wollen – jedes Land nach der eigenen Möglichkeit. Es wurde erreicht, dass wir in Sachen Verfassungsvertrag nicht in die übliche europäische Depression hineingeraten sind, sondern Maßnahmen gefunden haben, indem Angela Merkel Sherpas in die europäischen Hauptstädte geschickt hat, um deutlich zu machen, wie wichtig es ist zu erfahren, wie weit man dort beim Verfassungsvertrag mitgehen will.

Hans-Gert Pöttering, der Präsident des Europäischen Parlaments, ist einer von den Sachkundigen, die das alles miterlebt haben. Jeder, der all dies weiß, wird feststellen können, dass sich die Lage in der Europäischen Union ohne Angela Merkel völlig verändert hätte. Die Verabschiedung des Reformvertrages von Lissabon ist deshalb möglich, weil wir in den Hauptstädten gemeinsam mit den Abgeordneten der jeweiligen Parlamente viele Dinge erreichen konnten, die den Menschen von uns aus klargemacht werden müssen. Die meisten verstehen nicht, was ein Verfassungsvertrag ist. Sie meinen, das sei eine Spielwiese für Juristen.

Wenn wir in den Vertragsentwurf hineinschauen, merken wir worum es geht. Durch Bürgerbegehren wollen wir erreichen, dass das Volk gefragt wird. Es geht dabei darum, unser Subsidiaritätsprinzip in dem Reformvertrag durchzusetzen. Es geht auch darum, einen europäischen Außenminister zu haben, den wir wegen der Engländer allerdings nicht so nennen dürfen. Wir appellieren, dass sowohl Polen als auch Großbritannien sich davon verabschieden müssen, ihr Opting-out zu kreieren. Daran müssen wir arbeiten. Wir haben im Europäischen Parlament eine deutliche Aufwertung erfahren. In fast allen Bereichen sind wir gleichberechtigter Gesetzgeber. Dieses Vertrauen, das durch die Deutschen für die Europäische Union gestärkt worden ist, werden wir in der nächsten Woche markant unterstreichen.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

43

Wir werden in Straßburg die Charta der Grundrechte gemeinsam verabschieden – das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat – und zwar auf einer feierlichen Veranstaltung, die wir wirklich als Zukunftsorientierung brauchen.

Lassen Sie mich mit einem Dank an Angela Merkel abschließen. Sie ist standhaft geblieben, als die Chinesen alles versucht haben, den Besuch des Dalai Lama im Bundeskanzleramt zu verhindern. Noch heute spüren wir die Nachwirkungen. Sie ist standhaft geblieben und hat nicht das getan, was die politischen Gegner, die derzeit auch in der Regierung sind, gesagt haben: Sorgt dafür, dass der Dalai Lama irgendwo in einer Kneipe empfangen wird. – Sie hat es dort getan, wo es wichtig und notwendig ist: im Bundeskanzleramt.

Die CDU ist die Partei der Menschenrechte. Sie wird es bleiben.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Mann. – Ich gebe noch den Hinweis, dass die Antragskommission jetzt tagt. Es wäre also nett, wenn die Mitglieder der Kommission sich dort einfinden würden.

Als Nächster hat sich Dr. Friedbert Pflüger, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, gemeldet.

Dr. Friedbert Pflüger: Lieber Christian Wulff! Liebe Angela Merkel! Meine Damen und Herren! Es ist paradox und nicht hinnehmbar, dass noch immer viele Menschen in den neuen Bundesländern die Linke wählen, die Partei des Unrechts der DDR, in der zu viele Menschen ihren Vertreter in der heutigen Bundesrepublik Deutschland, im wiedervereinigten Deutschland, sehen. Wir können und werden das ändern. Wir dürfen uns nie damit abfinden, dass diejenigen, die Millionen Menschen über 40 Jahre drangsaliert haben, und ihre Erben heute in unsere Parlamente und unsere Regierungen einziehen. Das gilt ganz besonders für die deutsche Hauptstadt.

(Vereinzelt Beifall)

Aus Berliner Sicht möchte ich drei Anmerkungen zu diesem Komplex machen, auch selbstkritisch. Die erste Anmerkung ist: Wir haben nicht genug getan – wir müssen viel mehr tun –, um jungen Menschen das Unrechtssystem der DDR nahezubringen. Eine gerade von der FU Berlin veröffentlichte Studie offenbart ein erschreckendes Ausmaß von Unkenntnis über die SED-Diktatur. Hier erscheint die DDR nach Aussagen des Forschungsleiters Klaus Schröder als ein ärmliches, skurriles und witziges Land, das irgendwie sozial war. Das ist seine Zusammenfassung. Von den Schrecken von Mauer und Stacheldraht sowie Stasibesitzung kein Wort! Ich finde, es ist notwendig und wichtig, dass wir alle dafür sorgen, dass unsere Kinder nicht nur Bergen-Belsen und Sachsenhausen besuchen, sondern dass sie auch in Hohenschönhausen und Bautzen sind, um die Schrecken der DDR-Diktatur nachzuerleben.

(Vereinzelt Beifall)

Die zweite Anmerkung ist – auch selbstkritisch –: Haben wir eigentlich genug getan, um die Bürgerrechtler, etwa die Männer und Frauen vom 17. Juni, die Opfer und die Mauertoten – im Gewissen, im Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland – im wiedervereinigten Deutschland angemessen zu würdigen? Denken Sie nur an den großartigen Pastor Brüsewitz! Bei ihm im Ort wurde in den 70er-Jahren eine Schule eröffnet. „25 Jahre DDR“ stand dort ganz stolz. Er errichtete an der gegenüberliegenden Seite an seiner Kirche ein Plakat mit der Aufschrift „2000 Jahre Christus-Kirche“ als Ausdruck der Kraft Gottes, seines Glaubens, den er nicht verleugnet hat. Er hat sich dann selbst umgebracht; er hat sich verbrannt. Ich finde, dass solche Leute in unserem Herzen einen besseren Platz haben müssen. Wo sind die Brüsewitz-Plätze und die Brüsewitz-Straßen?

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch hat gerade die „Frau vom Checkpoint Charlie“ in Hessen gewürdigt. Wir in Berlin haben zusammen mit Grünen und der FDP durchgesetzt, dass Wolf Biermann Ehrenbürger der Stadt wird. Das sind wir den Menschen, die gegen die SED-Diktatur aufbegehrt haben, auch schuldig. Wenn wir es ihnen nicht ermöglichen, einen Platz in unserem Herzen einzunehmen, dann wenden sie sich von uns ab. Das darf nicht passieren.

(Beifall)

Mein letzter Punkt ist: Wir müssen ganz deutlich machen, dass wir mit unserer Kritik an SED und Stasi nicht die überwältigende Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR meinen; denn diese haben unter den Bedingungen der Diktatur ein anständiges Leben geführt. Sie haben etwas geleistet. Sie haben etwas aufgebaut, auf das sie stolz sein wollen. Sie haben ihre Erfahrungen, ihre Erlebnisse, ihre Liebschaften und ihre Freundschaften. Diese emotionale Wärme, die jeder Mensch braucht, genauso wie die Erinnerungen, finden sie, wie ich glaube, bei uns oft nicht in ausreichendem Maße. Sind wir nicht ein bisschen zu sehr mit unserer westlichen Tür in ihr Haus gefallen? Haben wir nicht zu oft bei den Abwicklungsversuchen gesagt: „Wir können alles besser; die dort drüben haben eigentlich gar nichts geleistet“? So dürfen wir mit den Menschen in der ehemaligen DDR nicht umgehen. Wir müssen ihnen das Gefühl nehmen, dass sie Deutsche zweiter Klasse wären.

Wir haben eine gute Chance dazu. Nehmen Sie als Beispiel Oskar Lafontaine, der nun gewählt wurde. Ich glaube, dass die Menschen in der ehemaligen DDR keine Lust haben, von DKP-Boy-Groups und Alt-68ern übernommen zu werden. Das ist eine Möglichkeit, den Menschen dort, den früheren PDS- und Linke-Wählern, zu sagen: Ihr seid doch auch für Tugenden! Ihr wollt doch auch etwas für die innere Sicherheit tun! Ihr wollt doch auch, dass die Kinder in den Schulen etwas lernen! Nicht Oskar Lafontaine hinterherlaufen, der die Tugenden als Sekundärtugenden

verteufelt hat, mit denen man auch ein KZ leiten kann! Es ist deutlich zu machen, dass es einen großen Unterschied zwischen den 68ern und denjenigen gibt, die in der ehemaligen DDR an alten Träumen und Erinnerungen hängen. Diese müssen wir für unsere Christlich Demokratische Union wiedergewinnen.

Erlauben Sie mir als Berliner zum Schluss ein ceterum censeo, das bis zum 15. Dezember notwendig ist; denn es gibt ein Volksbegehren. Ich bin der Meinung, dass der Flughafen Tempelhof offen bleiben sollte. Helfen Sie uns dabei! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. Als Nächstes spricht Herr Eugen Abler aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Anschließend folgt der hessische Ministerpräsident Roland Koch. – Herr Abler, Sie haben das Wort für den Landesverband Baden-Württemberg.

Eugen Abler: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Jahren mit Rot-Grün ist es geradezu wohltuend, zu sehen, wie unser Land unter Ihrer Führung, Frau Bundeskanzlerin, auf der politischen Weltbühne an Gewicht gewinnt. Ich nenne nur drei Stichworte: Ihre souveräne Führung als EU-Ratspräsidentin hat Europa vorangebracht; beim Treffen der G 8 wurde Ihre Führungsstärke besonders deutlich; für Ihr couragiertes Eintreten für Menschenrechte gegenüber China danke ich – und mit mir sicher viele Bürger – Ihnen sehr.

Die erste Halbzeit war gut. Es bleibt aber viel zu tun. Durch die vielen Kompromisse, die in der Großen Koalition gemacht werden müssen, leidet das eigene Profil. Viele unserer Anhänger stellen sich die Frage nach dem Kurs der CDU. In der aktuellen Tagespolitik sind die Grenzen zur SPD oft undeutlich. Wir müssen unsere Positionen klar und deutlich benennen. Unsere Wähler haben ein Recht darauf.

Gestatten Sie mir einige Anregungen: Stichwort Umweltpolitik. Frau Bundeskanzlerin, in Hanau nannten Sie den sparsamen Umgang mit endlichen Ressourcen eine zutiefst moralische Verpflichtung. Umwelt und Technologie sind Schlüsselthemen unseres Jahrhunderts. Klar ist: Wir leben über unsere Verhältnisse. Deshalb gilt: Wenn wir als Menschheit überleben wollen, müssen wir in Zukunft anders leben. Jeder Beitrag ist wichtig. Jeder Bürger kann Energie sparen und Emissionen vermeiden. Ohne Einschränkung der gewohnten Lebensweise wird es aber nicht gehen. Freiwilligkeit findet aber gerade im Umweltschutz ihre Grenzen. Deshalb muss der Staat durch Gesetze darauf hinwirken, dass die existenzielle Bedrohung, die sich aus dem Klimawandel ergibt, verringert wird. Die Einführung von Tempo 130 auf deutschen Straßen wäre ein wichtiger Schritt. Alle europäischen Staaten außer Malta und Deutschland leben mit solchen Limits sehr gut. Wir würden einer Studie zufolge nicht nur drei Millionen Tonnen weniger Co₂ ausstoßen, sondern auch weniger Sprit benötigen. Angesichts der Gesamtsituation ist das

zwar nur ein bescheidener Beitrag, es wäre aber ein wichtiges Signal, das nötig ist, um einen Bewusstseinswandel herbeizuführen.

Längst überfällig ist eine tief greifende Steuerreform. 70 Prozent der Steuerliteratur weltweit ist auf Deutsch verfasst. Wir brauchen eine radikale Veränderung, eine Vereinfachung, wie sie im Kirchhof-Modell abgebildet ist. In Neuseeland wird dieses Modell bereits jetzt praktiziert. Mit hohen Freibeträgen von 8.000 Euro pro Kind ist es sehr familienfreundlich. Die Anwendung eines einheitlichen Steuersatzes in Höhe von 25 Prozent auf alle Einkommensarten würde unser Land für Investoren sehr attraktiv machen, und wir würden viele abwanderungswillige junge Menschen im Land behalten. Zudem würden alle Steuerschlupflöcher entfallen. Deshalb ist diese Reform aufkommensneutral. Leistungsträger werden bei uns einfach zu stark belastet. „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt“, sagte einst Abraham Lincoln. Deshalb, meine Damen und Herren, gilt: Leistung muss sich wieder mehr lohnen.

Stichwort Elterngeld: Eltern mit Kindern brauchen mehr Unterstützung. Der Staat sollte nicht vorschreiben, was für die Familie gut ist. Seine Aufgabe ist es, Eltern finanziell in die Lage zu versetzen, in voller Freiheit die hauptberufliche Erziehung zu wählen oder die Betreuung auf dem Markt nachzufragen. Klar ist aber: Erziehung ist mehr als Betreuung. Es ist eine große soziale Ungerechtigkeit, wenn Frauen von Selbstständigen, Existenzgründerinnen, Bäuerinnen oder Frauen, die die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu Hause selbst übernehmen, 300 Euro pro Monat bekommen, während eine gut verdienende Berufstätige – häufig ist es eine Akademikerin – bis zu 1 800 Euro erhält.

Ich nenne den Lebensschutz als letztes Stichwort. Der Schutz des menschlichen Lebens, von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, muss in einer Partei, die sich christlich nennt, höchste Priorität genießen. Experten gehen davon aus, dass jährlich, einschließlich Dunkelziffer, 250 000 Kinder im Mutterleib getötet werden. Das ist eine erschütternde Tatsache und zugleich eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaft. Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes. Als Schwächste in unserer Gesellschaft verdienen die ungeborenen Kinder unsere uneingeschränkte Solidarität. Darüber hinaus verpflichtet uns das „C“ in unserem Namen, zu diesem Thema nicht länger zu schweigen. Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel.

Verantwortungsvoller Lebensschutz hat auch Konsequenzen für den Umgang mit menschlichen Embryonen in der Forschung. Deshalb wende ich mich entschieden gegen die Änderung des Stammzellengesetzes. Eine Stichtagsverschiebung würde einen Dambruch bedeuten. Ich unterstütze die Forschung an adulten Stammzellen, wo kein Mensch im embryonalen Entwicklungszustand getötet wird. Die Fortschritte bei Hautzellen lassen hoffen. Hier sind mehr Forschungsmittel notwendig.

Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich schließe mit einem Goethe-Wort:

„Wer zur schwankenden Zeit selber schwankend gesinnt ist,
der mehret das Übel und breitet es weiter und weiter,
aber wer fest auf dem Sinne beharrt, gestaltet die Welt sich.“

In diesem Sinne hoffe ich, dass die CDU mutig und entschlossen die Probleme anpackt, um unsere Nation zukunftsfähig zu machen. Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Als Nächster hat das Wort Roland Koch, uns allen als hessischer Ministerpräsident bekannt.

Roland Koch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir in Hessen sind 55 Tage vom Wahltag entfernt. Deshalb wollen wir hier auch ein Stück weit Kraft tanken. Richtig ist, was Christian Wulff heute Morgen gesagt hat: Wir alle sind davon überzeugt, dass wir uns mit dem, was Angela Merkel als Bundeskanzlerin und die Union in der Bundesregierung geleistet haben, in einem Landtagswahlkampf sehr wohl sehen lassen können. Wir sind stolz darauf, dass es weniger Arbeitslose gibt, stolz darauf, dass es weniger Schulden gibt, stolz darauf, dass die Staatsquote geringer ist als in den Jahren zuvor, und stolz darauf, dass Gerhard Schröder nicht mehr Kanzler ist, sondern wieder eine vernünftige internationale Politik betrieben wird.

(Beifall)

Deshalb ist dieser Parteitag für uns wichtig. Wir bestätigen, dass wir den Weg nach links außen nicht mitgehen. Diesen Weg hat die SPD in Hamburg beschritten. Wer die Reden, die auf dem Parteitag in Hamburg gehalten wurden – etwa über die Zukunft der Bahn –, verfolgt hat, hatte gelegentlich den Eindruck, dass die Betrachtungen der SPD zur Wirtschaft und zur marktwirtschaftlichen Ordnung aus einer Zeit stammen, die weit vor dem Godesberger Programm der SPD lag. Die Verliebtheit der Sozialdemokraten in das Bild vom Staat, der alles regelt und vorgibt und jedem Einzelnen eine Garantie für sein Leben gibt – nach dem Motto: zurück zum Vertrauen in den kuscheligen Staat – ist beängstigend. Wir werden in der modernen Welt nicht alles dem Staat anvertrauen können. Wir sind davon überzeugt, dass der Einzelne mit seiner Freiheit, seiner Kreativität und seiner Kraft die bessere Antwort auf die Herausforderungen der Welt geben kann. Das unterscheidet uns jeden Tag mehr von den Sozialdemokraten und ihrem Glauben, dass es zurück zur staatlichen Organisation gehen soll.

(Beifall)

Das, was wir heute hier diskutieren und mit dem Projekt „Mitte“ beschreiben, wird auch in den nächsten Wochen und Monaten für uns eine Herausforderung sein. Aus Sicht vieler Bürger in

unserem Land ist es nämlich bequemer, kalkulierbarer und sicherer, wenn einem genau gesagt wird, was einen wahrscheinlich erwartet. Wir kommen aus einer Zeit und einer Gesellschaft, in der viele Menschen ihr ganzes Leben lang den gleichen Arbeitgeber gehabt haben. In den großen Unternehmen unseres Landes haben die Mitarbeiterinnen oft ihre eigenen Kinder als Werkskinder in die Planung des Lebens einbezogen.

Das bedeutete ein hohes Maß an Verlässlichkeit. Es gab eine Berechenbarkeit von Wohlstand. Diese Berechenbarkeit ist in dem Umfang der Vergangenheit nicht mehr da. Wir als Christdemokraten werden nicht umhinkommen, einzuräumen: Ja, wir müssen mit schweren, über lange Zeit voraussehbaren Bedingungen auskommen. Die Freiheit des Einzelnen zu nutzen, bedeutet, dass er sich in eine Welt begibt, in der er nicht alles so genau planen kann, wie er es in den Zeiten des Wirtschaftsbooms der 60er-, 70er- und manchmal auch 80er-Jahre konnte. Das ist eine Herausforderung. Die Antwort der Sozialdemokraten auf diese Herausforderung ist: Wir nehmen euch das Risiko ab. – Unsere Antwort darauf muss sein: Wir können euch dieses Risiko nicht vollständig abnehmen, aber wir lassen euch nicht allein.

(Beifall)

Ich erinnere mich an den Wahlkampf der Amerikaner, als Bill Clinton George Bush Senior geschlagen hat. Ich will darauf eingehen, weil ich glaube, dass das ein Gedanke ist, der uns in den nächsten Jahren beschäftigen muss. Clinton hat damals in der Auseinandersetzung mit Bush gesagt: Wir sind an einer Seite des Ufers eines durchaus ernstzunehmenden, reißenden Flusses. Wir müssen auf die andere Seite, weil hier nicht mehr genug ist, um unseren Wohlstand als ausreichend zu beschreiben. Die anderen schicken euch durch diesen Fluss; sie wollen, dass ihr schwimmt, und gucken, ob ihr drüben ankommt. Ich biete euch an: Lasst uns schauen, ob wir gemeinsam eine Brücke bauen können, mit der wir alle an das andere Ufer nehmen. – Ich möchte, dass wir uns als CDU mit diesem Bild beschäftigen. Das ist der alte Gedanke von Ludwig Erhard des Wohlstands für alle.

(Beifall)

Es ist dieser Gedanke, übertragen in eine neue, veränderte Welt, eine globalisierte Marktwirtschaft, in der wir die Herausforderungen annehmen müssen. Wir müssen die Schnellsten in der Welt sein; denn nur die Schnellsten in der Welt werden die Wohlhabendsten sein. Wir sind die Wohlhabendsten und wollen es bleiben. Also wird es uns nicht erspart bleiben, die Schnellsten zu werden, da, wo wir es noch nicht sind.

Schnell wird nie der Staat. Bei allem, was wir tun, bei allen Reformen, bei allen Versuchen, Flexibilität zu zeigen: Ein Staat muss langsam sein, und ein demokratischer Staat muss noch mehr Menschen fragen und wird deshalb noch langsamer sein in seinen Veränderungen als manche in der Welt, die uns begegnen.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

49

Wenn es uns gelingen soll, schnell zu sein, dann muss der Einzelne entscheiden können, dann muss der einzelne Betrieb eine Schicksalsgemeinschaft sein, die unbehindert von anderen ihre eigene Entwicklung nehmen kann. Das nennen wir betriebliche Bündnisse für Arbeit. Wir müssen beim Kündigungsschutz – die Bundeskanzlerin hat es angesprochen – über flexiblere Regelungen reden. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht noch einen Bundestagswahlkampf führen unter dem Gesichtspunkt, dass die Leute glauben, wir ließen sie schutzlos zurück. Es geht um die Fragen Kündigungsschutz oder Abfindung, aber auch um die Frage, wie man seine Arbeitslosenversicherung mitgestalten kann. Michel Glos hat dies neulich angesprochen: Was hindert uns daran, eine neue Entwicklung zu verlangen und zu sagen: „Wer 0,1 Prozentpunkte mehr an Arbeitslosenversicherungsbeitrag im Monat bezahlt, bekommt drei Monate länger Arbeitslosengeld als jemand anderes“? Was hindert uns daran, zu sagen: „Deine Welt bleibt planbar, mit Familiengründung, mit Hauskauf“? Wir wollen nicht, dass jemand dem Risiko ausgesetzt ist, von heute auf morgen unabhängig von seinen eigenen Leistungen plötzlich auf der Straße zu stehen. Wir brauchen aber eine Welt, in der Arbeitgeber flexibel genug sind und den Mut haben, so schnell wie möglich Leute einzustellen, und nicht so lange wie möglich zu warten, keine Leute einzustellen. Das ist die Veränderung, die wir gemeinsam mit den Arbeitnehmern bewältigen müssen.

(Beifall)

Ein letzter Gedanke in einer kurzen Bemerkung: Wir werden nicht umhinkommen, öffentlich zugeben, dass sich die Entwicklung des Wohlstandes ein bisschen stärker an denen orientiert, die Kapital besitzen, als an denen, die von Lohneinkünften leben. Wir können versuchen, das zu verdrängen, aber in einer globalisierten Welt, in der Kapital so gebraucht wird, werden wir dennoch dieses Ergebnis haben.

Wir haben in Deutschland einen Nachteil. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Großbritannien sind seit Jahrzehnten viel mehr am Kapital beteiligt als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Sie sehen Entwicklungen von Unternehmen und von Aktienkursen sehr viel gelassener, weil sie wissen, dass das auch etwas mit ihrem eigenen Einkommen insbesondere im Alter zu tun hat.

Wir haben aufgrund von Entscheidungen, die ihre Geschichte haben, einen anderen Weg gewählt. Wir sind jetzt dabei, über den Investivlohn zu reden. Er ist aus meiner Sicht für die Jahre, die vor uns liegen, eine zentrale Antwort auf das Thema Gerechtigkeit. Wer glaubt, er könne die Frage der Gerechtigkeit beantworten für die einen im Bereich des Lohnpfades und für die anderen im Bereich des Kapitals und sie gegeneinander ausspielen, der wird scheitern und all denen, die eine Neidgesellschaft organisieren wollen, immer wieder hinterherlaufen. Nur wer dafür sorgt, dass alle in der Gesellschaft eine Chance haben, am Kapitalpfad teilzunehmen, am Produktivvermögen unseres Landes beteiligt zu sein, der wird eine Chance haben, die Zukunft mit

einer gewissen Gelassenheit zu betrachten. Die CDU muss der Garant dafür sein, diesen Wechsel hinzubekommen. Die Sozialdemokraten haben aus vielerlei Gründen kein Interesse wie wir an einer solchen Entwicklung und an einer solchen Struktur.

(Beifall)

Ich nenne diese Punkte auch als einer, der mitten im Wahlkampf steht, weil ich fest davon überzeugt bin, dass das, was wir auf diesem Parteitag dokumentieren, nämlich den Anspruch, die Partei der Mitte zu sein, unterlegt werden muss mit dem Nachweis, dass wir Ideen, Kreativität und Sensibilität haben, die Mitte bei der Entwicklung des Wohlstands dieser Gesellschaft mitzunehmen. Wir als Christdemokraten sind davon überzeugt. Aber es ist uns in den vergangenen Jahren nicht immer gelungen, alle davon zu überzeugen, die wir als Mitstreiter, als unsere eigenen Anhänger und Freunde empfinden, um die notwendigen Wahlergebnisse zu erlangen. Für das Grundvertrauen zu sorgen, dass die CDU die Partei bleibt, die fest im Blick hat, Garant für die Entwicklung von Wohlstand der großen Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande zu sein, Garant für die Teilhabe am Wohlstand für die große Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie für Selbstständige, Mittelständler und auch für Rentnerinnen und Rentner, ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Wir haben genug Ideen im Köcher. Wenn wir die Sozialdemokraten wieder auf die Seite bringen wollen, auf die sie gehören, nämlich in die linke Ecke, wenn wir befreit von Sozialdemokraten nach 2009 regieren wollen, dann werden wir dies nur erreichen, wenn wir diese Gedanken einbeziehen. Deshalb glaube ich: Unser Grundsatzprogramm, die klare Rede der Bundeskanzlerin heute Morgen und das Thema „Wir sind die Mitte“ sind der richtige Ansatz, diesen Weg im Jahr 2009 zu beginnen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Koch. – Als Nächster der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Baldauf, dann folgen Ministerpräsident Oettinger und anschließend der Bundesvorsitzende des RCDS. Wenn sich die Nächsten schon bereithalten würden!

Jetzt hat Herr Baldauf das Wort für den Landesverband Rheinland-Pfalz.

Christian Baldauf: Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich anknüpfen an das, was Roland Koch gerade ausgeführt hat, und ihn noch einmal ganz spezifisch hervorheben: den Punkt Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft war – das wissen wir alle – für Jahrzehnte ein Garant für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung. Wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand sind nicht das Ergebnis der Umverteilung à la SPD, sondern Ergebnis des Erfolgsmodells „Soziale Marktwirtschaft“.

(Beifall)

Dabei kommt es auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem sozialen Aspekt auf der einen Seite und den Mechanismen des Marktes auf der anderen Seite an. Wir dürfen das Soziale nicht vergessen; das ergibt sich aus dem C in unserem Namen. Die beste Sozialpolitik ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Dies darf auch bei aller Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit nicht in Vergessenheit geraten.

Die Kernkompetenz der CDU – davon bin ich überzeugt – ist und war immer die Wirtschaftspolitik. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik hat den Menschen in Deutschland Wohlstand gebracht. Nicht zuletzt deshalb haben wir im Bund und in den Ländern, wie Roland Koch es richtig gesagt hat, die Wahlen gewonnen. Deshalb müssen wir der Versuchung widerstehen, aus kurzfristigen Erwägungen heraus falsche, schnelle Entscheidungen zu treffen und wirtschaftlich Unvernünftiges zu tun.

Ansonsten wird das – da bin ich mir sicher – dazu führen, dass Menschen in Gefahr kommen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, und dass die Inflation steigt. Deutschland gerät international in einen immer härteren Wettbewerb, was den Menschen dann ebenfalls Nachteile bringen wird.

Meine Damen und Herren, unsere Soziale Marktwirtschaft basiert auf Freiheit. Es soll und es muss aber auch eine Soziale Marktwirtschaft sein, in der die Menschen ein Stück weit mitgenommen werden und geborgen sind. Ich bin absolut dafür, die Gedanken von Eigenverantwortung und Subsidiarität hochzuhalten, aber wir müssen den Menschen auch die Möglichkeit geben, überhaupt eigenverantwortlich zu handeln. Wie soll denn beispielsweise ein Familienvater mit mehreren Kindern als Alleinverdiener Geld zur Altersvorsorge beiseite legen, wenn er mit seinem Gehalt, wie wir alle wissen, bis zum Ende des Monats gerade so über die Runden kommt? Das betrifft viele Leistungsträger in unserer Gesellschaft.

Diejenigen, die sich anstrengen, müssen auch dafür belohnt werden, und diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, brauchen unsere Solidarität. Deshalb ist eine richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft auch eine Absicherung für die, die sich ihr Auskommen nicht aus eigener Kraft sichern können, für diejenigen in der Gesellschaft, die weniger leistungsfähig sind. So verwirklicht die Soziale Marktwirtschaft Gerechtigkeit und vereint Leistungswillen mit Solidarität. Das ist Auftrag und auch Pflicht einer Christlich Demokratischen Partei und ein wichtiger Baustein, um Volkspartei zu bleiben. Lassen Sie uns dafür eintreten! – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Baldauf.

Als Nächster spricht Günther Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

(Beifall)

Günther H. Oettinger: Lieber Christian Wulff! Verehrte Freundinnen und liebe Freunde! Die erste Hälfte dieses Jahrzehnts war für Deutschland eine verlorene Zeit. Rezession, Stagnation und Resignation prägten unser Land.

Mit der Großen Koalition kam der Neuanfang. Statt Kaufkraftverlusten, statt steigender Arbeitslosigkeit, statt horrender Staatsverschuldung haben wir in zwei großen Bereichen der Innenpolitik die Trendwende erreicht. Wir haben mehr Erwerbstätige und weniger Arbeitslose, und der Arbeitsmarkt ist der Erfolg der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Mit der SPD, ohne die SPD oder auch gegen die SPD haben wir das Richtige für die Menschen getan.

Die Staatshaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind auf gutem Weg. Jetzt entsteht die Frage: Was müssen wir tun, damit Deutschland weiter entlang unserer Botschaft Wachstum hält und mehr Beschäftigung erreicht?

(Vereinzelt Beifall)

Da ist die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung eine großartige Entscheidung. Nicht mehr 6,5 Prozent Beitrag, nicht mehr eine hohe Belastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern mit 3,3 Prozent erreichen wir, dass der Arbeitnehmer mit seinem Nettolohn deutlich näher an das Bruttogehalt heranrücken kann.

(Beifall)

Mehr Beschäftigung und mehr Nettolohn sind in Wahrheit soziale Gerechtigkeit.

Von denen, die bei uns Arbeit haben, arbeiten die meisten im ersten Arbeitsmarkt, haben die meisten Menschen einen Lohn, der dafür ausreicht, dass man den Lebensunterhalt für sich, für die Kinder und die Familie bestreiten kann. Aber wir haben auch Aufstocker – bewusst und gewollt. Weit über eine Million Beschäftigte arbeiten bei uns, haben eine feste Arbeitsbeziehung, haben einen festen Arbeitsplatz, bekommen einen Lohn und bekommen den vom Staat aufgestockt. Weit über eine Million Menschen arbeiten bei uns redlich, aber ihr Lohn allein reicht für den Lebensunterhalt nicht aus, und der Staat kommt als Partner ergänzend hinzu.

Ich glaube, dass das Aufstocken auch in Zukunft die richtige Politik ist, und ich glaube nicht, dass man den Arbeitsplatz des Aufstockers vernichten soll, indem man Mindestlöhne fordert, die dafür sorgen, dass dieser Arbeitsplatz in Zukunft nicht mehr besteht.

(Beifall)

Deswegen finde ich in dem Leitantrag des Bundesvorstandes einen Satz entscheidend, richtig und wegweisend. Ich zitiere:

„Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben.“

(Beifall)

Der Mindestlohn ist nicht generell falsch. Ein Ecklohn war und bleibt notwendig, aber ein Mindestlohn, der Arbeitsplätze vernichtet, neue nicht schafft und Wettbewerb aushebelt, ist die falsche Politik. Deswegen muss dieser Programmsatz in den nächsten Wochen und Monaten für die CDU Deutschlands stehen.

(Beifall)

Jetzt kommt der Mindestlohn bei der Post. Damit es klar ist: Zusagen halten wir ein. Nachdem der Mindestlohn bei den Briefdiensten ausgehandelt worden ist, wird er auch umgesetzt. Aber ein Unbehagen bleibt. Sehr überzeugend ist dies alles nicht.

(Teilweise Beifall)

Haben wir noch vor Monaten über die Frage diskutiert, ob der Mindestlohn 7,50 oder 8 Euro betragen soll, führen wir jetzt für den Briefzusteller einen Mindestlohn von 9,80 Euro ein. Ich frage mich, ob dieser Wert, dieser Betrag sachgerecht ist. Überzeugend finde ich ihn nicht.

(Teilweise Beifall)

Hinzu kommt, dass bei der Briefzustellung der Wettbewerb noch gar nicht begonnen hat und vermutlich mit diesem Mindestlohn auch nicht beginnen wird.

(Teilweise Beifall)

Überzeugend finde ich auch nicht, dass der Bund als Großaktionär mit seiner Post AG hier die Vorzeichen setzt, statt sich besondere Zurückhaltung aufzuerlegen. Das heißt, wir – zumindest ich – setzen den Postmindestlohn mit erheblichem Unbehagen um, weil er Wettbewerb nicht fördert und weil er meines Erachtens auch Arbeitsplätze nicht schafft, sondern eher gefährdet.

(Beifall)

Kaum wird der Mindestlohn bei der Post vereinbart, kündigen die Sozialdemokraten zehn weitere Branchen an. Die zu prüfen ist unsere Pflicht. Aber es ist eine Verantwortung der Arbeitgeber, der Tarifparteien und der Politik, alles dafür zu tun, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze erhalten, Wettbewerb ermöglichen und die Verbraucher stärken, aber nicht das Gegenteil tun.

(Beifall)

Glauben wir im Ernst, dass im Bewachungsgewerbe ein Mindestlohn von 9 oder 10 Euro der inneren Sicherheit dient? Dann wird halt weniger bewacht als bisher. Glauben wir im Ernst, dass im Gartenbau und in der Landwirtschaft, etwa bei der Weinlese, ein solcher Mindestlohn sachgerecht ist? Ich glaube, dass der Wein dann eben aus Chile kommt und nicht mehr aus Baden,

aus Württemberg, dem Rheingau und der Pfalz. Wer den Mindestlohn zu hoch ansetzt, sorgt dafür, dass die Arbeitsplätze auf dem Papier stehen bleiben, aber in der Praxis nicht mehr entstehen. Wir müssen auch in Zukunft die Partei für Wachstum und mehr Beschäftigung, aber nicht für theoretische Mindestlöhne sein.

(Beifall)

Für die CDU sind die Arbeitnehmer, die Auszubildenden und die Arbeitgeber gleichermaßen wichtig. Aber nicht nur der, der Arbeit hat, sondern auch der, der Arbeit sucht, ist für uns jemand, um den man sich kümmern muss. Glauben wir im Ernst, dass der, der die Schule abgebrochen hat und ohne Abschluss auf der Straße steht, glauben wir im Ernst, dass der lebensältere Arbeitslose, der in den Arbeitsprozess zurückkehren will, glauben wir im Ernst, dass der, der langzeitarbeitslos war, glauben wir im Ernst, dass der, der gering qualifiziert ist, mit 9,80 Euro Postdienstleister werden kann?

Mit dieser Linie – mit einem Mindestlohn, der zu hoch angesetzt ist – kommt er nie mehr in den Erwerbsprozess zurück. Wir müssen auf dem Arbeitsmarkt von morgen auch etwas für Schulabbrecher, Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte tun.

(Teilweise Beifall)

Der Mindestlohn ist prüfenswert. Die Tarifparteien sind in der Verantwortung. Auch Arbeitgeber müssen alles tun, dass Mindestlohn nicht Wettbewerb verhindert und Schutzzäune gegen Leistung und Wettbewerb aufbaut.

Hinzu kommt ein letzter Punkt: Wenn der Mindestlohn zu hoch angesetzt ist, dann führt er nicht zu Integration. Dann sind die, die drin sind, gesichert und gestärkt. Aber immer mehr Menschen kommen nicht mehr hinein. Der Mindestlohn kann auch eine Gefahr der Spaltung unserer Gesellschaft und Arbeitswelt bedeuten.

(Teilweise Beifall)

Die CDU darf hier nicht blockieren. Aber die CDU muss weiterhin die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft anwenden, die Tarifparteien in Verantwortung belassen und dafür sorgen, dass über die Lohnpolitik auch in Zukunft für alle mehr Arbeitsplätze statt weniger Arbeitsplätze mit gesichertem Lohn entstehen.

In dem Sinne baue ich darauf, dass unser Leitantrag, in dem es wörtlich heißt, mit der Union wird es „Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben“, auch in der Praxis der Gesetzgebung von Bundestag und Bundesrat angewandt wird. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günther Oettinger. – Als Nächstes spricht der Bundesvorsitzende des RCDS, Matthias Kutsch, ebenfalls aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Dann folgt Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT.

Matthias Kutsch: Liebe Frau Bundeskanzlerin! Lieber Ministerpräsident! Es wurde bereits angesprochen: Die CDU ist die Partei der Chancen, und die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Die CDU ist aber vor allem auch die Bildungs- und Wissenschaftspartei in Deutschland.

Lassen Sie mich dies an drei aktuellen Entwicklungen belegen. Nehmen Sie als erstes Beispiel PISA. PISA hat gezeigt, dass dort, wo die Union regiert, die Schüler die beste Bildung genießen. Nehmen Sie zweitens die Exzellenzinitiative. Diese hat gezeigt: Allein acht von neun Universitäten, die gewonnen haben, liegen in unionsgeführten Bundesländern. Das heißt, dort wo die Union regiert, genießen Studenten die beste Forschung und Lehre. Nehmen Sie als drittes Beispiel das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Leitung von Annette Schavan. Dieses Ministerium hat gerade diese Woche den Bildungshaushalt stärker als je zuvor erhöht. Zwar ist das Dreiprozentziel noch nicht erreicht, aber ich bin sehr optimistisch, dass das unter Annette Schavan und Angela Merkel gelingen wird.

Diese drei Entwicklungen zeigen: Wir sind nicht nur die Partei der Chancen, sondern auch die Bildungs- und Wissenschaftspartei. Denn das ist unsere Chance. Wir sind die Zukunftspartei Deutschlands und sorgen dafür, dass Chancen für alle geschaffen werden. Wir werden gleich den Antrag „Chancen für Alle – Bildung. Freiheit. Wohlstand.“ behandeln. Diese Reihenfolge ist nicht nur logisch und konsequent, sondern für mich ist sie auch die Logikkette der sozialen Gerechtigkeit. Denn es ist sozial ungerecht, wenn Versprechungen gemacht werden, die nicht gehalten werden. Für mich ist es auch sozial ungerecht, wenn eine Spendierhosenpolitik gemacht wird, die zulasten der nächsten Generation geht. Für mich ist auch sozial ungerecht, wenn sich der Staat zwanghaft um alles kümmern will, wie es damals in der DDR-Planwirtschaft der Fall war. Für diese soziale Ungerechtigkeit stehen Linkspartei und SPD gleichermaßen.

(Vereinzelt Beifall)

Soziale Gerechtigkeit dagegen bedeutet, ehrliche Politik zu machen. Das bedeutet, einen Politikstil zu verfolgen, wie es Angela Merkel tut. Soziale Gerechtigkeit bedeutet ebenfalls, den Einzelnen, das Individuum, zu sehen und dem Einzelnen auch etwas zuzutrauen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet also, Freiheit zu schaffen und zu stärken und damit Chancen für jeden Einzelnen in unserem Land zu schaffen. Für mich bedeutet das konkret, Bildungschancen für alle zu schaffen. Dafür steht die Union. Deshalb darf es kein Abdriften in die linke Ecke geben. Wir sind in der Mitte, und da müssen wir auch bleiben. Die Mitte darf sich nicht nach links verschieben.

(Vereinzelt Beifall)

Dort, wo die Linkspartei schreit und die SPD in einem Höllentempo hinterher rennt, müssen wir sagen: „Halt! Mit uns geht es hier nicht weiter. Wir bleiben in der Mitte.“ Deshalb müssen wir die Symptome behandeln, aber vor allem auch die Ursachen heilen. Deswegen ist noch stärker als bisher die Finanzierung der Bildung notwendig, damit wir jedem Einzelnen diese Chance noch einräumen.

Die Bundeskanzlerin hat völlig zu recht davon gesprochen, dass das Bildungssparen gestärkt werden muss. Das Bildungssparen ist eine wesentliche Säule auch im RCDS-Bildungsfinanzierungskonzept neben dem Bildungskonto und den Zusatzfinanzierungen – ich lade Sie an dieser Stelle herzlich ein, unseren Stand zu besuchen und sich dort weiter informieren –; denn es lohnt sich, in Bildung zu investieren. Bildung ist unsere Chance in Deutschland. Wir haben in Deutschland ein sehr großes Wissen. Dieses Wissen muss in unseren Bildungsraffinerien – ob das die Kindergärten, die Schulen oder die Hochschulen sind – gestärkt und gefördert werden wie eine Quelle, die dann sprudelt, und es muss in Bildung verwandelt werden. Wenn wir unseren wertvollsten Rohstoff nicht stärker fördern, dann kann unser Land auch keine Chancen haben und positiv in die Zukunft blicken.

Ich gebe Ihnen völlig recht, Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie sagen, dass durch Bildung Aufstiegschancen und Aufstiegsversprechen möglich sind. Ich gebe auch Herrn Ministerpräsident Oettinger recht, wenn er sagt, dass wir keine nationalen Mindestlöhne brauchen, sondern Maßnahmen für die Wirtschaft bzw. die Soziale Marktwirtschaft, und ich füge hinzu: vor allem auch für Bildung. Wenn wir Bildung stärken, dann sagen wir ganz klar: Bildung ist unsere Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächstes hat Dr. Schlarmann das Wort, und danach Peter Müller.

(Beifall)

Dr. Josef Schlarmann: Liebe Delegierten! Sehr geehrtes Präsidium! Dieser Parteitag steht unter dem Motto „Die Mitte“. Deshalb muss von diesem Parteitag das Signal ausgehen: Wir als Union machen eine Politik für die Mitte. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wer die Mitte ist. Das kann nicht nur ein Begriff sein, sondern dahinter verbergen sich Menschen. Es gibt eine klassische Definition für die Mitte. Dazu gehören alle diejenigen, die arbeiten, Kinder erziehen und Steuer zahlen. Wenn wir das als Zielgruppe nehmen, dann müssen wir als Union eine Politik machen, die die Vorstellungen und Interessen dieser Mitte trifft. Wir wissen, dass es gerade bei den Leistungsträgern heute Unruhe gibt. Sie fühlen sich nicht verstanden. Sie fühlen sich nicht im Fokus der Politik.

Dabei haben wir diesen Leistungsträgern unseren Aufschwung zu verdanken. Sie haben mehr gearbeitet, häufig für geringeren Lohn. Die Unternehmen haben sich produktiver gemacht. Die

21. Parteitag der CDU Deutschlands

57

Mitarbeiter waren bereit, ins Ausland zu gehen. Das ist der Grund dafür, dass wir Exportweltmeister sind, was wir auch bleiben wollen.

Wenn wir fragen, was bisher im Portemonnaie zurückgeblieben ist, dann müssen wir leider feststellen, dass sich in vielen Portemonnaies seit Jahren nichts geändert hat. Wenn wir eine Politik für die Mitte machen wollen, dann müssen wir die gesellschaftliche Mitte in den Blick nehmen und als Realität anerkennen, dass der Aufschwung bei vielen noch nicht im Portemonnaie angekommen ist. Für die Union gibt es dann eigentlich nur eine Antwort: Wir müssen diese Leistungsträger steuerlich entlasten. Ich bin dankbar, dass die Bundeskanzlerin das Ziel der Steuersenkung programmatisch beschrieben hat, und die Union will daran festhalten. Das nutzt aber den heute Tätigen wenig. Sie fragen sich, was heute für sie übrig bleibt. Deshalb meine ich: Von diesem Parteitag muss das Signal ausgehen, noch in dieser Legislaturperiode das Thema Steuersenkungen in Angriff zu nehmen.

Deshalb empfehle ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, geben Sie dem Antrag D 2, über den wir nicht jetzt, sondern morgen beraten, Ihre Zustimmung.

Es gibt einen zweiten Akzent, auf den ich hinweisen möchte. Die Leistungsträger brauchen für ihr Wirken, für ihre Selbstverwirklichung das, was wir als Soziale Marktwirtschaft beschreiben. Das ist nicht nur etwas für die Programmatik. Wir wissen, das Programm betont an vielen Stellen das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft. Aber das, was die Menschen bewegt und was sie betrifft, ist die praktische Politik, die sich an diesem Ordnungsrahmen orientieren muss.

Zur Mitte gehören auch die Geringqualifizierten. Diese Geringqualifizierten haben nur dann eine Chance auf Arbeit, wenn wir den Niedriglohnsektor in Deutschland, den wir längst haben, erhalten. Wenn wir ihn vernichteten, nähmen wir diesen Menschen das Recht auf Teilhabe. Teilhabe heißt zunächst einmal, dass ich am Arbeitsleben in irgendeiner Form teilnehmen kann. Teilhabe heißt nicht, dass man mich in die Kategorie der Transferleistungsempfänger einstuft. Wenn ich Ihnen dieses Bild beschreibe, habe ich auch den Arbeitsmarkt vor Augen. Natürlich ist Arbeit keine Ware, und niemand will sittenwidrige Löhne. Aber wir müssen auch im Blick haben, dass der Arbeitsmarkt ein Markt ist, der auf Angebot und Nachfrage reagiert. Derjenige, der diesen Arbeitsmarkt durch einen staatlich regulierten Arbeitsmarkt ersetzen will, der wird übermorgen auch staatlich festgesetzte Preise haben müssen. Er muss, wenn er den Preis und die Kosten festsetzt, auch sagen, wie hoch ein angemessener Unternehmerlohn ist. Dann sind wir auf dem Weg in den Sozialismus.

(Beifall)

Das ist der Grund dafür, warum wir den Anfängen wehren müssen. Wir sind gegen sittenwidrige Löhne, da gibt es überhaupt keinen Zweifel, wir sind jedoch für eine Lohnfindung, die sich der Marktgegebenheit und der Tarifhoheit in Deutschland bedient.

Es gibt einen sehr guten Antrag, den ich Ihnen empfehlen möchte. Herr Oettinger hat ihn gerade schon erwähnt. Ich darf vorlesen: „Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn bekommen. – Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben“.

(Beifall)

Diesen Satz können wir nur unterstreichen. Wir müssen auch fordern, dass er Eingang in die praktische Politik findet und nicht nur ein Programmsatz bleibt.

Wir diskutieren heute über Mindestlöhne vor einem Hintergrund, den es übermorgen schon nicht mehr geben wird. Wir diskutieren über Mindestlöhne vor dem Hintergrund eines nach außen geschlossenen Arbeitsmarktes. Polen und Rumänen kommen nur mit einer Arbeitserlaubnis nach Deutschland. Bis jetzt gibt es dorthin noch geschlossene Grenzen, aber wenn wir im Jahre 2011 diese Grenzen öffnen müssen, dann wird ein hoher Mindestlohn auf die Rumänen und Polen wie ein Magnet wirken. Dann haben wir dieselben Zustände, die es jetzt in England gibt. Dort gibt es einen geöffneten Arbeitsmarkt, und inzwischen arbeiten dort 600 000 Polen. Die Engländer empfinden den Mindestlohn, der bei 8 Euro liegt, inzwischen nicht mehr als Schutz, sondern als Bedrohung.

Wenn wir heute uns in der Politik mit Fragen des Mindestlohnes beschäftigen, dann müssen wir diese zeitliche Perspektive im Auge behalten. Das, worüber wir heute noch locker als Instrument des Schutzes von Arbeitnehmern diskutieren, wird übermorgen eine gewaltige Bedrohung für unsere Arbeitnehmer sein. Dann wird man fragen: Wer trägt dafür die Verantwortung? Ich gehe davon aus, dass diese Verantwortung nicht die Verantwortung der Union sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Bevor ich Peter Müller das Wort gebe, möchte ich einen technischen Hinweis machen. Es liegt der Antrag D 43 des Bundesvorstandes „Chancen für Alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand.“ vor, der nach der Aussprache behandelt wird. Meine Bitte: Wer sich zu diesem Antrag zu Wort melden möchte, möchte seine Wortmeldung bitte schon jetzt auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite abgeben.

Jetzt hat Peter Müller das Wort, danach Dr. Lehmann-Brauns.

Peter Müller: Liebe Freundinnen und Freunde, die Christlich Demokratische Union ist die große Kraft der Mitte. Das ist die Botschaft dieses Parteitages. Kraft der Mitte zu sein, das bedeutet aber gerade nicht, eine Kraft zu sein, die standpunktlos ist, die beliebig ist, die nach allen Seiten offen ist. Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.

(Beifall)

Kraft der Mitte kann nur derjenige sein, der auf der Basis fester Überzeugungen, der auf der Basis des Bekenntnisses zu seinen Grundwerten Politik definiert. Für uns sind dies die Grundwerte der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und vor allem das Bekenntnis zu Menschenwürde und Menschenrechten. Ich glaube, gerade an diesem Punkt haben wir eine qualitative Veränderung der Politik in der Bundesrepublik Deutschland, seit Christdemokraten die Bundesregierung mitgestalten, seit Angela Merkel Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Menschenrechte vertragen Leisetreteri nicht.

(Beifall)

Deshalb ist es gut, dass mit der Leisetreteri Schluss gemacht worden ist. Deshalb ist es gut, dass wir eine Kanzlerin haben, die, wenn sie nach Peking fährt, dort auch über Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit redet. Deshalb ist es gut, dass wir eine Kanzlerin haben, die, wenn sie nach Moskau fährt, über Pressefreiheit und Tschetschenien redet. Deshalb ist es gut, dass wir eine Kanzlerin haben, die, wenn sie nach Washington fährt, über die deutsch-amerikanische Freundschaft redet und sie befestigt, dabei aber das Thema Guantánamo nicht vergisst. Der offensive Einsatz für die Menschenrechte ist eine neue Qualität der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Deshalb werden wir uns auch künftig von niemandem vorschreiben lassen, mit wem wir reden. Wir werden uns von niemandem vorschreiben lassen, wen wir einladen.

Liebe Freunde, es mag ja sein, dass Voraussetzungen für einen Beratervertrag bei Gazprom ist, dass man Putin als lupenreinen Demokraten bezeichnet. Auch nach der Rede auf dem heutigen Parteitag, liebe Angela, ist die Wahrscheinlichkeit für Dich, jemals einen Beratervertrag bei Gazprom zu erreichen, unter Null gesunken. Das ehrt Dich, das ist der richtige Weg, den wir gemeinsam weitergehen wollen.

(Beifall)

Leisetreteri und Anbietern ist das eine, noch schlimmer ist es, wenn man gemeinsame Sache mit autoritären und diktatorischen Regimen macht. Wir haben soeben Einiges über die Vergangenheit der Linken gehört. Das war richtig. Ich sage: Lasst uns ergänzend über die Gegenwart bei den Linken reden. Einer der beiden Vorsitzenden der Linken – ich meine den, mit dem etwas französisch klingenden Namen, der aus dem Bundesland kommt, das von mir vertreten wird – hat jetzt seine erste Auslandsreise unternommen. Sie hat ihn nach Kuba geführt. Eine große Berliner Zeitung hat gefragt: Was sucht Kommandante Lafontaine auf Kuba? Will er

schauen, wie man Gefängnisse mit Oppositionellen füllt? Will er schauen, wie man die Pressefreiheit unterdrückt? Will er schauen, wie man dafür sorgt, dass das Volk in Not und Armut gehalten wird? – Er ist zurückgekommen und hat den kubanischen Weg gelobt. Das ist die Aktualität. Das ist die Wahrheit über das, was die Linken wollen. Freiheit durch Sozialismus wurde immer wieder versprochen. Überall, wo das versucht worden ist, war das Ergebnis Unfreiheit, Not, Elend und Armut für die Menschen. Deshalb lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Linken in diesem Land keine Chance haben.

(Beifall)

Kraft der Mitte heißt auch, ökonomische Kompetenz und soziale Sensibilität miteinander zu vereinbaren. Natürlich müssen wir die Partei der ökonomischen Effizienz sein. Natürlich müssen wir die Partei des Wachstums sein, und natürlich müssen wir die Partei der Leistungsträger sein.

Wir müssen aufpassen, dass die politische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland sich nicht nur noch auf die Problemfelder konzentriert, auf diejenigen Fälle, in denen die Dinge nicht normal laufen. Wir müssen aufpassen, dass wir, wenn wir über Familien reden, nicht nur über die Familien reden, in denen die Erziehungsverantwortung nicht wahrgenommen wird. Wir dürfen die vielen Familien, in denen Väter und Mütter ihre Aufgabe wahrnehmen, sich der Erziehungsaufgabe stellen, das anständig, hervorragend und prima machen, nicht vergessen. Sie müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt natürlich auch für den ökonomischen Bereich. Auch dort müssen die Leistungsträger im Mittelpunkt der Politik stehen. Die beste Nachricht der letzten Woche war doch nicht die Einigung über den Postmindestlohn. Die beste Nachricht war die Absenkung des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung. Wir haben ihn mittlerweile von 6,5 auf 3,3 Prozent abgesenkt. Das heißt für den normalen Leistungsträger 270 Euro durchschnittlich zusätzliches Einkommen. Das heißt, der Aufschwung kommt bei allen Menschen an. Wir sind primär den Leistungsträgern verpflichtet. Das sollten wir nicht vergessen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Gleichwohl entbindet es uns nicht von unserer Verpflichtung gegenüber denjenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in diese Kategorie der Leistungsträger fallen. Vor diesem Hintergrund müssen wir sicherlich auch die Debatte um die Frage der Mindestlöhne führen. Diese Debatte wird in der Öffentlichkeit mit dem Satz geführt: Jemand, der vollzeitbeschäftigt ist, muss doch einen Lohn erhalten, mit dem er in der Lage ist, seine Familie zu ernähren. – Das ist ein schöner Satz. Deshalb ist, wenn man der Demografie glauben darf, dieser Satz auch mehrheitsfähig in der deutschen Gesellschaft. Aber, liebe Freunde, seit Laotse wissen wir: Schöne

Sätze sind häufig nicht wahr, und wahre Sätze sind häufig nicht schön. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn über alle Branchen hinweg, auf einem Niveau, das der Produktivität, der Wertschöpfung in einzelnen Branchen nicht entspricht, hilft keinem Arbeitslosen, sondern ist ein Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Deshalb müssen wir einheitliche gesetzliche Mindestlöhne ablehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine andere Frage ist, ob wir unter Beachtung des Primats der Tarifvertragsparteien branchenbezogen, insbesondere bei Tätigkeiten, die nicht ortsgebunden sind, über derartige Lösungen reden können. Ich glaube, das sollten und das müssen wir tun. Lohnfindung soll zunächst Sache der Tarifvertragsparteien sein. Aber wenn wir dann eine Situation haben, in der die Tarifvertragsparteien bestimmt haben, was produktivitätsverträglich ist, wenn wir eine Situation haben, in der mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch solche Tarifverträge erfasst sind, wenn wir die Situation haben, dass es sich um Arbeit handelt, die nicht verlagert werden kann, dann gibt es eigentlich keinen Grund, zu einer Allgemeinverbindlichkeitsklärung dieser Tarifverträge Nein zu sagen und dadurch zu verhindern, dass in diesen Branchen Hungerlöhne gezahlt werden. Deshalb müssen wir die Debatte um Mindestlöhne unter dieser Prämisse offen führen. Ich danke Günther Oettinger, dass er diese Offenheit auch in seinem Beitrag erkennbar gemacht hat. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist.

Liebe Freunde, eine letzte Bemerkung. So richtig es ist, dass wir über das untere Ende der Lohnskala reden, so richtig ist es – dafür danke ich Angela Merkel ebenfalls –, dass wir auch über das obere Ende der Lohnskala reden. Von der Politik wird immer wieder die Vorbildfunktion der Elite eingefordert – zu recht –, und nicht immer werden wir diesem Anspruch gerecht. Aber, liebe Freunde, es gibt nicht nur die Vorbildfunktion der Politik; es gibt auch die Vorbildfunktion der wirtschaftlichen Eliten. Da kann es nicht sein, dass es Degenerationserscheinungen gibt, wie wir sie kennen. Nicht im Mittelstand; das will ich ausdrücklich sagen. Meine Wahrnehmung ist, dass im Mittelstand ein hohes Maß an sozialer Verantwortung gelebt wird. Bevor ein Mittelständler jemanden entlässt, überlegt er sich das dreimal. Er mutet sich eher selbst ein Opfer zu, als es anderen abzuverlangen. Aber was wir in den Vorständen und Aufsichtsräten einiger DAX-notierter Unternehmen erleben, ist ein Anschlag auf die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir erleben, dass Vorstandsvorsitzende großer Energiegesellschaften mit Mitte 40 auf eigenen Wunsch aus dem Amt scheidend und dann eine lebenslange Rente in einer Größenordnung von mehr als 400 000 Euro erhalten, dann hat das mit der Umsetzung des Leistungsprinzips nichts mehr zu tun, dann hat das mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, dann hat das mit Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Das ist die Perversion der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb sind wir es der Sozialen Marktwirtschaft schuldig, dass wir dazu nicht

schweigen, dass wir das kritisch ansprechen. Auch das ist ein Stück Politik der Mitte, die wir gemeinsam machen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Müller. – Der Nächste ist Dr. Lehmann-Brauns und danach Friedhelm Koch aus Nordrhein-Westfalen. – Herr Dr. Lehmann-Brauns, bitte.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Bundeskanzlerin! Noch einmal zurück zum Thema Menschenrechte. Durch Ihr Treffen mit den russischen Bürgerrechtlern in Moskau, durch den Empfang des Dalai Lama in Berlin und durch Äußerungen zugunsten der Menschenrechte haben Sie dieser Politik eine ebenso überraschende wie bedeutende Akzentuierung gegeben. Es ist noch nicht lange her, dass unter Schröder – meine Damen und Herren, Sie wissen schon: der Gasman – Politik als System der Prinzipienlosigkeit verstanden und gehandhabt wurde. Auch so Lichtgestalten wie Wowerit und Lafontaine gehören in dieses System. Sie, Frau Merkel, werden durch Ihre wertorientierte Politik deklassiert. Kurzfristig führt sie zu internationalen Umgangsschwierigkeiten, aber langfristig zu Stärke, Ansehen und Anerkennung. Es ist deshalb kein Zufall, dass Sie den Leo-Baeck-Preis erhielten, den der Zentralrat der Juden vergibt, und es war kein Zufall, dass Wolf Biermann, der jüngste Ehrenbürger Berlins, die Laudatio hielt. Ich zitiere einen Satz von ihm über Frau Merkel:

Diese Frau bringt den Großkopferten dieser Welt das kleine Einmaleins der politischen Moral und das große Einmaleins einer moralischen Politik bei.

Natürlich bedeutet wertorientierte Politik keinen Abschied von einem rationalen Pragmatismus; denn, wie wir alle wissen, die Verhältnisse sind nun einmal nicht so. Aber sie ergänzt und begrenzt Macht und ist letzten Endes auch dem C in unserem Namen geschuldet. Mit ihr erreicht die CDU Aufmerksamkeit und Sympathie bei vielen Menschen, die ein feines Gespür haben für den Umgang mit Bürgerrechten. Ihre Politik, Angela Merkel, ist also angekommen. Daran muss sich unsere Konkurrenz, vor allem Rot-Rot, messen lassen. Wertorientiert statt prinzipienlos; auch das ist Politik der Mitte. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. – Nächste Wortmeldung Friedhelm Koch, danach Fritz Niedergesäß aus Köpenick. – Herr Koch, bitte.

Friedhelm Koch: Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, den ich sehr schätze, energisch zu widersprechen. Die Mindestlohnregelung, wie sie bei der Post vollzogen ist, war und ist ein schwerer Sündenfall.

(Teilweise Beifall)

Der Mindestlohn behindert den Wettbewerb. Das ist ein Verstoß gegen die Prinzipien Ludwig Erhards, die wir scheinbar so hoch hängen, dass niemand mehr dran kommt. Zweitens fixiert er ein Monopol. Auch das ist ein Verstoß gegen die Prinzipien Ludwig Erhards. Er untergräbt die Tarifautonomie. Auch das ist ein Verstoß gegen die Prinzipien Ludwig Erhards. Er zerstört mittelständische Unternehmen. Auch das ist ein Verstoß gegen die Prinzipien Ludwig Erhards. Er nimmt keine Rücksicht auf die baldige Freizügigkeit der östlichen Arbeitnehmer und macht unsere Arbeitnehmer ab 2011 wehrlos.

Er gibt ein grundsätzlich falsches sozialpolitisches Signal. Wir sagen jetzt im Hinblick auf Leute, die Arbeit haben: 7,50 Euro sind unwürdig. Gib ihm 9,80 Euro und lass ihn zu Hause!

Meine Damen und Herren, 7,50 Euro war übrigens die Grundforderung von Herrn Müntefering für einen flächendeckenden Mindestlohn. Eine Flächendeckung ist überhaupt nicht zu verhindern, wenn wir jetzt der Salamitaktik bzw. Dominotaktik des Koalitionspartners SPD folgen und eine Branche nach der anderen mit diesem mittelstandsfeindlichen Mindestlohn segnen.

Schließlich habe ich den Eindruck – das ist meine Befürchtung –, dass sich, angestoßen durch Herrn Lafontaine, die Blickrichtung in letzter Zeit fatal verändert hat. Wir haben seit der Agenda 2010 den Blick dahin gewendet, wie wir Arbeitsplätze schaffen können. Inzwischen sind wir wieder dabei, zu schauen, wie wir die Arbeitslosigkeit bzw. die sozialen Themen besser ausstatten können. Das ist die falsche Blickrichtung unter einem Druck, dem wir uns nicht beugen sollten. Der Aufschwung wird nicht ewig dauern. Es ist mit der SPD nicht möglich, uns in der Form darauf vorzubereiten, wie es nötig wäre. Wenn wir jetzt aber anfangen, nicht nur die Dinge nicht tun zu können, die wir tun müssten, sondern auch noch an einem solch wichtigen Punkt in die falsche Richtung zu marschieren, dann ist mir um die Zukunft dieses Landes ein wenig mehr bange als zuvor. – Ich danke fürs Zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung kommt von Fritz Dieter Niedergesäß aus Treptow-Köpenick. Danach Hartmut Schauerte, Nordrhein-Westfalen.

Fritz Dieter Niedergesäß: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sie haben Gott sei Dank das Thema Sozialismus angesprochen. Ich bin nun 67 Jahre alt und hatte das zweifelhafte Vergnügen, 40 Jahre Sozialismus durchleben zu müssen. Am 9. November 1989 ist der hohle Vogel Sozialismus tot vom Baum gefallen, aber nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock über den Ural hinaus bis nach Wladiwostok. Wir haben nicht umsonst im Frühjahr zu den Volkskammerwahlen, als wir Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten gewählt haben, auf unsere Plakate geschrieben: Nie wieder Sozialismus!

Nun bin ich sehr verwundert, dass sich nicht nur die Linke – bei denen ist das ja klar; die können nichts anderes –, sondern sogar die SPD auf den Weg begibt und wieder sagt: Wir wollen einen

demokratischen Sozialismus einführen. Ich bin der Bundeskanzlerin sehr dankbar dafür, dass sie den Widerspruch zwischen den beiden Worten „Demokratie“ und „Sozialismus“ klargestellt hat. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass wir nach all dem Leiden nach über 100 Jahren Sozialismus auf die Idee kommen, mit so einem verbrecherischen Gesellschaftsmodell vielleicht wieder in die Zukunft gehen zu wollen.

Ich möchte nur einmal ein paar Zahlen hier in den Raum werfen: Mao Tse-tungs Sozialismus hat ungefähr 120 Millionen Menschen das Leben gekostet, der Sozialismus des Josef Stalin zwischen 60 und 80 Millionen Toten, Pol Pot hat 2 Millionen Menschen in kürzester Zeit umgebracht – alles im Namen des Sozialismus. Dann gab es da ja noch einen gewissen Adolf Hitler, der einen Nationalsozialismus kreiert hatte. Der hat in zwölf Jahren ein Unheil geschaffen, an das wir eigentlich noch in 1 000 Jahren denken sollten.

„Nie wieder Sozialismus!“, soll unsere Parole sein, meine Damen und Herren. Dazu kann ich Sie alle nur auffordern – nicht nur in den östlichen Bundesländern, sondern vor allen Dingen auch in den westlichen Bundesländern, woher ganz besondere Spinner von den Linken kommen. Ich habe Gysi letztens gesagt: Eure Partei hat sich mit diesen Typen aus dem Westen infiziert; damit werdet ihr wohl die PDS ruinieren. – Dazu hat er gesagt: Das kann sogar passieren, weil die überhaupt keinen Bezug zu dem Kram haben, den sie jetzt verkünden. Wir, die wir 40 Jahre Sozialismus im Osten durchlebt haben, wissen wenigstens richtig, wovon die reden.

Für mich ist der Begriff „Sozialismus“ nichts weiter als Opium für das Volk. Da wird den Leuten irgendetwas vorgeduselt und da wird die Hoffnung geweckt – dies tragen auch die Gewerkschaften teilweise mit –, dass man irgendwann wieder bei den vergoldeten Toiletten ankommt, wie wir das, als wir 1949/1950 in die Schule kamen, beigebracht bekommen haben. Nichts von diesem ganzen Lügengebäude ist wahr geworden. Meine Damen und Herren, ich kann an alle nur appellieren: Halten Sie volle Pulle dagegen!

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Frau Merkel hat sich in ihrer Rede klar dazu bekannt, dass wir in Deutschland unsere Verfahren modernisieren müssen, dass wir schneller werden müssen, wenn wir dem weltweiten Wettbewerb standhalten wollen. Nun hat ja Roland Koch dankenswerterweise vor Jahren einmal eine Kommission eingesetzt, die sich mit den gesamten Planungsverfahren, also der Planfeststellung, der Raumordnung und diesem ganzen Salat, befassen soll. Ich weiß nicht, Herr Koch, was daraus geworden ist. Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz ist ja wohl erst einmal endgültig bestätigt worden.

Ich erinnere an das Beispiel Waldschlösschenbrücke in Dresden, die wir Brückenbauer nur noch „Feldschlösschenbrücke“ nennen, weil wir den Eindruck haben: Alle, die damit befasst sind, müssen besoffen sein. Nachdem der Planfeststellungsbeschluss schon vor acht Jahren ausgestellt worden ist und mit dem Bau der Brücke schon fast begonnen war, haben dann irgendwelche Ökologen festgestellt, dass die Kleine Hufeisennasenfledermaus eventuell auf die Idee

kommen könnte, in dem Gebiet des Elbtales zu siedeln. Damit hat das Gericht in Dresden wieder beschieden, dass die Brücke nicht gebaut werden darf. Dann ist das alles drei, vier Monate verschleppt worden. Das Oberverwaltungsgericht in Bautzen hat dann wieder entschieden: Die Brücke darf gebaut werden. Nun hört man aus allen Ecken, dass natürlich schon wieder die ganzen Ökologen unterwegs sind und versuchen werden, diesen Brückenbau wieder zu stoppen.

Meine Damen und Herren, einmal ganz ehrlich unter uns: Wo kommen wir hin, wenn wir uns so einem Terror ausliefern? Irgendwo ist Schluss mit lustig. Wenn wir ein Planfeststellungsverfahren abgeschlossen haben, alle Beteiligten – auch die Bevölkerung – gehört worden sind und in Dresden sogar eine Volksabstimmung stattgefunden hat, wobei 68 Prozent für diese Brücke gestimmt haben, dann mag mir einmal einer erklären, wie es möglich ist, dass ein durchgeknallter Richter entscheiden kann, dass diese Brücke plötzlich wieder nicht gebaut werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Zu dieser Hufeisennasenfledermaus, meine Damen und Herren, stand in der „Berliner Morgenpost“ ein herrlicher Artikel. Darin stand, dass sie sich schon vor 60 Millionen Jahren ein Sonar angeschafft hat. Sie kann gar nicht mehr gegen irgendetwas fliegen. Stellen Sie sich einmal diesen Wahnsinn vor!

Deshalb möchte ich an alle, die in der Regierungsverantwortung sind, an alle Parlamentarier und an alle Mitglieder der Union, die heute hier im Hause sind, appellieren: Lasst uns dort endlich einen Schlussstrich ziehen! Ich bin kein Rechtsanwalt und schon gar kein Richter. Ich bin einfach nur Bauingenieur, der 30 Jahre Brücken gebaut hat. Aber mit so einem Spuk können wir doch die Zukunft nicht gewinnen.

Ich war jetzt drei Wochen in China und habe dort Brücken und Häuser gesehen. Wir wollen hier keine chinesischen Verhältnisse einführen, nämlich dass die Leute aus ihren Häusern vertrieben werden und nicht wissen, wo sie unterkommen können; das ist klar, das will kein Mensch. Aber dass wir 15 Jahre planen und jeder Irre die Planungsverfahren über den Haufen werfen kann und die Millionen, die schon verplant worden sind, einfach in die Elbe schmeißt, kann nicht wahr sein. Irgendwo muss Schluss sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will an alle die Bitte richten: Lasst uns einmal ein Stück weiterkommen, damit mit diesem Spuk Schluss ist. – Danke schön.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Hartmut Schauerte und danach Jürgen Seidel.

Hartmut Schauerte: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist in Deutschland eigentlich in den letzten zwei Jahren passiert? Ein ausgesprochen erstaunlicher

Turnaround: 1 Million Arbeitslose weniger, 1 Million Beschäftigte mehr, 1,25 Millionen offene Stellen, null staatliches Defizit – und das in zwei Jahren.

Woran liegt das? Natürlich an der Regierung – aber nicht nur – und viel weniger, als gemeinhin behauptet wird, an Hartz IV. Denn es ist doch klar: Kein Arbeitgeber stellt irgendjemanden wegen Hartz IV ein. Arbeitgeber stellen nur ein, wenn sie Aufträge haben. Das ist die entscheidende Frage. Die Arbeitsplätze in Deutschland sind wettbewerbsfähig geworden. Warum? Nicht wegen der sozialpolitischen Veränderungen am anderen Ende des Prozesses, sondern wegen folgender Entwicklungen: In Deutschland ist Schluss gemacht worden mit dem kollektiven Unsinn, zu glauben, wir kämen aus der Krise heraus, indem wir weniger arbeiten. Die 35-Stunden-Woche ist endgültig ad absurdum geführt worden. In Deutschland wird wieder über 40 Stunden gearbeitet. Das war ein ganz entscheidender internationaler Wettbewerbsvorteil.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben darüber hinaus alle Prozesse – vor allem im Mittelstand – optimiert. Es gibt kein Land, in dem man so prozessinnovativ ist, in dem die Produktionsabläufe so ordentlich organisiert sind, wie in Deutschland. Das gilt für die Prozesseffizienz und für die Materialeffizienz. Gerade der letzte Punkt ist wichtig; denn wenn die Rohstoffpreise in der Welt steigen, trifft das alle Hersteller weltweit.

Das Land jedoch, das die größte Materialeffizienz hat, hat davon einen Wettbewerbsvorteil, denn es fertigt aus dem geringsten Materialanteil das meiste an Produkten, weil es effizient mit Rohstoffen umgeht. Deutschland ist im Moment der effizienteste Industriestandort in der Welt. Wir sind heute wettbewerbsfähiger als die Vereinigten Staaten, als die Franzosen, die Italiener, die Engländer und die Japaner. Mit diesen müssen wir uns vergleichen. Das hat unser Mittelstand, haben unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Beine gestellt. Dazu hat die Politik einen interessanten, aber nicht zu hoch einzuschätzenden Beitrag geleistet. Dieser Wettbewerbsvorteil ist enorm.

Ich möchte es noch einmal an wenigen Zahlen verdeutlichen: Es ist schon erstaunlich, dass 80 Millionen Deutsche mehr exportieren als 300 Millionen Amerikaner. Es ist schon erstaunlich, dass wir in Deutschland im letzten Jahr 23 000 Patente angemeldet haben. Das sind immerhin doppelt so viele Patente wie in England und Frankreich zusammen. Wir sind wirklich wettbewerbsfähig geworden. An dieser Entwicklung müssen wir weiterarbeiten.

Was hilft uns dabei? Uns helfen die Innovation und das Innovationstempo. Das ist eine der Kernaussagen unserer Politik. In keinen Haushaltsstrukturbereich bringen wir so viel Geld ein wie in den Bereich der Innovationen. Wenn wir das 3-Prozent-Kriterium von Lissabon einhalten wollen, so bedeutet das, dass wir, wenn wir im Jahre 2005 55 Milliarden Euro für Forschung und Technologie in Deutschland ausgegeben haben – zwei Drittel davon entfallen auf die Wirt-

schaft, ein Drittel davon entfällt auf die Politik –, im Jahre 2010 nahezu 80 Milliarden Euro für Forschung und Technologie ausgeben müssen. Sie erkennen an dieser Zahl die Dynamik, die es in diesem Bereich gibt. Das ist die entscheidende Baustelle, auf der wir unsere Wettbewerbsfähigkeit testen können. Diese Wettbewerbsfähigkeit müssen wir und können wir, wie ich meine, auch erhalten.

Die Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent ist bereits erwähnt worden. Das bedeutet eine Beitragssenkung um 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist mehr, als die Mehrwertsteuererhöhung an Belastung bringt. Die Beitragssenkung landet eher bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und bei den Unternehmen. Insofern stärkt sie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Wir müssen die Erbschaftsteuerreform für Unternehmen jetzt zu Ende bringen. Gerade der Mittelstand braucht diese Erbschaftsteuerreform. Sie ist das wichtigste Projekt, das wir kurzfristig vor uns haben. Dieses Projekt muss dazu führen, dass der Übergang in mittelständischen Unternehmen nicht zu einer Kapitalvernichtung und damit zu einer Gefährdung der Unternehmen führt. Vielmehr muss er zu einer Kapitalerhaltung und damit zu einer Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Mittelstandes führen. Dieses Thema können wir gar nicht wichtig genug einschätzen. Es ist in der Sache wichtig und für die Glaubwürdigkeit wichtig. Wir haben versprochen, dass wir in diesem Bereich einen konsequenten Weg gehen werden. Wir müssen diesen Weg deswegen weiter beschreiten.

Die Unternehmensteuerreform wird ebenfalls hilfreich sein. Sie wird zum Jahreswechsel greifen. Es wird nicht nur Gewinner geben. Unter dem Strich wird auch diese Reform aber helfen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zur Steuerpolitik sagen. Natürlich ist Steuerpolitik ein Erkennungsmerkmal von christlich-demokratischer Politik. Ich glaube aber nicht, dass wir sehr viel weiterkommen, wenn wir in der Großen Koalition nun sagen: Wir wollen jetzt eine Steuersenkung. – Ich kann Ihnen die Reaktionen schildern, die dann folgen würden. Wir sollten uns darauf vorbereiten, mit intelligenten Steuersenkungskonzepten in den nächsten Wahlkampf zu ziehen. Das ist die eigentliche strategische Aufgabe, die jetzt vor uns liegt. Wir sollten also jetzt nicht einfach sagen: Ab heute oder morgen wollen wir Veränderungen, was Steuersenkungen angeht. – Wir wissen, dass die Sozialdemokraten sich an dieser Stelle keinen Millimeter bewegen. Die Entscheidung wird nach 2009 zu fällen sein. Dann wird es darum gehen, die heimlichen Steuererhöhungen und die Belastungen, die unterwegs eingetreten sind, den Bürgern gegenüber in fairer Weise auszugleichen. Das muss ein Erkennungsmerkmal der CDU-Politik sein. Ich denke, dass die Kanzlerin dies genauso sieht.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung zum Dienstleistungsbereich. Wir müssen verhindern, dass das, was bei der Postdienstleistungsregelung geschehen ist, in Serie geht. Das ist jetzt die politische Kunst.

(Vereinzelt Beifall)

Was jetzt passiert, ist ärgerlich. Es war wegen bestimmter Dinge vermutlich aber kaum vermeidbar. Ich will auf Einzelheiten jetzt nicht eingehen. Ich orientiere mich an den Fakten. Wir müssen aber unter allen Umständen vermeiden, dass aus dem, was jetzt geschehen ist, ein serienmäßiger Vorgang wird. Sonst stiften wir nachhaltig schweren Schaden für die Arbeitsplatzentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Politische Entscheidungen sind, wie gesagt, wichtig. Wir müssen aber insbesondere den Mittelstand und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin hoch motivieren, diesen Prozess der Wettbewerbsverbesserungen in eigener Verantwortung und mit eigener Intelligenz weiter zu fördern.

Darin liegt unsere Zukunftschance. Darin liegen unsere Potenziale. Ich lade Sie alle und insbesondere den Mittelstand, für den ich, wie Sie wissen, hier sprechen darf, herzlich ein, bei diesem Prozess mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Schauerte. – In der Aussprache über den Bericht der Vorsitzenden liegen noch zwei Wortmeldungen vor, und zwar die von Jürgen Seidel und Regina Görner. – Wir schließen die Aussprache, wenn es hier keine Gegenrede oder weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Okay. – Bitte, Herr Seidel.

Jürgen Seidel: Sehr verehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte hier gern an das anschließen, was eben gesagt wurde. Auch für mein Heimatland, für Mecklenburg-Vorpommern, gilt, dass man mit ruhigem Gewissen sagen kann: Wo die CDU regiert, geht es besser. In unserem Falle müssen wir fairerweise sagen: Wo die CDU mitregiert, geht es besser. Mecklenburg-Vorpommern hatte seit vielen Jahren immer ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Seit dem ersten Halbjahr 2007 sind wir deutscher Meister im Wirtschaftswachstum. Mit 4 Prozent haben wir alle anderen Bundesländer etwas übertroffen.

(Vereinzelt Beifall)

Es könnte alles sehr schön sein, wenn wir bei uns nicht ein Riesenproblem hätten. Wir haben sechs Kameraden von der NPD im Landtag sitzen. Ich wünsche keinem, dass er das miterleben muss, was sich dort abspielt. Wir wissen natürlich, dass man eine solche Entwicklung, eine solche Partei argumentativ inhaltlich bekämpfen muss. Der Fraktionsvorsitzende dieser Partei äußert aber öffentlich ohne jede Hemmung Folgendes: Man muss diesen Staat unterwühlen, damit er zum Einsturz kommt. – Angesichts dessen wollen wir in der Tat prüfen, ob nicht noch einmal ein Verbotsantrag für diese Partei gestellt werden muss. Wir haben einen entsprechenden

Entschluss gefasst. Dazu stehen wir. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich dafür werbe, dass man angesichts solcher Entwicklungen, wie ich sie eben geschildert habe, solche Überlegungen anstellen muss.

Lassen Sie mich auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf die wirtschaftliche Entwicklung. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Parteitag. Ich sagte schon, dass wir gut vorangekommen sind. Wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre 100 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Im abgelaufenen Jahr wurden jedoch über 10 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wieder aufgebaut. Jeden Monat kommen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hinzu. Insofern möchte ich dafür werben, dass wir jetzt alle darauf achten, dass der eingeschlagene Kurs fortgeführt wird. Wir dürfen jetzt nicht zurückfallen, sondern müssen die positive Entwicklung weiter vorantreiben. Jeder Angriff auf Rente, auf Steuerreform oder auf Leiharbeit – auch das ist gegenwärtig ein wichtiges Thema – muss verhindert werden, damit die wirtschaftliche Entwicklung weiter vorangeht.

Zum Mindestlohn haben viele Redner ihre Auffassung dargestellt. Dort, wo Tarifpartner sich einigen können, muss man die Dinge sicherlich prüfen. Die Post war vielleicht nicht das beste Beispiel dafür. Man muss aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten auch ganz klar sagen, dass es den gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn nicht geben kann. Gestatten Sie mir aber zu sagen, dass ich es gut fände, wenn auch seitens der Wirtschaftsverbände einmal ein klares Wort gesprochen würde, wenn auch von dieser Seite einmal klar gesagt würde: Aus unserer Sicht sind Arbeitsplätze zu ächten, die mit 5 bis 6 Euro pro Stunde bezahlt werden. – Ich glaube, das würde es uns auch ordnungspolitisch leichter machen, gegen den gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn zu kämpfen. Ich würde jedenfalls empfehlen, dass sich auch die Wirtschaft einmal zu solch einem Wort durchringt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. – Zum letzten Beitrag in der Aussprache hat Regina Görner das Wort.

Dr. Regina Görner: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich beginne mit einem Dank an Angela Merkel für die Rede, die sie heute hier gehalten hat. Ich erkenne darin wieder mehr von der Partei, in die ich 1968 eingetreten bin.

Ich danke ihr ganz ausdrücklich für ihre Entscheidung beim Postmindestlohn. Das hilft uns weiter. Das hilft insbesondere vielen Menschen weiter, die wirkliche Probleme haben.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe wirklich keine Veranlassung, Franz Müntefering in Schutz zu nehmen, den einer meiner Vorredner zitiert hat. Aber ich würde ganz gerne Ludwig Erhard vor dem in Schutz nehmen, was manche Adepten ihm heutzutage – auch auf diesem Parteitag – unterstellt haben. Ich will gleich sagen, dass ich mir als Gewerkschafterin

wünsche, die Welt käme ohne Mindestlöhne aus. Aber eines ist inzwischen Fakt: Vor allem in Branchen, in denen Frauen beschäftigt sind, die früher oft nur ein Zubrot für die Familie verdienen wollten, ist es nicht gelungen, menschenwürdige Tariflöhne durchzusetzen. Daran wird sich leider sobald nichts ändern.

Ich will keine langen Beschreibungen geben, was das für die Menschen und insbesondere für die Familien bedeutet. Hier findet Ausbeutung statt, und zwar nicht nur von Individuen, sondern auch – darauf möchte ich in besonderem Maße hinweisen – des Staates. Manche sagen, der Staat dürfe sich in die Lohnfindung im Niedriglohnbereich nicht einmischen, weil dadurch das freie Spiel der Kräfte gestört werde. Wie frei ist denn die Lohnfindung in diesem Bereich heute? Das sogenannte freie Spiel der Kräfte funktioniert doch überhaupt nur, weil der Staat den Unternehmen kräftig unter die Arme greift. Für Armutslöhne nämlich, von denen man nicht leben kann, würde niemand seine Arbeitskraft verkaufen können, wenn der Staat nicht über die Sozialhilfe und anderes das Existenzminimum absicherte. Der Verzicht auf Mindestlöhne in diesem Bereich ist deshalb nichts anderes als eine gigantische Subventionierung der Unternehmen durch den Staat. Ich plädiere dafür, endlich Subventionsabbau durch Mindestlöhne zu betreiben.

(Vereinzel Beifall)

Manche sind erstaunt, dass nach internationalen Erfahrungen die viel beschworenen Arbeitsplatzverluste durch Mindestlöhne überhaupt nicht eingetreten sind. Warum ist man darüber eigentlich so erstaunt? Warum sollten denn ausgerechnet hier Jobs verloren gehen? Anders als bei vielen Tätigkeiten in der Produktion, die man gelassen nach Malaysia verlagern kann, handelt es sich hier doch zumeist um personennahe Dienstleistungen, die gar nicht automatisiert oder exportiert werden können. Dass ausgerechnet die Zeitungsverleger ihre Zusteller mit dem angeblichen Verlust von Jobs unter Druck setzen, halte ich für absolut zynisch. Wollen die denn die Briefkästen ihrer Zeitungsleser demnächst in Usbekistan aufstellen oder die Weihnachtspäckchen künftig in Tunesien ausliefern? Das ist doch absolut lächerlich.

Hier besteht Handlungsbedarf, und zwar erst recht, wenn man Kombilohnregelungen will; denn solche Regelungen müssen zum Fass ohne Boden werden, wenn der Staat die Unternehmen von der Existenzsicherung ihrer Beschäftigten freistellt. Die bisherige Regelung ist doch nichts anderes als eine Aufforderung des Staates an die Unternehmen, den Staat abzuzocken. Selbst ich als Gewerkschafterin erwarte nicht, dass sich die Arbeitgeber zurückhalten, wenn der Staat ihnen das Geld quasi nachwirft. Das ist doch die Situation.

Ich danke meinem Vorredner für den Appell an die Wirtschaft. Aber ich befürchte, dass er nicht ausreicht. Ich erspare Ihnen gerne eine weitere Wortmeldung, indem ich sage: Aus all diesen Gründen bitte ich, dem Abänderungsantrag Nr. 1788 der CDA zu diesem Thema Ihre Zustimmung und der Antragskommission, die das Gegenteil verlangt hat, eine Ablehnung zu erteilen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Regina Görner. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Bericht der Parteivorsitzenden. Ich darf mich für die konstruktive Aussprache bedanken und diese Aussprache beenden.

Bevor wir zum Tagungsordnungspunkt 8 c – Beratung und Beschlussfassung des Antrages des Bundesvorstandes „Chancen für Alle. Bildung, Arbeit, Wohlstand“ – kommen, bitte ich die Mandatsprüfungskommission um ihren Bericht.

Ich rufe TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 11 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bericht wird heute von Herrn Thomas Etzmuß gegeben. Bei dieser Gelegenheit danke ich den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit. – Herr Etzmuß, bitte.

Thomas Etzmuß, Mandatsprüfungskommission: Ich habe die große Freude, für die Mandatsprüfungskommission den Bericht abzugeben. Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie hat dabei festgestellt, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschland besteht der Parteitag aus 1001 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 21. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 13.20 Uhr 953 Delegierte anwesend. Der 21. Parteitag ist somit beschlussfähig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Etzmuß.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 8 c auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG DES ANTRAGES DES BUNDESVORSTANDES „CHANCEN FÜR ALLE. BILDUNG, ARBEIT, WOHLSTAND“

Der Antrag D 43 ist Ihnen heute Morgen als gesonderte Drucksache verteilt worden. Sie finden ihn auf Ihren Tischen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Es gibt eine Wortmeldung zu diesem Antrag. – Herr Junghanns, bitte.

Ulrich Junghanns: Sehr geehrte Delegierte! Sehr geehrtes Präsidium! Ich möchte Ihnen von unserer Seite sagen, dass wir diesen Antrag unterstützen. Zwei Gesichtspunkte möchte ich insbesondere im Lichte dessen, was gerade in der Aussprache zum Bericht unserer Bundesvor-

sitzenden zum Ausdruck gebracht wurde, in den Mittelpunkt stellen. Das Erste ist die Tatsache – das ist die Erfahrung aus dem Land Brandenburg –, dass wir dank großzügiger Förderung und des großen Engagements des Mittelstandes im Land sowie dank vieler internationaler Investoren in Brandenburg – in den letzten Jahren sind es über 320 gewesen – eine wirtschaftliche Entwicklung vollzogen haben, die sich in der Verdoppelung der Exporte und der Leistungskraft darstellt. Das ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Land Brandenburg mit 250 Kilometer Grenze zu unserem Nachbarn Polen wirtschaftlich aktiv ist.

Wir unterstützen diesen Antrag deshalb in besonderem Maße, weil er die für den Mittelstand notwendige Flexibilität in der Lohnfindung, auf dem Arbeitsmarkt und in der Bestimmung der Aufgaben ermöglicht. Kollege Schlarman hat das zum Ausdruck gebracht. Seine Wortmeldung zu diesem Antrag war mir wichtig.

In den Jahren 2009 und 2010 stehen wir vor der Erweiterung des europäischen Arbeitsmarktes durch die Ausweitung der Dienstleistungsrichtlinie. Der Schengen-Raum wird jetzt erweitert. Vor diesem Hintergrund müssen wir sicherstellen, dass der Postmindestlohn nicht zum Maßstab wird. Wir müssen vielmehr unsere Arbeitswelt sehr flexibel organisieren. Flexibilität eröffnet die Chance, in einem größer werdenden Europa weiter an Wirtschaftskraft zu gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens: Wenn es in diesen Tagen eine Diskussion gibt, die unsere Bewertung „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“ infrage stellt, dann ist es die Debatte über die Energiepreise. Wir erleben gegenwärtig eine Energiediskussion in Deutschland, die eher ideologisch als sachpolitisch geführt wird. Ich bin der Kanzlerin außerordentlich dankbar, dass sie einmal mehr deutlich gemacht hat, dass es für die CDU zusammengehört, die Energieversorgung zu sichern und den Klimaschutz voranzubringen. Wir werden das in Brandenburg tun – wir sind ein Kohleland –, indem wir uns für eine saubere Braunkohleverstromung einsetzen werden.

Gleichzeitig ist uns aber klar: Der Energiemix des Jahres 2020 wird anders sein als der heutige. Es wird ein Energiemix sein, der viel mehr von den erneuerbaren Energien getragen wird und der viel mehr mit dezentralen Lösungen der Energieversorgung zu tun hat. Mit Blick auf unser gemeinsames Ziel, die Energieversorgung stabil, sicher und nachhaltig zu machen, müssen wir alles dafür tun, dass Strom verfügbar ist, dass Energie erzeugt werden kann. Damit das in einem neuen, qualifizierten Energiemix geschieht, ist es wichtiger denn je, dass wir die Instrumente des Wettbewerbs in diesem Bereich einsetzen und dafür Sorge tragen – darauf möchte ich in besonderem Maße aufmerksam machen –, dass die Integration, also der Netzausbau, diesen neuen Entwicklungen gerecht wird.

Ich finde das in diesem Antrag wieder. Wir unterstützen diesen Antrag nachdrücklich, weil mit ihm Impulse für diese Politik gegeben werden und sie aktiv unterstützt wird. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Herr Junghanns, vielen Dank für Ihren Beitrag. – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen zu dem Antrag des Bundesvorstandes D 43 vorliegen, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Wer der Empfehlung der Antragskommission und damit dem Antrag des Bundesvorstandes zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer stimmt gegen den Antrag D 43? – Das ist, von hier aus gesehen, niemand. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag, den der Bundesvorstand Ihnen vorgelegt hat, einstimmig beschlossen. Ich bedanke mich dafür.

(Beifall)

Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS,
ZUGLEICH EINFÜHRUNG IN DEN LEITANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
ZUM ENTWURF DES GRUNDSATZPROGRAMMS

Es folgt nun eine Video-Einspielung über die Wegmarken auf dem Weg zu unserem neuen Grundsatzprogramm.

(Video-Einspielung)

(Beifall)

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit! – Liebe Freunde, wir setzen eine stolze Tradition fort: unsere Tradition der programmatischen Arbeit, unsere Tradition der Erneuerung und der Bewahrung und unsere Tradition als Volkspartei der Mitte in Deutschland. Wo „CDU“ draufsteht, ist CDU drin! Wir sind authentisch, pur, einzigartig! WIR SIND DIE MITTE!

(Beifall)

Wir zeigen: Die CDU ist das politische Kraftzentrum unseres Landes. Wir haben die Kraft, um Werte und Tugenden zu bewahren. Andere machen von den Rändern aus Politik für die Ränder. Wir machen Politik aus der Mitte für die Mitte.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier, in Hannover, hat Kurt Schumacher die SPD neu aufgebaut. Er war ein entschiedener Gegner der Kommunisten. Ich frage mich: Was würde er seiner Partei heute sagen, dieser SPD, die wieder vom demokratischen Sozialismus und von marxistischer Gesellschaftsanalyse spricht, dieser SPD, die heute sagt, sie würde mit der Linkspartei vielleicht im Bund, vielleicht im Westen, auf jeden Fall aber im Osten zusammen re-

gieren? Kurt Schumacher würde heute sagen: Liebe SPD, Finger weg von den neu lackierten Kommunisten! Finger weg von der Linkspartei!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben mit ihrem neuen Grundsatzprogramm ihr Gastspiel in der sogenannten „Neuen Mitte“ beendet. Sie sind zurück nach links gerückt. Die SPD ist heute von der Mitte so weit weg wie England von der Fußball Europameisterschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschließen hier, in Hannover, das dritte Grundsatzprogramm in über 60 Jahren Parteigeschichte der Christlich-Demokratischen Union. Ich will mich bei den 69 Mitgliedern der Grundsatzprogrammkommission, die den Entwurf in vielen Beratungssitzungen erstellt hat, bedanken. Bei drei Mitgliedern will ich mich besonders bedanken, nämlich bei Bundesbildungsministerin Annette Schavan, bei unseren Ministerpräsidenten Dieter Althaus und Peter Müller. Alle drei hatten in der Kommission entscheidende Aufgaben. Herzlichen Dank für die freundschaftliche und gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir zeigen, dass wir Politik auf einem festen Fundament machen. Unser neues Grundsatzprogramm beruht ebenso auf der christlich-jüdischen Tradition des Abendlandes wie auf dem Erbe der Aufklärung. Hier liegen die Wurzeln von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Hier liegen unsere unverrückbaren Grundwerte begründet. Zu unserem Fundament gehört unverrückbar das christliche Menschenbild. Der Mensch ist von Gott geschaffen. Seine unantastbare Würde zu schützen, ist das erste und wichtigste Anliegen unserer Politik. Deshalb bedrückt es mich sehr, wenn mit den Qualen schwer kranker Menschen Geschäfte gemacht werden, wenn auf Schweizer Parkplätzen gegen hohe Gebühren Todescocktails verabreicht werden. Die CDU wird es niemals zulassen, dass in Deutschland aus der Beihilfe zum Selbstmord ein neues Geschäftsfeld wird. Nicht mit uns, liebe Freunde! Nicht mit der CDU!

(Beifall)

Zu unserem Fundament gehören unverrückbar Ehe und Familie. Wir haben ein klares Bekenntnis dazu abgegeben, auch als andere sie schlechtgeredet haben. Für uns bleiben Ehe und Familie Leitbilder des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Deshalb sprechen wir uns in unserem Grundsatzprogramm für die Beibehaltung des Ehegattensplittings aus. Wir wollen die Ehe weiter als Institution steuerrechtlich fördern.

(Beifall)

21. Parteitag der CDU Deutschlands

75

Zu unserem Fundament gehört unverrückbar auch die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist für uns als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ohne Alternative; denn nur die Soziale Marktwirtschaft bringt Freiheit und Sicherheit zusammen.

Bei allem, was wir erhalten wollen und können: Wir gehen offen auf die neuen Herausforderungen zu: auf die Alterung unserer Gesellschaft, die Wissensgesellschaft, die Globalisierung, die Bedrohung der Schöpfung und schließlich die Gefährdung unserer Sicherheit. Diese Herausforderungen erzwingen ein neues Denken. Das Ergebnis liegt Ihnen vor: das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Neues Denken heißt für uns: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Nach unserem Verständnis ist Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar, aber Sicherheit ohne Freiheit auch nicht. Wir haben bei den Beratungen zum Grundsatzprogramm Wert darauf gelegt, dass die Architektur der CDU aus Freiheit und Sicherheit besteht. Beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall)

Neues Denken, das klingt einfach. Es erfordert aber eine entschiedene Haltung, eine Haltung, die sagt: Wir glauben an Chancen. Wir können die Dinge in die Hand nehmen. Wir können gestalten. Eine solche Haltung ist bei jeder neuen Herausforderung zwingend, und wir Christdemokraten haben diese Haltung.

Diese Architektur der CDU aus Freiheit und Sicherheit gilt auf allen Politikfeldern. Wer Freiheit und Sicherheit will, der kann Innen- und Außenpolitik nicht mehr trennen. Wir leben in einem globalen Dorf: Heute brechen in den USA Immobilienkredite zusammen; morgen stehen in England die Leute bei ihrer Bank Schlange, weil sie Angst um ihre Ersparnisse haben. Heute verkaufen wir Produkte nach China; morgen kopieren die Chinesen das Produkt, verkaufen es billig in Europa und gefährden damit hier Arbeitsplätze. Heute entschlüsseln deutsche Sicherheitsexperten das Internetfoto eines Verbrechers; morgen kommt es zur Verhaftung in Thailand.

Wir brauchen neues Denken auch beim Miteinander der Generationen. Es ist großartig, dass die Menschen länger leben. Aber wir dürfen den Menschen nicht weismachen, das erfordere keine Anpassung, etwa bei den sozialen Sicherungssystemen. Das gilt auch für die Alterssicherung. Ich weiß, dass die Rente mit 67 nicht beliebt ist. Aber in der Politik kommt es darauf an, sich nicht vom Wind, der übrigens jeden Tag aus einer anderen Richtung kommt, wegblasen zu lassen. Was richtig ist, bleibt richtig. Deshalb wird es mit uns an der Rente mit 67 keine Abstriche geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir machen uns stark für alle Generationen. Deshalb kämpfen wir auch gegen die Altersdiskriminierung, ja, Diskriminierung; denn nichts anderes ist es, wenn in Betrieben zu wenig Frauen und Männer über 50 zu finden sind. Nichts anderes ist es, wenn Ältere auf die

Themen Rente, Pflege und Gesundheit reduziert werden. Nein, liebe Freunde, unser Land braucht die Erfahrung, das Wissen und die soziale Kompetenz der Älteren. Wir haben Respekt vor den Älteren und glauben, dass im Miteinander der Generationen einer der Schlüssel für die Zukunft liegt.

(Beifall)

Ich bin stolz darauf, dass wir mit unserem neuen Grundsatzprogramm erstmals ein eigenes Kapitel zum Zusammenhalt der Generationen formuliert haben. Denn es geht nicht um mehr für die Alten und weniger für die Jungen; es geht darum, miteinander die Zukunft anzupacken. Deshalb finde ich es sehr gut, dass in unserer Partei Otto Wulff und Philipp Mißfelder zusammenarbeiten. Die Senioren-Union und die Junge Union zusammen, das ist ein gutes Tandem auch in unserer Partei. Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir sind die Partei, die Brücken baut und zusammenführt. Wir sind die Mitte in Deutschland, auch zwischen den Generationen.

(Beifall)

Wir stehen für die Chancengesellschaft, in der die Bürger frei und sicher leben. Teilhabe für alle und Chancen für alle, ja. Ein genauso kräftiges Ja auch zur Solidarität. Wir lassen niemanden im Stich.

Volkspartei ist aber nur, wer auf der Höhe der Zeit ist. Mit einem Punkt bin ich – das will ich hier offen sagen – noch lange nicht zufrieden. Der Anteil der Frauen in verantwortlichen Positionen der Partei ist mir zu klein.

(Vereinzelt Beifall)

Es reicht nicht, dass wir auf Landes- und auf Bundesebene die besten Frauen haben. Sie, wir alle müssen auf allen Ebenen mehr dafür tun, dass in unserer Partei noch mehr Frauen in verantwortliche Positionen gelangen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir halten an dem fest, was uns stark gemacht hat. Wir stehen für eine Politik, die sich an Werten orientiert. Wir stehen für ein Verhältnis des Bürgers zum Staat, in dem beides gilt: die freie Entfaltung der Person und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir stehen auch zu einer ausgewogenen Balance zwischen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Das „C“ in unserem Namen ist uns eine Verpflichtung. Ich habe vor einigen Monaten viel Ärger dafür bekommen, dass ich mich für das Kreuz als Zeichen unserer christlichen Identität im öffentlichen Raum ausgesprochen habe. Liebe Freunde, wir müssen uns in Deutschland wieder stärker dazu bekennen, dass christliche Symbole im öffentlichen Raum verankert werden. Dafür müssen wir eintreten.

(Beifall)

Wie sollen wir denn glaubwürdig den Dialog mit der islamischen Welt führen, wenn wir uns nicht zu unserer christlichen Tradition bekennen? Nein, liebe Freunde, wir müssen offensiv dafür eintreten, dass christliche Symbole und das, was damit verbunden wird, im öffentlichen Raum vertreten sind: in Gerichten, in Kindergärten und in Schulen. Ich bitte darum, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten da, wo wir die Möglichkeit dazu haben, uns stark dafür einsetzen, dass wieder mehr christliche Symbole im öffentlichen Raum platziert werden.

(Teilweise Beifall)

Leider haben wir in letzter Zeit einiges erleben müssen, das mir – ich will mich vorsichtig ausdrücken – Unbehagen bereitet. In Berlin wurde aus Furcht vor radikalen Muslimen eine Opernaufführung abgesetzt, und in Berlin muss eine deutsch-türkische Frauenrechtlerin versteckt leben, weil sie Morddrohungen bekommt. Liebe Freunde, das dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen uns erheben, wenn es solche Entwicklungen bei uns in Deutschland gibt.

(Beifall)

Wir müssen uns in Deutschland wieder stärker zu dem bekennen, was uns wichtig ist: zum Patriotismus, zur Nation, zu den Werten des Grundgesetzes, zur Verantwortung für unsere Geschichte und zur deutschen Sprache.

Deshalb hat sich die Grundsatzkommission nach langen Beratungen dafür entschieden, dass wir den Begriff „Leitkultur in Deutschland“ in unser Grundsatzprogramm aufnehmen. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass die „Leitkultur in Deutschland“ die Grundlage des Zusammenlebens der Menschen in Deutschland bildet.

(Beifall)

Unsere Grundsätze und Überzeugungen sind nur dann glaubwürdig, wenn wir sie überall vertreten, im Inland und im Ausland. Deshalb bin ich stolz auf unsere Bundeskanzlerin, denn sie nennt die Dinge beim Namen. Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft. Aber die Bundeskanzlerin sagt unseren Freunden auch, was sie von Guantanamo hält, nämlich nichts.

Sie sagt genauso klar, dass wir die Vollmitgliedschaft der Türkei für eine Überforderung der Europäischen Union halten. Deshalb sind wir für die privilegierte Partnerschaft. Und deshalb ist es richtig, dass wir durch die Antragsberatungen in den Entwurf des Grundsatzprogramms jetzt die privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei aufgenommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Angela Merkel empfängt den Dalai Lama. Kurt Beck hat gesagt, er hätte ihn nicht im Kanzleramt empfangen. Da kann ich nur sagen: Keine Sorge, Herr Beck, vor dieser Entscheidung werden Sie nie stehen. Dafür werden die Wähler schon sorgen.

(Lebhafter Beifall)

Nein, wir brauchen keinen Wandel durch Anbiederung. Deutschland braucht eine wertegebundene Außenpolitik. Wir wollen unsere Produkte verkaufen, aber wir verkaufen nicht unsere Ideale, und auch darin unterscheiden wir uns von unserem Koalitionspartner in Berlin.

(Beifall)

Liebe Freunde, für eine erfolgreiche Zukunft Deutschlands brauchen wir auch das richtige Verhältnis der Bürger zum Staat. Wir Christdemokraten vertrauen zuerst in die Kraft und Kreativität der Menschen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Ludwig Erhard hat dieses Leitbild in seinem berühmten Buch „Wohlstand für alle“ so formuliert:

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Genau deshalb wollen wir ein einfaches und transparentes Steuerrecht mit möglichst niedrigen Sätzen. Die Bürger sollen den nötigen Freiraum erhalten, zu investieren, zu sparen und auch zu konsumieren, aber der Staat muss ihnen diesen Freiraum geben. Deshalb müssen wir alle Spielräume, wenn wir sie haben, nutzen, um zu einer weiteren Steuerreform zu kommen, die den Menschen mehr Freiraum und wirtschaftliche Möglichkeiten gibt.

(Beifall)

Es geht um die entscheidende Frage: Was ist die Aufgabe des Staates? Die SPD meint, Löhne per Gesetz festzuschreiben. Sie will Unternehmen zwingen, im Niedriglohnbereich Stundenlöhne zu zahlen, die der Markt nicht hergibt. Es nützt jedoch den Arbeitsuchenden nichts, wenn es Mindestlöhne gibt, aber keine Arbeitsplätze. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn – wie die SPD ihn will – würden wir einen schlimmen Fehler aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte wiederholen. Als die 35-Stunden-Woche erzwungen wurde, haben Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verloren, weil Arbeit in Deutschland zu teuer geworden ist. Wer heute einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro in Deutschland fordert, der gefährdet wieder Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Deshalb wird es diesen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn mit uns nicht geben.

(Beifall)

Wir sagen aber genauso klar: Es ist Aufgabe des Staates, Lohndumping und sittenwidrige Löhne zu verhindern. Ich darf hier noch einmal an die Gespräche in den Koalitionsberatungen erinnern. Als wir uns über Mindestlöhne unterhalten haben, hat die Union angeboten, sittenwidrige Löhne in Deutschland zu verbieten. Es waren die Sozialdemokraten, die mit den Empfehlungen, die wir gegeben haben, nicht einverstanden waren. Wir waren bereit, zu formulieren, dass Löhne dann sittenwidrig sind, wenn sie den branchenspezifischen ortsüblichen Lohn um ein

21. Parteitag der CDU Deutschlands

79

Drittel unterschreiten. Die Sozialdemokraten waren nicht bereit, eine entsprechende Formulierung umzusetzen. Deshalb lassen wir uns von denen auch nicht vorwerfen, wir würden nicht handeln. Wir bieten ihnen erneut an, sittenwidrige Löhne in Deutschland per Gesetz zu verbieten.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, wir unterscheiden uns in einem fundamentalen Grundsatz. Der Grundsatz ist, dass wir der Auffassung sind, dass für die Lohnfindung in Deutschland Gewerkschaften und Arbeitgeber zuständig sind, nicht der Staat. Deshalb gehen wir den Weg, dass wir dann, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften uns branchenspezifische Empfehlungen geben, über diese Empfehlungen reden, weil wir darin eine der Möglichkeiten sehen, der Tarifautonomie zu entsprechen, eben weil die Tarifvertragsparteien eine entsprechende Empfehlung geben.

Übrigens, als die Sozialdemokraten sieben Jahre lang mit den Grünen regiert haben, haben sie den Mindestlohn entschieden abgelehnt. Deshalb ist für mich auch klar: Der SPD geht es nicht um Gerechtigkeit. Nein, die lassen sich von ihren miserablen Umfragewerten treiben, und jetzt wollen sie den Mindestlohn auch noch als Wahlkampfthema fahren. Ich sage: Das ist unverantwortlich gegenüber den Geringqualifizierten in Deutschland, weil dieser Kurs der SPD diesen Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt verbauen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben ein modernes Verständnis von Gerechtigkeit. Wir wissen, dass wir mehr brauchen als bloße Umverteilung. Deshalb setzen wir übrigens auf einen umfassenden Gerechtigkeitsbegriff: auf die Chancengerechtigkeit, auf die Generationengerechtigkeit, auf die Familiengerechtigkeit und auf die Leistungsgerechtigkeit.

Die SPD ist auf ihrem Hamburger Parteitag nach links gerückt. Sie läuft der Linkspartei hinterher. Bei diesem Hase-und-Igel-Spiel ist die SPD immer der Verlierer, und sie bemerkt das nicht einmal. Überall, wo die SPD hinkommt, ist bereits die Linkspartei da. Es wäre jetzt einmal endlich an der Zeit, dass sich die SPD klar von der Linkspartei abgrenzt, klarmacht, dass es mit ihr eine Zusammenarbeit nicht gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir reden ja hier nicht über Kleinigkeiten. Denn die Linkspartei will eine andere Gesellschaft, Sie will den Sozialismus. Das muss man sich einmal vor Augen führen: Die Linkspartei führt das Ziel der SED von 1946 fort. Dabei hat die SED nicht nur einen Staat in den Bankrott geführt, sondern auch Millionen Menschen unterdrückt. Dieses Regime steht für Folter, Gewalt und Schießbefehle. Wir vergessen nicht die getöteten Männer, Frauen und Kinder an der innerdeutschen Grenze, und wir sagen ganz klar: Sozialismus hat in Deutschland nichts zu suchen.

(Beifall)

Unser Land steht für Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Deutschland ist ein Land der Mitte, und die CDU steht dafür, dass das so bleibt.

Liebe Freunde, wir halten unseren Erfolgskurs. Die Ergebnisse in der Großen Koalition geben uns recht. Ja, es ist schon schwierig mit der SPD. Trotzdem haben wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam Deutschland vorangebracht.

Wir haben gezeigt, dass die von uns geführte Bundesregierung Deutschland Rückenwind gibt. Diesen Rückenwind müssen wir in den beiden kommenden Jahren weiter nutzen.

Dieser Parteitag gibt aber auch uns Rückenwind für unsere Parteiarbeit, für unsere Regierungspolitik und für die kommenden Wahlkämpfe. Wir wollen Deutschland erfolgreich regieren. Unser Ziel heißt „40 Prozent plus X“, damit in Deutschland weiter gut regiert werden kann. Deshalb werden wir alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall)

Dieser Parteitag gibt uns Rückenwind für unsere Parteiarbeit und auch für die anstehenden Wahlkämpfe. Lieber Christian Wulff, lieber Roland Koch und lieber Ole von Beust, liebe Freunde aus Niedersachsen, Hessen und Hamburg, ihr könnt beeindruckende Bilanzen vorlegen, ihr habt wegweisende Konzepte für die Zukunft, und ich sage euch: Ihr habt die volle Unterstützung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wir wollen eure Wahlsiege, damit eure Bundesländer weiter erstklassig regiert werden.

(Beifall)

Wir kämpfen an eurer Seite. Wir wollen, dass Niedersachsen, Hessen und Hamburg auf Erfolgskurs bleiben, und – das sage ich sehr deutlich – wir wollen, dass unsere exzellenten Ministerpräsidenten weiterregieren können zugunsten der Menschen in ihren Ländern.

(Beifall)

Liebe Freunde, lasst uns also die Ärmel hochkrepeln und rausgehen zu den Wählern. Wir haben die besseren Programme, wir haben die besseren Köpfe, und wir machen ganz einfach die bessere Politik für Deutschland. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Herr Generalsekretär, lieber Ronald Pofalla, herzlichen Dank für Bericht und Einführung. Ich glaube, man darf an der Stelle feststellen: Wir bewegen uns jetzt in ein großes und wichtiges Werk der CDU Deutschlands hinein, das ohne die Arbeit der Programmkommission unter der Führung des Generalsekretärs nicht möglich gewesen wäre. Deshalb an der Stelle ein herzlicher Dank für eine Reise quer durch Deutschland zu allen Landesvorständen und Regionalkonferenzen, um unsere heutige Programmberatung vorzube-

reiten. Ich denke, besser kann man das in einer Partei nicht vorbereiten. Jetzt müssen wir sehen, was wir im Laufe des heutigen Tages daraus machen. Aber ein herzliches Dankeschön an Dich, wie es für heute vorbereitet worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir verbinden die Aussprache über das Grundsatzprogramm in seinem allgemeinen Teil mit der Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs. Wir werden dann anschließend nach der allgemeinen Aussprache die einzelnen Ziffern des Programms aufrufen und beraten. Wenn Sie sich zu einzelnen Punkten der Beratungsgrundlage zu Wort melden wollen, bitte ich Sie schon jetzt herzlich, das zu tun. Sie würden uns allen, aber auch sich selbst im Zuhören einer in sich schlüssigen Debatte sehr helfen, wenn Sie auf Ihren Wortmeldungszettel möglichst präzise schreiben würden, zu was Sie sich äußern, und – um uns im Zweifel sogar noch ein bisschen zu helfen – ob Sie für oder gegen etwas sind. Denn das macht für alle Beteiligten die Debatte etwas spannender.

Ich rufe zunächst TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

ALLGEMEINE AUSSPRACHE UND BERATUNG ZUM GRUNDSATZPROGRAMM

Ich erteile als erstem Redner Herrn Ministerpräsident Dieter Althaus das Wort.

Dieter Althaus: Sehr geehrte Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel! Lieber Roland Koch! Meine lieben Delegierten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen heute ein neues Grundsatzprogramm beraten und verabschieden. Dabei stellt sich natürlich die Frage, ob das notwendig ist. Haben wir nicht in unseren Alltagsaufgaben so viele konkrete Anforderungen, dass wir möglicherweise eine Grundsatzdebatte und ein Grundsatzprogramm auf die Zukunft verschieben sollten? Wer die Debatte in den letzten Monaten verfolgt und wie wir in der Programmkommission begleitet hat und wer sie auch intensiv vermittelt hat, der weiß: Es gibt keine günstigere Zeit für ein Grundsatzprogramm, es weiterzuentwickeln und neue Herausforderungen zu beschreiben, als die Zeit, in der wir mit Angela Merkel eine starke Kanzlerin für Deutschland haben.

Wichtig ist – das ist in allen Gesprächen und Tagungen, ob Regionalberatungen, Landesvorstandssitzungen, Kreisvorstandssitzungen und allgemeinen Aussprachen deutlich geworden –, dass wir eine Selbstvergewisserung betreiben. Wo stehen wir? Was sind unsere Wurzeln? Welche Veränderungen müssen wir zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren? Wie müssen wir das Ganze in ein politisches Programm kleiden?

An dieser Stelle stellt sich die Frage, was uns leitet. Die konkurrierenden Parteien in Deutschland haben eine etwas einfache Form für das, was sie leitet, für sich reklamiert. Sie schauen in

den Alltag, überlegen, von welcher Seite möglicherweise gerade der Tageswind pfeift, welche Stimmung möglicherweise gerade relevant ist, und übernehmen dies dann in Programmatik und inhaltliche Aussagen. Das war nie Unionsüberzeugung, und das darf auch nie Unionsüberzeugung sein, weil wir Grundwerte dieser Gesellschaft leben und weil wir die Grundwerte als Ausgangspunkt für praktische Politik definieren.

An der Stelle kann man in die Geschichte zurückschauen – als einer, der vor 17 Jahren neu hinzugekommen ist, tue ich das immer mit großer Überzeugung und auch Begeisterung – und wird feststellen, dass es immer nur die Union – die CDU und die CSU – war, der es gelungen ist, aus einer klaren Grundsatzprogrammatik die notwendigen Entscheidungen in dieser Zeit zu fällen. Darauf sollten wir auch immer hinweisen, wenn wir dieses Grundsatzprogramm beschließen und es in den nächsten Jahren umsetzen: Alle großen politischen Entscheidungen in Deutschland von den 50er-Jahren bis heute tragen die Unionshandschrift, weil wir uns immer auf Grundwerte beziehen konnten und weil wir nicht nur die Tagesaktualität betrachtet haben, sondern die großen Orientierungen im Blick behalten haben. Deshalb wird dieses Grundsatzprogramm der Kompass sein, an dem wir die Politik im 21. Jahrhundert ausrichten.

Was die Frage angeht, nach welchen Werten wir heute leben, so gibt es Veränderungen, die wir nicht nur zur Kenntnis nehmen; vielmehr sind wir begeistert, dass sie heute auch für alle spürbar sind. Freiheitsräume sind neu erschlossen. Emanzipationsräume eröffnen neue Chancen. Die Globalisierung gibt uns die Möglichkeit, nicht nur regional und national, sondern auch international für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Menschenwürde Sorge zu tragen.

Es gibt aber auch Herausforderungen, bei denen wir eher konstatieren müssen, dass wir wieder mehr Fürsorge und konkrete Hilfe leisten müssen, damit uns die Fundamente der Gesellschaft nicht entgleiten. Als vor knapp 60 Jahren Ludwig Erhard am 20. Juni 1948 die marktwirtschaftliche Ordnung etabliert hat, als 1953 unter Konrad Adenauer das Betriebsverfassungsgesetz entwickelt und beschlossen wurde, als 1957 die große Sozialstaatsreform durchgeführt worden ist, als dann die Wiederbewaffnung und die Integration in das freiheitliche Bündnis der europäischen und transatlantischen Gemeinschaft beschlossen wurden, als dafür Sorge getragen wurde, dass sich dieses Bündnis mit Blick auf den Kommunismus stark erhält – NATO-Doppelbeschluss –, als dann in den 70er-Jahren der Gegenwind gegen eine mentale Veränderung zu organisieren war, die meinte, man müsse die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen, weil ein so langer Geschichtsraum diese Realität einfordert, und als dann im Herbst 1989 die Tür zur Freiheit offen stand, war es in der Bundesrepublik Deutschland immer und ausschließlich die Union, die – auf Grundwerte basiert – vernünftige Zukunftsentscheidungen gefällt hat.

Das privilegiert uns, auch für das 21. Jahrhundert unser Grundsatzprogramm zu schreiben und daraus konkrete Politik zu gestalten.

(Beifall)

Aber keine Frage: Auch heute gibt es solche Bereiche, die kritische gesellschaftliche Debatten und klare Positionierungen der Union einfordern. Es gibt zwei große Herausforderungen, für die wir noch keine abschließenden Antworten haben, bei denen wir noch nicht wissen, wie wir sie in den nächsten Jahren bestehen werden.

Die erste große Herausforderung: Wie können wir in einer freiheitlichen Gesellschaft, die immer mehr Chancen bietet, die Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland für Soziale Marktwirtschaft, für Solidarität, für Gerechtigkeit und für Freiheit erhalten? Ich glaube, es bleibt die wichtigste Aufgabe unserer Politik, das Fundament unserer Gesellschaft zu stärken und dort, wo Defizite vorhanden sind, zu helfen, dass sie überwunden werden können. Ich meine damit die Familie. Es gibt keine Institution in der Gesellschaft, die so stark in der Lage ist, Zukunft zu schaffen, wie die Familie. Deshalb sollten wir auch in diesem Jahrhundert die Familienpartei bleiben und alles unternehmen, damit Familien in Deutschland stark werden und damit Familien eine Zukunft haben.

(Beifall)

Hier ist unser Menschenbild gefragt. Für uns steht die einzelne Person im Zentrum der Politik. Es geht nicht um Kollektive, wie bei den linken Parteien, es geht nicht um Gemeinschaften, die an diese Stelle treten. Die einzelne Person begründet sich in der Familie, dort wurzelt sie. Deshalb ist es auch richtig, dass wir sehr deutlich machen, dass wir für die Familie zukunftsfähige Strukturen entwickeln und weiterentwickeln werden. Wir brauchen eine Betreuungssituation, wie wir sie zum Beispiel in Thüringen bereits haben, damit Wahlfreiheit auch wirklich gewährleistet ist. Diese Wahlfreiheit fordert von uns aber den Einsatz für die Optionen, für Betreuungsplätze, für Betreuungsgeld und für Unterstützung. Die Wahlfreiheit fordert aber nicht, dass der Staat den Eltern die Entscheidung abnimmt. Es bleibt die Entscheidung der Eltern, wie sie Familie konkret organisieren, wie sie ihr Ja zu Kindern umsetzen und wie sie die Betreuung selbst oder in einer Kindertagesstätte organisieren. Der Staat muss für Bedingungen sorgen, die Wahlfreiheit liegt bei den Familien.

(Beifall)

Die zweite große Herausforderung wird schon im ersten Teil sehr deutlich, in dem wir uns zum christlichen Menschenbild bekennen und deutlich machen, dass es auch für das 21. Jahrhundert die Grundlage unserer Politikentscheidungen bleibt. Damit grenzen wir nicht aus, sondern wir profilieren. Wenn es zum Beispiel um das Thema Menschenwürde geht, machen wir dadurch deutlich, dass Menschenwürde heißt: Der Lebensschutz gilt in allen Lebensphasen, vom Anfang des Lebens bis zum Ende des Lebens, Technologieentwicklungen und technischer Fortschritt finden dort ihr Ende, wo der Lebensschutz gefährdet ist. Das ist eine klare Überzeugung, die aus unserem christlichen Menschenbild herrührt.

(Beifall)

Eine zweite Überzeugung, die aus dem christlichen Menschenbild erwächst, ist, dass wir für solidarische Kräfte in der Gesellschaft sorgen. Da mögen viele Mitkonkurrenten auf dem Spielfeld der Politik ihre Antworten haben. Neiddebatten, Verteilungsdebatten, Antiglobalisierungsdebatten, Ängste vor der Zukunft und Generationenwiderstreit – das alles sind keine tauglichen Antworten und keine tauglichen Mittel für eine realistische Politik in einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Antwort, die für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit gegeben werden muss, ist die Antwort der Union, die wir seit den 50er-Jahren kontinuierlich geben und immer durch konkrete Politik weiterentwickeln.

Die Leistungsfähigkeit für Solidarität erwächst aus der Leistungsfähigkeit, die jeder Einzelne zu erbringen in der Lage ist. Deshalb sind wir eine leistungsorientierte Gesellschaft, eine verantwortungsorientierte Gesellschaft. Nur dann haben wir die Kraft zur Solidarität mit den Schwachen, mit denjenigen, die mehr Hilfe brauchen. Dann können wir sie stärken statt schwächen. Deswegen werden wir auch in Zukunft einen aktivierenden Staat organisieren, der Leistung herausfordert, der Leistung fördert und damit die Grundlage für Solidarität erhält.

(Beifall)

Die dritte Überzeugung ist unser ganz klares Bekenntnis zu einer am Kind, am Jugendlichen, am Einzelnen orientierten Bildung. Wenn etwas in den letzten Jahren deutlich geworden ist, dann doch dies: Durch die Veränderungen in der Globalisierung, durch die Veränderungen in der Technologie haben leider immer mehr Menschen nicht mehr in ausreichendem Maße die Chance, sich durch eigene Verantwortung und eigene Leistung am Arbeitsmarkt und damit in der Gesellschaft erfolgreich zu bewähren. Überdurchschnittlich viele mit mangelnden Leistungen und mangelnden Bildungsmöglichkeiten haben nicht mehr in ausreichendem Maße die Chance, durch eigene Verantwortung für das eigene Wohl und damit für das Wohl insgesamt beizutragen.

Das heißt, aus dem christlichen Menschenbild erwächst vielleicht noch stärker als in der Vergangenheit eine ganz zentrale Aufgabe. Wir müssen die Bildungsfähigkeit und die Bindungsfähigkeit in unserer Gesellschaft stärken. Wir müssen jedem die Chance geben, seine eigenen Möglichkeiten zu entwickeln, und wir dürfen nicht durch Vereinheitlichung diejenigen benachteiligen, die sich nicht ausreichend beteiligen können, und die einengen, die mehr Leistung erbringen. Stattdessen müssen wir eine kluge Differenzierung anlegen, damit die Leistungseliten genauso gefördert werden wie diejenigen, die weniger Zugangsmöglichkeiten haben. Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft und Schlüssel für die Solidarität in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

In der Grundsatzprogrammdebatte – viele waren dabei, und auch bei den Regionalkonferenzen war eine große Anzahl von Mitgliedern aus allen Landesverbänden beteiligt – haben wir für alle wichtigen Felder, über die es notwendig war, zu diskutieren, klare Festlegungen vereinbart. Wir

haben die Grundwerte, die uns prägen, nämlich Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit, ganz selbstverständlich als Grundwerte erneut benannt. Wir haben uns selbstverständlich dem christlichen Menschenbild als entscheidende Orientierungslinie verpflichtet. Wir haben ebenso ganz selbstverständlich deutlich gemacht, dass wir eine eigene Überzeugung haben müssen.

Leitkultur leben heißt: Jeder muss sich selbst definieren können in unserer Verfassungsordnung, jeder muss zu den kulturellen und den traditionellen Werten dieses Landes stehen und muss auch in der Lage sein, sie zu vermitteln. Deshalb braucht jeder deutsche Sprachkenntnisse. Wer in Deutschland Dialog üben will, wer international dialogfähig sein will, wer die Kulturen ins Gespräch bringen will, der braucht eine eigene Überzeugung, ein eigenes Gesicht. Nur dann kann er auch den Dialog führen. Es ist für Deutschland wichtig, dass wir diese Leitkultur im Innern leben, damit wir nach außen weltoffen und dialogfähig unsere Position vertreten können, damit diese Weltoffenheit auch signalisiert, dass bei uns derjenige integriert werden kann und integriert wird, der sich dieser Leitkultur anschließt. Das ist eine offene Formel, die eine klare Bekenntnisstruktur voraussetzt.

(Beifall)

Als jemand, der bis vor gut 18 Jahren ganz dicht hinter dem Eisernen Vorhang gelebt hat, bin ich sehr dankbar, dass wir es sind, die das Programm jetzt für das 21. Jahrhundert schreiben.

Denn damals – das wissen viele im Saal aus eigenem Erleben – war es wichtig, zuzupacken. Die Geschichtstür stand offen, aber nur einen Spalt. Aber es war auch wichtig, eine Vision zu entwickeln, und es war gleichzeitig wichtig, die Kraft zu haben, aus einer konkreten Erfahrung diese Wiedervereinigung zu gestalten. Die starke Soziale Marktwirtschaft, das Freiheitsbündnis in Westeuropa und das transatlantische Bündnis, das alles hat die Voraussetzung geschaffen, diesen Weg in die Wiedervereinigung zu gehen und ihn bis heute erfolgreich zu gestalten. Die, die damals am Wegrand standen, manchmal sogar in Länderverantwortung, und die es abgelehnt haben, für die Wiedervereinigung einzustehen, die diese Wiedervereinigung nur fiskalisch gesehen haben und nicht menschlich, als Chance, Freiheit jetzt auch für den Osten zu ermöglichen, haben in der Geschichte kläglich versagt. Sie haben deshalb auch kein Recht, heute die Wege der Vergangenheit kritisch zu bewerten, sondern sie müssen ihre eigenen Wege kritisch bewerten. Denn wir haben als Union damals einen Weg eröffnet, der, so meine ich, zu blühenden Landschaften geführt hat, zu einem Land, das in Europa und weltweit als wiedervereinigtes Deutschland mit einer glänzenden Perspektive anerkannt ist. Was dort geschehen ist, hat Unionshandschrift getragen, und es muss auch in Zukunft Unionshandschrift tragen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb danke ich sehr, dass sich so viele beteiligt haben. Aber einem will ich natürlich besonders danken: Unser Generalsekretär hat als Vorsitzender diesen ganzen Prozess geführt. Er hat

nicht nur die Leitung der Sitzungen übernommen, sondern er hat die Diskussionen begleitet und sie immer sehr intelligent, sehr offen und sehr ergebnisorientiert geführt. Das Programm, das jetzt vorliegt, trägt sehr stark seine Handschrift. Lieber Ronald, herzlichen Dank für dieses außergewöhnliche Engagement für dieses Programm!

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir dieses Programm heute diskutiert und verabschiedet haben, kommt die wichtigste Aufgabe. Das Programm ist festgeschrieben; entscheidend ist aber, dass es lebt. Es lebt nicht dadurch, dass wir es hier beschließen, sondern dadurch, dass jeder von uns in der Partei die Debatte führt und dass dieses Programm bei wichtigen Grundlagen, die wir erarbeiten oder neu entwickeln müssen, als Orientierungsmaßstab, als Grundlage dient. Eine Partei wie die Union, die etwa 60 Jahre in Deutschland Geschichte geschrieben hat, die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft, der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Freiheit, hat mit diesem Programm, wenn es verabschiedet wird, den Kompass und die Grundlage für die nächsten Jahre geschaffen. Deshalb bitte ich Sie alle, heute eine gute Beratung zu führen und eine gute Entscheidung zu treffen, dann aber dieses Programm mit Leben zu erfüllen. Das heißt, dass wir deutlich machen: Wir haben nicht den Zeitgeist als Paten in der Politik, sondern wir haben ein festes Fundament unter den Füßen und eine klare Orientierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dieter Althaus. – Als nächste Wortmeldung rufe ich Frau Ministerin von der Leyen auf, anschließend Peter Hintze.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Frau Bundesvorsitzende! Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! In diesem Grundsatzprogramm nimmt die Familienpolitik einen breiten Raum ein. Das ist auch richtig so. Seit jetzt fast 40 Jahren beobachten wir das Verschwinden der Kinder, und seit ebenfalls ungefähr 40 Jahren fürchten wir das Verschwinden von Ehe und Familie aus unserer Gesellschaft. Aber zum ersten Mal führen wir endlich die Diskussionen im Land, die nicht nur nach dem Warum fragen, sondern auch danach: Was braucht es denn, damit wir wieder mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft haben?

Kinder, meine Damen und Herren, sind in allererster Linie Ausdruck für Liebe, für Glück, sind ein ganz tiefer Ausdruck für Zuversicht und Hoffnung im Leben; aber Kinder sind auch ein Ausdruck für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und für die Leistungsbereitschaft ihrer Eltern, für die Bereitschaft, über sich hinauszuwachsen. Schließlich sind Kinder und Familie das Wissen darum, dass jeder und jede Kraft und Talente entfalten soll zum eigenen Wohl, aber auch zum Wohl aller anderen in der Familie. Das sind gute, konservative Werte.

Aber Kinder lehren uns von ihrem ersten Lebenstag an auch, dass jeder Mensch einzigartig ist. Das ist ein urchristlicher Wert. Wir stehen zu diesen Werten. Das sagen wir in diesem Grundsatzprogramm ganz deutlich.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn diese Werte für alle gelten, für Frauen wie Männer, dann müssen wir heute auch die Antworten geben, welche Rahmenbedingungen es in dieser Welt, so modern, wie sie heute ist, braucht, damit diese Werte gelebt werden können. Auch darauf gibt das Grundsatzprogramm Antworten. Udo di Fabio hat es in seinem Grundsatzartikel darüber, was konservativ ist, ganz richtig ausgedrückt: Es geht um das Verstehen der gewandelten Bedingungen. Es geht darum, die moderne Welt zu beleben und stärker zu machen durch konservative Werte. Es ist diese freiwillige Bindung, die wir mit der modernen Familienpolitik stärken wollen: die Treue zueinander, aber auch die Treue zur Aufgabe, Rechte und Pflichten gleichermaßen für Kindererziehung, für die Fürsorge älterer Angehöriger, aber auch für die ökonomische Selbstständigkeit der Familie, für Männer und Frauen, und der Zusammenhalt der Generationen. Das, meine Damen und Herren, diese Trias, diese drei Dinge, das ist das Fundament von Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft von heute.

Das beginnt ganz konkret Politik zu werden zum Beispiel mit dem Elterngeld. Wir haben das deutliche Signal gesetzt, dass es uns als Gesellschaft nicht gleichgültig ist, wenn junge Menschen sich Zeit nehmen für ein Kind. Ich will ganz klar sagen: Es war richtig, in der modernen Familienpolitik die Partnermonate im Elterngeld festzuschreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann mich sehr wohl entsinnen, dass mir da ein bayerischer Löwe entgegenbrüllte: Wir Männer brauchen kein Wickelvolontariat! – Ich hatte Schlagzeilen: „Zwang zur Windel“, „Pflichtdienst an der Wiege“. Aber wenn man heute das Ergebnis sieht, die jungen Väter mit den Partnermonaten im Elterngeld, dann kann ich nur sagen: Falsch gebrüllt! Die jungen Männer wollen, wenn sie Väter werden, heute Verantwortung für ihre eigenen Kinder übernehmen. Sie wollen Zeit für ihre eigenen Kinder haben, und sie stimmen so mit den Füßen ab.

(Beifall)

Das Spannende daran ist, dass die jungen Menschen in der Tat auf diese Instrumente reagieren. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat sich die Anzahl der jungen Väter, die Elternzeit nehmen, verdoppelt. Bis zum Sommer dieses Jahres hat sich die Zahl verdreifacht. Diejenigen, die die Vätermomente am häufigsten nutzen, sind ausgerechnet die Bayern. Auf die bayerischen Väter ist immer noch Verlass, kann ich nur sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Wie hat denn Familie immer funktioniert? Da sind drei, vier Generationen unter einem Dach gewesen. Die Eltern sind immer unverzichtbar gewesen. Aber es waren auch immer andere Erwachsene da, die geholfen haben, die Kinder mit ins Leben zu begleiten. Vor allem sind immer unendlich viele Kinder da gewesen.

Das zeigt den Grundwert von Familie: Kinder brauchen andere Kinder, Eltern brauchen andere Erwachsene zur Unterstützung. Damit stimmt der alte Spruch: Es braucht eben ein ganzes Dorf, um Kinder glücklich zu erziehen.

Meine Damen und Herren, wir sagen im Grundsatzprogramm deutlich: Wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen dies nicht nur, wir zeigen dies auch im Regierungshandeln, in der Regierungsverantwortung: Wir sind die Partei, die Wahlfreiheit schafft. Wir reden nicht nur darüber, wir haben auch konkrete Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Wir haben sie so geschaffen, dass nicht eine Familienform für die andere eintreten muss. Wir haben darum gekämpft, dass das Ehegattensplitting nicht gekürzt wird. Wir haben darum gekämpft, dass das Kindergeld nicht gekürzt wird. Wir haben gesagt: Wenn wir in die Familie investieren, dann muss reales Geld konkret neu investiert werden und dann darf nicht die eine Familie für die andere eintreten. Das ist ganz klare Unionspolitik, das haben wir umgesetzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich finde, das Entscheidende ist jetzt – auch in den Beratungen –, dass wir die jungen Eltern nicht spalten dürfen, sondern geschlossen hinter ihnen stehen. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Mütter, die zur Erziehung ihrer Kinder zu Hause sind, sind nicht altmodisch.

(Beifall)

Genauso gilt: Mütter, die Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren, sind keine Rabenmütter.

(Beifall)

Ich finde, auch eine dritte Wahrheit gilt: Aktive Väter sind keine Weicheier, sondern das Trendmodell der Zukunft.

(Beifall)

Beide sind diejenigen, die Kraft, Zeit und Einsatz für die Kinder leisten. Beide Lebensformen und alle Facetten und Varianten, die es dazwischen gibt, verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Vor allen Dingen brauchen beide in der heutigen Welt gute Rahmenbedingungen, um so leben zu können, wie sie wollen, und um vor allen Dingen die Kinder haben zu können, die sie sich wünschen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt es darauf an, dass wir nicht murrend und widerwillig, sondern mit ganz großem Ernst über diese Dinge diskutieren. Wir sollten uns zuallererst fragen: Was wollen wir? Ich glaube, wir wollen vor allem zwei Dinge: Wir wollen erstens – dies sage ich aus vollem Herzen und mit ganzer Kraft – Erziehungsleistung honorieren. Dazu gibt es verschiedene Wege. Zweitens wollen wir für Kinder von Anfang an Bildungschancen öffnen. Für die allermeisten Kinder bedeutet das Familie. Aber für manch ein Kind bedeutet das auch: Es ist darauf angewiesen, dass wir als Gesellschaft uns darum kümmern, dass es diese Grundvoraussetzungen in guten Schulen, in guter Kinderbetreuung, in guten Tagesmutternetzen findet, dass es seine angeborenen Fähigkeiten entwickeln kann und sie nicht verkümmern. Meine Damen und Herren, es ist unsere urchristliche Pflicht, diese Rahmenbedingungen für alle Kinder von Anfang an zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir diese Prinzipien in einer modernen Welt wieder entdecken, wenn wir diese uralten, guten, konservativen, christlichen Werte in moderne Rahmenbedingungen übersetzen – in Verlässlichkeit, Verantwortungsbereitschaft, in das Füreinanderestehen, in Leistungsbereitschaft für andere –, dann ist mir um unser Land im demografischen Wandel nicht bange.

Familienpolitik für die Zukunft ist konservativ. Sie ist wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ. Sie bewahrt die Familie und ihre Werte. Aber sie ist auch in Bewegung. Sie bewegt etwas in unserem Land. Sie bewegt etwas für die Familie, für den Zusammenhalt der Generationen. Sie bewegt etwas dafür, dass wir wieder mehr Kinder in unseren Familien und wieder mehr Familien in der Gesellschaft haben. Das muss unser Motto sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Ursula von der Leyen. – Das Wort hat jetzt Peter Hintze.

Peter Hintze: Lieber Roland Koch! Liebe Freunde! Der Erfolg einer politischen Partei liegt in ihrer Fähigkeit zum Kraftschluss mit der Wirklichkeit. Ich finde, Ursula von der Leyen ist das in der Familienpolitik in großartiger Weise gelungen. Deswegen freuen wir uns, dass sie für uns dieses politische Feld in Regierung und Partei vertritt.

(Beifall)

Ich denke, lieber Ernst Albrecht, dass auch Sie bewegende Gefühle gehabt haben, hier vorne Ihre Tochter zu sehen. Sie waren bei der Schaffung der letzten Grundsatzprogramme 1978 und 1994 dabei. Jetzt sind Sie auch 2007 dabei. Er ist heute Morgen schon begrüßt worden. Aber jetzt ist er hier: Recht herzlichen Dank, Ernst Albrecht, dass Sie hier in unserer Mitte sind!

(Beifall)

Liebe Freunde, die uns stets freundlich begleitende Presse hat die Frage aufgeworfen, ob die CDU eine Programmpartei sei. Ich meine, die Kreisverbände haben mit ihren 2 000 Anträgen, ihren Ideen und ihren Vorschlägen zu diesem Programm diese Frage klar bejaht. Wir können hinzufügen: Wir sind nicht nur eine Programmpartei, wir sind auch die Volkspartei in Deutschland, weil es mittlerweile keine andere mehr gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundesaußenminister hat sich im Vorfeld des Parteitages als Musikkritiker versucht. Ich weiß nicht, ob Sie das verfolgt haben. Herr Steinmeier sinnierte öffentlich über Melodie und Tiefe der Komposition unseres neuen Parteiprogramms. Ich wünsche ihm von Herzen, dass er in der Einschätzungssicherheit stärker ist und genauer liegt, wenn es um die schrillen Töne aus seinem eigenen Parteiorchester geht.

(Vereinzelt Beifall)

Was unterscheidet uns von unseren politischen Wettbewerbern? Sie suchen ihr Heil in den Fehlern der Vergangenheit. Unser Programm, das neue Grundsatzprogramm, ist das zentrale Dokument der politischen Mitte in Deutschland. Dafür möchte ich Ronald Pofalla noch ein persönliches Wort zurufen: Er ist Anwalt der politischen Mitte in Deutschland. Er tritt ein für die Menschenrechte etwa in Weißrussland. Er tritt ein für die Zeichen der christlichen Kultur in öffentlichen Gebäuden, und er tritt ein für Grundsatztreue und eine moderne Politik, die auf die Globalisierung überzeugend antwortet. Danke an Ronald Pofalla und uns jetzt eine spannende Diskussion zu unserem neuen Grundsatzprogramm! – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze. – Als nächste Rednerin hat das Wort Julia Klöckner und anschließend der Kollege Michael Fuchs.

Julia Klöckner: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Grundsatzprogrammdiskussion hat gezeigt, dass wir eine sehr lebendige Partei sind, die sehr lebhaft diskutiert und sich vor allen Dingen positionieren kann. Die Beteiligung innerhalb der Verbände in unserer Partei auf Kreis- und Landesebene hat gezeigt, dass wir uns, Ronald, so intensiv beteiligt haben wie vielleicht noch nie in unserer Parteigeschichte und dass wir so intensiv diskutiert haben, dass wir, die CDU, einen Vorwurf, der Parteien immer öfter gemacht wird, nämlich dass sie sich nicht mehr inhaltlich auseinandersetzen würden, eindeutig widerlegt haben.

(Beifall)

Allein bei uns in Rheinland-Pfalz haben nahezu 200 Veranstaltungen zum neuen Grundsatzprogramm unserer Partei stattgefunden. 3 000 Menschen waren bei uns aktiv daran beteiligt.

100 Änderungsanträge gingen daraus hervor. Als Partei der Mitte sind wir in erster Linie christliche Demokraten. Dies sollten wir auch unterstreichen. Die Kanzlerin hat es heute nochmals erwähnt. Sie hat dem blanken Materialismus eine klare Absage erteilt.

Das Nützlichkeitsdenken darf nicht über dem Schutz des menschlichen Lebens stehen. Das ist die allgemeine Aussage. Konkret heißt das dann aber auch, dass der Schutz des Lebens von Anfang an ernst genommen werden muss. Noch konkreter heißt das, dass keine Embryonen zu Forschungszwecken gezüchtet und dann getötet werden dürfen.

(Beifall)

Konkret heißt das, dass wir uns als Parteitag und als Partei, die sich christdemokratisch nennt, auch über solche grundsätzlichen Fragen des Menschen- und Gesellschaftsbildes Gedanken machen müssen und entsprechende Entscheidungen, wie sie anstehen, eben nicht einfach der Bundestagsfraktion überweisen sollten.

(Beifall)

Der Forschungsfreiheit sind verfassungsimmanente Grenzen gesetzt. Sie resultieren aus der Menschenwürde. Konkret heißt das: kein menschliches Klonen, keine Ermutigung von Frauen, als Rohstofflieferantinnen zu fungieren, die gegen Entgelt Eizellen oder Embryonen spenden, und keine Verschiebung des Stichtages.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Michael Fuchs. Anschließend folgt Bundesminister Dr. Jung.

Dr. Michael Fuchs: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Das Grundsatzprogramm ist ein Programm der Mitte. Genau das soll es auch sein. Die Kanzlerin hat das heute sehr klar verdeutlicht. Mit diesem Programm der Mitte unterscheiden wir uns ganz deutlich von den Sozialdemokraten. Wer den Parteitag der Sozialdemokraten verfolgt hat, hat Rückschritte in frühsozialistische Zeiten beobachten können. Die SPD rückt nach links, schürt Sozialneid und betreibt eine Politik der Angst. Sie hat ein Staatsverständnis und ein entsprechendes Programm, das in etwa so klingt: Wir müssen den Menschen, weil er sich selber nicht helfen kann, von der Wiege bis zur Bahre begleiten. Am Ende des Tages nennt man das Ganze dann demokratischen Sozialismus. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich sage Ihnen eines: Eher fallen Ostern und Weihnachten auf einen Tag, als dass der Sozialismus demokratisch wird.

(Beifall)

Die CDU ist die Partei der Leistungsträger, die Partei der 40 Millionen Erwerbstätigen, die die Träger des Aufschwungs sind, die dafür sorgen, dass es überhaupt etwas zu ver-

teilen gibt. Wenn wir nicht darauf achten, diesen Trägern des Aufschwungs eine wirkliche Teilhabe am Aufschwung zu ermöglichen, handeln wir falsch.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Die Bundeskanzlerin hat heute Morgen gesagt, dass wir durch die Senkung der Lohnzusatzkosten im nächsten Jahr rund 270 Euro mehr bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen lassen. Das ist aber noch lange nicht genug, denn an vielen Stellen haben wir sie zwangsweise geschröpft. Seien wir ganz ehrlich: Viele Steuererhöhungen sind zulasten der Leistungsträger gegangen. Deswegen müssen wir so schnell wie möglich umsteuern. Ich bin dem Generalsekretär sehr dankbar, der in seiner Rede gerade eben gesagt hat, dass wir auch über das Thema der Steuersenkungen so bald wie möglich nachdenken müssen. Das muss möglich sein. Die CDU muss die Partei der Steuersenkungen sein und mit diesem Thema auch in den Wahlkampf hineingehen.

(Beifall)

Es ist für mich nicht gut erträglich, dass jemand, der arbeitet, ein steuerfreies Existenzminimum von 7 664 Euro hat, aber ein durchschnittlicher Hartz-IV-Empfänger 8 400 Euro bekommt. Bei diesen Zahlen muss zumindest gleichgezogen werden.

(Beifall)

Es ist für mich ebenfalls nicht gut denkbar, dass sich der Staat jedes Jahr durch kalte Progression weiter bereichert. Der Staat muss dafür sorgen, dass es keine kalte Progression mehr gibt. Der Staat darf nicht daran profitieren, dass es Inflation gibt. Wir sind die Partei, die dafür sorgen muss, dass die Lohnzusatzkosten noch weiter gesenkt werden. Es ist ein toller Erfolg dieser Koalition, dass wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt haben. Bei den anderen Sozialversicherungen haben wir dies aber nicht geschafft. Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Deswegen müssen wir weiter daran arbeiten, dass es auch bei den anderen Sozialversicherungen zu einer Verbesserung kommt, dass wir dort genauso in die Phase der Beitragssenkungen hineinkommen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zum Mindestlohn sagen. Die Kanzlerin hat Recht, wenn Sie sagt, dass die Tarifautonomie funktionieren muss. Das gilt für Arbeitgeber und Gewerkschaften. Beide müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Es darf keine Tarifverträge geben, die letztendlich nur ein einziges Ziel haben, nämlich den Wettbewerb in Deutschland auszuschließen.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt für die Post, aber auch für alle anderen Bereiche. Was man z. B. aus dem Bereich der Zeitarbeit hört, ist absolut nicht in Ordnung. Es ist richtig, dass wir keinen Tarifvertrag auf den

Bereich des Entsendegesetzes erstrecken werden, der Wettbewerb verhindert, wie es heute in dem Grundsatzantrag des Bundesvorstandes steht. Mindestlöhne bedeuten immer auch Mindestpreise. Demnächst werden wir dann vielleicht auch noch Mindestabnahmemengen festlegen. Dann sind wir beim Sozialismus pur. Das hat in einem Teil von Deutschland schon einmal nicht funktioniert. So etwas sollten wir in Deutschland also nicht wieder einführen. Es muss mit dem Kurs des Aufschwungs weitergehen. Dafür steht die CDU. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Fuchs. – Bevor ich Herrn Dr. Jung das Wort erteile, möchte ich gern einen Hinweis zur Verfahrenslage geben. In der allgemeinen Aussprache liegen mir noch die Wortmeldungen von Frau Kristina Köhler, der Kollegin Ilse Falk, Frau Maria Böhmer und Herrn von Weichs vor. Nach der Wortmeldung von Herrn Dr. Jung würde ich gern die Rednerliste für die allgemeine Aussprache schließen. Wer sich noch zu Wort melden möchte, möge dies bitte jetzt tun. Wir wollen niemandem das Wort abschneiden, müssen aber etwas auf die Verfahrenstechnik achten. – Danke. Nun hat Herr Dr. Jung das Wort.

Dr. Franz-Josef Jung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin der Grundsatzkommission sehr dankbar, dass sich in unserem Programm auch ein Bekenntnis zur Sicherheit, zu Frieden und Freiheit und damit auch ein Bekenntnis zur Bundeswehr findet, die mit ihrem Einsatz und mit ihrer Leistungsfähigkeit Frieden und Freiheit in Deutschland und darüber hinaus garantiert.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch dies sagen: Die Bundeswehr ist derzeit in einem Umstrukturierungsprozess, im größten Umstrukturierungsprozess ihrer Geschichte. Sie ist von der reinen Landesverteidigungsarmee über die Armee der Einheit zu einer Armee im Einsatz für den Frieden geworden.

Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden, aber wir haben heute durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen oder durch Krisen- und Konfliktsituationen, die zu einem Staatsverfall führen können, eine besondere Bedrohungslage. Deshalb ist es, wie ich denke, auch im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger richtig, dass wir die Gefahr an der Quelle beseitigen, bevor sie in wesentlich größerer Dimension die Bundesrepublik Deutschland erreicht.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich finde, unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen hervorragenden Einsatz im Hinblick auf Stabilität und friedliche Entwicklung, sei es in Afghanistan, sei es auf dem Bal-

kan, sei es vor der Küste des Libanon oder sei es am Horn von Afrika. Sie riskieren damit auch für unsere Sicherheit Leib und Leben.

Ich finde, Sie haben deshalb unseren Dank und unsere Unterstützung verdient.

(Beifall)

Liebe Freunde! Wer sie dann wie Oskar Lafontaine in die Nähe von Terroristen und terroristischen Aktivitäten rückt, der hat jeden Anspruch auf politische Verantwortung in Deutschland verloren. Dies ist eine Beleidigung für unsere Soldatinnen und Soldaten. Dies ist mit Nachdruck zurückzuweisen.

(Beifall)

Meine Freunde! Wir sind in die NATO, unseren starken Anker, das gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskonzept Europas und das Konzept der Vereinten Nationen eingebunden. Was ich für ganz wichtig erachte – das haben wir in unserem Programm ganz deutlich formuliert, ist unsere im letzten Jahr beschlossene Position, die wir im Weißbuch festgelegt haben. Das ist übrigens das erste Mal seit 1994, dass eine Bundesregierung wieder ein Weißbuch verabschiedet hat.

(Vereinzelt Beifall)

Die Strategie der vernetzten Sicherheit ist wichtig; denn im Klartext bedeutet sie, Sicherheit und Entwicklung zusammenzuführen, das Vertrauen sowie die Herzen und Köpfe der Menschen zu gewinnen. Rein militärisch werden wir solche Operationen wie die in Afghanistan nicht erfolgreich bestreiten können. Wir brauchen Sicherheit, aber auch Entwicklung und Wiederaufbau. Nur mit dieser Strategie werden wir erfolgreich sein, und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern auch in anderen Regionen. Dass unsere Strategie nun gemeinsame Strategie der NATO geworden ist, halte ich für einen Erfolg. Es ist wichtig, dass wir das im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach vorne gebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Die Bundeswehr hat sich über 50 Jahre als Wehrpflichtarmee entwickelt. Sie ist die Armee in der Demokratie. Sie befindet sich meines Erachtens als Wehrpflichtarmee in einer strukturellen Entwicklung, die sie teilweise von anderen Armeen positiv unterscheidet. Deshalb halte ich es für richtig und notwendig, auch in Zukunft an der Wehrpflichtarmee festzuhalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, selbstverständlich wollen wir die Bundeswehr fortentwickeln. Selbstverständlich brauchen wir eine neue Konzeption. Wir haben in diesem Jahr begonnen, die zivil-militäri-

sche Zusammenarbeit auszubauen, wenn es um den Katastrophenschutz und den Schutz Deutschlands geht. Wir müssen die Dinge enger miteinander verzahnen. Aber dafür brauchen wir Reservisten und Wehrpflichtige. Deshalb ist es unter dem Aspekt der Wehrgerechtigkeit richtig, dass wir wieder 6500 Soldaten mehr einberufen. Damit werden diejenigen, die für die Bundeswehr geeignet sind, wieder zu 80 Prozent einberufen. Dies ist notwendig, um dem Kriterium der Wehrgerechtigkeit Rechnung zu tragen und die Wehrpflichtarmee auf Dauer zu sichern, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken vortragen. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass äußere und innere Sicherheit heute nicht mehr voneinander zu trennen sind. Früher waren Soldaten für die äußere Sicherheit und die Polizei für die innere Sicherheit zuständig. Wir stehen aufgrund der neuen Bedrohungslagen heute vor anderen Herausforderungen. Deshalb sage ich sehr klar: Niemand will vonseiten der Bundeswehr originäre Polizeiaufgaben übernehmen. Wenn Deutschland aber durch terroristische Angriffe – sei es aus der Luft oder sei es von See – herausgefordert wird und wenn die Fähigkeiten der Polizei nicht ausreichen, dann muss es möglich sein, die Fähigkeiten der Bundeswehr einzusetzen, um die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu schützen.

(Beifall)

In diesem Sinne wollen wir weiterhin unseren Beitrag für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für Frieden, Recht und Freiheit unseres Vaterlandes leisten. – Besten Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franz Josef Jung. – Als Nächste hat das Wort Kristina Köhler, dann Frau Falk.

Kristina Köhler: Lieber Ronald Pofalla! Liebe Parteifreunde! Eine Partei gibt sich nicht allzu oft ein neues Grundsatzprogramm. Daher ist der heutige Parteitag etwas Besonderes. Wenn ich das Programm lese, fällt mir als Erstes auf, dass es sich hervorragend lesen lässt. Es ist kompakt, auf den Punkt gebracht und sprachlich gelungen. Das ist bemerkenswert; denn ich selbst habe in der Grundsatzkommission mitbekommen, wie die einzelnen Arbeitsgruppen zu den einzelnen Themen Hunderte Seiten produziert haben. Dass es dem Team in der Bundesgeschäftsstelle um Ronald Pofalla und Dr. Klaus Schüler gelungen ist, daraus einen kompakten Entwurf zu machen, in dem dennoch nichts fehlt und in dem sich alle Arbeitsgruppen wiederfinden, ist wirklich bemerkenswert. Daher einen herzlichen Dank an das Team in der Bundesgeschäftsstelle.

(Beifall)

Ich finde, dieses Programm zeichnet durch eines aus: Es nimmt unsere unterschiedlichen Wurzeln auf. Es zeigt die ganze Breite unseres geistigen Fundaments. Wir streiten uns nicht mehr über die Vergangenheit, sondern wir prägen, auf diesem Fundament aufbauend, neue Begriffe, die deutlich machen, wie wir Politik gestalten wollen.

Ein Beispiel hierfür ist die Zuwanderungspolitik. Wir führen nicht mehr diesen ermüdenden Streit, ob wir nun ein Einwanderungsland sind oder nicht. Wir Christdemokraten stellen vielmehr klar, dass es darauf ankommt, dass wir ein Integrationsland sind. Das ist ein neuer Begriff. Das ist ein wirkmächtiger Begriff. In Zukunft werden wir in Deutschland die Debatte darüber führen, was darunter fällt. Wir Christdemokraten haben darauf eine Antwort gegeben. Für uns kommt es darauf an, dass jeder, der hier leben will, unsere Leitkultur achtet.

Viele sagen, in dem familienpolitischen Kapitel habe sich viel verändert. Ich bin der Auffassung, dass sich das Wesentliche nicht verändert hat. Familie ist die Basis unserer Gesellschaft. Die Ehe ist das Leitbild des Zusammenlebens von Mann und Frau. Wir wollen, dass möglichst viele Paare ihre Kinderwünsche erfüllen. Aber gerade weil wir das wollen und an diesen konservativen Zielen festhalten, brauchen wir neue Mittel, um sie zu erreichen. Es zeichnet uns Christdemokraten doch aus, dass wir an unseren konservativen Werten festhalten, dass wir aber immer wieder neue Antworten geben, wie wir diese Werte leben können.

Liebe Parteifreunde, ich wünsche uns eine interessante Debatte in diesem Geiste.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Köhler. – Ich schließe jetzt formal die Rednerliste für die allgemeine Aussprache. Ich gebe das Wort Frau Falk.

Ilse Falk: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteitagsdelegierte! Wir erleben in den nächsten Monaten eine spannende, lebendige und kontroverse Debatte über die Familienpolitik. Es ist logisch, dass sich das auch heute in den verschiedenen Reden niederschlägt. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, auch ein paar Takte dazu zu sagen; denn ich bin sicher, dass die Diskussion weitergehen wird, obwohl sich vieles aus der Diskussion im Grundsatzprogramm niedergeschlagen hat. Schließlich hat jeder Familie. Jeder kann über Familie kompetent reden. Die meisten möchten ihre Erfahrungen gerne an andere weitergeben, weil sie sagen: Ich habe gute Erfahrungen gemacht; das Glück sollen auch andere haben. Wenn sie aber bedauerlicherweise schlechte Erfahrungen gemacht haben, werden sie auch diese weitergeben wollen, immer in dem Glauben, ihre Erfahrungen seien übertragbar.

Bischof Treller hat uns heute Morgen in der Marktkirche den leichten Vorwurf gemacht, dass wir zwar ganz lange über Familie diskutieren, aber, wie er meinte, unter dem falschen Blickwinkel. Wir blendeten zu sehr das Kind aus. Er meinte, es sei sicherlich besser und wirkungsvoller gewesen, wenn wir in den letzten 30 Jahren das Kind in das Zentrum unserer Diskussion gestellt

hätten. Dann wären wir weiter. Recht hat er. Wir sollten viel mehr über das Kindeswohl sprechen. Aber das erspart uns nicht die Diskussion über gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen. Wir müssen über die veränderte Rolle von Männern und Frauen diskutieren. Frauen sind nun einmal gut ausgebildet. Das haben alle, Männer und Frauen, gewollt.

Frauen wollen ihren Beruf. Sie wollen zum Einkommen beitragen. Sie wollen gerne eigenes Einkommen haben, genau wie die Männer. Frauen und Männer wollen aber auch Mütter und Väter werden, wollen Eltern werden. Sie wollen Kinder haben. Es gibt unterschiedliche Gewichtungen: von ganz für die Kinder da sein – das ist die eine Seite – bis zur Erwerbstätigkeit beider – das ist die andere Seite. Dazwischen sind viele Variationen denkbar. Mütter und Väter wollen für ihre Kinder das Beste.

Wir Politiker müssen Rahmenbedingungen schaffen, die genauso vielfältig sind wie die Lebensentwürfe. Die Rahmenbedingungen sollen dazu beitragen, dass Erziehung gelingt und Familie wirklich lebbar ist. Im Mittelpunkt der Unionspolitik stand bisher in erster Linie die Familie, in der die Mutter zu Hause blieb. Für sie haben wir in den vergangenen Jahren viele Fortschritte erzielt und viele politische Grundsatzentscheidungen getroffen. Jetzt geht es um die Väter und Mütter, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen. An sie wenden sich das Elterngeld und der Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen. Es ist logisch, dass in unserer Medienwelt der Schlagzeilen und Kurzmeldungen andere Aussagen schnell verdrängt werden. Ich möchte an uns alle appellieren, nicht so sehr zur Polarisierung beizutragen, sondern endlich mehr Gelassenheit in die Debatte zu bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt nun einmal keine Garantie für das Gelingen einer Familie. Das Gelingen lässt sich nun einmal nicht aus der gewählten Aufgabenteilung ableiten. Auf die Qualität und den Inhalt kommt es an. Lasst uns doch einfach über das reden, was für das Aufwachsen der Kinder wichtig ist: Kinder brauchen Liebe und Geborgenheit, sie brauchen emotionale Sicherheit, Vorbilder und Werte. Dafür brauchen sie ihre Eltern. Das kann den Eltern niemand abnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Dass feste Bezugspersonen als Ergänzung gut sind, steht ganz außer Frage. Kinder brauchen andere Kinder. Diese anderen Kinder können sie zu Hause haben, sie können sie aber auch in der Kita haben. Kinder brauchen Bildung. Aber auch für Bildung wird, nach meinem Verständnis, die Grundlage zu Hause gelegt.

(Vereinzelt Beifall)

Andere können darauf aufbauen. Wo dies nicht geschieht, können qualitativ gute Kinderbetreuungseinrichtungen wesentlich zur frühkindlichen Bildung beitragen. Kinder brauchen El-

tern, die Zeit für sie haben. Das heißt aber auch, dass sich Arbeitgeber in der Verantwortung sehen müssen, Eltern zu helfen, indem sie familiengerechte Arbeitszeiten anbieten. Die Kinder brauchen Eltern mit Erziehungs- und Alltagskompetenz. Wir müssen ihnen Bildungsangebote unterbreiten und entsprechende Orte nennen.

Eltern brauchen die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Lebensentwürfen. Sie müssen wissen, dass es akzeptiert wird, wenn sie Aufgaben delegieren. Eltern brauchen Dienstleistungserbringer. Eltern brauchen deswegen die Möglichkeit, dass der Haushalt als Arbeitgeber anerkannt wird. Wir sind einen Schritt in diese Richtung gegangen. Ich hoffe, wir werden weitere Schritte tun. Eltern brauchen aber auch finanzielle Unterstützung; denn Kinder kosten nun einmal Geld. Kinder garantieren die Fortdauer des Generationenvertrages.

Deshalb müssen wir im Dschungel der Familienleistungen mehr Transparenz schaffen und dafür sorgen, dass sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert wird als auch die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern finanziell besser anerkannt wird. Nehmen wir uns Zeit – geben Sie uns die Zeit dafür –, um eine kluge Antwort auf diese Herausforderungen zu geben.

Liebe Freunde, ich habe es sehr genossen, Zeit für unsere vier Kinder zu haben. Ich möchte diese Zeit nicht missen. Wir hatten eine klare Aufgabenteilung. Ich habe mich als Herrin des Hauses um das Familienmanagement gekümmert. Mein Mann hat als Hausherr das Unternehmen gemanagt. Andere entscheiden sich in den Bereichen Zuhause und Erwerb für eine andere Aufgabenteilung. Stärken wir die Freiheit der Entscheidung. Reden wir viel mehr darüber, wie vielen es gelingt, ihren Kindern alles für Leib und Seele Notwendige mit auf den Lebensweg zu geben. Helfen wir denen, die der Unterstützung bedürfen. Diskutieren wir endlich nicht mehr über Kinder als Zerreißprobe, sondern ermutigen wir Mütter und Väter. Wir sollten ihnen sagen: Es ist großartig, dass ihr euch für Kinder entschieden habt. Wir freuen uns über die Fröhlichkeit, die Kreativität und die Neugier der Kinder. Wir ertragen sie auch, wenn sie uns den letzten Nerv rauben; denn sie sind unsere Zukunft und machen uns glücklich. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Frau Falk. – Die nächste Wortmeldung stammt von Maria Böhmer, die ich jetzt aufrufe. Anschließend Herr von Weichs.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Lieber Ronald Pofalla! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mit diesem Grundsatzprogramm schlagen wir ein neues Kapitel auf. Es ist überschrieben mit „Integrationsland Deutschland“. Wir stellen uns erstmals der Situation, dass wir in unserem Land 15 Millionen Menschen haben, die zugewandert sind.

Wer vor einigen Wochen die Einschulung der Kinder beobachtet hat, der konnte sehen, dass in den Grundschulklassen einiger Stadtteile nicht nur 60 oder 70 Prozent der Kinder aus Zuwande-

rerfamilien stammen, sondern einzelne Klassen zu 90 Prozent aus Kindern aus Zuwandererfamilien bestehen. Wenn wir uns umschauen, können wir sagen: Viele haben sich gut integriert. Wir müssen aber leider auch feststellen, dass die Integrationsprobleme in den vergangenen Jahren zugenommen haben. An dieser Stelle sage ich in aller Deutlichkeit: Multikulti ist gescheitert.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns heute darum kümmern, dass das, was angerichtet worden ist, zurechtgerückt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb haben wir in der Integrationspolitik umgesteuert. Wir haben klare Vorstellungen entwickelt. Im Grundsatzprogramm haben wir ein Leitbild niedergelegt. Wir sagen ganz deutlich: Für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist entscheidend, dass wir Werte teilen: die Werte, die in unserem Grundgesetz niedergelegt sind. Darauf bauen wir auf.

Ich sehe mit großer Sorge, dass wir, wenn es um die zweite und dritte Generation geht, noch vieles tun müssen. Die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie liegen uns vor. Hier zeigt sich, dass die Schule und das Bildungsniveau in Deutschland besser geworden sind. Migrantenkinder partizipieren daran aber nicht. Wenn wir daran denken, dass 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer noch ohne berufliche Qualifizierung sind, muss uns das umtreiben. Wir können uns in unserem Land, das ein Hightechland, ein Wissensland ist, eine verlorene Generation nicht leisten.

Wir haben immer wieder feststellen müssen, dass die mangelnde Bildung, das Scheitern, wenn es um Schulabschlüsse geht und das Nichtabsolvieren einer Ausbildung auch damit zusammenhängen, dass viele die deutsche Sprache nicht beherrschen. Die Bundeskanzlerin hat heute Morgen in ihrer Rede sehr deutlich gemacht, dass wir alles daransetzen müssen, dass Kinder, wenn sie in die Grundschule kommen, die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können. Das ist unser Ziel. Das haben wir hier niedergelegt.

Wir müssen aber noch ein Zweites leisten – das will ich deutlich sagen –: Wir müssen die Sprachlosigkeit der Mütter überwinden; denn auch im Zusammenhang mit dem Thema Integration müssen wir berücksichtigen, dass Erziehung und Bildung im Elternhaus beginnen. Kindergarten und Schule können nachher nur das eine oder andere richten. Die Grundlagen aber werden in der Familie gelegt. Deshalb müssen wir die Eltern stärken.

Wir haben einen Paradigmenwechsel vollzogen; das ist in unserer aktuellen Politik deutlich geworden. Wir wollen nicht nur denjenigen, die in unserem Land sind – Kindern, Jugendlichen, Müttern und Vätern –, die deutsche Sprache vermitteln, sondern bereits im Herkunftsland die deutsche Sprache vermitteln. Denjenigen, die im Rahmen des Ehegattennachzugs nach Deutschland kommen wollen, wollen wir Anfangskenntnisse vermitteln.

Ich war vor 14 Tagen in der Türkei. Dort war ich heftiger Kritik ausgesetzt. Es wurde gesagt, diese Form des Spracherwerbs stelle eine Menschenrechtsverletzung dar.

Spracherwerb und Bildung, das sind keine Menschenrechtsverletzungen, sondern das vermittelt Menschen, die zu uns kommen, bessere Startchancen. Deshalb dürfen wir an dieser Stelle nicht lockerlassen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen auch: An der Frage der Gleichberechtigung der Frau wird sich die Integrationsfrage entscheiden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir im Grundsatzprogramm deutlich machen: Gelebte Gleichberechtigung ist von entscheidender Bedeutung für die Integration. Es kann nicht sein, dass Frauen hier ausgeschlossen leben, dass sie unmündig bleiben; sie müssen teilhaben können. Dafür wollen wir alle Anstrengungen unternehmen, die uns zur Verfügung stehen. Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir Zwangsverheiratungen in unserem Land nicht dulden wollen. Wir wollen dafür eintreten, die Frauen zu stärken.

Ich glaube, dass wir es in den vergangenen zwei Jahren geschafft haben, in der Integrationspolitik umzusteuern. Mit dem Integrationsgipfel, dem Nationalen Integrationsplan und der Deutschen Islam-Konferenz haben wir die Meinungsführerschaft übernommen. Wir dürfen an dieser Stelle nicht lockerlassen: Fördern und Fordern, das gehört zusammen. Werteorientierung, Vermittlung der deutschen Sprache und Bildung sind Schlüssel für die Integration. Es sind aber auf beiden Seiten Anstrengungen erforderlich. Deshalb haben wir die Migrantinnen und Migranten beim Nationalen Integrationsplan mit ins Boot geholt. Wir reden nicht länger über sie, sondern mit ihnen. Dies ist ein Grundprinzip unserer Integrationspolitik.

Ich möchte mit Ihnen gemeinsam alles daransetzen, dass wir dieses Thema vor Ort mit Leben erfüllen; denn Integration entscheidet sich vor Ort, in unseren Kommunen. Dieses Grundsatzprogramm soll uns Orientierung geben für ein gutes, für ein friedvolles Zusammenleben, damit die Menschen, die zu uns gekommen sind, die Chancen nutzen können, die unser Land bietet, und damit wir gemeinsam mit ihnen einen Gewinn haben für die Zukunft unseres Landes und für die Entwicklung Deutschlands. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Böhmer. – Als letzte Wortmeldung im Rahmen der allgemeinen Aussprache zum Grundsatzprogramm rufe ich jetzt Herrn von Weichs auf.

Georg von Weichs: Herr Präsident! Liebe Delegierte! Mein Name ist Georg von Weichs. Ich komme aus dem Hochsauerlandkreis; ich denke, das sagt Ihnen etwas.

Mein Thema ist die Familie. Ich bin von Beruf Land- und Forstwirt und lebe berufsbedingt das Prinzip der Nachhaltigkeit und somit auch des Generationenvertrages. Ich habe die Freude und

auch das Vertrauen gehabt, schon 1976 hier in Niedersachsen – damals war Herr Hasselmann ein großer Orientierungspunkt für mich – am Grundsatzprogramm mitarbeiten zu dürfen, das 1978 in Ludwigshafen verabschiedet wurde. 1994 haben wir ebenfalls einen großen Wurf gemacht. In der Zwischenzeit ist historisch unglaublich viel geschehen in dieser Gesellschaft. Letztlich ist durch das Geschehen in der Gesellschaft immer jeder einzelne von uns in der Gesellschaft betroffen, die Starken und die Schwachen.

Wir haben bei der Diskussion im Vorfeld der Verabschiedung dieses Grundsatzprogramms feststellen dürfen, wer, wo aus welchem Grund irgendwelche Schwerpunkte in der sogenannten Familienförderung gesetzt hat. Manchmal habe ich das Gefühl, dass viele, die sich im Rahmen der Anträge beteiligt haben, glauben, nun die Gelegenheit zu haben, auf ihre individuelle Wichtigkeit hinzuweisen, nach dem Motto: Ich bin ein bedeutender Typ. Wenn wir uns von solchen Ideen leiten lassen, liebe Freundinnen und Freunde, dann bekommen wir kein großes Werk hin, dann bleiben wir in einem sehr streitigen Dialog.

Die Ideen, die wir heute zusammengetragen haben, heute und morgen zu beschließen als Ausrichtung, als Leitplanke für die Menschen in unserem Land, damit sie etwas haben, das sie über den nächsten Wahltag hinaus nutzen können, um sich daran zu orientieren, um ihre Lebenspläne verlässlich entwickeln zu können, um zu wissen, welches ihre Rechte und Pflichten sind, das ist unsere Aufgabe.

Wir müssen den Mut haben, uns klar zu bekennen. Ich habe versucht, aus den Vorgaben, die wir auf ziemlich viel Papier nach Hause geschickt bekommen haben, für mich den roten Faden zu finden. Die Vorgaben sind im Wesentlichen gekennzeichnet durch das Merkmal der Ökonomisierung der Menschen, und zwar vom Säuglingsalter an: Welche wirtschaftliche Bedeutung hat dieser zukünftige Mensch für die Gesellschaft? Liebe Freundinnen und Freunde, für den Fall, dass Sie den Verdacht haben, dass ich mich irren könnte, dann sagen Sie es bitte, aber sagen Sie es deutlich. Für den Fall aber, dass Sie mir Recht geben sollten in der Annahme, dass ich dies richtig gesehen habe, so sagen Sie auch das deutlich. Wir geben nicht nur den jungen Menschen, sondern der älteren Generation heute etwas an die Hand, woran wir Zukunft ausrichten.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie den alten Platon einmal in früherer Zeit gelesen haben, so wissen Sie, dass er einen Dialog zwischen Sokrates und Kriton zuließ. Worüber haben sich die beiden unterhalten? Sie haben sich über genau die Dinge unterhalten, die wir heute als besonders modern beschreiben: Was kennzeichnet einen Staat? Was hat die Politik notwendigerweise für Aufgaben? Wo hat sich die Politik herauszuhalten? Wie weit darf sich die Politik in die Feinheiten der Verästelungen einmischen? Wo hat die Familie einen Anspruch darauf, zu sagen: „Stopp, hier nicht weiter“?

(Vereinzelt Beifall)

Was wir aus den Entwürfen ablesen können – Frau Dr. von der Leyen kommt gerade; ich freue mich darüber –, ist ein Entweder-Oder: Folgst du mir, bist du ein Braver, dann bist du auch gut dotiert und dann bekommst du auch die Knete, die du brauchst, um dein Kind ernähren und deinen Beruf ausüben zu können. Verlass dich auf uns! Der Staat ist immer bei dir. – Das ist gegen die Lebensentwürfe, die eben interessanterweise von Frau Köhler und Frau Falk dem staunenden Publikum dargebracht worden sind. Das ist die Maßgabe, wo wir sagen: Hier müssen wir uns sehr vernünftig verhalten, ohne Schaden zuzufügen. Es ist ja unsere politische Aufgabe, die Situation der Menschen zu verbessern und ihnen keinen Schaden zuzufügen.

Diejenigen, die ein Leckerli bekommen, machen irgendetwas. Die anderen aber, die sich einen anderen Lebensentwurf erlauben, bekommen dies nicht; da zieht sich der Staat zurück. Sie sagen: Du bist ja nicht brav, also bekommst Du auch nichts oder jedenfalls nicht so viel wie die anderen, die uns brav folgen.

Das ist nicht Staatsaufgabe; hier hat sich der Staat zurückzuziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was Frau Köhler eben gesagt hat, gefällt mir deswegen so gut, weil sie eine Vertreterin der jüngeren Generation ist. Das macht mir Mut. Wenn das noch von Frau Falk als Vertreterin einer etwas älteren Generation bestätigt wird – sie ist ja zwölf Jahre älter als Frau Köhler –, dann macht mir das auch Mut, auch deswegen, weil ich weiß, dass Frau Köhler und Frau Falk noch lange mit dabei sind.

Dann müssen wir dem Menschen aber auch sagen: Hör mal zu, hier hast du Rechte, und hier hast du Pflichten. Dann gibt es diese vielen Ungeschützten, und deswegen dürfen wir es uns nicht erlauben, dass wir den Begriff der Integration nur an Menschen mit Migrationshintergrund festmachen. Integration bedeutet auch: Wir müssen die sozial schwachen Menschen erreichen, die an den Rändern leben, wo wir noch nicht einmal den Mut haben, in diese dunklen Ecken unserer Städte und unter die Brücken zu gucken. Diese Menschen zu erreichen, das ist die politische Aufgabe. Wer das macht, der hat den Mut, und wenn wir das machen, dann haben wir das Vertrauen.

Bei diesem permanenten Bemühen ertragen wir natürlich Schmerz, aber das ist Ausdruck von Dienen. Und was ist die Aufgabe von Politik? Unsere Aufgabe ist es, zu dienen. Wenn wir das alles auf der Basis eines bestmöglichen Kompromisses, der individuell abgefedert ist, hinkriegen, dann werden diese Tage gut, dann wird die Zukunft gut, und dann sind wir die Mitte, vorher nicht. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist die allgemeine Aussprache abgeschlossen, und wir kommen zur Beratung des Grundsatzprogramms in seinen einzelnen Thesen.

Sie finden den Antrag und die Änderungsanträge sowie die Empfehlungen der Antragskommission in der Sammlung der Anträge in den Bänden I und II auf den Seiten 2 bis 730. Es gibt etwa 2.700 Änderungsanträge zu den über 300 Ziffern des Grundsatzprogramms, was uns gemeinschaftlich vor eine Herausforderung stellt. Würden wir nur für jede der Ziffern eine Minute brauchen, wäre der Niedersachsenabend ernsthaft gefährdet. Die Frage ist also: Wie planen wir das so, dass wir gemeinsam genug Zeit haben, über die wichtigen Punkte zu diskutieren, dass wir aber nicht über alles wieder diskutieren, was im Vorfeld in viel mühevoller Arbeit in Konsens gebracht worden ist?

Wir werden es so machen, dass wir die einzelnen Ziffern – manchmal, wenn es keine Änderungsanträge oder Wortmeldungen gibt, auch Zifferngruppen – aufrufen, um dann, wenn es gewünscht wird, Wortmeldungen zuzulassen. Zum Schluss der jeweiligen Aussprache hat die Antragskommission in jedem Fall, wenn sie es wünscht, noch einmal das Wort. Denn wir werden dann regelmäßig über die Empfehlungen der Antragskommission in der Gesamtheit der jeweiligen Ziffern abstimmen. Wenn sie eine Mehrheit bekommt, ist alles erledigt; wenn sie keine Mehrheit erhält, beginnt ein ziemlich aufgeregtes Abstimmen.

Wir haben Initiativanträge, die zu einzelnen Ziffern gestellt worden sind. Wir werden uns bemühen, sie rechtzeitig mit zu berücksichtigen. Ich bitte allerdings die Antragsteller, auch ein bisschen danach zu schauen, dass wir diese Anträge jeweils mit hinein nehmen.

Ich unterstelle, dass das Verfahren – wir haben es lange genug geübt – so abläuft, dass dagegen also kein Widerspruch erhoben wird.

Dann würde ich gern noch eine Verabredung mit Ihnen treffen. Natürlich wollen wir am Anfang einer solchen Debatte nicht über Redezeiten diskutieren, aber ich glaube, es ist nicht unfair, wenn ich den Vorschlag mache, dass sich das Tagungspräsidium erlaubt, bei jedem Wortbeitrag nach drei Minuten durch einen leichten Gongschlag darauf hinzuweisen, dass drei Minuten vorbei sind.

(Beifall)

Das ist dann kein Ende der Redezeit, aber sozusagen ein Stück der gegenseitigen rücksichtsvollen Selbstbeschränkung, die es ermöglichen könnte, dass alle, die etwas Wichtiges zu einzelnen Punkten zu sagen haben, rechtzeitig und ausreichend zu Wort kommen.

Damit kommen wir zur Beratung über die Präambel des Grundsatzprogramms. Dazu gehören die Anträge, die Sie auf den Seiten 2 bis 12 des Antragspaketes finden. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. – Dem wird nicht widersprochen. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 2 bis 4 der Antragsbroschüre in der Zusammenfassung des neuen Textes.

Ab jetzt brauchen wir häufig die Stimmkarten. Deshalb die erste Übung: Ich darf diejenigen, die den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen wollen, um das Zeichen mit ihrer Stimmkarte bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 1 des Grundsatzprogramms. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 12 und 13. Wortmeldungen liegen mir ebenfalls nicht vor. Es widerspricht auch niemand. Dann stelle ich die Empfehlungen der Antragskommission, wie sie auf Seite 12 zu lesen sind, zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Es ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 3 des Grundsatzprogramms. Das sind die Seiten 18 bis 21. Auch dazu habe ich keine Wortmeldung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission, wie sie auf Seite 18 der Antragsbroschüre zu finden sind, zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es ist so beschlossen.

Keine Angst, das geht nicht lange so weiter, aber wir kommen erst einmal ein Stück voran. Jetzt Ziffer 4 des Grundsatzprogramms, Seiten 21 bis 23. Auch dazu habe ich keine Wortmeldungen. Wer dem in der Fassung der Antragskommission, wie wir sie auf Seite 21 haben, zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Vielen Dank, es ist so beschlossen.

Die ersten zusammenhängenden Lockerungsübungen haben wir gemacht, und deshalb beginnen wir jetzt, wenn wir zur Ziffer 5 kommen, eine Debatte. Zu dieser Ziffer 5 gehören die Anträge, die Sie auf den Seiten 23 bis 26 finden. Dazu hat sich, wenn ich es richtig sehe, Stefanie Vogelsang aus dem Landesverband Berlin gemeldet. Frau Vogelsang spricht zu dem Antrag A 86/A 88. Bitte schön.

Stefanie Vogelsang: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Parteifreunde, ich möchte den Antrag A 86/A 88 noch einmal Ihrer besonderen Prüfung anempfehlen.

Wir haben für die Formulierung zum christlichen Menschenbild den Vorschlag des Bundesvorstandes in folgender Fassung vorliegen:

Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer.

Wenn wir so viele unterschiedliche Lebensformen und Lebenssituationen aufzählen – wofür ich bin –, möchte ich Sie herzlich darum bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht richtigerweise auch die sexuelle Ausrichtung in diesen Katalog mit aufnehmen.

Ich komme aus Berlin, ich komme aus Neukölln, vielleicht bekannt und berühmt durch die Rütli-Schule. Wir haben große Stadtteile, in denen „Parallelgesellschaft“ kein Fremdwort ist, in denen wir Schulen und Schüler mit 98 Prozent Migrationshintergrund haben. Gerade in diesen bildungsfernen Schichten ist es für uns besonders schwierig, die Gleichberechtigung von Mann und

Frau, die Religionsfreiheit und auch die Würde von homosexuellen Menschen als unsere Kultur, als unsere Werte zu verteidigen. Ich finde, dass es uns sehr, sehr gut ansteht, dann, wenn wir im Rahmen der Akzeptanz der Leitkultur zeigen, dass derjenige, der hier integriert werden will, sich an unsere Werte halten muss, bei der Aufzählung auch diesen Bestandteil mit hinein zu nehmen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Da ich im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen sehe, bitte ich Thomas Rachel für die Antragskommission um Stellungnahme.

Thomas Rachel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Konkret ist also vorgeschlagen worden, in die Aufzählung in Ziffer 5 den Begriff „sexuelle Ausrichtung“ mit aufzunehmen. Die sexuelle Ausrichtung schien der Antragskommission nicht zwingend in diese Reihe hineinzugehören, zumal auch in unserer Aufzählung der Begriff „Geschlecht“ bereits enthalten ist.

Natürlich ist die sexuelle Ausrichtung nur im Geschlechtszusammenhang zu sehen. Wir haben formuliert:

„Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen.“

Dies ist eine gute und stringente Formulierung, die die Antragskommission Ihnen empfiehlt.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. – Die Rednerliste ist nicht geschlossen. Friedbert Pflüger hat das Wort.

Dr. Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Wir wollen die Debatte nicht verlängern, aber ich finde, dass die Argumentation von Herrn Rachel nicht schlüssig ist.

(Teilweise Beifall)

In dem Antrag werden sämtliche Formen von möglicher Diskriminierung aufgezählt. Wenn man sämtliche Formen der Diskriminierung einbringt und wir als Christliche Demokraten zu Recht der Meinung sind – unabhängig davon, ob wir etwas gut oder schlecht finden –, dass jeder Mensch in seiner unterschiedlichen Art und Weise angenommen werden muss, dann gehört, finde ich, in diese Aufzählung auch die sexuelle Orientierung von Menschen. Es gibt sehr viele, die sich diskriminiert fühlen. Wir setzen uns damit nicht für Adoptionsrechte und ähnliches ein,

sondern wir meinen nur, dass auch homosexuelle Menschen nicht diskriminiert werden sollen. Das gehört hier hinein. Ich bitte Sie deshalb ausdrücklich, dem Vorschlag des Kreisverbandes Neukölln und des Landesverbandes Berlin zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen? – Übertreibt es nicht, aber gut: Bernhard Vogel noch für den Bundesvorstand. Dann würde ich aber gerne die Rednerliste schließen. Ich glaube, bei diesem Thema weiß jeder, wo das Problem ist.

Prof. Dr. Bernhard Vogel, Bundesvorstand: Ich will die Diskussion nicht verlängern. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir in der Vorbereitung lange über diese Frage diskutiert haben und dass homosexuelle Menschen selbstverständlich nicht diskriminiert werden sollen, dass dies hier aber nicht unter der Überschrift „Das christliche Menschenbild“ ausgesagt wird, sondern dass Sie das unter der Ziffer 80 finden, wo es ausdrücklich und erstmalig heißt:

„Dies“ – also Diskriminierung – „gilt nicht nur für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.“

Ich glaube, der Wunsch der Berliner wird durch diesen Satz eindeutig ausgedrückt. Aber wir waren in der Kommission der Meinung, das gehöre zur Ziffer 80 und nicht unter die Überschrift „Das christliche Menschenbild“, wo nur von der Unterschiedlichkeit der Geschlechter die Rede ist. Das bitte ich zu berücksichtigen.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Ich lasse jetzt über die Ziffer 5, das heißt – wie bei den übrigen auch – über die Anträge in der Fassung des Vorschlags der Antragskommission, wie Sie ihn auf der Seite 23 sehen, abstimmen. Würde das keine Mehrheit bekommen, dann würde ich Ihnen vorschlagen, wie wir weiter verfahren. Aber das ist zunächst einmal die weitergehende Empfehlung nach unserem Verfahren. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich jetzt um sein deutliches Kartenzeichen. – Wer stimmt der Antragsempfehlung nicht zu? – Das ist sichtbar eine Minderheit. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt und die Beratung über die Ziffer 5 abgeschlossen.

Ich rufe die Ziffer 6 auf. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 26 und 27. Dazu habe ich keine Wortmeldung. Dann frage ich, wer der Empfehlung der Antragskommission auf Seite 26 zustimmt. Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu der Ziffer 7. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 27 und 29. Hierzu habe ich eine Wortmeldung der Frau Landtagsabgeordneten Razavi zu dem Antrag 105.

Nicole Y. Razavi: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir halten die Formulierung unter Ziffer 7 für nicht schlüssig. Denn es ist nicht die Einsicht, dass wir uns irren können, die uns Grenzen setzt und uns vor Ideologien und Fanatismus bewahrt, sondern wir meinen, es ist das christliche Menschenbild als Fundament unserer Politik, das für uns Maßstäbe setzt. Ich denke, das muss deutlicher herausgearbeitet werden, und wäre dankbar für eine entsprechende Änderung.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die Antragskommission dazu, bitte. Ich bitte übrigens den Vertreter der Antragskommission, anschließend vorne sitzen zu bleiben.

Thomas Rachel, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Der Kreisverband Göppingen fordert in seinem Antrag letztlich – so heißt es am Schluss –:

„Die Politik bedarf der Bereitschaft, aufeinander zu hören, miteinander zu arbeiten und immer wieder zur Versöhnung bereit zu sein, also eine neue Ethik.“

Genau dies ist der Punkt, warum die Antragskommission diesem Änderungsantrag nicht hat zustimmen können. Wir brauchen keine neue Ethik, sondern wir sind letztlich aufgefordert, die Begrenzung des politischen Gestaltungsanspruchs anzuerkennen. Darum geht es. Das haben wir in dem Antrag zum Ausdruck gebracht, indem wir grundsätzlich sagen:

„Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt.“ – Herzlichen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön, Thomas Rachel. – Wir stimmen jetzt über die Ziffer 7 ab. Wer dem Vorschlag der Antragskommission, wie er auf Seite 27 der Antragsbroschüre vorgelegt wurde, zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist das so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 8 des Grundsatzprogramms auf. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 29 bis 31. Uns liegen zu dieser Ziffer keine Wortmeldungen vor. Ist das der Fall? – Jawohl. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission auf Seite 29 abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur Ziffer 9 des Grundsatzprogramms. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf der Seite 31. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Das Votum der Antragskommission ist ebenfalls auf Seite 31 zu finden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Ziffer 10. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 32 bis 34. Auf Seite 32 findet sich die Empfehlung der Antragskommission. Uns liegen zu diesem Punkt keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 11 auf. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 34 bis 39 und die Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 34 und 35. Uns liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 12 des Grundsatzprogramms. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 39 und 40. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission hat ihr Votum auf Seite 39 abgedruckt. Wer der Antragskommission in ihrem Votum zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch das so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 13 des Grundsatzprogramms. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 40 bis 44, das Votum der Antragskommission auf Seite 40. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Wir kommen nun zur Beratung der Ziffer 14 des Grundsatzprogramms. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 44 und 45.

Das Votum der Antragskommission finden Sie auf Seite 44. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so angenommen.

Ich rufe Ziffer 15 auf. Dazu gehören die Seiten 45 und 46. Hier findet sich ein Druckfehler. In Ihren Antragsunterlagen zur Ziffer 15 lautet die Empfehlung der Antragskommission tatsächlich: Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 178 anzunehmen und die Anträge A 179 bis A 181 abzulehnen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Ich bitte diejenigen um ein Stimmzeichen, die dem Votum der Antragskommission zustimmen wollen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch die Ziffer 15 in der Fassung der Antragskommission so beschlossen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 16 des Grundsatzprogramms. Die Anträge dazu finden Sie auf den Seiten 46 bis 48. Die Empfehlung der Antragskommission zu diesem Komplex finden Sie auf Seite 46. Wortmeldungen liegen uns zu dieser Ziffer nicht vor. Wer der Ziffer 16 in der Version der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Ziffer 16 bei einigen Enthaltungen so angenommen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 17 des Grundsatzprogramms. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 48 und 49. Das Votum der Antragskommission finden Sie auf Seite 48. Auch hierzu gibt es keinen Wortmeldewunsch. Wer würde gern dem Votum der Antragskommission zustimmen? Diejenigen bitte ich um ihr Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch die Ziffer 17 beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 18 auf den Seiten 49 und 50. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Die Antragskommission hat ihr Votum auf Seite 49 niedergelegt. Wer dem Votum der Antragskommission zur Ziffer 18 folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 19 auf Seite 50 zur Beratung auf. Ebenfalls auf Seite 50 befindet sich das Votum der Antragskommission. Es liegt kein Wortmeldewunsch vor. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 19 beschlossen.

Die Ziffer 20 befindet sich auf den Seiten 50 und 51. Das Votum der Antragskommission befindet sich auf Seite 50. Hierzu haben wir keine Wortmeldungen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Angenommen.

Die Ziffer 21 befindet sich auf Seite 51 und 52. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie ebenfalls auf diesen beiden Seiten. Wortmeldewünsche liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Angenommen.

Ziffer 22 befindet sich auf Seite 52 bis 54. Dazu liegt ebenfalls kein Wortmeldewunsch vor. Auf Seite 52 finden Sie das Votum der Antragskommission. Wer dem seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 23 des Grundsatzprogramms auf den Seiten 54 bis 56. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 54. Dazu gibt es keinen Wortmeldewunsch. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Angenommen.

Die letzte Beratung ohne Wortmeldewunsch ist zu Ziffer 24. Das sind die Seiten 56 bis 58. Das Votum der Antragskommission finden Sie auf Seite 56. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 24 ist angenommen.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 25. Die Anträge dazu finden Sie auf den Seiten 58 bis 60. Zur kompletten Ziffer 25 wird das Wort von Mattias Kutsch aus Baden-Württemberg, dem Bundesvorsitzenden des RCDS, gewünscht.

Mattias Kutsch: Liebe Freundinnen und Freunde! Hier geht es um den Punkt Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist, wie wir wissen, ein Geben und Nehmen. Deshalb heißt es auch zu Recht: Gerechtigkeit fordert, Belastungen gerecht zu verteilen. Deshalb ist es gerecht, dass die Stärkeren einen größeren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten als die Schwächeren.

Der RCDS plädiert dafür, noch einen Satz hinzuzufügen, um die Verhältnismäßigkeit zu wahren: Natürlich müssen die Stärkeren einen starken Beitrag, auch für die Schwächeren, leisten, aber – jetzt kommt der Satz, den wir gern eingefügt hätten –: Die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die schon heute eine große Last tragen, dürfen jedoch nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Es ist ganz entscheidend, dass wir hier noch einmal klarmachen, dass wir auch die Leistungsträger in unserem Land genau im Blick haben. Deshalb plädiere ich eindringlich, diesen Antrag anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir danken dem Bundesvorsitzenden des RCDS für seine engagierte Arbeit an den Hochschulen. Das war zu unserer freudigen Überraschung eine Unterstützung unseres Anliegens. Die Antragskommission hat ihr Votum auf den Seiten 58 und 59 gefasst. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei etwa zwölf Gegenstimmen und vier Enthaltungen ist das angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 26 auf. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 60 und 61. Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Auf diesen beiden Seiten steht auch das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei vereinzelt Enthaltungen ist das so angenommen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 27 des Grundsatzprogramms. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 61 bis 63. Das Votum der Antragskommission befindet sich auf Seite 61. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur Beratung der Ziffer 28 des Grundsatzprogramms. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 64, 65 und 66, das Votum der Antragskommission auf Seite 64. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe die Ziffer 29 auf. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 66 bis 75, das Votum der Antragskommission auf den Seiten 66 und 67. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Ziffer 29 angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 30 auf den Seiten 75 bis 77. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 75. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 31 auf den Seiten 77, 78 und 79. Das Votum der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 77 und 78. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das so angenommen.

Ziffer 32 des Grundsatzprogramms auf Seite 79 bis 84. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 79. Es gibt keine Wortmeldung. Ich bitte diejenigen um ihr Stimmzeichen, die dem Votum der Antragskommission folgen wollen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist das so angenommen.

Wir kommen nun zur Ziffer 33. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 84 bis 89. Hierzu gibt es zwei Wortmeldungen, von Klaus Riegert aus Baden-Württemberg zum Antrag A 344 und von Michael Schreiber ebenfalls aus Baden-Württemberg zum Antrag A 346. – Klaus Riegert, bitte.

Klaus Riegert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir halten die Ziffer für gut formuliert. Sie endet ja mit „verantwortlich zu gestalten“. Wir sind der Ansicht, dass der Satz „Wir lehnen jegliche Diktatur ab“ noch darunter gehört, um deutlich zu machen: Wir hatten eine kommunistische Diktatur und auch früher schon Diktaturen, zum Beispiel in der Kaiserzeit. Deshalb gehört der Satz „Wir lehnen jegliche Diktatur ab“ ans Ende dieser Ziffer.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt Herr Kollege Michael Schreiber, bitte.

Michael Schreiber: Vielen Dank für das Wort. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag A 346. Es geht darum, zu ergänzen, dass nicht nur an die Gräueltaten des Nationalsozialismus erinnert werden soll, sondern auch an die Schrecken des SED-Regimes. Wenn ich mich an die Worte der Kanzlerin heute Morgen und an die Worte von Herrn Pflüger im Zusammenhang mit dem Thema demokratischer Sozialismus erinnere, glaube ich, dass es uns sehr gut zu Gesicht stünde, wenn wir in das Grundsatzprogramm auch die Erinnerung an die SED-Schrecken mit aufnehmen. Diese fünf Wörter zu ergänzen, tut uns nicht weh. Es wertet un-

ser Programm auf. Deswegen bitte ich, wenn die Antragskommission sich nicht besinnt, erst gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen, damit wir dann Antrag A 346 annehmen können. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Wer möchte für die Antragskommission dazu sprechen? – Bernhard Vogel, bitte.

Prof. Dr. Bernhard Vogel, Bundesvorstand: Es besteht überhaupt keine Frage – Frau Merkel hat das heute noch einmal nachdrücklich bestätigt –, dass wir Abscheu über die kommunistische Diktatur im Osten Deutschlands empfinden, dass wir sie verurteilen und dass wir nie wieder eine Diktatur wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei der Formulierung bitte ich allerdings die Aussage über den menschenverachtenden Nationalsozialismus, der nicht verdrängt werden und gegen nichts aufgerechnet werden kann, nicht zu relativieren,

(Vereinzelt Beifall)

sondern diese Einmaligkeit des Holocaust nicht gegen andere Dinge in Beziehung zu setzen. Deswegen bitte ich, nach der Beratung in der Kommission, wo wir das ja intensiv diskutiert haben, die Formulierungen in den Zeilen 372 ff. nicht einzuschränken, sondern dem Vorschlag zu folgen, am Schluss die generelle Absage an jede Form der Diktatur zusätzlich anzufügen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Das war Bernhard Vogel für die Antragskommission. – Wir stimmen jetzt in der Fassung der Antragskommission ab. Wer der Fassung in der Version der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist bei einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

Wir haben jetzt in dem ganzen Block Ziffer 33 bis einschließlich Ziffer 56 in dem Abschnitt „Herausforderung unserer Zeit“ praktisch keine Wortmeldung. Wenn es zu diesem Abschnitt 33 bis 56 noch eine Wortmeldung gibt, dann bitte ich, diese dem Präsidium bekanntzumachen. Ansonsten würde ich vorschlagen, dass wir die Ziffern 33 bis 56 in dem Votum der Antragskommission jetzt hier gemeinsam abstimmen. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich die Ziffern 33 bis 56 in den jeweiligen Voten der Antragskommission auf und bitte Sie um Ihr Stimmzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen ist das so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 57 auf. Dazu gibt es eine Wortmeldung. Die Anträge zur Ziffer 57 finden Sie auf den Seiten 131 bis 135. Das Votum der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 131 und 132 der Antragsbroschüre. Gemeldet hat sich zum Antrag A 521 Michael Schwarz aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz. Ich bitte ihn nunmehr um sein Wort.

Michael Schwarz: Meine Damen und Herren! Unser Änderungsantrag ist zum Thema „Sicher leben“ und besagt Folgendes: „Das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines funktionierenden Zivilschutzes ist zu schärfen.“ Tatsache ist für uns, dass das Thema Bevölkerungsschutz zwar zwischen Bund und Ländern kompetenzrechtlich zurzeit stark diskutiert wird und es darüber hinaus ein sehr wichtiges Thema, wenn nicht sogar das wichtigste und entscheidendste Thema in Krisen- und Katastrophenzeiten ist. Tatsache ist aber auch, dass ebendieses Thema in unserem Grundsatzprogramm überhaupt nicht stattfindet, erst recht nicht in einem Bereich, der so wichtig ist wie „Sicher leben in Deutschland“. Deshalb möchte ich Sie ganz herzlich bitten, dass Sie uns unterstützen und das Grundsatzprogramm darin unterstützen, eine Sensibilität für dieses Thema zu entwickeln und damit auch das Bewusstsein zu schaffen, unsere Bevölkerung allzeit vor Katastrophen effektiv schützen zu können. Deswegen unsere ganz herzliche Bitte, den Antrag der Antragskommission zunächst einmal abzulehnen. Der Bevölkerungsschutz verdient unsere Aufmerksamkeit, gerade im Grundsatzprogramm der CDU. Deswegen möchten wir Sie um Ihre Unterstützung bitten. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke. – Für die Antragskommission unser Generalsekretär Ronald Pofalla.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Wir wollen diese Aussage in das Programm aufnehmen, und wir haben sie auch aufgenommen, nur an einer anderen Stelle, nämlich in der Ziffer 290, wo wir die Frage des Zivilschutzes und des Heimatschutzes angesprochen haben. Wir waren der Auffassung, dass die Verankerung in diesem Abschnitt und diesem Kapitel richtig ist. Deshalb haben wir vorne den Antrag aus Rheinland-Pfalz abgelehnt.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Nach dieser Klarstellung der Antragskommission können wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei etwa 50 Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

(Teilweise Widerspruch)

– Das Tagungspräsidium nimmt zur Kritik gerne Stellung. Ich bitte diejenigen, die mit Nein stimmen, kurz einmal aufzustehen. – Ich korrigiere: Es sind ungefähr 67 Gegenstimmen. Herzlichen Dank. Wir werden das im Protokoll erfassen.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen nun zur Ziffer 58. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Votum der Antragskommission auf Seite 135 der Antragsbroschüre folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Nun kommen wir wieder zu einem Diskussionspunkt. Auf den Seiten 136 bis 138 finden Sie die Anträge zu Ziffer 59 des Grundsatzprogramms. Dazu hat sich Hedi Thelen aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz gemeldet, exakt zum Antrag A 534 und zum Antrag A 538. Ich bitte Hedi Thelen um ihr Wort.

Hedi Thelen: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Es geht um den Einstieg in ein sehr zentrales Kapitel unseres Grundsatzprogramms: „STARKE FAMILIEN – MENSCHLICHE GESELLSCHAFT“. Es geht um die Ziffer 1 „Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen“. Wir haben in diesem Einstiegskapitel allerdings einen Satz, der zumindest einen falschen Zungenschlag in die Ernsthaftigkeit unserer Programmdiskussion bringen könnte. Ich denke, das sollten wir vermeiden. Der Einleitungssatz lautet wie folgt:

„Nicht nur die äußeren Verhältnisse haben sich verändert, sondern auch der Charakter der Lebensphasen und die Rolle der Generationen.“

Danach kommt die Beschreibung:

„Das Leben früherer Generationen hat sich in drei Phasen vollzogen: In der Jugend lernte man und bereitete sich auf ein eigenständiges Leben vor. Als Erwachsener hatte man einen Beruf und davon abgeleitet soziale Sicherheit. Im Alter ruhte man sich von den Mühen des Lebens aus und genoss den verdienten Ruhestand.“

Meine lieben Parteifreunde, ich halte diesen Absatz für falsch. Das „man“ wird hier logischerweise mit einem N geschrieben; es müsste aber theoretisch mit zwei N geschrieben werden.

(Teilweise Beifall)

Ich denke viele, die an ihre Mutter und Großmutter denken, wissen, dass diese Lebensverläufe nicht die Standardlebensverläufe früherer Generationen waren, wenn wir unter „Generationen“ Männer und Frauen verstehen.

Der Kreisverband Mayen-Koblenz hat deshalb unter A 538 beantragt, diesen Absatz einfach zu streichen. Das ist auch unproblematisch möglich, weil wir in allen folgenden Ziffern sehr realitätsnah beschreiben, was sich verändert hat, sodass diese Einleitung wirklich entbehrlich ist. Ich bitte den Parteitag herzlich, diesen Absatz zu streichen. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, nach Rücksprache mit der Antragskommission hat sich das Parteitagspräsidium entschieden, Ihnen vorzuschlagen, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

(Beifall)

Wer diesem Votum des Parteitagspräsidiums folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das Votum der Antragskommission bei einer Gegenstimme in der vorgetragenen Form abgeändert und der Beschluss in der erneuerten Form in unser Grundsatzprogramm aufgenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich schlage Ihnen jetzt vor, dass wir wieder so verfahren, dass ich die Ziffern dann aufrufe, wenn hierzu Wortmeldungen vorliegen. Das ist bei einer Vielzahl von Ziffern der Fall.

Für die Ziffern 60, 61, 62 und 63 des Grundsatzprogramms haben wir keine Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, schlage ich vor, dass wir, da zu den Ziffern 60 bis 63 keine Wortmeldungen vorliegen, geschlossen über das Votum der Antragskommission abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? Wer dem zustimmt, den bitte ich um seine Stimmkarte. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei acht Gegenstimmen und einer Enthaltung ist das so angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 64 auf. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 152 und 153. Die Empfehlung der Antragskommission steht auf Seite 152.

Zum Antrag A 591 und A 592 meldet sich Professor Otto Wulff von der Senioren Union.

– Ich bitte ihn um sein Wort.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Freundinnen und Freunde! Wir haben hier einen Antrag vorliegen, wozu ich als Vertreter der Senioren Union doch einiges sagen möchte. „Wir wollen mehr Flexibilität in diesen Bereichen“, heißt Zugang zu Arbeit für Ältere. Dann ist die Frage: Kann man Älteren überhaupt den Zugang zu einer Arbeit verbieten und das von einer Altersgrenze abhängig machen?

Die Senioren Union hat dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben, das von den Professoren Peter Tettinger und Thomas Mann in Auftrag gegeben wurde. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass ein Zugang zu Arbeit, der durch das Alter verwehrt werden kann, verfassungswidrig ist. Auch ich habe mich in einigen wissenschaftlichen Beiträgen dazu bekannt, dass sich die Verfassungswirklichkeit, meine Freundinnen und Freunde, geändert hat. Wenn heute nach allen Erkenntnissen der Gerontologie bzw. der Medizin ein 70-jähriger wie ein 60-jähriger zügig und physisch zu behandeln ist, kann es nicht mehr hingenommen werden, dass man einem Schöffen den Zugang zum Schöffenamt verwehrt, nur weil er 70 Jahre alt ist.

(Teilweise Beifall)

Das heißt mit anderen Worten: Der Vorsitzende der Senioren Union könnte kein Schöffenamt mehr bekleiden, aber Vorsitzender der Senioren Union sein. Ich halte eine solche Vorstellung für absurd.

(Teilweise Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, deshalb hätte ich jetzt gern politische Klarheit bezüglich einer Frage. Ich wäre damit einverstanden, wenn es heißen würde:

„Wir wollen mehr Flexibilität in diesen Bereichen.“

Wenn vom Vorstand der Union und von diesem Parteitag, dem höchsten Gremium der CDU überhaupt, festgestellt würde, dass Flexibilität auch bedeutet, die Verfassungswidrigkeit solcher altersdiskriminierender Vorschriften klarzustellen und, so diese vorliegt, dann diese Vorschriften zu beseitigen – das müsste klar sein –, dann wäre ich bereit, das anzunehmen.

Meine Freundinnen und Freunde, vielleicht noch ein Hinweis zu den Altersgrenzen in Bezug auf die Ausübung von Ehrenämtern – auch das sollten Sie wissen –: Wir, die Senioren Union, haben eine Befragung durchgeführt. Mehr als 55 Prozent aller Seniorinnen und Senioren in Deutschland, das heißt aller über 60-Jährigen, sind in einem Ehrenamt tätig. Es wäre fatal für unsere Gesellschaft, wenn wir diesen den Zugang zu Ehrenämtern verhindern würden. Unsere Gesellschaft wäre auf Dauer sozial nicht mehr zu halten, wenn für diese nicht mehr die Möglichkeit des Zugangs zu einem Ehrenamt bestünde.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb kommt es mir jetzt auf diese Klarstellung an. Ich bin für diese Flexibilität. Ich bin für Kooperation in jeder Weise, wenn dies der Union dient. Aber dies muss dann auch der Klarheit dienen. Um diese Feststellung geht es mir.

Ich bedauere, dass ich Ihre Aufmerksamkeit so lange in Anspruch nehmen musste. Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Professor Wulff, das war ein wichtiger Beitrag. Wir haben uns vorgenommen, auf Punkte von grundsätzlicher Bedeutung einzugehen.

Der Vorsitzende der Antragskommission, Generalsekretär Pofalla, hat dem Parteitagspräsidium signalisiert, dass er dem Vorschlag von Professor Wulff, die Worte in den Zeilen 718 und 719 im Antrag A 591: „Wir wollen mehr Selbstbestimmung in diesen Bereichen“ durch „Wir wollen mehr Flexibilität in diesen Bereichen“ zu ersetzen, zustimmt. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer diesem Votum in der geänderten Form folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Ziffern 65 bis 67 auf. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission zu diesen drei Ziffern folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 68. Dazu hat sich Herr Michael Schreiber aus Baden-Württemberg gemeldet, und zwar zum Antrag A 633. Er möge schon einmal zum Mikrofon gehen. Die Anträge dazu finden Sie auf den Seiten 159 bis 163 und das Votum der Antragskommission auf Seite 159. – Herr Schreiber wird zum Antrag A 633 sprechen.

Michael Schreiber: Vielen Dank für das Wort. – Sehr geehrte Damen und Herren, es geht auf den ersten Blick nur um eine Kleinigkeit; aber auch in einer Kleinigkeit kann manchmal sehr viel Bedeutung stecken. Im Grundsatzprogrammwurf steht bisher der Satz:

„Familien werden immer wichtiger.“

Wir hätten diesen Satz gern ersetzt durch:

„Die Familie war und ist das Fundament der Gesellschaft.“

Das ist ein etwas anderer Zungenschlag als das, was bisher im Programmwurf steht. Wenn wir die Formulierung „Familien werden immer wichtiger“ belassen würden, würden wir damit unausgesprochen zum Ausdruck bringen, dass die Familien bisher nicht die Bedeutung haben, die sie künftig haben werden. Wir meinen aber, dass gerade wir als CDU, als Partei der Familie, der wir uns immer wieder der Bedeutung der Familie bewusst waren, das durchaus zum Ausdruck bringen können. Die Formulierung „Die Familie war und ist das Fundament der Gesellschaft“ wird dem mehr gerecht als der bisherige Textentwurf.

(Teilweise Beifall)

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen. – Vielen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Es gibt jetzt hierzu keine Wortmeldung. Ich weiß nicht, ob die Antragskommission ihre inneren Beratungen abgeschlossen hat. Ich halte es für eine schöne Idee, wenn wir die moderne Formulierung der Fassung der Antragskommission belassen und das Sätzlein

„Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft.“

einfach hinzufügen. Dann hätten wir beide Gedanken erfasst. „War und ist“ ist immer unschön. Wenn wir sagen: „Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft“ und diese Formulierung hinzufügen, ergibt sich ein schöner Sinn. Damit wäre der Gedanke des Antragsstellers vollumfänglich im Programm. – Können alle Beteiligten damit gut leben?

(Beifall)

Die Zustimmung ist akustisch zwar spärlich, aber ich sehe, sie ist emotional doch vorhanden. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer ist dagegen? – Sieben Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffern 69 bis 84 auf. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission zu diesen Ziffern folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Vier Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Nun rufe ich die Ziffer 85 auf. Die Anträge dazu finden Sie auf den Seiten 207 bis 214. Es geht hier um den Familienlastenausgleich, das Familiensplitting und einschlägige Fragen. Mir liegen zu dieser Ziffer Wortmeldungen von Engelbert Rauen, Elisabeth Winkelmeier-Becker und Karl Schiewerling vor. Engelbert Rauen, bitte!

Engelbert Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir freuen uns über das klare Bekenntnis zum Ehegattensplitting. Das ist richtig. Das Familiensplitting in der vorgesehenen Form ist aber der falsche Weg. Familiensplitting führt – wie das Elterngeld – zu einer einseitigen Bevorzugung der Eltern mit höherem Einkommen. Es wäre besser, wenn wir höhere Kinderfreibeträge vorsähen oder alternativ ein höheres Kindergeld zahlten, insbesondere bei zwei und mehr Kindern.

Wir sagen zu Recht, dass wir als CDU die Mitte der Gesellschaft sind. Die Mehrzahl der Familien – das ist zumindest bei uns im Münsterland so – hat ein Jahreseinkommen zwischen 20 000 und 45 000 Euro. Wenn wir diese Mitte meinen, müssen wir das hier auch entsprechend zum Ausdruck bringen. Wir müssen diesen Familien in der Mitte, die die Mehrzahl darstellen, helfen. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie bringen sich durch die Erwerbs- und die Erziehungsarbeit ein. Sie würden durch das Familiensplitting einseitig benachteiligt. Deshalb möchte ich nachdrücklich dafür plädieren, dass wir die Anträge A 832, A 833 und A 850, die wortgleich sind, annehmen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine grundsätzliche Anmerkung. Die Familienpolitik im kommunalen Bereich kann man nicht nur auf die Anzahl der Krippenplätze und der Plätze für Ganztagsbetreuung reduzieren. Diese Plätze sind zweifelsohne wichtig, aber allein darauf abzustellen genügt nicht. Viele Kommunen bemühen sich, mit vielfältigen Angeboten und Hilfen sowie mit ihrer Infrastruktur die Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern zu optimieren. Wir brauchen nicht neue Rechtsansprüche, sondern genügend Spielräume in den Kommunen, damit wir den unterschiedlichen Anforderungen und Erwartungen der Familien mit Kindern gerecht werden können. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun unsere Bundestagskollegin Lisa Winkelmeier-Becker, bitte!

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Liebe Freunde! Mir geht es um den Antrag A 824 des CDA-Bundesvorstands. Ich denke, es besteht Einigkeit und Konsens, dass eine bessere steuerliche Berücksichtigung von Kindern angebracht und zu begrüßen ist. Es ist richtig, dass wir eine ent-

sprechende Passage in das Grundsatzprogramm aufnehmen. Ebenso richtig ist aber, dass Familien mit geringem Einkommen von einer steuerlichen Entlastung deutlich weniger oder gar nicht profitieren. In diesen Familien ist der Bedarf an Unterstützung aber mindestens genauso hoch, wenn nicht sogar höher. Die Kinder dieser Familien sind uns genauso wichtig. Diese Familien haben insofern Anspruch darauf, durch direkte Zahlungen – also nicht durch Steuererleichterungen – unterstützt zu werden. Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit.

Ein solches Verfahren entspricht auch unserer Politik. Wir zahlen denen, die bisher nichts von den Kinderfreibeträgen haben, Kindergeld. Wir entwickeln den Kinderzuschlag für die Familien mit geringem Einkommen. Dort, wo der Bedarf besonders groß ist, bezahlen wir natürlich auch Sozialgeld für Kinder. Das zeigt doch, dass die direkte Unterstützung selbstverständlich das zweite Standbein des Familienlastenausgleichs ist. Deshalb gehört dies auch in das Grundsatzprogramm.

Die Antragskommission hat folgenden Formulierungsvorschlag gemacht:

„Wir treten aber dafür ein, das Ehegattensplitting ... zu einem Familiensplitting zu erweitern, damit die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgeglichen werden.“

Der übernächste Satz lautet sodann:

„Zudem sollen alle Familien mit Kindern einen Splitting-Vorteil haben.“

Diese Formulierung ist sprachlich nicht wirklich gelungen. Wenn man dem einen Sinn geben will, wird aber doch erkennbar, dass auch die Antragskommission davon ausgeht, dass alle Familien eine Unterstützung bekommen sollen und dass das Familiensplitting diese nicht ohne weiteres für alle gewährleistet. Man sollte die Formulierung meines Erachtens verständlicher fassen. Ich finde, die Formulierung im Antrag der CDA ist deutlich besser. Dort heißt es:

„Familien, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens von Steuererleichterungen nicht profitieren, müssen durch direkte Förderung unterstützt werden.“

Bitte unterstützen Sie den Antrag, diesen Satz in unser Grundsatzprogramm aufzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun der Bundestagskollege Karl Schiewerling, bitte!

Karl Schiewerling: Frau Vorsitzende! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind dem Generalsekretär außerordentlich dankbar, dass er in seiner Einführung deutlich gemacht hat, dass er für das Ehegattensplitting ist. Das hat am Anfang zu einer erheblichen Irritation geführt. Diese Darstellung wird allerdings wiederum etwas verän-

dert, weil eine Weiterentwicklung zum Familiensplitting vorgesehen ist. Die Forderung nach einem Familiensplitting ist steuersystematisch eine völlig undurchsichtige und hinterher wahrscheinlich kaum umsetzbare Forderung.

Das Ehegattensplitting ist 1958 entstanden, weil anerkannt wurde, dass beide Ehepartner – seien sie erwerbstätig oder seien sie in der Familienarbeit tätig – aus einem Topf wirtschaften. Dies ist sozusagen die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Familie.

Damit die Kinder freigestellt werden, hat das Bundesverfassungsgericht 1999 – übrigens unter Paul Kirchhof – ein wegweisendes Urteil gefällt. Wir sind dafür, endlich die von Paul Kirchhof 1999 geforderten Kinderfreibeträge in der Steuertabelle wirklich umzusetzen. Wir sind dafür, das Familiensplitting dann nicht einzuführen, weil es im Grunde genommen den Familien von der Systematik her nichts bringt. Das Ehegattensplitting und vor allen Dingen der höhere Kinderfreibetrag kommen letztendlich der gesamten Familie zugute. Deswegen würden wir unter Ziffer 85 gerne den Formulierungsvorschlag der Antragskommission wie folgt ändern:

„Wir treten dafür ein, das Ehegattensplitting voll zu erhalten und durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge, wie sie im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1999 beschrieben sind, die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser auszugleichen.“

Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission nimmt dazu die 2. Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg, Frau Schnieber-Jastram, Stellung.

Birgit Schnieber-Jastram, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist sehr gut, dass wir uns heute über dieses Thema unterhalten.

Ein paar Probleme habe ich mit der Diskussion darüber, wie ein Familiensplitting ausgestaltet werden soll. Geben Sie es ruhig zu: Das ist nicht ganz einfach, in unserem Steuersystem ein Familiensplitting einzuführen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir – genauso wie die Bundeskanzlerin heute Morgen und der Generalsekretär – bei der generellen Aussage bleiben. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass wir alle Familien, auch Alleinerziehende, daran teilhaben lassen wollen. Wir sollten nicht zu sehr ins Detail gehen. Wir sollten die generelle Aussage einfach so stehen lassen. Das andere müssen wir den Fachleuten und den Arbeitsgruppen überlassen.

In diesem Sinne plädiere ich dafür, den Antrag der Antragskommission zu unterstützen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Sie haben das Votum der Antragskommission gehört. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zu Ziffer 85, die Sie auf

Seite 207 der Antragsbroschüre finden, zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei etwa 100 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen ist das so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 86. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Nun geht es um das Betreuungsgeld. Ich rufe Ziffer 87 zur Beratung auf. Die dazugehörenden Anträge finden Sie auf den Seiten 217 bis 222. Zur Ziffer 87 gehören außerdem der Antrag A 2785 und der Antrag A 2786, die Sie auf den Seiten 3 bis 4 der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission, die eben verteilt wurde, finden.

Dazu gibt es eine Reihe von Wortmeldungen: Michael Panse, Gerd Meyer, Jochen-Konrad Fromme, Dr. Klaus Zeh. – Herr Panse, bitte.

Michael Panse: Herr Sitzungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich rede zum Betreuungsgeld, weil der uns vorliegende Initiativantrag ein Stück weit den Kompromiss, den ich zu erkennen meinte, wieder infrage stellt. Ich möchte gleich ganz deutlich sagen, dass das Betreuungsgeld, das wir vom Landesverband Thüringen beantragt haben und das sich in ähnlicher Form in den Anträgen der Landesverbände Oldenburg und Hessen sowie in vielen Anträgen der Kreisverbände wieder findet, für uns in der Tat eine konsequente und notwendige Entscheidung ist, die wir, der Parteitag, heute treffen sollten. Alle vorliegenden Anträge eint, dass wir die Eltern stärken wollen und ihnen im Wesentlichen vertrauen, ihnen nicht misstrauen und sie nicht schwächen wollen. Das ist für mich das wichtigste Kriterium.

Die Streichung im Initiativantrag kann nicht der richtige Weg sein. Wir müssen klarstellen, dass wir sowohl den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder als auch die Familie stärken wollen. Die Familie ist – genauso wie die Familieneinrichtungen und später die Schule – ein wichtiger – ich sage: der wichtigste Sozialisationsort. Deswegen ist es richtig und notwendig, dass der Familie das Primat in unserem Grundsatzprogramm, aber auch im Grundgesetz und in unserem Menschenbild immer wieder eingeräumt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben die Aufgabe, die Familie in ihren unterschiedlichen Formen zu unterstützen, auch diejenigen Familien, die Defizite haben. Wir müssen diesen Familien Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Wir müssen sie in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Wir dürfen ihnen keinesfalls die Verantwortung abnehmen. Das ist genau das, was die Linken wollen. Dagegen wehren wir uns zu Recht heftig. Wir wollen solchen Familien mit einem Betreuungsgeld helfend unter die Arme greifen, wenn sie die Kinder zu Hause betreuen. Wir wollen nicht suggerieren, dass es am besten ist, Kinder außerhalb der Familie zu betreuen.

Weil immer der Vorwurf kommt, das sei sehr konservativ, lassen Sie mich ein paar persönliche Sätze dazu sagen. Ich bin Vater von drei Söhnen. Der Älteste ist 17 Jahre, der Zweite sechs Jahre und der Jüngste vier Monate alt. Die beiden Älteren haben die Betreuungsmöglichkeiten in Krippe und Kindertagesstätte sehr frühzeitig in Anspruch genommen. Das war richtig und notwendig. Wir haben uns gefreut, dass es schon damals solche Angebote gab. Auch der Jüngste wird vermutlich das gute Betreuungsangebot in Thüringen in Anspruch nehmen können. Ich sage aber ganz deutlich: Wir waren und sind deswegen keine Rabeneltern. Jegliche Diffamierung ist an dieser Stelle sicherlich fehl am Platz. Aber auch die Diffamierung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und erziehen, ist genauso fehl am Platz. Wir dürfen diesen Eltern nicht misstrauen und sie nicht diffamieren. Wir müssen sie mit einem Betreuungsgeld unterstützen. Das fordern sie zu Recht ein.

(Vereinzelt Beifall)

Kinderbetreuungseinrichtungen und das Betreuungsgeld, das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Deshalb sollten sie auch gleichrangig in unserem Grundsatzprogramm aufgeführt werden. Ich bitte sehr herzlich darum, den diesbezüglichen Initiativantrag abzulehnen und dem Votum der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Gerd Meyer aus dem Landesverband Oldenburg.

Gerd Meyer: Verehrte Bundeskanzlerin! Herr Tagungspräsident! Liebe Mitglieder und Delegierte der CDU! Ich möchte noch einmal den Leipziger Parteitagbeschluss zum Familiengeld in Erinnerung rufen, der Basis für den Änderungsantrag A 765 des Landesverbandes Oldenburg ist. Nach meiner Meinung ist das ein zukunftsweisender Beschluss. Der Begriff „Familiengeld“ gehört in das Grundsatzprogramm.

Die SPD ist nach wie vor für eine Verstaatlichung der Kindererziehung. Die Sozialdemokraten trauen den Eltern die Erziehung ihrer Kinder nicht zu. Abgesehen von der Bevormundung der Eltern, der Familie, wird man doch einmal fragen dürfen, ob Kinderbetreuung für jedes Kleinkind in jedem Fall die beste Lösung ist. Das Elterngeld ist derzeit nach meiner Auffassung nicht sozial und kann nur eine Zwischenlösung sein. Hier werden Kinder nach Einkommen gewichtet; denn die allein erziehende Studentin bekommt 300 Euro, während die Mitgesellschafterin im Steuerbüro 1800 Euro Elterngeld bekommt. Warum ist das so? Uns sollten doch alle Kinder gleich wertvoll sein. Das würde ein Familiengeld gewährleisten.

Die Eltern haben die Entscheidung zu treffen, wie sie die Familienarbeit und die Erwerbsarbeit aufteilen. Finanzielle Sorgen dürfen diese Entscheidung nicht begründen. Ich begrüße daher die Initiative unserer Bundesministerin Frau von der Leyen zum Ausbau der Krippenplätze aus-

drücklich; denn es gibt hier kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Dazu zwei aktuelle Erhebungen: Über 80 Prozent der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren sind total glücklich oder glücklich. So die Ergebnisse der ZDF-Tagung in Mainz. Das Aufwachsen in einer Familie kann also so schlecht nicht sein.

Traditionelle Familie auf dem Rückzug: Der Rückgang der Zahl der Familien in den neuen Bundesländern ist in den vergangenen zehn Jahren mit 28 Prozent besonders ausgeprägt. Im früheren Bundesgebiet hat die Zahl der Familien nur um 1 Prozent abgenommen. In Niedersachsen wachsen die meisten Kinder in einer Familie auf. Es sind 1,96 Kinder pro Familie.

Wir wollen und dürfen Familie nicht ersetzen. Wir müssen sie fördern. Kurzfristig muss das Betreuungsgeld eingeführt und das Kindergeld erhöht werden. Die Jugendämter müssen mit Handlungsmöglichkeiten ausgestattet werden, um bei Missständen konsequent und gezielt handeln zu können. Eltern, bei denen es nicht funktioniert – wir dürften hier im einstelligen Prozentbereich liegen und nicht mehr –, müssen statt der Geldzahlungen beispielsweise Bezugs- oder Gutscheine zugeteilt werden. Kinder brauchen Eltern, intensive Beziehungen, gute Vorbilder und Freizeitmöglichkeiten.

Eigenverantwortlich handelnde Familien brauchen ein ausreichendes Einkommen und ein Familiengeld. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, werden sich junge Paare auch wieder für Kinder entscheiden. Setzen Sie ein Zeichen. Stimmen Sie für den Änderungsantrag, für echte Wahlfreiheit und das Familiengeld als Option für die Zukunft. Einpassen könnten wir dieses unter Ziffer 87 hinter dem Satz „Mittelfristig soll es auch einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben.“ Dort könnten wir den Satz „Wenn Eltern sich eigenverantwortlich ihrem Kind widmen wollen, darf dies nicht an materiellen Gründen scheitern“ einfügen. Deshalb fordern wir auch für diese Eltern Unterstützung in Form eines Familien- oder Betreuungsgeldes. – Vielen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Bundestagskollege Jochen-Konrad Fromme, bitte.

Jochen-Konrad Fromme, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Die Union ist die Partei der Wahlfreiheit. Unsere Vorsitzende hat das heute Morgen in ihrem Referat sehr deutlich herausgearbeitet. Wir haben für die unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Kinder verschiedene Unterstützungskonzepte. Wir müssen darauf achten, dass in allen Phasen alle Eltern gleichbehandelt werden, damit Wahlfreiheit auch wirklich gegeben ist. Deshalb bitte ich Sie, sowohl bezüglich des Grundsatzprogramms als auch bezüglich des Alternativantrags dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Wenn wir einerseits die Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen fördern, aber andererseits diejenigen, die zu Hause bleiben, nicht fördern, dann ist das eine Ungleichbehandlung. In beiden Fällen fallen Kosten an. Wenn man das eine erstattet, das andere aber nicht, ist das ei-

ne unterschiedliche Behandlung. Und das widerspricht unserem Grundsatz der Wahlfreiheit. Deshalb bitte ich Sie, in beiden Fällen dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Nächster spricht Dr. Klaus Zeh aus Thüringen. Danach Armin Laschet, der Familienminister aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Klaus Zeh: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der CDU-Landesverband Thüringen spricht sich ausdrücklich für ein Betreuungsgeld aus.

(Teilweise Beifall)

Dass die Union mittlerweile allseitig für die Wahlfreiheit eintritt, braucht man an dieser Stelle nicht noch einmal ausdrücklich zu betonen. Dass „Wahlfreiheit für Eltern“ heißt, sowohl ein ausreichendes Angebot an Tageseinrichtungen vorzuhalten als auch die Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, bei der Erziehungsaufgabe besonders zu unterstützen und deshalb ein Betreuungsgeld zu zahlen, hat die Kanzlerin und Vorsitzende der CDU heute früh ausdrücklich noch einmal bestätigt. Dem gäbe es eigentlich nichts hinzuzufügen. Erlauben Sie mir dennoch, aus Sicht Thüringens einige Gedanken hinzuzufügen; denn wir haben in Thüringen Erfahrungen gesammelt.

Bevor ich auf diese Erfahrungen eingehe, möchte ich aber sagen, dass es auch andere Länder gibt, die Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld haben: die skandinavischen Länder. Sie werden in der Regel als Vorbild hingestellt: für vorbildliche Betreuung, vorbildliche Erziehung und vorbildliche Bildung von Kindern. Was gelegentlich übersehen wird: Alle skandinavischen Länder bezahlen ein Betreuungsgeld. Als Beispiel will ich Finnland, den PISA-Weltmeister, nennen. Finnland zahlt ein Betreuungsgeld in Höhe von 295 Euro. In Norwegen wird ein Betreuungsgeld in Höhe von 413 Euro gezahlt. In Schweden wird am 1. Januar 2008 ein Betreuungsgeld in Höhe von 200 Euro eingeführt.

Auch wir in Thüringen machen mit einer solchen Regelung gute Erfahrungen. Thüringen hat als einziges Land in Deutschland einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte ab dem zweiten Geburtstag. Damit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser unterstützen. Gleichzeitig erhalten diejenigen, die ihre Kinder, die zwischen zwei und drei Jahre alt sind, zu Hause erziehen, das Thüringer Erziehungsgeld. Für das erste Kind zahlt Thüringen 150 Euro, für das zweite Kind 200 Euro, für das dritte Kind 250 Euro und ab dem vierten Kind 300 Euro.

(Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erfahrungen haben gezeigt, dass fast drei Viertel der Eltern von Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren das Angebot der Betreuungs-

einrichtungen nutzen. Über ein Viertel nutzt das Erziehungsgeld. Damit hat Thüringen einen Spitzenplatz in Sachen Betreuung der Zwei- bis Dreijährigen, aber auch einen Spitzenplatz hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Erziehungsleistungen, die zu Hause erbracht werden.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte ein paar Punkte aufgreifen, die zwar immer gegen das Betreuungsgeld ins Feld geführt werden, die ich aber für nicht zutreffend halte:

Erstens. Ich halte es für nicht zutreffend und für eine Diffamierung, wenn behauptet wird, sozial Schwächere würden sich per se nicht ordentlich um ihre Kinder kümmern. Kindererziehung ist keine Frage des Geldbeutels.

(Teilweise Beifall)

Zweitens. Wenn wir Eltern grundsätzlich misstrauen und ihnen nicht zutrauen, mit dem Geld, das wir ihnen für ihre Kinder geben, umzugehen, dann müssten wir den Kinderbetrag bei Hartz IV konsequenter Weise nicht in Geld auszahlen, sondern in Form von Sachleistungen oder Bezugsscheinen. Wir müssten das Kindergeld und den Kinderzuschlag für arme Familie ebenso austeilen. Das wollen wir nicht. Das wäre falsch.

Drittens. Wir diskutieren in letzter Zeit häufig über Kinderarmut. Viele begrüßen den Kinderzuschlag. Aber auch das Betreuungsgeld ist ein Beitrag, um Kinderarmut zu bekämpfen.

Viertens und letztens. Natürlich gibt es Eltern, die der Erziehungsaufgabe nicht gewachsen sind. Auch dafür haben wir in Thüringen vorgesorgt. Wo Kindeswohl gefährdet ist, ist in Thüringen der Anspruch auf Betreuungsgeld verwirkt und andere Maßnahmen können angeordnet werden.

Die Kanzlerin hat ihr Regierungsprogramm am Anfang der Legislaturperiode mit dem Motto „Mehr Freiheit wagen“ überschrieben. Wir wollen heute vom Parteitag die Botschaft senden: Mehr Verantwortung dem Bürger zutrauen. Ich rate uns: Trauen wir den Bürgern, insbesondere den Eltern, mehr zu, denn trauen sich die Eltern auch mehr Kinder zu. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Zeh. Wir haben Ihnen einen kleinen Ministerzuschlag gegeben. Die Glocke sollte den Redner aber eigentlich mahnen und anhalten, seine Gedanken zu bündeln. – Jetzt kommt der Minister Armin Laschet aus Nordrhein-Westfalen.

Armin Laschet: Frau Bundesvorsitzende! Lieber Tagungspräsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die Aussagen, die meine Vorredner gemacht haben, völlig richtig sind. Wir sind für Wahlfreiheit. Wahlfreiheit heißt nicht, ein bestimmtes Familienbild vorzugeben. Wir müssen Wahlfreiheit ermöglichen.

Es hat übrigens nicht mit Sozialdemokratisierung zu tun, wenn man Betreuungsangebote ausbaut. Als wir in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 die Regierung übernommen haben, waren wir bei den Plätzen für die unter Dreijährigen 16. von 16 Bundesländern, Schlusslicht in der Reihe der deutschen Länder. Das war das Erbe von 39 Jahren sozialdemokratischer Zeit. Insofern lassen wir uns von Sozialdemokraten überhaupt nicht vorschreiben, wie man gute Betreuungsangebote macht. Das machen Christdemokraten. Bayern beispielsweise war diesbezüglich immer schon weiter als das sozialdemokratisch regierte Land Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir uns jetzt mit Bund, Ländern und Kommunen das Ziel vorgenommen haben, bis zum Jahr 2013 ein Drittel der Plätze für die unter Dreijährigen bereitzustellen, dann heißt das, dass zwei Drittel der Väter und Mütter ihre Kinder noch zu Hause erziehen. Auch das ist Realität in Deutschland. Auch das muss man in diesem Zusammenhang sagen. Deshalb ist das Wort „Herdprämie“, wenn jemand fordert, Familienleistungen besser anzuerkennen, eine unerträgliche Beleidigung all derer, die Familienarbeit leisten.

(Beifall)

Christdemokraten streiten heute mit ihren unterschiedlichen Anträgen nicht in der Frage, wie Familienleistungen anerkannt werden, sondern um die beste Form, wie Familienleistungen anzuerkennen sind. Die Union hat in den 80er-Jahren eine Neubewertung der Arbeit vorgenommen. Heiner Geißler und Rita Süßmuth haben durchgesetzt, dass Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt werden. Das war ein Bruch in hundert Jahren Sozialgeschichte. Seit der Einführung der Rentenversicherung unter Bismarck war Arbeit erstmals auch, was der Vater oder die Mutter zu Hause leistet.

Ich glaube, dass wir da gedanklich anknüpfen sollten. Deshalb widerspreche ich in der Methode meinen Vorrednern. Ich glaube, dass es nicht richtig ist, jetzt Barleistungen zu zahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten vielmehr den Rentenanspruch der Mütter oder Väter – meistens sind es die Mütter – anerkennen und mehr Geld dafür geben, damit diejenigen, die aus dem Beruf aussteigen, im Alter nicht noch einmal bestraft werden, weil ihnen in der Erwerbsbiografie etwas fehlt.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist christdemokratische Politik: kein Betreuungsgeld. Der Antrag der Frauen Union kommt dem, glaube ich, sehr nahe. Die Familien sollten genauso ausgestattet werden, mit der gleichen Summe, die wir für das Betreuungsgeld verwenden würden, aber durch Anerkennung

in der Rentenversicherung. Dadurch würde auch verhindert, dass in mancher sozialer Gruppe das Geld eben nicht beim Kind ankommt, sondern für andere Dinge verwandt wird. Deshalb mein Plädoyer für den Antrag der Frauen Union!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Armin Laschet. – Nun spricht Inge Gräßle. Ihr folgt Ingrid Fischbach.

Inge Gräßle: Vielen Dank. – Ich möchte mich bei der Antragskommission bedanken. Sie haben unseren Antrag A 988 in dieses Kapitel mit hinein genommen; er bezieht sich auf den Kindergarten, und zwar den Pflichtbesuch. Sie haben hineingeschrieben, dass man über das letzte Jahr als Pflichtbesuch nachdenken könne. Weil es sich aber um ein Grundsatzprogramm handelt, wollen wir analog zu der CDU Baden-Württemberg, wo wir dies vor zwei Wochen beschlossen haben, anregen, mittelfristig darüber nachzudenken, die Bildungseinrichtung ganz für den Pflichtbesuch vorzusehen. Man sollte zumindest prüfen, ob wir dadurch nicht manches soziale Problem bei manchem Kind früher lösen könnten als mit dem letzten Jahr als Pflichtbesuch. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt bitte Ingrid Fischbach, danach Katharina Merklein vom Landesverband Hannover. – Ingrid Fischbach.

Ingrid Fischbach: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich glaube, es ist unstrittig, wenn ich feststelle, dass Kinder unsere Zukunft sind und dass die Aufgabe, sie zu erziehen, die wichtigste und wertvollste ist, die eine Gesellschaft hat. Deshalb ist es unstrittig und unbedingt notwendig, dass Kindererziehungsleistungen zukünftig finanziell besser ausgestattet und verstärkt anerkannt werden.

Wenn wir jetzt das Betreuungsgeld in das Grundsatzprogramm aufnehmen, müssen wir eigentlich wissen, welches wir meinen. Ich habe gerade gut zugehört und an dieser Stelle drei unterschiedliche Definitionen vernommen. Thüringen zahlt ein Betreuungsgeld; es gibt ein skandinavisches Modell, und es gibt ein bayerisches Modell. Ich denke, wir haben Zeit; es soll mittelfristig geplant werden. Deshalb halte ich es nicht für notwendig, diese Geldleistung jetzt im Detail festzulegen. Wir sollten vielmehr in der Form, wie es Minister Laschert deutlich gemacht hat, vorgehen und uns die Freiheit nehmen, die Ausgestaltung in Ruhe zu durchdenken – ob es nun eine stärkere Anerkennung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht ist, ob es ein Gut-scheinmodell ist oder ob es eine finanzielle Ausgestaltung sein wird. Wir sollten uns diese Zeit nehmen. Deshalb werbe ich für den Antrag der Frauen Union.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir haben noch eine Wortmeldung von Katharina Merklein.

Katharina Merklein: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Auch ich möchte für den Antrag der Frauen Union werben; denn die Diskussion zeigt uns, dass wir heute keine endgültige Entscheidung treffen sollten. Wichtig ist, dass niemand durch eine Geldleistung motiviert wird, sein Kind nicht in eine Krippe oder zu einer Tagesmutter zu schicken.

(Beifall)

Der Sinn dieser Betreuung ist nicht nur Betreuung, sondern auch Bildung und Erziehung. Deswegen können wir heute nicht konkret entscheiden, was das Beste ist. Es sollte eine Mischung sein, sodass das Kind im Fokus steht, aber natürlich auch die Erziehungsleistung der Eltern. Ich bitte Sie, diesen Einstieg zu ermöglichen und sich dem Antrag der Frauen Union anzuschließen, sodass wir in Ruhe entscheiden können, was das Beste ist. – Danke.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, Frau Merklein. – Ich denke, es war gut, dass wir uns für dieses wichtige Thema etwas Zeit gelassen haben.

Nun hat sich noch unsere Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, gemeldet.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, auch ich möchte mich für die Debatte bedanken, weil das Thema Wahlfreiheit und die Ausgestaltung derer im Zentrum der modernen Familienpolitik steht.

Ich will noch einmal daran erinnern: Mitte der 80er-Jahre hat die CDU das Prinzip der Wahlfreiheit auf einem, wie ich glaube, Essener Parteitag beschlossen. Jetzt ist es 20 Jahre später. Ich muss wiederholen, was ich heute früh gesagt habe: Die Wahlfreiheit erfordert, dass es überhaupt die Möglichkeit der Wahl gibt. Deshalb hat unsere Familienministerin einen wichtigen Vorschlag gemacht. Sie hat den Finger in die Wunde gelegt – das ist hier gar nicht unstrittig – und gesagt: Wie soll eine Wahlfreiheit gegeben sein, wenn die Betreuungsmöglichkeiten für kleinere Kinder zum Teil unter 10 Prozent liegen? Man hat sich dann entschieden und gesagt: Wir wollen einen Rechtsanspruch. Dieser Rechtsanspruch ist im Gegensatz zum Kindergartenplatz bei etwa 35 Prozent festgelegt, weil wir glauben, dass die meisten Kinder im ersten Jahr sowieso zu Hause betreut werden und das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ dann im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes zu Buche schlägt. Unstrittig ist, dass wir das bis zum Jahr 2013 schaffen wollen.

Nun kamen die anderen und haben gesagt: Lasst uns doch einmal sehen, wie die Botschaft in der Gesellschaft ankommt! Geht es nur noch um die Mütter, die Familie und Beruf vereinbaren wollen? – Wir haben gesagt: Nein, es gibt die Wahlfreiheit. Es ist ja nicht so, als würde dies in der

politischen Landschaft von jedermann gesagt. Es gibt Parteien, zum Beispiel die Sozialdemokraten, die sagen: Wir wollen die außerhäusliche Betreuung aus den verschiedensten Gründen und diffamieren damit Eltern, die sich anders entscheiden.

(Beifall)

Jetzt haben wir, CDU und CSU, begründend auf einer aktuellen Koalitionssituation – ist ja nicht Theorie –, gesagt: Okay, bis 2013 gilt der Vorrang für außerhäusliche Betreuung. Aber danach müssen wir einen Schritt gehen zugunsten der Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu erziehen.

(Beifall)

Das hat zu einer Ausgewogenheit der Debatte geführt, die uns wieder glaubwürdig gemacht hat, die gezeigt hat, dass es uns um beides geht.

Nun, liebe Freunde, haben wir zu entscheiden. Wir können es so machen, wie Ingrid Fischbach es gerade gesagt hat: Wir müssen eigentlich gar nichts entscheiden; wir haben ja noch so viel Zeit. – Wir haben aber bei den Sozialdemokraten durchgesetzt, dass das Betreuungsgeld eine Botschaft an die Eltern ist, die eben nicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den ersten drei Lebensjahren des Kindes wollen.

(Beifall)

Wenn wir heute sagen: „Wir wollen mal gucken, ob es einen Gutschein gibt, ein bisschen Geld oder ob wir etwas bei der Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente machen“, dann können wir das machen. Die Sozialdemokratie wird jubeln: Das Betreuungsgeld ist weg. Im Gesetzentwurf zur Kinderbetreuung wird es nicht auftauchen. Anschließend haben wir zwar eine schöne Theoriendebatte geführt, aber nach draußen heißt es: CDU lehnt Betreuungsgeld ab.

(Beifall)

Ich kann Ihnen diese Botschaft – das muss ich so klar sagen – nicht empfehlen,

(Beifall)

von dem Ärger, den wir dann mit unseren bayerischen Freunden bekommen, einmal ganz abgesehen. Dann sind CDU und CSU zerstritten und der SPD wird eine ganz falsche Botschaft ausgesendet.

Ich will noch etwas deutlich machen, weil hier von Rentenansprüchen die Rede war. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente ist eine andere Sache. Sie ist im Grundsatzzusammenhang in Ziffer 86 nach den Empfehlungen der Antragskommission noch einmal verstärkt aufgenommen worden, und zwar zusätzlich und unabhängig vom Betreuungsgeld. Dort heißt es: Wir wollen dafür die Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung deutlich verbessern.

Meine herzliche Bitte ist: Lasst von diesem Parteitag eine Botschaft der Wahlfreiheit ausgehen, und zwar eine solche, die wir in der aktuellen politischen Auseinandersetzung auch verwenden können und die nicht im Theoretischen hängen bleibt!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Entscheidung. Zur Abstimmung steht das Votum der Antragskommission, wie es sich auf den Seiten 217 und 218 der Antragsbroschüre und den Seiten 3 und 4 der Sammlung der Initiativanträge findet.

Die Bundeskanzlerin, unsere Vorsitzende, hat votiert, dass wir dem Votum der Antragskommission folgen. Das nehme ich zugleich als Votum der Antragskommission und lasse jetzt über dieses Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen dem Votum der Antragskommission mit breiter Mehrheit gefolgt worden.

(Beifall)

Ich übergebe nun das Tagungspräsidium wieder an Roland Koch.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich rufe nun die Ziffer 88 auf, zu der keine Wortmeldungen vorliegen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 89 auf. Dazu gehören die Anträge auf den Seiten 226 bis 230. Dazu habe ich zwei Wortmeldungen. Die erste kommt von Frau Kollegin Demirbüken-Wegner zu Antrag A 902; ihr folgt dann Frau Astrid Birkhahn.

Emine Demirbüken-Wegner: Frau Bundesvorsitzende! Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Landesverband Berlin bittet darum, in das Grundsatzprogramm folgenden Satz einzufügen:

„Wir wollen einen Familien-Check, der alle politischen Maßnahmen auf seine Familienfreundlichkeit hin prüft.“

Liebe Freunde, überall, wo die Union führt, wo die Union regiert, treibt sie Deregulierung voran. Ein elementarer Bestandteil ist ein Bürokratie-Check, ein Bürokratie-TÜV.

Es vergeht heute kein Tag, ohne dass wir in der Berichterstattung der Medien etwas über Katastrophen in den Familien lesen: Kindervernachlässigung etc. Die Bundeskanzlerin ist heute in ihrer Rede auch intensivst auf dieses Thema eingegangen, auch darauf, welche Aufgaben die Politik hier zu erfüllen hat.

Genau in diese Stoßrichtung geht unser Antrag. Wir glauben, dass ein Familien-Check von Gesetzen und Verordnungen und von praktischer Politik in das Grundsatzprogramm gehört. Ich bitte Sie daher herzlichst um Zustimmung zu dem Berliner Antrag, also darum, ein Votum gegen die Antragskommission und für einen Familien-Check auszusprechen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Frau Birkhahn!

Astrid Birkhahn: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine Herren, meine Damen! Wir sind heute hier zusammengekommen, um über das Grundsatzprogramm zu entscheiden und auch die Eckpunkte für die kommenden Jahrzehnte festzulegen. Wir haben gelesen, dass wir Familien unterstützen möchten, dass wir ihnen ein Klima bieten möchten, in dem es Freude macht, in dem es gut ist, Kinder zu bekommen. Auf der anderen Seite möchten wir, dass Kinder geachtet werden, dass sie wertgeschätzt werden, dass sie Unterstützung bekommen, dass sie sich gesund entwickeln können.

Aber ich frage: Wie ernst ist uns das eigentlich, wenn wir davor zurückschrecken, dieser Position Nachdruck zu verleihen? Der Kreisverband Warendorf-Beckum hat sich überlegt, dass mit mehr Nachdruck nicht nur die Zukunft der Kinder berücksichtigt werden soll, sondern dass Kinder auch als unsere Zukunft gesehen werden sollen. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass Kinderrechte Verfassungsrang bekommen sollen.

Ich weiß, dass die Antragskommission eine andere Empfehlung ausgesprochen hat. Ich möchte Sie bitten, diese Empfehlung noch einmal zu überdenken, eine andere Position einzunehmen, sich dieser Empfehlung zu widersetzen und den Antrag des Kreisverbandes Warendorf-Beckum zu unterstützen. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission Frau Schnieber-Jastram.

Birgit Schnieber-Jastram, Antragskommission: Liebes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Nur zwei Dinge ganz kurz, zunächst zum Letzten: Wir sind – das ist in der Antragskommission sehr deutlich geworden – gegen jede Aufnahme von weiteren Rechten in die Verfassung. Es gibt ja ganz viele Initiativen in diesem Bereich, und ich denke, es ist unstrittig, dass die Rechte von Kindern schon heute eine ganz hohe Bedeutung haben. Lassen Sie uns also nicht jeden Tag und jedes Jahr eine neue Debatte über all die Dinge führen, die ins Grundgesetz gehören könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Nun zum Familien-TÜV. Liebe Frau Demirbüken, Sie nennen es Familien-Check; wir in Hamburg haben einen Familien-TÜV. Ich halte ihn auch für wichtig, aber in einem Grundsatzprogramm halte ich ihn nicht für richtig. Ich finde, in ein Grundsatzprogramm gehören andere Fragen, nicht die Frage eines Familien-TÜV. Das kann jeder dort, wo er Verantwortung trägt, machen oder aus der Opposition heraus beantragen. Es sollte aber nicht Bestandteil eines Programms sein. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer den Vorschlägen in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einer sichtbaren, aber Minderheit ist der Antragskommission mit einer großen Mehrheit gefolgt worden.

Ich rufe die Ziffer 90 auf. Das sind die Seiten 230 bis 232. Dazu habe ich zwei Wortmeldungen, zunächst die von Klaus Riegert, der sich mit A 915 und A 917 beschäftigt. Anschließend kommt Norbert Barthle, der sich mit A 921 beschäftigt, was nur ein gradueller Unterschied ist, weil es sich um dieselbe Frage handelt. Herr Riegert!

Klaus Riegert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Scheinbar geht es nur um die Überschrift, aber die Antragskommission hat den Gesamtantrag von vier Kreisverbänden und dem Landesverband Baden-Württemberg, den Sport angemessen im Grundsatzprogramm zu verankern, weiter nach hinten, hinter die Verbände, mit einigen wenigen Sätzen geschoben. Ich meine, das wird der Bedeutung des Sportes nicht gerecht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke an die Bedeutung für die Gesundheit, für die Integration von Übersiedlern, Aussiedlern und Zuwanderern, für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Deshalb meine ich, dass wir die Bildungs-, Kultur- und Sportnation Deutschland sind und dass sich das auch im Grundsatzprogramm widerspiegeln sollte. Sport ist nicht bloß Freizeitbeschäftigung, sondern wichtiger vopolitischer Raum, und deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag 915 – „Bildungs-, Kultur- und Sportnation Deutschland“ in der Überschrift – zuzustimmen.

Außerdem bitte ich, den Antrag 1301 des Landesverbandes Baden-Württemberg vorzuziehen und auch inhaltlich über den Sport zu diskutieren. Ich kann nur an Sie appellieren: Unterstützen Sie den Sport!

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Herr Barthle!

Norbert Barthle: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Antrag von Klaus Riegert nachhaltig unterstützen und spreche für den Antrag A 921 des

Kreisverbandes Ostalb. Es geht zunächst einmal um die Überschrift des wichtigen Kapitels „Bildungs- und Kulturnation“. Wir meinen, hier muss es heißen: Bildungs-, Kultur- und Sportnation.

Denn wenn es in diesem Kapitel um Werte geht – gleich im ersten Satz ist die Rede davon, dass Bildung überragende Bedeutung für die Werte hat, die wir bewahren und erhalten wollen –, dann müssen wir uns immer vergegenwärtigen, dass gerade der Sport ein nahezu idealtypisches Paradigma für die Vermittlung von Werten ist. Dort geht es um Leistungsbereitschaft, Fairness und um soziales Miteinander, aber eben auch darum, individuelle Leistungsbereitschaft zu erproben und auszuleben. Ich glaube, das ist uns allen ein wichtiger Wert.

Wer daran zweifelt, dass Bildung und Sport etwas miteinander zu tun haben – offensichtlich haben einige in der Antragskommission daran gezweifelt –, der möge sich daran erinnern, dass in einigen Landesministerien zum Beispiel in Baden-Württemberg Bildung und Sport in ein und demselben Ministerium angesiedelt sind. Es gibt also einen Zusammenhang.

Ich will auch daran erinnern, dass gerade im Sportbereich besonders viel bürgerschaftliches Engagement und Integration stattfinden und sich viel ereignet, was die ganze Nation bewegt. Wer daran zweifelt, der möge die heutigen Tageszeitungen durchblättern, um zu sehen, welche Bedeutung dort der Sport einnimmt. Wer dann immer noch Zweifel hegt, der möge sich an das Sommermärchen vom vergangenen Jahr und an die Tatsache erinnern, dass Deutschland sich um weitere große Sportveranstaltungen, wie die Fußballfrauenweltmeisterschaft, die Olympischen Spiele in München 2018 und vieles mehr bemüht.

Ich glaube, wir dürfen uns nicht die Gelegenheit nehmen, in dieses wichtige Grundsatztprogramm auch den Sport angemessen aufzunehmen. Er darf kein Mauerblümchendasein führen, sondern muss an einer Stelle erscheinen, die seiner Bedeutung in dieser Gesellschaft gerecht wird. Ich bitte Sie alle, den Anträgen verschiedener Kreisverbände und des Landesverbandes Baden-Württemberg zuzustimmen, den Vorschlag der Antragskommission entsprechend abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Die Antragskommission wird vertreten durch Frau Kollegin Reiche.

Katherina Reiche, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Natürlich ist die Antragskommission wie die Antragsteller der Meinung, dass Sport nicht nur wichtig ist, sondern von nationaler Bedeutung für unsere Identität, für Integration, für Gesundheit, für all die Aspekte, die genannt wurden. Dennoch beschäftigt sich das Kapitel, um das es gerade geht, mit der Zukunft in unserer Wissensgesellschaft. Wir haben in der Antragskommission darüber diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass der Sport für die Bildung eine dienende Funktion hat. Weil wir aber wollten, dass der Sport besonders herausgehoben und gewürdigt wird, wurde in Kapitel 7 mit Ziffer 271 eine

Extraziffer eingefügt, die all die eben angesprochenen Aspekte in besonderer Form berücksichtigt. Insofern möchte ich Sie bitten, der Antragskommission in ihrem Votum zu folgen. – Vielen Dank.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat ihre Sicht dargelegt. Weitere Wortmeldung sehe ich nicht. Das Problem scheint mir auch klar zu sein. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das ist mir zu kompliziert; wir machen das jetzt noch einmal mit Aufstehen. Es geht schließlich um Sport. Insofern ist das nicht verkehrt. Ich bitte alle, die der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen – und zwar nur die –, aufzustehen und gleichzeitig die Karte hochzuheben. Durch die sportliche Übung ist es, glaube ich, klarer. Bitte nehmen Sie Platz.

Jetzt komme ich zum zweiten Teil. Ich bitte diejenigen, die der Antragskommission nicht folgen wollen, aufzustehen. Es ist zwar nett, dass Sie sich dort ballen, aber aus der Sicht des Präsidiums ist es eindeutig. Es ist zwar an dieser Stelle optisch eindrucksvoll, aber es ist trotzdem die Minderheit. – Der Sport wird nachher beraten.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 91, zu der ich keine Wortmeldungen habe. Wir kommen zur Ziffer 92 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 93 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 94 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 95 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 96 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 97 – keine Wortmeldung. Wir kommen zur Ziffer 98 – keine Wortmeldung.

Wenn es bis zur Ziffer 98 keine Wortmeldung gibt, dann würde ich in einem über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen lassen, und wir hätten dann insgesamt die Seiten 232 bis 256 abgehandelt. – Das scheint der Fall zu sein. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um Zustimmung. Das ist sicherlich die Mehrheit, aber ich frage sicherheitshalber trotzdem: Gibt es Gegenstimmen? – Prompt gab es zwei, aber es bleibt trotzdem die Mehrheit. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 99 auf. Dazu gehören die Seiten 256 bis 261. Ich erteile das Wort Herrn Minister Flath.

Steffen Flath: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Kultusminister in Sachsen und möchte jetzt versuchen, Sie zu verleiten, der Antragskommission in einem Punkt nicht zu folgen, und zwar aus folgendem Grund: Es ist zwar nicht verkehrt, was die Antragskommission vorschlägt, aber es entspricht im Großen und Ganzen bereits der Beschlusslage der Kultusministerkonferenz.

Wenn wir ein Grundsatzprogramm beschließen, das 15 Jahre Bestand haben soll, dann ist es, denke ich, wichtig, darin Ziele zu formulieren. Für ein solches Ziel möchte ich Sie gewinnen, nämlich bundeseinheitliche Abiturprüfungen.

(Teilweise Beifall)

Man könnte auch über bundeseinheitliche Realschulprüfungen diskutieren.

Für mich ist das eine Frage der Gerechtigkeit. Wir haben Kinder, Enkel oder Urenkel. Unser Abitur in Deutschland lässt sich mit einem Hürdenlauf vergleichen, bei dem wir in vielem vorschreiben, wie die Sportler zu trainieren haben, ob bei den Schulformen, der Zahl der Unterrichtsstunden oder der Lehrpläne. Das mag alles richtig sein. Aber im entscheidenden Wettkampf – im Abitur – legen wir dann die einzelnen Hürden auf ganz unterschiedliche Höhen.

Warum besteht unser Ehrgeiz im Föderalismus darin, die Prüfungen auf unterschiedlichen Niveaus abzuhalten? Wir machen noch etwas: Wir erlauben Abiturenten, ganze Hürden herauszunehmen. Eine Hürde heißt Physik, eine andere Chemie oder Biologie. Dann lassen wir die Abiturenten über die Hürden laufen und stoppen zum Schluss die Zeit. Mit dieser Zeit bewirbt man sich an einer Hochschule oder Universität, mit der Folge, dass die Abiturenten mit dem anspruchsvollsten Abitur, aber nicht unbedingt dem besten Notendurchschnitt, an der Universität hinten anstehen. Das kann doch nicht richtig sein.

(Teilweise Beifall)

Dann beschweren wir uns darüber, wenn die Quote der Studienabbrecher in einigen Studiengängen bis zu 40 Prozent beträgt, und zwar nicht, weil die Studenten meinen, sie hätten das falsche Studienfach gewählt; nein, sie merken, dass sie den in der Schule versäumten Unterrichtsstoff nicht in kürzester Zeit in der Universität nachholen können.

Um das zu ändern, schlage ich vor, dass wir Föderalismus in Zukunft so verstehen, dass wir einen echten Wettbewerb fördern. Das heißt, dass wir im Niveau vergleichbare Prüfungen stellen und den Weg zur Prüfung – über welche Schulform, was weiß ich nicht alles – im echten Föderalismus den Ländern überlassen. Aber ein Wettbewerb ist nur dann ein echter Wettbewerb, wenn das, was man misst, zum Schluss auf einer Höhe liegt.

Deshalb möchte ich Sie bitten – auch wenn es ein bisschen kompliziert ist, der Antragskommission zu widersprechen, ihre Empfehlungen abzulehnen und dann dem sächsischen Antrag 1021 Ihre Zustimmung zu geben. Darum bitte ich Sie.

(Teilweise Beifall)

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort erteile ich Roland Koch.

Roland Koch: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei allem Respekt vor dem Wissen eines Kultusministers muss ich an dieser Stelle sagen: Ich bin diametral anderer Auffassung als der Kollege Flath.

(Beifall)

Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir das im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm diskutieren. Es ist eine prinzipielle Frage, aber sie kommt nicht so einfach und gelassen daher, wie sie hier beschrieben worden ist. Um es vorweg zu sagen: Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir unter den Bundesländern Vergleichbarkeit und Wettbewerb herstellen. Es ist einer der großen Fehler der 70er- und 80er-Jahre gewesen, dass die Kultusminister das alle zusammen verweigert haben. Ich erinnere mich noch daran, als mir mein Freund Jürgen Rüttgers, als er Bundesbildungsminister war, eines Tages den Vertrag zeigte, den die deutschen Kultusminister mit der OECD geschlossen haben, in dem zu den Vorläufern von PISA stand: Es dürfen nur so viele Schulen in Deutschland getestet werden, dass es ausgeschlossen ist, eine Vergleichbarkeit der Bundesländer herzustellen.

Heute haben wir eine gegenteilige Situation. Wir testen intensiv, wir haben Partnerschaften unter den Ländern geschlossen. Annette Schavan aus Baden-Württemberg und die hessischen Kultusminister haben das eingeführt. Heute haben wir einen gemeinsamen Mathematiktest, um sicherzustellen, dass wir auf ein gemeinsames Niveau kommen. Wir haben inzwischen eine Verabredung der Kultusministerkonferenz, Bildungsstandards zu verabreden, die für alle gelten, weil wir wollen, dass Mobilität in dieser Gesellschaft nicht zu einem Risiko für Kinder wird.

Wer aber sagt, dass am gleichen Tag die exakt gleichen Prüfungsaufgaben überall in Deutschland geschrieben werden, der wird am Ende den Föderalismus im Bereich der Bildungspolitik beendet haben,

(Teilweise Beifall)

und zwar mit der biederen Logik, die dann auf dem nächsten Parteitag Thema wird. Wer die Fragestellungen des Abiturs verbindlich macht, der muss doch auch eine Einheitlichkeit der Lehrpläne bis ins letzte Detail herstellen. Es wäre doch unfair, mit unterschiedlichen Lehrplänen auf die Beantwortung der gleichen Fragen vorzubereiten. Wer die Einheitlichkeit der Lehrpläne und die Einheitlichkeit der Fragen hergestellt hat, der muss auch eine Verbindlichkeit der Stundentafel hergestellt haben. Es wäre doch unfair, mit unterschiedlichen Stundentafeln gleiche Lehrpläne und gleiche Fragen zu haben. Wer gleiche Stundentafeln, gleiche Lehrpläne und gleiche Abschlüsse hat, der muss zu einer einheitlichen Lehrerausbildung kommen und alle Unterschiede beseitigen. Wer am Ende einheitlich ausgebildete Lehrer, einheitliche Stundentafeln, einheitliche Lehrpläne und einheitliche Abschlüsse hat, der sitzt in der Kultusministerkonferenz unter dem Druck, eine einheitliche Organisation von Schulformen hinzunehmen, weil darüber die nächste öffentliche Debatte ausgelöst wird.

(Beifall)

Wir sollten uns einfach klarmachen, was wir in den letzten 25 Jahren daraus gelernt hätten. Wie wäre es denn in der Mitte der 70er-Jahre gewesen, wenn dieser Druck entstanden wäre? Übrigens möchte ich den sächsischen Kollegen sagen, dass sie ein ausgezeichnetes Schulsystem haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wären froh, wenn wir es an manchen Stellen hätten. Aber glauben Sie denn, in der Kultusministerkonferenz wäre Ihr Standard bundesweit als Grundlage eines nationalen Abiturs verabschiedet worden? Da verhandeln 16 Leute über die Fragen. Wer eine Nivellierung des deutschen Bildungssystems will, der muss genau diesen Weg gehen. Der wird nicht dafür sorgen, dass wir einige Bundesländer haben, die in Europa und in der Welt Spitze sind, stattdessen wird er ein Durchschnittsniveau haben.

(Teilweise Beifall)

Lassen wir uns nicht die Fesseln anlegen, im Wettbewerb um Inhalte zu sein. Lassen wir uns auch nicht die Fesseln anlegen, mit den Eltern in den Ländern darüber zu diskutieren, was unser Qualitätsmaßstab ist. Erzeugen wir nicht die Illusion, Bildung sei am besten, wenn sie über einen Kamm geschert wird.

Bitte machen wir uns auch klar: Föderalismus und Bildungspolitik hängen eng zusammen. Wir hätten heute in Deutschland einheitliche Gesamtschulen, wenn wir in den 70er-Jahren eine einheitliche Bildungspolitik in Deutschland gemacht hätten. Wir könnten gar nicht mehr nachprüfen, ob es in Bayern oder Baden-Württemberg ein besseres Schulsystem gäbe.

(Beifall)

Wer will, dass wir im Wettbewerb föderal aufgestellt bleiben, muss am Ende auch die Kröte der Konsequenz schlucken. Das ist genauso wie beim Mindestlohn. Jedes einzelne Argument ist zu 80 Prozent zustimmungsfähig. Nur die Summe der 80 Prozent zustimmungsfähigen Elemente führt am Ende zu einem System, das nach unserer Erfahrung und unserer Überzeugung weniger leistungsfähig ist als das, was wir zurzeit haben. Deshalb bitte ich Sie: Folgen Sie der Antragskommission. Tun Sie das nicht, weil es einfacher ist, sondern folgen Sie der Antragskommission, weil es sogar im Föderalismus komplizierter ist, weil es vielleicht nicht der letzten Meinungsumfrage dient, aber weil es für die Kinder besser ist, dass wir im Wettbewerb miteinander streiten, wer die beste Schulpolitik in Deutschland macht, und nicht über einen Kamm scheren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission erteile ich das Wort Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Es ist schon gesagt worden, dass ich für die Antragskommission rede. Ich glaube, die Antragskommission hat im Grundsatzprogramm die Grundsätze genannt, die in dem Zusammenhang wichtig sind. Ich füge hinzu: Diese Grundsätze sind heute noch nicht erreicht. Wir fordern im Text der Antragskommission die Vergleichbarkeit vor allem bei Abschlussprüfungen. Diese gibt es noch nicht, und deshalb ist es wichtig, dass von unserem Grundsatzprogramm auch Veränderungen in den 16 Ländern hin zu wirklicher Vergleichbarkeit ausgehen.

Zweitens. Manche sagen, dass es das Ende des Föderalismus ist, wenn wir überall die gleichen Prüfungen haben. Dazu muss man sagen: In der beruflichen Bildung ist das selbstverständlich, der Dachdecker wird im Süden genauso ausgebildet wie im Norden.

(Beifall)

Drittens ist die Vergleichbarkeit in der Tat eine Frage der Gerechtigkeit; denn es ist nicht gerecht, dass derjenige, der sein Abitur im Land x macht – ich nenne extra keine Ländernamen – Punkte bei der ZVS abgezogen bekommt im Vergleich zu einem Abiturienten aus einem anderen Land. Das kann nicht unsere Politik sein.

(Teilweise Beifall)

Deshalb bin ich davon überzeugt – das wissen auch alle –, dass zur nächsten Dekade Bildungspolitik in Deutschland gehört, dass es endlich Vergleichbarkeit und Mobilität gibt und dass wir uns damit auch auf der Ebene bewegen, die wir brauchen, weil wir schon jetzt alle von Mobilität in Europa reden. So, wie es jetzt ist, ist es ungerecht.

(Teilweise Beifall)

Der Weg dahin ist in diesem Text vorgezeichnet. Deshalb werbe ich für diesen Text. Die Auseinandersetzung wird weitergehen, und ich bin davon überzeugt: Die Christlich Demokratische Union wird diese Debatte so führen, dass es eine Debatte zur Stärkung des Föderalismus ist. Es geht um die Stärkung des Föderalismus, es geht nicht um neuen Zentralismus. Es geht um Gerechtigkeit im Bildungssystem. Es kann für den Zugang zur Universität nicht ausschlaggebend sein, aus welchem Bundesland ich komme. Darum geht es, dafür müssen wir uns einsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb werbe ich für einen Text, der heute beiden Anliegen gerecht wird, der aber faktisch bedeutet, dass es in den nächsten Jahren Veränderungen im Bildungssystem, vor allem mit Blick auf die Abschlüsse in sämtlichen Schularten, gibt. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Tanja Gönner, Tagungspräsidium: Wir haben in den letzten beiden Wortmeldungen die gesamte Bandbreite für das Votum der Antragskommission gehört. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse daher über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, bei dem im Übrigen der Antrag A 1004 in der Fassung der Antragskommission angenommen und der Antrag A 966 abgelehnt werden soll – insofern muss die Empfehlung ergänzt werden –, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen des sächsischen Landesverbandes mit großer Mehrheit so angenommen.

(Teilweise Beifall)

Über Sachsen hinaus, ich bitte um Verzeihung.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Ich rufe Ziffer 100 auf. Dort hat sich Herr Jörg Röder zu Antrag A 1036 gemeldet.

Jörg Röder: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Dankenswerterweise hat die Antragskommission sich mit unserem Antrag beschäftigt und versucht, ihn sinngemäß in die neue Formulierung mit einzubringen. Unser Antrag lautete:

„Die Lehrer müssen sich ihren Kernaufgaben widmen können. Deshalb muss bei Bedarf das Personal der Schulen um Verwaltungskräfte, Psychologen und Sozialpädagogen erweitert werden.“

Leider ist es nicht gelungen, unseren Antrag in Gänze sinngemäß einzubringen. Deshalb möchte ich darum bitten und dafür werben, dass Sie den Antrag der Antragskommission nicht ablehnen, aber um eine Erweiterung ergänzen und dann annehmen. Denn die neue Formulierung ist nur auf Lehrer bezogen und lässt die Lehrer allein. Wenn wir allerdings sagen, dass die Familie das Fundament unserer Gesellschaft ist, das Kindeswohl im Vordergrund steht und die Familie Verantwortung für das Kind übernehmen muss, dann müssen wir auch sagen, dass das Kindeswohl in der Schule ebenso im Vordergrund stehen muss. Wenn allerdings die Familie und aufgrund einer Überforderung auch die Lehrer nicht in der Lage sind, für das Kindeswohl einzustehen – das sind die Lehrer bei bester Ausbildung nicht; sie sind auch bei bester Ausbildung und Qualifizierung keine Psychologen oder Sozialarbeiter, und sie sollen es auch nicht sein –, dann sollten wir in dem neuen Text der Antragskommission am Ende folgenden Satz ergänzen – so schlage ich es Ihnen für den Landesverband Rheinland-Pfalz vor –:

„Bei Bedarf muss das Personal der Schulen um Verwaltungskräfte, Psychologen und Sozialpädagogen erweitert werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es klang schon an: Es gibt einen Bundeskanzler – die Bundeskanzlerin hat es in ihrer Rede heute Morgen anklingen lassen –, der mittlerweile auf der Gehaltsliste Russlands steht. Das ist der ehemalige Bundeskanzler Schröder, der in seiner politischen Laufbahn viel Unfug gesagt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Element des Unfugs, den er von sich gegeben hat, ist der Ausspruch: Lehrer sind alles faule Säcke. – Das sind sie nicht, von einigen schwarzen Schafen, die Ausnahmen darstellen, abgesehen. Aber sie müssen ihrer Kernaufgabe bei bester Qualifizierung gerecht werden können. Das können sie auch. Ich erinnere an die Rütli-Schule in Berlin und an viele andere Schulen, die extreme Probleme haben, was wir auch in den Medien haben wahrnehmen können. Mit solchen Problemen können die Lehrer in manchen Gebieten, besonders in Großstädten, nicht allein fertig werden. Dann sollen sie Unterstützung erfahren von Sozialpädagogen und Psychologen.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz zuzustimmen und den neuen Text der Antragskommission um diesen Passus zu ergänzen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir haben geklärt, dass die Antragskommission trotz des ausführlich begründeten Veränderungsbegehrs bei ihrem Votum bleibt, wahrscheinlich auch unter dem Gesichtspunkt, wie detailliert ein Grundsatzprogramm sein kann. Es geht hier, glaube ich, weniger um einen inhaltlichen Streit als um die Frage, wo etwas verortet wird.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Mit erkennbaren Gegenstimmen aus Rheinland-Pfalz im Übrigen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zu Ziffer 101. Keine Wortmeldungen. Wer der Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – So beschlossen.

Ziffer 102. Dazu habe ich zwei Wortmeldungen, zunächst von Herrn Uwe Schummer zu dem Antrag A 1072 und dann von Frau Ingrid Sehrbrock, ebenfalls zu diesem Antrag. – Herr Schummer.

Uwe Schummer: Es wäre undenkbar, dass die arabischen Länder ihre Erdölvorräte im Wüstensand versickern lassen oder dass die Südafrikaner ihre Goldnuggets in den Flüssen nicht ausschöpfen. Wir haben in Deutschland 1,3 Millionen Schulabgänger bis 29 Jahre, die überhaupt keine berufliche Qualifizierung erfahren haben. Wir haben eine Weiterbildungsquote, die bei 39, 40 Prozent liegt, weit unter der Quote von Österreich und den skandinavischen Ländern. Bei den älteren Arbeitnehmern haben wir eine Weiterbildungsquote von etwa 4 Prozent. Gleichzeitig haben wir, wie die Wirtschaftsinstitute uns vorrechnen, Verluste an Aufträgen von etwa 20 Milliarden Euro im Jahr, weil uns qualifizierte Arbeitnehmer fehlen. Von daher ist es richtig, dass die Weiterbildung eine permanente Aufgabe wird und dass wir, anders als im AFG, das 1967 in der ersten Großen Koalition von Hans Katzer mit eingeführt worden ist, auch die Selbstfinanzierungsanreize für Arbeitnehmer, Betriebe und letztendlich die Gesellschaft stärken. Als das Arbeitsförderungsgesetz 1967 eingeführt wurde, ging es um 100 000 Arbeitslose, die wieder integriert werden sollten. Heute geht es um 40 Millionen Erwerbstätige, die im Wettbewerb der Wissensgesellschaften permanent weiterqualifiziert werden müssen. Das heißt, dass wir in dem bildungspolitischen Teil unserer Grundsatzprogrammatik auch die Instrumente nennen sollten, die die Selbstfinanzierung anreizen. Wir könnten beispielsweise die Förderung des Bildungssparens aufnehmen, wie es in Antrag A 1072 des CDA steht. Das ist auch eine parlamentarische Aufgabe, die wir derzeit angehen: Lernzeitkonten als ein Instrument der Tarifpartner; neben Lohn, Freizeit und Vermögensbildung auch die Aufnahme von Qualifizierung, um zu mehr Differenzierung in der Tarifpolitik auch zu kommen; auch das Meister-BAföG, von der Union eingeführt, ist hier von Bedeutung. Wir brauchen ein Weiterbildungs-BAföG, das immer auch ein Thema der Union gewesen ist.

Aufstieg durch Bildung ist unser Motto; Leistung mit Qualifizierung wollen wir ermöglichen, Chancengerechtigkeit. Dieser Antrag A 1072 gehört mit in das Grundsatzprogramm.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Frau Sehrbrock. – Zurückgezogen? – Alles gesagt. Dann die Antragskommission. Frau Reiche.

Katherina Reiche, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Das Ansinnen der Antragsteller ist ohne Zweifel richtig. Alle Punkte, wie sie dort stehen, sind zu unterstreichen. Wir glauben nur, dass sie im Grundsatzprogramm zu detailliert sind, dass sie den Rahmen des Grundsatzprogramms etwas sprengen. Außerdem sind sie bereits in unseren Bildungspolitischen Leitsätzen aus dem Jahr 2001 umfänglich erhalten. Insofern möchte ich Sie, auch im Namen der Antragskommission, bitten, der Antragskommission zu folgen.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Von der hohen Parteiführung ist gerade niemand da. Aber kann man diesen Antrag nicht einvernehmlich zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand überweisen, um noch einmal über die Bildungsfrage zu sprechen?

(Vereinzelt Beifall)

Das Argument der Antragskommission ist doch richtig, dass das sehr detailliert ist. Aber das ist ein Punkt, der sehr viele interessiert, gerade in der Diskussion mit den Verbänden. Deshalb sollten wir noch einmal darüber reden. Wenn Sie einverstanden wären, dass wir das so machen, dann bleibt es beim Votum der Antragskommission, was das Grundsatzprogramm angeht, und ich nehme es auf meine Kappe, dass wir das an den Bundesvorstand weiterleiten.

(Beifall)

Wenn das so ist, dann frage ich jetzt, wer dem Antragskommissionsvotum zustimmt. – Gegenprobe! – Dann ist das so beschlossen.

Ich konnte mir das unter anderem deshalb leisten, weil wir jetzt einen relativ weiten Sprung nach vorne machen. Ich habe nämlich von der Ziffer 103 bis zur Ziffer 162 keine weiteren Wortmeldungen. Falls jemand in der nächsten Stunde sprechen wollte, muss er sich jetzt sehr konzentrieren; das wäre nämlich jetzt in der nächsten Minute. Sonst ist es vorbei. Wir sind dann am Ende auf der Seite 395. – Keine Wortmeldungen? Genug Nachdenkzeit? – Dann frage ich, wer die Empfehlungen der Antragskommission von Ziffer 103 bis Ziffer 162 akzeptiert und ihnen zustimmt; ich bitte um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. Bei so vielen Abschnitten ist das ein gutes Ergebnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 163 auf. Dazu gehören die Seiten 395 bis 399. Dazu hat sich Herr Dr. Rolf Koschorrek – ich hoffe, das ist richtig; es ist ein Bundestagskollege; ich bitte um Verzeihung, aber ich komme aus der Provinz – zu dem Thema der freien Berufe, Antrag A 1510, gemeldet. – Mikrofon Nr. 8, bitte.

Dr. Rolf Koschorrek: Herr Tagungspräsident! Ich komme auf den Antrag A 1510 zu sprechen. Die Bundesregierung hat vor wenigen Wochen die freien Berufe in den Ausbildungspakt aufgenommen. Freie Berufe sind – da sind wir uns, glaube ich, einig – ein sehr wichtiger Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft.

In der Ziffer 163 der Fassung der Antragskommission wird von dem Rückgrat unserer Wirtschaft gesprochen. Aus meiner Sicht sollte es auch von den freien Berufen gebildet werden dürfen. Diese fehlen aber in der dortigen Aufzählung. Ich hoffe, dass das nur ein redaktionelles Versehen ist, und bitte, dies entsprechend zu ändern. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Die Antragskommission in Gestalt des Generalsekretärs erklärt, dass Sie Recht haben und dass das deshalb von der Antragskommission übernommen wird, sodass wir dazu keine weiteren Wortmeldungen haben. Ich frage, wer der Ziffer 163 zustimmt. – Gegenprobe! – Ersteres war nicht nur die Mehrheit; das scheint vielmehr auch einstimmig zu sein. Dies ist so beschlossen.

Mir liegen jetzt wiederum keine Wortmeldungen zu den Ziffern 165 bis 175 vor. Das ist überschaubarer als vorhin. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die den Empfehlungen der Antragskommission folgen wollen, um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Ziffern 176 und 177, die wir zur gemeinsamen Beratung aufrufen. Das sind die Seiten 429 bis 433 sowie der Antrag A 2782 auf der Seite 2 der Sach- und Initiativanträge, die Ihnen als Tischvorlage verteilt worden sind. Dazu hat sich zunächst Karl-Josef Laumann gemeldet. Anschließend erhält Gerald Weiß das Wort.

Karl-Josef Laumann: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass in diesem Grundsatzprogramm auch eine Aussage zu dem Thema „Löhne und Lohnfindungen“ gemacht werden muss. Wir haben in dem Antrag A 1638 der CDA zunächst einmal die Aussage gemacht, dass wir der Meinung sind, dass die Löhne im Regelfall auch existenzsichernd sein müssen.

(Teilweise Beifall)

Der zweite Punkt ist, dass wir sehr deutlich machen, dass für die Lohnfindung in Deutschland die Tarifvertragsparteien zuständig sind. Auch wir wollen keinen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Aber wer nicht will, dass der Gesetzgeber hier tätig wird, muss dafür sein, dass die Tarifvertragsparteien schlicht und ergreifend ihren Job machen; denn es muss ja ein Instrument der Lohnfindung geben.

Der dritte Punkt dieses Antrages ist, dass wir der Meinung sind, dass der Staat in Ausnahmefällen diese Frage begleiten muss, indem er Tarifverträge für allgemeinverbindlich

erklärt und dann, wenn Druck aus dem Ausland besteht, in Ausnahmefällen den Schutz der deutschen Arbeitsplätze über das Entsendegesetz sicherstellt.

Ich glaube, dass dies, was wir hier vorschlagen, schlicht und ergreifend Selbstverständlichkeiten in einer Sozialen Marktwirtschaft sind, dass die Frage, wie die Lohnfindung in einem Land vonstatten geht, Millionen von Menschen interessiert und dass es in einer Sozialen Marktwirtschaft schlicht und ergreifend so ist, dass der Wettbewerb in der Regel über Qualität, Innovationen und Vertrauen stattfindet, aber nicht über die Beantwortung der Frage, wer den billigsten Arbeitnehmer findet.

Deswegen wäre ich dankbar, wenn unsere CDU, die Volkspartei der Mitte, an diesem Punkt eine klare Aussage treffen würde. – Schönen Dank.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Gerald Weiß.

Gerald Weiß: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Noch ein paar wenige Worte ergänzend zu dem, was Karl-Josef Laumann eben gesagt hat. Dies ist ein dreistufiger Antrag: Verbot sittenwidriger Löhne, keine allgemeingültigen gesetzlichen Löhne, aber tarifliche Löhne in den Branchen – und nur dort –, wo wir sie brauchen, weil es Lohndumpingprozesse und eine ruinöse Lohnkonkurrenz meist als Folge politischer Entscheidungen gibt, da wir sehr rasch die Grenzen zu Ländern geöffnet haben, die ein Fünftel unserer Durchschnittslöhne haben. Wir wollen die Tarifvertragsparteien in diesen Fällen – ich betone: nur in diesen Fällen – über das Entsendegesetz wettbewerbsordnend heranziehen, zu tariflichen Mindestlöhnen zu kommen. – Das ist die Stufe zwei.

Dann haben wir Bereiche, in denen es nicht mehr, noch nicht oder nicht ausreichend tarifliche Strukturen gibt, in denen wir nicht zu einer Tarifbindung von 50 Prozent kommen können, die wir voraussetzen, wenn wir den Weg über das Entsendegesetz gehen. In diesen Fällen wollen wir den Weg über das Mindestarbeitsbedingungsgesetz neu gestaltet und modernisiert gehen.

Wenn Sie sagen: „Mir kommen diese drei Stufen bekannt vor“, sage ich Ihnen: Das entspricht weitestgehend dem, was unsere unionsgeführte Bundesregierung sich in scharfem Kontrast zu dem und abweichend von dem vorgenommen hat, was die SPD für richtig hielt, nämlich einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir bitten Sie, für diese drei Stufen in dieser differenzierten Form zu votieren und unserem Antrag zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Michael Boddenberg, Landesverband Hessen.

Michael Boddenberg: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema, über das hier gerade diskutiert wird, hat uns heute schon an anderer Stelle intensiv beschäftigt. Sie kennen die unterschiedlichen Positionen dazu in unserer Gesellschaft. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem Antrag, so wie er jetzt von der Antragskommission vorgeschlagen wird, genau den richtigen Ton treffen; wenn ich das so sagen darf.

Sie sehen, dass in Ziffer 177 vorgeschlagen wird:

„Alle Bürger sollen Existenz sichernde Einkommen erzielen können.“

Wir sind der Meinung, dass dies die wesentliche Überschrift ist, aber der Weg dahin natürlich unterschiedlich gestaltet werden kann. Insofern haben wir mit dem Votum der Antragskommission deutlich gemacht, dass die Rahmenbedingungen für eine legale Beschäftigung auch von Geringqualifizierten in einfacher Arbeit mit entsprechend beschäftigungsfreundlichen Löhnen und Gehältern attraktiver gemacht werden müssen. Das heißt, wir plädieren dafür, dass Menschen ein Mindesteinkommen haben, dass es aber einen Marktpreis geben muss, der möglicherweise staatlich alimentiert werden muss.

Wir sind der Meinung, dass in einem Grundsatzprogramm die Nennung von Einzelmaßnahmen, wie das hier vorgeschlagen worden ist, eher unterbleiben sollte. Von diesem Parteitag sollte das klare Votum gegen flächendeckende Mindestlöhne, aber für ein Mindesteinkommen, das die Existenz sichert, gleichzeitig aber an einigen Stellen bedeuten kann, dass man staatlich alimentieren muss, ausgehen.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen? Antragskommission? – Bitte.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Liebe Freunde, wir sind uns ja im Ziel einig. Die Überlegung der Antragskommission war doch die, in einem Grundsatzprogramm nicht die Instrumente festzuschreiben. Ich will ein Beispiel dafür geben: Bis vor einem halben Jahr haben wir überhaupt nicht über das Instrument des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes diskutiert.

Wir sollten in einem Grundsatzprogramm jetzt nicht Instrumente festzuschreiben, die vielleicht in der jetzigen Situation richtig sind, die in neuen Situationen aber möglicherweise nicht mehr ausreichend sind. Deshalb ist es richtig, die Ziele festzuschreiben. Darüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Wir wollten aber ganz bewusst die Instrumente, die in dem Antrag A 1638 genannt werden, nicht in das Grundsatzprogramm aufnehmen. Ich wäre dankbar, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission Folge leisten würden.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Votum der Antragskommission zu den Ziffern 176 und 177 folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Karl-Josef akzeptiert, dass das die Minderheit war. Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe an dieser Stelle den Antrag 2782 des Kreisverbandes Hamburg-Eimsbüttel auf, der in der Antragsbroschüre nicht enthalten ist. Die Antragskommission hat Ablehnung dieses Antrags empfohlen. Sie empfiehlt nunmehr jedoch Überweisung an die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ von Dieter Althaus, weil die Regelung, auf die der Antrag abzielt, eigentlich dorthin gehört. Die neue Empfehlung der Antragskommission lautet also auf Überweisung. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Mehrheit.

Ich rufe nun die Ziffern 178 bis 191 auf. Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wenn dem nicht widersprochen wird, stelle ich die Empfehlungen der Antragskommission zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 192 auf. Die dazugehörigen Anträge finden Sie auf den Seiten 460 bis 462. Mir liegt eine Wortmeldung von Peter Weiß zu Antrag A 1756 vor.

Peter Weiß: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir beraten jetzt über das Kapitel, das etwas zur Rente und Alterssicherung beinhaltet. In dem Entwurf des Grundsatzprogramms wird richtigerweise festgestellt, dass wir – das war schon bei der Gesetzgebung in der Vergangenheit ein Ziel – mit dem, was für die Zukunft geplant ist, mehr Generationengerechtigkeit herstellen wollen. Wir wollen unsere Alterssicherung nicht nur auf der gesetzlichen Rente, sondern künftig auch auf zwei zusätzlichen starken Säulen, auf der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge und der betrieblichen Altersvorsorge, aufbauen. Die Konsequenz des Vorhabens von mehr Generationengerechtigkeit ist, dass das Niveau der gesetzlichen Rente für die Rentnerinnen und Rentner der Zukunft Schritt für Schritt absinken wird.

Der Entwurf des Grundsatzprogramms gibt aber keine Antwort auf die Frage, was das in Zukunft für die Menschen tatsächlich bedeuten wird. Wer weiß, dass das Niveau der gesetzlichen Rente sinkt, möchte gern wissen, wo er denn landet. Wenn jemand über ein langes Arbeitsleben fleißig Rentenversicherungsbeiträge bezahlt, möchte er sicher sein, dass er am Schluss nicht auf Grundsicherung, sprich in der alten Terminologie: auf Sozialhilfe angewiesen ist. Wenn wir gerade diejenigen, die Geringverdiener sind, ermuntern wollen, private Vorsorge zu treffen, was im Übrigen notwendig ist, müssen wir ihnen auch eine Antwort auf die Frage geben: Lohnt sich für mich diese private Vorsorge denn oder ist das, was ich an privater Vorsorge getroffen habe, nachher vielleicht weg, weil ich nicht besser wegkomme als jemand, der nicht privat vorgesorgt hat und im Alter Grundsicherung, sprich: Sozialhilfe, in Anspruch nimmt?

Deswegen müssen wir, wie ich finde, den Mut haben, in einem Grundsatzprogramm etwas dazu zu sagen, wo wir am Schluss dieses Veränderungsprozesses bei der Rente landen wollen.

Das kann nur heißen: Derjenige, der über ein langes Arbeitsleben fleißig Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hat, muss sicher sein, dass er nicht in der Sozialhilfe landet und dass seine Rente für ein auskömmliches Leben reicht. Sonst brauchen wir überhaupt keine Altersvorsorgepolitik mehr zu betreiben, wenn die Leute nicht mehr glauben, dass es funktioniert.

In dem Ihnen vorliegenden Antrag A 1756 schlägt die CDA vor, dass wir in das Grundsatzprogramm zumindest hineinschreiben, dass wir die Modelle, die z. B. mit einer Sockelrente ein Sicherungsniveau nach unten gewährleisten, ernsthaft prüfen wollen. Wir wollen damit gleichzeitig die Botschaft an die Menschen, die für ihr Alter ja vorsorgen wollen, richten: Wenn ihr etwas für eure Altersvorsorge tut, könnt ihr sicher sein, dass es bei der Rente ein Mindestniveau gibt, unter das wir denjenigen, der etwas für seine Altersvorsorge getan hat, nicht absinken lassen. Den Mut, dies im Grundsatzprogramm zum Ausdruck zu bringen, müsste die CDU aufbringen. Es sollte also nicht nur beschrieben werden, was ohnehin schon im Gesetzbuch steht.

Liebe Freunde, deswegen bitte ich Sie an dieser Stelle herzlich um den Mut, dem Votum der Antragskommission einmal zu widersprechen und den Antrag A 1756 anzunehmen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort – möglicherweise zur Unterstützung dieses Mutes – hat Christian Bäuml er.

Dr. Christian Bäuml er: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat bisher in der Rentenpolitik die richtigen Entscheidungen getroffen, schon vor der Rente mit 67, aber auch mit der Rente mit 67. Ich halte es auch für richtig, wenn die Antragskommission sich dafür einsetzt, dass die Höhe der Rente einen Bezug zu den Beiträgen haben soll. Es ergibt sich aber insofern ein gewisser Konflikt, als wir auch den Niedriglohnsektor fördern wollen. Wir sind der Auffassung, dass es sinnvoll ist, wenn Menschen mit geringer Qualifikation auch niedrige Löhne akzeptieren. Wenn wir die Rente beitragsorientiert organisieren, ist es so, dass die meisten Menschen mit einem Einkommen von weniger als sieben Euro pro Stunde kaum eine Rente bekommen werden, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Das heißt, gerade Menschen, die auch gering bezahlte Arbeit annehmen, haben das Problem, dass ihnen Altersarmut droht. Darauf will der Antrag der CDA hinweisen. Er will die Möglichkeit eröffnen, sich damit auseinanderzusetzen, auch neue Wege zu beschreiten, damit es sich wirklich lohnt, wenn man in Deutschland – auch für wenig Geld – arbeitet. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission hat Frau Widmann-Mauz das Wort.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Delegierte! Wir haben unter Ziffer 192 eine klare Aussage dazu getroffen, dass wir den Beitragsbezug in der Rentenversicherung und damit auch den Leistungsbezug in der Zukunft erhalten wollen. Wir sagen in der nächsten Ziffer auch klar, dass die Rentenversicherung mehr als ein Instrument zur Armutsvermeidung ist. Die von den Antragstellern angestrebte Lösung des Modells einer Sockelrente hat die CDU Deutschlands bereits in mehreren Kommissionen geprüft, unter anderem in der Herzog-Kommission. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat dazu ein großes Gutachten in Auftrag gegeben. Bei diesem Modell bleiben sehr viele Fragen ungeklärt. Auch dieses Modell kann die demografischen Probleme in unserem Land nicht mildern und nicht verändern. Bei diesem Modell ergibt sich eine Finanzierungslücke, die wir nicht schließen können. Eine Schließung dieser Lücke würde zu erheblichen Belastungen für den Bundeshaushalt führen. Klar ist auch, dass ein solches Modell nicht den Eigentumsschutz gewährleistet, wie wir ihn im heutigen System haben.

Deshalb können wir dieses Modell nicht empfehlen. Prüfaufträge passen nicht in ein Grundsatzprogramm. Deshalb plädiert die Antragskommission für die Beibehaltung der Ziffer wie vorgeschlagen.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen, aber nicht sehr vielen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich möchte gerne einen Hinweis zur Geschäftslage geben. Wir haben für den verbleibenden Teil des Grundsatzprogramms noch circa zwölf Wortmeldungen vorliegen. Das bedeutet vom Ablauf des Zeitplans her, dass das Präsidium davon ausgeht, dass wir die Ankündigung, die Christian Wulff heute Morgen gemacht hat, verwirklichen können und den Teil der sonstigen Anträge noch heute Abend aufrufen werden, auch mit Rücksicht darauf, dass morgen früh zu einer sehr schwierigen Zeit für alle Anträge insgesamt 20 Minuten geplant sind. Uns erscheint es nicht sehr fair, angesichts einiger möglicher Diskussionen die Zeit jetzt nicht zu nutzen. Ich sage das allen ausdrücklich, die sich auf das Kapitel „Sonstige Anträge“ aus irgendeinem Grunde kaprizieren. Nach dem Abschluss der Grundsatzprogrammberatungen werden wir, wie der Stand der Dinge im Augenblick ist, Ihnen noch einige weitere Punkte der Tagesordnung zumuten.

Ich rufe jetzt die Beratung der Ziffern 192 bis 196 auf. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Votum der Antragskommission. – Gegenprobe! – Es ist eine Mehrheit ohne Gegenstimmen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über Ziffer 197. Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Marcel Philipp zum Antrag A 1790 vor. – Bitte sehr, Herr Philipp.

Marcel Philipp: Frau Vorsitzende! Hohes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Reform der Pflegeversicherung lenken, die in der Ziffer behandelt wird. Ich glaube, inhaltlich sind wir uns alle einig. Es geht im Grundsatz darum, von der Umlagefinanzierung wegzukommen, hin zu einem kapitalgedeckten Verfahren. Das hat auch die Bundesvorsitzende heute Morgen gesagt. Hier gibt es sicherlich wenig Diskussionsbedarf. Die Gründe sind klar. Wir haben gerade in der Pflegeversicherung die demografische Entwicklung zu beachten, die uns große Probleme bereiten wird. Bei Beitragssätzen von rund 2 Prozent geht es noch um ein relativ überschaubares Finanzvolumen in der Pflegeversicherung. Insofern ist das ein guter Ansatzpunkt für eine Systemumstellung.

Die Formulierung im Entwurf ist problematisch, weil sie widersprüchlich ist. Ich möchte das kurz erläutern. Der Satz in Ziffer 197 beginnt damit, dass wir die umlagefinanzierte soziale Pflegeversicherung zukunftsfähig machen wollen, indem wir sie durch kapitalgedeckte Elemente ergänzen und im weiteren Verlauf durch diese ersetzen. Das hat zur Folge, dass der erste Teil des Satzes dem zweiten Teil schlicht widerspricht. Ich glaube, es gäbe kein gutes Bild ab, wenn wir diesen Widerspruch so stehen ließen. Wir haben ursprünglich eine etwas umfangreichere Änderung beantragt. Ich schlage aber als Kompromiss vor, eine winzige redaktionelle Änderung vorzunehmen, die das Problem ebenso lösen würde. Wenn wir nur das Wort „umlagefinanziert“ im ersten Teil des Satzes in den zweiten Teil des Satzes verschieben würden, würde der Satz heißen:

„Um die soziale Pflegeversicherung auf eine zukunftsfähige Finanzierungsbasis zu stellen, soll die Umlagefinanzierung stufenweise um solidarische Prämienelemente ergänzt und baldmöglichst durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt werden.“

Die Änderung bestünde in einem einzigen Wort. Ich bitte die Antragskommission, diese Änderung anzunehmen. Ich glaube, dann hätten wir das Problem des inneren Widerspruchs vom Tisch. – Danke.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Frau Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Delegierte! Auch an dieser Stelle müssen wir feststellen, dass der Umbau der sozialen Sicherungssysteme hin zu leistungsgerechten Systemen, die demografiefest sind, nicht in einem Zug zu schaffen ist. Wir haben dies bei den Reformen sowohl der Krankenversicherung als auch der Pflegeversicherung in den letzten Jahren erfahren. Deshalb glauben wir: Wer das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen will, muss sie mitnehmen. Man darf die Belastungen nicht verschweigen. Deshalb schlagen wir Ihnen diesen zweistufigen Vorgang vor: zuerst die Umstellung auf solidarische Prämienelemente und dann eine kapitalgedeckte Finanzierung, die wir dringend brauchen, um zu Gene-

21. Parteitag der CDU Deutschlands

149

rationengerechtigkeit und einer Sicherung der eigenen Anwartschaften zu kommen. Dies ist sachgerecht und hilft uns, in der Gesetzgebung das Ganze im Interesse der Menschen umzusetzen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat sich dafür ausgesprochen, es bei dem vorgeschlagenen Text zu belassen. – Bitte, Herr Philipp.

Marcel Philipp: Herzlichen Dank. Sie haben Recht, wenn Sie sich auf unseren ursprünglichen Antrag beziehen; denn dort war die Übergangsregelung etwas anders formuliert. Mir geht es ja nur darum, dem Satz wieder die Logik zurückzugeben. Das ist eine ganz andere Grundlage. Ich möchte, dass der Satz in sich schlüssig wird. Ich glaube, die Antragskommission könnte sich der Änderung eines einzigen Wortes durchaus anschließen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Man muss zwar auch bei der Änderung eines einzigen Wortes aufpassen. Aber da es in der Tat um die Logik geht, schlägt das Parteitagspräsidium unter Zustimmung der Antragskommission vor, diesen Vorschlag anzunehmen und das Votum der Antragskommission entsprechend zu verändern. – Dazu gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Wer mit diesem weiterentwickelten Votum der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Ziffern 198 bis 201. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffern 202 und 203. Das ist ein Diskussionspunkt. Zu Ziffer 203 meldet sich Herr Michael Weber. Es geht um den Antrag A 1821. – Herr Weber, bitte.

Michael Weber: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Laufe der Diskussion einige Male über das Thema Subsidiarität gesprochen. Am Thema der Arbeitsmarktpolitik haben wir in Bielefeld sehr deutlich herausarbeiten können – ich habe das bereits am 16. Oktober auf der Regionalkonferenz in Essen betont –, dass die kommunale Arbeitsmarktpolitik ein ganz entscheidender Faktor ist, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Förderung und Eingliederung von behinderten Menschen in den Arbeitsmarkt durchzuführen. Genau darauf bezieht sich unser Antrag A 1821:

„Die kommunale Arbeitsmarktpolitik muss wieder deutlich in Verantwortung und Mitbestimmung gestärkt werden. Erfahrungen haben gezeigt, dass die auf die Regionen abgestimmten und zugeschnittenen Maßnahmen zur Förderung und Forderung der betroffenen Menschen am erfolgreichsten sind.“

Im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung haben wir deutlich mitbekommen, wie Kompromisse sich zum Nachteil der beteiligten Menschen – ich spreche insbesondere von denjenigen, die von Argen oder Optionsgemeinden betreut werden – und der beteiligten kommunalen Ebene auswirken können. Ich glaube, wir sollten diesbezüglich eine Stärkung der Arbeitsmarktpolitik herbeiführen. Ich hoffe, dass wir das in das Grundsatzprogramm einbringen können. Ich bin der festen Überzeugung – das gilt für Bielefeld insgesamt –, dass durch diese Postulierung im Grundsatzprogramm deutlich wird, was wir bezüglich dieses sensiblen und wichtigen Themas der Arbeitsmarktpolitik unter Subsidiarität verstehen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag A 1821. – Danke schön.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die Antragskommission dazu. Frau Widmann-Mauz, bitte.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Auch das Anliegen des Antrages A 1821 ist sehr zu begrüßen. Diesem Antrag könnten wir uns eigentlich anschließen. Allerdings passt dieser Teil nicht in die Systematik dieser Ziffer; denn wir beschränken uns hier schwerpunktmäßig auf die Arbeitslosenversicherung im engeren Sinn und nicht auf die Arbeitsmarktpolitik im weiteren Sinn. Wir wären aber bereit, das Votum der Antragskommission dahingehend zu ändern, dass wir die Empfehlung von einer Ablehnung in eine aus systematischen Gründen gebotene Nichtbefassung umwandeln. Ich glaube, das wäre sachgerecht. Wir wollen das nicht ablehnen. Im Grunde ist das Anliegen berechtigt, aber es passt an dieser Stelle nicht in den Text des Grundsatzprogrammes.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Idee der Antragskommission war, das an dieser Stelle nicht aufzunehmen, den Antrag aber als politisches Material an den Bundesvorstand zu überweisen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich um Ihre Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist dieser Vorschlag angenommen. – Herzlichen Dank.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen zu den Ziffern 204 bis 269. Dazu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wer diesem Antragszusammenhang im Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu den Ziffern 270 und 271. Dazu gibt es eine Reihe von Wortmeldungen. Ich rufe zuerst den Kollegen Klaus Riegert, danach den Kollegen Eberhard Gienger, danach den Kollegen Norbert Barthle. Ich bitte die drei Redner, nun anzutreten. Klaus Riegert, bitte.

Klaus Riegert: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen die Antragskommission und die Kollegin Reiche beim Wort nehmen. Sie hat gesagt, dass sie den Sport auch inhaltlich unterstützen will. Die Sätze, die im Grundsatzprogramm formuliert wurden, sind uns

aber zu knapp. Der Kampf gegen Doping ist nicht enthalten. Die Nachwuchsförderung, die Eliteschulen des Sports, die Förderung durch die Wirtschaft und unser Einsatz für den Sport im Rahmen der Bundeswehr, des Zolls und der Bundespolizei, durch den wir die Spitzensportler in die Lage versetzen, international spitze zu bleiben, fehlen. Deshalb schlage ich vor, dass wir den Antrag A 1301 von Baden-Württemberg anstelle des Vorschlags der Antragskommission beschließen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Eberhard Gienger, bitte.

Eberhard Gienger: Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den Worten von Klaus Riegert uneingeschränkt folgen. Ich schlage vor, den Antrag A 1301 statt des Antrages des Bundesvorstandes A 2273 zu beschließen. Der Sport ist mehr, als in diesen Zeilen zum Ausdruck kommt. Die Sportvereine in Deutschland haben insgesamt 27 Millionen Mitglieder. Das entspricht ungefähr einem Drittel unserer Bevölkerung. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass man das nicht mit drei oder vier Sätzen abtun kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben festgestellt, dass die Werte des Sports wichtig sind – Fairness –, dass die Sportler in unserem Land Sympathieträger sind, dass der Sport ein Integrations- und ein Wirtschaftsfaktor ist. Breiten-, Leistungs- und Spitzensport werden gefördert. Die Sportstätten und damit die Infrastruktur sind angesprochen worden. Nicht zuletzt ist das Thema Ernährung und Bewegung zu nennen. Gerade in einer Zeit, in der sich unsere Kinder zu wenig bewegen, sollte darauf großes Augenmerk gelegt werden. Klaus Riegert hat auch das Thema Doping angesprochen. Das ist nicht nur im Spitzensport, sondern auch im Breitensport von Bedeutung. Wir müssen Doping insgesamt bekämpfen. Aus diesen Gründen werbe ich sehr dafür, dem Antrag von Baden-Württemberg stattzugeben und statt dem Wortlaut im Antrag A 2273 unseren Wortlaut in Antrag A 1301 einzusetzen. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Kollege Norbert Barthle, bitte.

Norbert Barthle: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte das, was meine Vorredner vorgetragen haben, nachhaltig unterstützen. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Antragskommission zu. Der Antrag der Antragskommission soll durch den Text des Antrages A 1301 – das ist der Text, den der Landesverband Baden-Württemberg vorge schlagen hat – ersetzt werden.

Liebe Freunde, die Union stellt erfolgreiche Sportminister, beispielsweise Wolfgang Schäuble, und Angela Merkel sammelt bei vielen Sportgroßereignissen für uns Sympathiepunkte, tritt sympathisch auf. Auch unsere Landessportminister sammeln für uns immer wieder Punkte.

Angesichts dessen dürfen wir es nicht zulassen, dass der gesellschaftlich wichtigen Funktion des Sports in unserem Grundsatzprogramm nur vier Sätze gewidmet werden, die in der Diktion auch noch von Franz Müntefering stammen könnten. Ich meine, wir müssen unseren Protagonisten die Basis bieten, die sie verdient haben, die notwendig ist, damit wir auch künftig in diesem Bereich sympathisch auftreten können. Stimmen Sie bitte unseren Vorschlägen zu. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die starken Argumente haben Antragskommission und Tagungspräsidium überzeugt.

(Teilweise Beifall)

Dazu fühlten wir uns schon rein sportlich verpflichtet. Wir schlagen Ihnen daher vor, das Votum der Antragskommission dahingehend abzuändern, dass der Antrag A 1301 entsprechend dem Votum eingebaut wird. Wer diesem veränderten Votum der Antragskommission seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um die Stimmkarte. – Wer stimmt dagegen? – Drei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Dann ist das in dieser Form so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 272 bis 291. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission für die aufgerufenen Ziffern seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Dann ist das bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen nun zu einem Diskussionspunkt zu Ziffer 292 auf den Seiten 631 bis 633. Zum Antrag A 2406 spricht Oliver Friederici, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle sind für Bürokratieabbau. Es sollte nur etwas konkreter sein. Diese Formulierung erscheint uns etwas windelweich. Ziel unseres Änderungsantrages ist es, konkrete Beispiele und Forderungen zum Bürokratieabbau festzuschreiben. Das tut uns nicht weh. Wir sollten uns beispielsweise trauen – erstens –, mit einer Überprüfung bestehender Vorschriften zu beginnen und – zweitens – von Wirtschaftsverbänden, Universitäten und Gewerkschaften externen Sachverstand einzuholen. Darum bitte ich Sie. Ich denke, das wird uns nicht schwer fallen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Die Antragskommission zu diesem Votum? – Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen – Wer ist dagegen? – Bei ungefähr 25 Gegenstimmen und Enthaltungen? – zwei Enthaltungen ist das so angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 293 bis 323. Dazu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission für diese Zifferngruppe zustimmen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zu einem Diskussionspunkt, zu Ziffer 324 des Grundsatzprogramms. Dr. Rößler möchte zum Thema Türkei das Wort ergreifen. – Herr Dr. Rößler.

Dr. Matthias Rößler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte erneut den Antrag des Landesverbandes Sachsen zur Türkei einbringen, Antrag A 2621. In dem Vorschlag der Antragskommission finden wir uns nur zur Hälfte aufgehoben. Wir möchten eine klare Aussage, die nicht bei der Privilegierten Partnerschaft mit der Türkei stehen bleibt, und bitten Sie, den Text der Antragskommission im letzten Satz, der da lautet: „Wir halten eine Privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei für die richtige Lösung“ durch den Text unseres Landesantrags: „Wir streben eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei an und lehnen deren Beitritt zur Europäischen Union ab“ zu ersetzen.

(Teilweise Beifall)

Wir verlangen ja immer, dass die Politik klare Aussagen macht. Ich meine, das sollten wir auch in diesem Fall tun. Das, was der Landesverband Sachsen hier beantragt hat, entspricht unserem Wahlprogramm und der mehrheitlichen Meinung in unserer Partei und in der Bevölkerung. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ronald Pofalla für die Antragskommission, bitte.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Liebe Freunde, da jeder weiß, worüber wir reden, brauche ich keine großen Argumentationslinien aufzuzeigen. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass das, was die Antragskommission hier vorschlägt, eins zu eins der Beschlusslage auf dem Dresdner Bundesparteitag entspricht. Meine Bitte wäre, bei dieser Linie auch beim Grundsatzprogramm zu bleiben. Das, was wir in Dresden beschlossen haben, soll wortgleich in den Text des Grundsatzprogramms aufgenommen werden. Ich bitte Sie ausdrücklich, dieser Empfehlung zu folgen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ronald Pofalla. – Da der Antragsteller gesagt hat, dass er schon zur Hälfte mit dem Votum der Antragskommission glücklich ist, was schon eine ganze Menge ist, stelle ich das jetzt zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, so wie es der Generalsekretär vorgetragen hat, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei etwa 70 Gegenstimmen und – Enthaltungen? – sieben Enthaltungen ist das so angenommen.

Wir kommen dann zur Ziffer 325. Wer Ziffer 325, zu der keine Wortmeldung vorliegt, in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Dann kommen wir zu den Ziffern 326 und 327. Zur Ziffer 326 möchte Jochen Richter von unserem Auslandsverband Brüssel noch einmal das Wort ergreifen.

Jochen Richter: Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tagungspräsident! Wir haben gerade eine sehr klare Aussage im Verhältnis zur Türkei getroffen. Ich bitte, noch einmal daran zu erinnern, dass uns schon auf dem letzten EVP-Kongress mehrere unserer europäischen Partner gefragt haben: Was ist das denn eigentlich?

Die CDU wird natürlich die nächsten Europawahlen, die wenige Monate vor der Bundestagswahl stattfinden werden, gewinnen. Aber wir werden bei der Entscheidung, ob irgendwann die Türkei oder weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitreten oder nicht, andere europäische Partner mitnehmen müssen. Dann sind wir in der Bringschuld, zu definieren, was diese Privilegierte Partnerschaft ist. Das haben wir bis heute nicht getan. Im Übrigen hat uns das auch Nicolas Sarkozy in Rom auf dem letzten EVP-Gipfel gefragt.

Wir müssen auch die Frage beantworten: In welchem Verhältnis steht dieses Partnerschaftsmodell zur derzeitigen Nachbarschaftspolitik der EU? Wir müssen uns darüber hinaus die Frage stellen: Wollen wir diese Frage, dieses alternative Modell zu einer Vollmitgliedschaft nur auf die Türkei gemünzt sehen? Muss sie nicht breiter beantwortet werden? Die entscheidende Frage, Frau Bundesvorsitzende, lieber Herr Peter Hintze, ist doch: Glauben wir als CDU noch an die politische Union? Steht für uns die Vertiefung zuerst, und kommt dann die Erweiterung? Kann das, was heute Morgen gesagt worden ist, nämlich dass beides im Gleichschritt gehen muss, wirklich funktionieren in einer Gemeinschaft, die heute 27 und vielleicht in Zukunft noch mehr Mitglieder hat?

Ich würde mich freuen, wenn der Bundesvorstand dies in den entsprechenden Gremien beraten könnte. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke. – Das Wort für die Antragskommission hat Elmar Brok.

Elmar Brok, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Herr Richter hat Recht, aber er hat nicht darauf geachtet, dass wir dieses Problem schon in Ziffer 325 behandelt haben. In Ziffer 325 haben wir ausdrücklich auf den Zusammenhang zwischen der Vertiefung der Europäischen Union und dem Erweiterungsprozess hingewiesen. Hier steht der Satz:

„Assoziierungsverträge und besondere Partnerschaften sowie multilaterale Kooperationsmodelle wie der Europäische Wirtschaftsraum können als Zwischenschritte oder auch als dauerhafte Lösungen vereinbart werden. Nur europäische Staaten können der Europäischen Union beitreten.“

Das ist vom Inhalt her nahezu dasselbe wie das, was Sie in Ihrem Antrag vorschlagen. Aus diesem Grund meine ich, dass der Antrag bereits durch die vorherige Ziffer erledigt ist.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Elmar Brok. – Wer sich der Auffassung der Antragskommission anschließen kann, so wie Elmar Brok sie hier vorgetragen hat, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei einigen Gegenstimmen und – wer enthält sich? – zwei Enthaltungen ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu den Ziffern 328 bis 355. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission für diese Zifferngruppe seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zum Thema „Wehrpflicht, Dienstpflicht“ und rufen den Antrag A 2730 auf. Er wird gerade zurückgezogen, noch rechtzeitig. Dann können wir bis Antrag A 2766, also bis zu den nachgereichten Anträgen zum Grundsatzprogramm, die Restanträge verabschieden. Wer den Restanträgen zum Grundsatzprogramm zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind wir am Schluss der Antragsberatung zu diesem Punkt.

Wer dem Grundsatzprogramm – Kommt das jetzt nicht? – Entschuldigung. Das Wort hat unsere Vorsitzende.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Im Prinzip war Peter Hintze schon auf dem richtigen Weg. Wir sind jetzt am Ende der Beratungen angelangt, und ein hartes Stück Arbeit liegt hinter uns. Noch einmal ein herzlicher Dank an diejenigen, die 2400 Anträge gestellt haben! Das zeigt, dass die Partei, die Christlich Demokratische Union, wieder einmal – wir haben im Film Helmut Kohl beim ersten Grundsatzprogramm gesehen – durch alle Ebenen hindurch – die Ortsverbände, die Kreisverbände und dann hier auf dem Bundesparteitag – intensiv über dieses Grundsatzprogramm diskutiert hat. Wir haben Ihre Anregungen, soweit uns das möglich war, in den Entwurf des Grundsatzprogramms aufgenommen. Wir haben aus den Regionalkonferenzen gelernt, was die Partei bewegt. Deshalb möchte ich allen danken, die daran mitgewirkt haben, natürlich auch der Grundsatzprogrammkommission, allen Mitgliedern und in ganz besonderer Weise Ronald Pofalla als dem Chef der Grundsatzprogrammkommission.

(Beifall)

Sie können sich sicher vorstellen: 2400 Anträge in diese Form zu bringen, das war eine ziemliche Arbeit, an der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses, allen voran Herr Stroppe, intensiv mitgewirkt haben. Auch dafür von meiner Seite und sicherlich auch von Ihrer ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Wir wollen mit diesem Grundsatzprogramm Antworten geben, Antworten auf die neuen Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Jede Generation einer Volkspartei hat Verantwortung zu übernehmen. Unsere Verantwortung liegt in der Globalisierung und darin, wie wir sie für unser Land so gestalten, dass die Menschen Vorteile davon haben und die Chancen nutzen können. Unsere Herausforderung liegt im demographischen Wandel. Unsere Herausforderung liegt in der Bewahrung der Schöpfung einer immer enger zusammenwachsenden Welt. Unsere Herausforderung liegt in dem Zusammenwachsen von innerer und äußerer Sicherheit.

Wir wollen mit diesem Programm Antworten geben, Menschen Richtung geben, zeigen, was sich bewährt hat und was wir verändern wollen. Deshalb sind wir jetzt an dem Punkt angelangt, wo wir, die Delegierten des 21. Parteitages der Christlich Demokratischen Union, über das dritte Grundsatzprogramm in der Geschichte unserer Partei abstimmen wollen, und dazu würde ich gerne jetzt wieder dem Tagungspräsidenten das Wort geben.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel!

Wir kommen jetzt zu einem der Höhepunkte des Parteitages, nämlich zur Beschlussfassung über das neue Grundsatzprogramm unserer CDU Deutschlands. Wer der jetzt vorgelegten Fassung, die durch die Einzelabstimmungen Bestätigung gefunden hat, seine Zustimmung geben will, der möge die Stimmkarte nach oben halten. – Wer stimmt gegen das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands? – Wir sehen im Moment 1 Gegenstimme. Oder war es ein Versehen? Die Delegierte sagt, die Karte war noch oben, um besonders deutlich die Zustimmung zu zeigen.

Gibt es also Gegenstimmen gegen das Grundsatzprogramm? – Wir sehen im Moment keine. Entschuldigung, jetzt haben wir gehört, es ist bei 1 Gegenstimme geblieben. Wir können von hier oben sehen, dass das durch Nicken bestätigt wird.

Wer möchte sich der Stimme enthalten? – Wir sehen keine Enthaltung, oder? Es ist über die Entfernung in dieser Messehalle nicht ganz einfach. Wo ist eine Enthaltung? – Hinten sind 2 Enthaltungen. Dann ist das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mit an die 1000 Stimmen beschlossen.

(Anhaltender Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland, das ist das Fundament, von dem aus wir jetzt in großer Einigkeit und in großer Gemeinsamkeit unsere politische Arbeit fortsetzen können. Die große Einigkeit in den Grundsätzen unserer Partei zeigt: Wir haben ein festes Fundament. Das schließt nicht aus, dass wir uns in den einzelnen politischen Fragen auch wieder intensiv auseinandersetzen; denn selbst bei gleichen Grundsätzen kann man im Detail zu unterschiedlichen Antworten

gelangen. Aber eines hat uns immer ausgezeichnet: Die Debatte hat uns insgesamt als Partei nach vorn gebracht, weil die Christlich Demokratische Union eine Partei ist, die nicht Gräben schafft, sondern Gräben überwindet,

(Vereinzelt Beifall)

eine Partei, die nicht Brücken zerstört, sondern Brücken baut. Wenn wir in diesem Geist unsere Debatten fortführen, gemeinsam mit unserer Schwesterpartei, der CSU, dann werden wir die starke Kraft der Mitte sein, die den Menschen Freiheit und Sicherheit gibt. Genau das wollen wir. Herzlichen Dank für diese Debatte!

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Die außerordentlich große Disziplin aller Delegierten ist gerade schon gelobt worden. Deswegen hoffe ich auch, dass wir weiter Zustimmung dazu haben, dass wir noch einige Anträge vorziehen und heute Abend behandeln. Das gibt morgen ein bisschen mehr Luft.

Roland Koch hatte darauf hingewiesen, dass wir gerne noch in die Anträge sonstiger Art unter Tagesordnungspunkt 19 und gegebenenfalls auch in den Tagesordnungspunkt 16 heute Abend einsteigen möchten. Wir kommen also zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

SONSTIGE ANTRÄGE BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Sie finden diese Anträge in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission, Band III, auf den Seiten 752 bis 769 sowie in der Sammlung der Initiativanträge und Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 6 bis 9. Sie sind gekennzeichnet mit dem Buchstaben D.

Ich rufe den Antrag D 1 auf. Es ist ein Antrag der Mittelstandsvereinigung. Sie finden diesen Antrag „Organspende rettet Leben“ auf Seite 752 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission; die finden Sie auch auf Seite 752.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer stimmt der Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist mit breiter Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 2 auf, ebenfalls von der Mittelstandsvereinigung, ebenfalls auf Seite 752 der Antragsbroschüre. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Empfehlung der Antragskommission ist bei wenigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen, der Antrag also abgelehnt.

Wir kommen zu D 3, Antrag der Mittelstandsvereinigung, Seiten 752 und 753 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt hier die Annahme in der Fassung der Antragskommission, ebenfalls Seiten 752 und 753 der Antragsbroschüre. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist bei wenigen Gegenstimmen mit breiter Mehrheit so beschlossen.

Antrag D 4 der Mittelstandsvereinigung ist auf Seite 753 der Antragsbroschüre zu finden. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Da keine Wortmeldung vorliegt, lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu D 4 abstimmen. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag einstimmig an die Bundestagsfraktion der CDU und der CSU überwiesen.

Antrag D 5 auf den Seiten 754 bis 757 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann lasse ich über die Empfehlung abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Antrag D 6 der Mittelstandsvereinigung. Sie finden den Antrag auf Seite 757 der Antragsbroschüre. Hier ist Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission gewünscht. Es liegt eine Wortmeldung von Herbert Reul aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor. Herbert Reul hat das Wort.

Herbert Reul: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Bei so vielen Anträgen kurz vor dem Niedersachsenabend ist es sehr schwer, sich zu Wort zu melden, um den Versuch zu unternehmen, etwas zu korrigieren. Aber ich habe eine Bitte. Wenn Sie diesen Antrag lesen, dann stellen Sie fest, dass die Antragskommission Annahme empfiehlt, aber mit einigen Änderungen. Eine Änderung verstehe ich nicht, aber vielleicht ist es nur ein Versehen. Im Antrag der Mittelstandsvereinigung steht, dass wir für den Einsatz von erneuerbaren Energien eintreten. Aber der Satz „Ihr Einsatz muss jedoch technologieoffen und wirtschaftlich sinnvoll sein.“ soll nicht angenommen werden. Das verstehe ich nicht. Wie kann die CDU einen solchen Satz nicht annehmen? Meine Bitte an die Antragskommission ist, diesen Satz auch noch in die Beschlussfassung, die ein Kompromiss ist, mit aufzunehmen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann bitte ich Sie, anders abzustimmen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Das Präsidium wüsste gerne, wer jetzt für die Antragskommission zu diesem Antrag spricht und entweder diesen Hinweis von Herrn Reul aufnimmt oder aber die Sinnhaftigkeit der Empfehlung der Antragskommission dem Parteitag noch einmal darlegt. – Die Antragskommission hat sich beraten und gar nicht überraschend die Anregung von Herbert Reul zu Eigen gemacht.

(Beifall)

Sie schlägt Ihnen vor, dieser klugen Empfehlung zu folgen und entsprechend zu verfahren. Wer stimmt der geänderten Form der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das dann mit breiter Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 7 der Senioren Union auf Seite 758 der Antragsbroschüre. Seitens der Antragskommission ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Frau Erika Reinhardt hat dazu das Wort gewünscht. Ich würde ihr das Wort gerne erteilen, wenn sie zum Podium kommt. Sie hat angekündigt, dass sie vom Podium aus spricht.

Erika Reinhardt: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie herzlich bitten, nicht der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ich glaube, dass wir das richtige Gremium sind. Wir müssen uns fragen, was wir Frauen zumuten wollen, die in schwierigen Zeiten Kinder großgezogen, nicht gearbeitet haben oder gar nicht arbeiten konnten und heute von einer sehr winzigen Rente leben. Wie wollen wir diesen Frauen begegnen, wenn jetzt der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte erhöht wird? Wir schlagen vor, diese 0,25 Prozent aufzuteilen: 0,125 Prozentpunkte übernehmen die Rentner und 0,125 Prozentpunkte werden aus Haushaltsmitteln gezahlt.

Es wird behauptet, das sei der Einstieg in eine steuerfinanzierte Pflege. Das ist nicht der Fall. Denn bis 2003 haben die Rentner nur die Hälfte des Pflegebeitrags bezahlt. Die andere Hälfte kam aus der Rentenkasse mit den sogenannten Fremdleistungen, also auch aus Haushaltsmitteln.

Ich glaube, dass wir diesen Menschen gegenüber auch eine moralische Verantwortung haben, heute zu sagen – wir wollen das nicht auf Dauer –: Wir wollen den Frauen helfen, die eine sehr kleine Rente haben, indem eine Überbrückungsregelung für fünf Jahre festgelegt wird. Ich glaube, das ist verantwortbar.

Ich bitte Sie sehr herzlich darum. Wir sind das Gremium, das entscheiden kann, Verantwortung zu übernehmen und dem Vorschlag zuzustimmen. Ich bitte Sie herzlich, diesem Antrag zuzustimmen, statt ihn an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Denn wir wissen, was Überweisung heißt: Der Antrag ist im Grunde weg. Ich bitte Sie herzlich.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Reinhardt. – Ich denke, dass der Generalsekretär für die Antragskommission spricht. Denn es geht letztlich um die Frage, ob wir den Antrag überweisen oder ob wir eine Sachentscheidung herbeiführen. Das hat dann gewisse Auswirkungen.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Liebe Freunde, so sehr ich für den Inhalt des Antrags Verständnis habe, so sehr muss ich aber darum bitten, dass wir das laufende Gesetzgebungsver-

fahren nutzen, um über alle Fragen der Pflegeversicherung zu diskutieren. Deshalb hat die Antragskommission aus guten Gründen diesen Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen, weil wir in der Bundestagsfraktion über Einzelheiten reden können und weil wir insgesamt auch in der Bundestagsfraktion zu einer Klärung kommen müssen. Deshalb ist die Bitte der Antragskommission, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen zu Antrag D 7 nicht vor. Wir stimmen ab über die Empfehlung der Antragskommission zur Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag überwiesen.

Wir kommen zu D 8, ebenfalls Senioren Union, auf Seite 758 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch hier, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse also über die Empfehlung abstimmen und darf fragen, wer der Empfehlung zustimmt? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung ist die Empfehlung angenommen.

Ich rufe den Antrag D 9 der Senioren Union auf Seite 759 auf. Hier ist ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse also über die Empfehlung abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Enthaltungen ist dann dieser Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Die gleiche Empfehlung gilt auch für den Antrag D 10 auf Seite 759. Es liegt keine Wortmeldung vor, sodass ich über die Empfehlung zu Überweisung abstimmen lasse. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme ist dieser Antrag so überwiesen.

Antrag D 11 der Senioren Union auf Seite 759. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich lasse also über die Empfehlung abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, der möge sein Kartenzeichen erheben. – Wer gegen die Empfehlung der Antragskommission ist, der möge jetzt aufzeigen. – Wer sich enthält, jetzt. – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 12 des Landesverbandes Baden-Württemberg auf den Seiten 759 und 760. Es ist empfohlen, den Antrag in der Fassung der Antragskommission auf denselben Seiten anzunehmen. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf zur Abstimmung über die Empfehlung kommen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, möge jetzt das Kartenzeichen erheben. – Wer ist gegen die Annahme in der geänderten Fassung? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 13 des Landesverbandes Berlin und weiterer Antragsteller. Zu diesem Antrag gehören die Anträge D 15, D 16, D 19, D 30, D 32 und D 40. Sie finden den Antrag D 13 auf der Seite 760 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission hat sich in ihrer Sitzung am Montag noch einmal mit diesen Anträgen beschäftigt. Die neue Empfehlung der Antragskommission finden Sie in der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 5. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieser Anträge in der dort beschriebenen Fassung der Antragskommission. Hierzu wird das Wort gewünscht. Mir liegen die Wortmeldungen von Herrn Henkel aus dem Landesverband Berlin und von Norbert Barthle aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor. Beide Wortmeldungen sind zum Antrag D 13. Zuerst hat Herr Henkel das Wort.

Frank Henkel: Meine Damen und Herren! Wir hatten eine klare und unmissverständliche Forderung: Nein zur assoziierten Mitgliedschaft der türkisch-islamischen AKP vom Ministerpräsidenten Erdogan in unsere Europäische Volkspartei.

(Vereinzelt Beifall)

Nach Art. 5 der EVP-Satzung können europäische Parteien christlich-demokratischer oder verwandter Ausrichtungen ordentliche bzw. assoziierte Mitglieder der EVP werden. Die AKP ist meiner Auffassung nach aber weder christlich-demokratisch noch besitzt sie eine verwandte politische Ausrichtung.

(Vereinzelt Beifall)

Dennoch oder vielleicht auch gerade deshalb bin ich froh, dass die ursprüngliche Formulierung der Antragskommission, dass die AKP eine befreundete Partei sei, jetzt nicht mehr aufrechterhalten bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Nach wie vor werden in der Türkei grundlegende Freiheiten wie die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt und Christen diskriminiert. Weil wir kritisch konstruktiv sind, können wir als CDU-Landesverband Berlin mit der jetzigen Formulierung dennoch einigermaßen leben. Es war vorhin schon einmal die Rede davon, dass jemand zur Hälfte mit etwas einverstanden gewesen ist. Wir können mit der jetzigen Formulierung der Antragskommission einigermaßen leben. Wir werden ihr unsere Zustimmung erteilen, auch wenn ich mir – das will ich an dieser Stelle gar nicht verhehlen – eine klarere Formulierung und eine klarere Positionierung der CDU Deutschlands an dieser Stelle gewünscht hätte. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Henkel. – Jetzt hat Norbert Barthle das Wort.

Norbert Barthle: Liebe Freundinnen und Freunde! Mit der neuen Formulierung der Antragskommission können wir dann leben, wenn damit tatsächlich eine assoziierte Mitgliedschaft der AKP ausgeschlossen wird. Wir halten einen Schritt in diese Richtung für eine Überschreitung des Rubikons. Mein Kreisverband hat sich eindeutig so ausgesprochen, wie es auch die CSU sieht. Wir sind hier ganz an der Seite der CSU und bitten darum, dass wir den veränderten Text der Antragskommission auch in diesem Sinne umsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Die Antragskommission wünscht nicht das Wort. Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission, wie Sie Ihnen auf Seite 5 der Sammlung vorliegt, ab. Wer stimmt dieser vorgeschlagenen Formulierung der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und vereinzelt Enthaltungen ist die Fassung der Antragskommission so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 14 des Landesverbandes Berlin auf Seite 760. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an den Generalsekretär der CDU zu überweisen. Hierzu wird das Wort nicht gewünscht. Ich darf fragen, wer dieser Empfehlung zustimmen möchte? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Eine überwältigende Mehrheit hält den Antrag beim Generalsekretär für gut aufgehoben.

Die Anträge D 17, D 21 und D 45 werden zusammen bei D 45 behandelt, das wollte ich an dieser Stelle kurz sagen.

Ich rufe den Antrag D 18 des Landesverbandes Saar auf. Sie finden den Antrag auf Seite 762 der Antragsbroschüre. Er soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist mit breiter Mehrheit und vereinzelt Gegenstimmen überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 20 des Kreisverbandes Aurich. Sie finden den Antrag auf Seite 762 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 20 abzulehnen. Dazu ist das Wort vom Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Aurich, Hermann Reinders, gewünscht.

Hermann Reinders: Mein Name ist Hermann Reinders. Ich komme aus dem Bezirksverband Ostfriesland. Für die Nichtniedersachsen will ich dazu sagen, dass ich ganz oben im Norden, dort, wo Deutschland beginnt, wirke.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreunde! Ich habe mir lange überlegt, ob ich zu dem von uns gestellten Antrag das Wort nehmen soll oder nicht; denn das Votum der Antragskommission ist eindeutig. Empfohlen wird die Ablehnung des Antrags. Das Thema ist meines Erachtens aber zu wichtig, als dass wir über den Antrag abstimmen sollten, ohne zumindest den Antrag erläutert zu haben; denn viele wissen gar nicht, worum es geht, weil die Begründung nicht in den Antragsmappen enthalten ist.

Mit dem Antrag wird angestrebt, dass sich die CDU hinsichtlich der Mehrwertsteuer für gastronomische Leistungen für eine EU-weite Umsatzsteuerharmonisierung und hinsichtlich der Hotellerie für die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent einsetzt.

Worum geht es? Wir haben unseren Antrag im Kreisvorstand ausführlich beraten und hatten auch den Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Landesverband Niedersachsen, zu Gast. Begründet haben wir unseren Antrag wie folgt – ich trage die gekürzte Fassung vor -: In der Gastronomie werden die deutschen Unternehmer mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belastet, obwohl EU-weit der durchschnittliche Steuersatz nur 14,4 Prozent beträgt. Das führt zu einer eklatanten Wettbewerbsverzerrung. Dabei ist auch die Tatsache, dass Speisen und Getränke, die nicht an Ort und Stelle verzehrt werden, derzeit mit 7 Prozent besteuert werden, die Gaststätte aber, in der die Speisen an Ort und Stelle verzehrt werden, mit 19 Prozent belastet werden, unverträglich. Für Cateringunternehmen gilt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent.

Diese Unterscheidung widerspricht einer Förderung von Dienstleistungsarbeitsplätzen, sie fördert vielmehr die Schwarzgastronomie. Bei der Frage der Steuerharmonisierung geht es darum, welche Entwicklung der Tourismus, der bei uns in Deutschland eine nicht unerhebliche Rolle spielt, nehmen wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismusbranche zu gewährleisten, ist deswegen eine EU-weite Umsatzsteuerharmonisierung dringend geboten.

Hinsichtlich der Hotellerie liegt der durchschnittliche Mehrwertsteuersatz in den EU-Mitgliedstaaten bei 9,4 Prozent. In den unmittelbar angrenzenden Ländern werden weitaus niedrigere Steuersätze erhoben, so zum Beispiel in Belgien 6 Prozent, in Frankreich 5,5 Prozent, in Luxemburg 3 Prozent, in den Niederlanden 6 Prozent, und auch die Schweiz verlangt bei der Beherbergung nur 3,6 Prozent. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent ist die Steuerschere zulasten der deutschen Betriebe nochmals weiter auseinander gegangen, sodass von der seit Jahren immer wieder politisch diskutierten europäischen Steuerharmonisierung nichts zu erkennen ist.

Natürlich spielen für die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft die Lage der Einrichtung, die Kundenfreundlichkeit, der Service und die Schönheit der Landschaft eine große Rolle. Aber wenn die Umsatzsteuermehrbelastungen zehn Prozent und mehr gegenüber unseren unmittelbaren Nachbarländern, die natürlich auch in der Lage sind, Kundenfreundlichkeit, Service und schöne Landschaften anzubieten, ausmachen, dann erweist sich die Umsatzsteuerbelastung bei uns als eine klare Wettbewerbsverzerrung.

Die Prognosen zeigen, dass die Tourismusbranche in den nächsten Jahren jährlich um 5,5 Prozent wachsen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Das bedeutet zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, die übrigens ja nicht exportiert werden können.

Ich will das einmal abkürzen,

(Vereinzelt Beifall)

weil ich auch schon das Klingelzeichen gehört habe. Liebe Parteifreunde, ich denke, man kann über einen solchen Antrag, der weit reichende Folgen hat, nicht befinden, ohne sich zuvor mit der Materie intensiv befasst zu haben. Aber das darf natürlich nicht dazu führen, den Antrag, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, einfach abzulehnen. Ich halte es vielmehr für sachgerecht, dass der Antrag in unseren Gremien beraten wird, und beantrage deshalb, ihn zur weiteren Behandlung in die Bundestagsfraktion zu verweisen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen könnten. – Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reinders. – Ich kann die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Antragskommission soeben ihr Votum dahin gehend verändert hat, dass der Antrag in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beraten werden soll, also an diese überwiesen werden soll. Wir gehen davon aus, dass die Bundestagsfraktion sich seit längerem sehr intensiv mit den Fragen des deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes befasst hat und das jetzt aufgrund dieses Antrages abermals tun wird. Damit kommen wir auch dem Antragsteller entgegen.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 22 des Kreisverbandes Germersheim auf Seite 763 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag zusammen mit dem Antrag D 38 zu behandeln. Sie empfiehlt, die Anträge an den Generalsekretär zu überweisen. – Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Dann lasse ich über diese Empfehlung abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, der möge seine Karte erheben. – Wer dagegen ist, möge jetzt die Gegenstimme dokumentieren. – Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? – Dann ist das dem Generalsekretär ans Herz gelegt.

Antrag D 23 des Kreisverbandes Görlitz. Sie finden den Antrag auf Seite 763 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag zuständigkeitshalber an die CDU-Landtagsfraktion des Freistaates Sachsen zu überweisen. Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Dann lasse ich über diese Empfehlung abstimmen. Wer ist dafür? – Das ist so einhellig, dass man, glaube ich, auf die Gegenprobe verzichten kann.

Wir kommen zu Antrag D 24 des Kreisverbandes Hamm auf Seite 763. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Dazu hat Herr Oskar Burkert aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen an Mikrofon 4 das Wort gewünscht. Hiermit wird es Ihnen erteilt, Herr Burkert.

Oskar Burkert: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will keine große Rede dazu halten, da wir noch viel vorhaben. Aber ich denke, wenn 100 renommierte Wissenschaftler die Berechnungen des IPCC anzweifeln, sollten wir ihnen die Möglichkeit geben, dies noch einmal zu überprüfen. Ich bitte Sie, von 100 renommierten Wissenschaftlern noch einmal anerkennen zu lassen, ob diese Werte so, wie sie berechnet worden sind, richtig sind.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Wer möchte für die Antragskommission das Wort ergreifen? – Die Bundeskanzlerin höchstselbst.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich will dazu nur sagen, dass der IPCC nicht nur aus Hunderten, sondern wahrscheinlich aus einem Zusammenschluss von Tausenden von Wissenschaftlern besteht und dass er alle wissenschaftlichen Erkenntnisse immer wieder aufnimmt. Deshalb glaube ich, dass dieser Antrag insoweit obsolet ist, als er immer wieder angeschaut wird. Ich will nicht sagen, dass ich mich persönlich damit beschäftige, aber wir schauen uns das immer wieder an. Wir haben natürlich einen Doppelleffekt: auf der einen Seite den normalen Klimawandel und auf der anderen Seite den vom Menschen verursachten Klimawandel. Es gibt niemanden, der bestreitet, dass der normale Klimawandel immer stattgefunden hat. In Grönland zum Beispiel hat es in der Erdgeschichte über 20 000 Jahre Warmzeiten gegeben; da ging die Temperatur um 6 Grad hoch. Dann ist die Temperatur 5 000 Jahre lang die gleiche geblieben. Dann ist sie über 20 000 Jahre wieder um 6 Grad heruntergegangen. Das sind Phänomene, die sich immer abgespielt haben. Im Augenblick beobachten wir aber – da, glaube ich, sind die Indikationen in den letzten Jahren doch eher sicherer geworden, wenngleich es immer noch Fragestellungen gibt –, dass wir in 100 bis 200 Jahren Temperaturveränderungen haben, die sich ansonsten in 20 000 Jahren abgespielt haben. Der Unterschied ist, dass es vor 20 000 Jahren – als zum Beispiel in der Uckermark, wo ich herkomme, überall Eisberge lagen, aus denen heute die Mecklenburgische Seenplatte geworden ist – keine Menschen oder nur ganz wenige Menschen gab, dass aber, wenn das jetzt geschieht, 9 Milliarden Menschen betroffen sind.

Deswegen sagt auch niemand, dass kein Mensch mehr auf der Erde leben kann. Es wird nur gesagt, dass wir vielleicht 15 bis 20 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts zur Beseitigung der Schäden aufbringen müssen; wenn wir vernünftig sind, weniger. Die Wissenschaftler, die jetzt anzweifeln, dass es so schnell geht, werden da mit einbezogen. Das ist aber wirklich eine kleinere Zahl als die der anderen. Jede wissenschaftliche Erkenntnis ist mit einer gewissen

Unschärfe verbunden. Deshalb kann ich Ihnen garantieren, dass der IPCC auch diese Stimmen ernst nimmt und die Erkenntnisse immer wieder begutachtet.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir kommen dann zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag D 24 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist beschlossen, dass der Antrag abgelehnt wird.

Wir kommen zum Antrag D 25 des Kreisverbandes Karlsruhe-Land auf Seite 763 und 764 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 25 abzulehnen. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wer stimmt dieser Empfehlung der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen ist dann der Empfehlung gefolgt.

Wir kommen zu D 26, ebenfalls Karlsruhe-Land auf Seite 764. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Dann lasse ich über diese Empfehlung der Antragskommission zu D 26 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, der möge seine Stimmkarte erheben. – Wer ist dagegen? – Das Erstere war die klare Mehrheit.

Wir kommen zu Antrag D 27 des Kreisverbandes Karlsruhe-Land auf Seite 764 der Antragsbroschüre. Empfohlen ist, den Antrag abzulehnen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser zustimmt, möge seine Stimmkarte zeigen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen zum Antrag D 28 des Kreisverbandes Karlsruhe-Land, ebenfalls Seite 764. Es ist empfohlen, den Antrag abzulehnen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Klare Mehrheit für das Votum der Antragskommission, den Antrag abzulehnen.

Wir kommen zum Antrag D 29 vom Kreisverband Karlsruhe-Land auf Seite 765. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist der Antragskommission gefolgt und der Antrag D 29 abgelehnt.

Wir kommen zu Antrag D 31 des Kreisverbandes Neckar-Odenwald auf Seite 765. Es ist empfohlen, an den Bundesvorstand zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über diese Empfehlung abstimmen. Wer der Überweisung an den Bundesvorstand zustimmt, möge die Stimmkarte heben. – Wer ist dagegen? – Das war die klare Mehrheit.

Wir kommen zu Antrag D 33 des Kreisverbandes Ravensburg auf Seite 765. Es ist Annahme empfohlen. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission

zu? – Dann war das die Mehrheit für die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag D 33 des Kreisverbandes Ravensburg anzunehmen.

Wir kommen zu Antrag D 34 des Kreisverbandes Recklinghausen. Sie finden den Antrag auf Seite 766 der Antragsbroschüre. Er soll an den Generalsekretär überwiesen werden, empfiehlt die Antragskommission. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitten wir um das Handzeichen. Auch der Generalsekretär stimmt zu. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wird dann der Antrag an den Generalsekretär überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 35 des Kreisverbandes Recklinghausen. Sie finden den Antrag auf der Seite 766 der Antragsbroschüre. Es ist empfohlen, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt dieser Empfehlung der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 36 des Kreisverbandes Rems-Murr auf Seite 766 der Antragsbroschüre. Empfohlen ist, ihn an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission zur Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist dann einstimmig überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 37 des Kreisverbandes Rhein-Erft. Sie finden den Antrag auf Seite 767. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 37 grundsätzlich anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen und keiner Enthaltung ist der Antrag grundsätzlich angenommen und überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 39 des Kreisverbandes Südwestpfalz. Der Antrag steht auf Seite 767 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages D 39 in der Fassung der Antragskommission, die Sie auf derselben Seite in der Antragsbroschüre finden. Der letzte Satz der Empfehlung muss richtig lauten:

„Deshalb werden die kommunalen Steuern so fortentwickelt, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen für ihre Bürger sichergestellt ist.“

Das Wort wird nicht gewünscht. Dann lasse ich über die Empfehlung zu D 39 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen ist dieser Antrag in der veränderten Fassung der Antragskommission beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 41 des Kreisverbandes Vechta auf Seite 768. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Dann las-

se ich über die Empfehlung dieser Überweisung abstimmen. Wer ist dafür, zu überweisen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Enthaltungen ist dann mit großer Mehrheit überwiesen.

Wir kommen zum Antrag D 42 des Kreisverbandes Waldshut. Sie finden den Antrag auf den Seiten 768 und 769. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann lasse ich abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission, abzulehnen? – Wer stimmt der Antragskommission nicht zu? Wer stimmt gegen die Empfehlung? – Wer enthält sich? Bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltung ist dann die Ablehnung des Antrages D 42 beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 44 der Delegierten Günther Oettinger, Stefan Mappus, Thomas Strobl und weiterer 27 Delegierter. Sie finden den Antrag auf Seite 6 der Sammlung der Initiativ- und Sachanträge sowie der Empfehlungen der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 44 an den Bundesvorstand zu überweisen. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu D 44 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer dagegen stimmt, möge jetzt die Karte zeigen. – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltung ist dann an den Bundesvorstand überwiesen.

Jetzt kommt der Antrag D 45 der Delegierten Manfred Kuhmichel, Ingrid Fischbach, Ursula Mohnheim und weiterer 27 Delegierter. Sie finden diesen Antrag auf Seite 7 der Sammlung der Initiativ- und Sachanträge sowie der Empfehlungen der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 45 zusammen mit den Anträgen D 17 und D 21 zu behandeln, die Sie auf den Seiten 761 und 762 der Antragsbroschüre finden. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 17, D 21 und D 45 in der Fassung der Antragskommission, die Sie auf den Seiten 7 und 8 der Sammlung der Initiativ- und Sachanträge sowie der Empfehlungen der Antragskommission finden.

Dazu liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Es sind insgesamt etwa zehn bis zwölf Wortmeldungen. Wir würden jetzt gern in die Beratungen einsteigen. Vielleicht schaffen wir es sogar, diesen Punkt bei großer Präsenz zu behandeln. Es würde viel dafür sprechen, die Beratungen danach zu unterbrechen und zum Niedersachsen-Abend überzugehen. Dann hätten wir hier auch wirklich viel bewältigt und etwas geschafft. Sollten sich die Beratungen länger hinauszögern, würden wir uns vorbehalten, während der Beratungen gegebenenfalls zu unterbrechen. Der Versuch, diesen Antrag hier noch zu behandeln, sollte aber unternommen werden. Es ist jetzt 20.08 Uhr. Der Niedersachsen-Abend findet einige Hundert Meter von hier entfernt statt. Da es einen Bustransfer dorthin gibt, kann er auch relativ zügig beginnen. Wir sollten diesen wichtigen Antrag, der viele Gewissensfragen berührt, hier bei hoher Präsenz diskutieren. Diese Diskussion könnte vielleicht sogar einen der Höhepunkte dieses Parteitages darstellen. Ich se-

he, dass die einzelnen Delegierten jetzt überlegen, aber letztlich doch noch viel Vertrauen in das Präsidium haben und nichts dagegen haben, dass wir in die Beratungen einsteigen. Dafür bedanke ich mich.

Die erste Wortmeldung kommt von dem Delegierten Manfred Carstens aus dem Landesverband Oldenburg. Er möchte von der Bühne aus sprechen. Manfred Carstens, Sie haben das Wort.

Es wäre generell hilfreich, wenn wir diesen Punkt heute noch abhandeln könnten. Dafür wäre es wiederum hilfreich, wenn sich alle auf den Kernpunkt ihres Anliegens konzentrieren und versuchen würden, eine Redezeit von drei Minuten nicht zu überschreiten.

Manfred Carstens: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte der CDU Deutschlands! Der Landesverband Oldenburg hat unter der Nummer D 17 einen Antrag zur embryonalen Stammzellenforschung gestellt und darin den Vorschlag gemacht, auf jeden Fall von einer Lockerung der sogenannten Stichtagsregelung Abstand zu nehmen. Wir halten diesen Antrag für nicht geeignet, um an irgendeine andere Stelle – etwa die Bundestagsfraktion – überwiesen zu werden.

Wenn wir eben ein vorzügliches Grundsatzprogramm verabschiedet haben und jetzt in einer Grundsatzfrage nicht den Mut hätten zu entscheiden, würde uns die Öffentlichkeit zu Recht vorwerfen, als Parteitag einer wichtigen Entscheidung ausgewichen zu sein.

(Beifall)

Die Frage ist entscheidbar. Der Deutsche Bundestag muss ohnehin abschließend entscheiden. Bei der Verabschiedung eines Grundsatzprogramms sollte die CDU Deutschlands auf einem Parteitag aber auch eine Meinung dazu zum Ausdruck bringen.

Bevor ich noch einige Argumente vortrage, möchte ich persönlich meiner Freude darüber Ausdruck geben und mich zugleich dafür bedanken, dass wir ein Grundsatzprogramm verabschiedet haben, welches ganz zu Beginn die Formulierung „im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ in sich trägt. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, dass diese Formulierung auf einen großen Teil unserer Wählerschaft im ganzen Lande eine wohlthuende Wirkung haben wird. Ich kann mir vorstellen, dass sich auch viele Delegierte hier im Saal darüber freuen, dass wir Gott in das Programm aufgenommen und ihn nicht vergessen haben.

(Beifall)

Wir haben nun auch die Verpflichtung, entsprechend zu handeln und zu entscheiden. Unser Antrag bezieht sich darauf, dass wir in klarer Erkenntnis der Sachlage wissen, dass das, was wir als Union Deutschlands immer gesagt haben, richtig ist, nämlich dass die adulte Stammzellenforschung, welche ethisch völlig unproblematisch ist, besser sei als die embryonale Stammzellenforschung und gegenüber dieser favorisiert werden müsse. Zwischenzeitlich stellte sich

heraus, dass mit dieser Forschung Ergebnisse gezeitigt wurden, die in der Therapie schon angewandt werden können. Die Erfolgsmeldungen in diesem Bereich überschlagen sich fast. Von der embryonalen Stammzellenforschung kommt nichts an Erfolgsmeldungen. Ich sage hier auch deutlich, dass es völlig widersinnig wäre, Stammzellen zu entwickeln, um sie dann zu zerstören, zu vernichten und zu hoffen, dass daraus etwas Gutes werden kann. Das ginge gegen jede menschliche und natürliche Logik.

Diese Frage ist von der Jungen Union Deutschlands – darüber habe ich mich sehr gefreut – auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vor kurzem behandelt worden. Man hat ausgiebig darüber diskutiert und dann eindeutig, mit klarer Mehrheit, entschieden, dass es nicht zu einer Verlängerung der Stichtagsregelung kommen dürfe.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das ist der Inhalt unseres Antrags. Wir empfehlen, ihn so anzunehmen und nicht zu verweisen.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Manfred Carstens. – Ich erlaube mir den Hinweis, dass es nicht mehr eine Empfehlung gibt, zu überweisen, sondern dass nach Beratungen im Präsidium, im Bundesvorstand und in der Antragskommission eine Empfehlung auf den Seiten 7 bis 9 vorliegt, nur damit wir von der gleichen Sache ausgehen. Es herrscht Einvernehmen, dass der Parteitag sehr wohl eine Positionierung in der Sache vornehmen kann. Die Fraktion kann anschließend noch immer anders entscheiden. Aber sie soll wissen, wie die Partei denkt. Dann muss jeder Einzelne ohnehin das mit seinem Gewissen ausmachen. Aber dass eine Positionierung der Partei vermieden werden soll, ist nicht der Fall. Es soll nicht einfach überwiesen werden. Der Vorschlag der Antragskommission kommt sicherlich nicht allen entgegen. Deshalb muss eine Debatte geführt werden.

Als Nächster hat sich Michael Brinkmeier aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen gemeldet. Dann folgen Rudolf Henke und Thomas Dörflinger. – Herr Brinkmeier hat das Wort.

Michael Brinkmeier: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich bin der forschungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Mir ist es als Naturwissenschaftler sehr wichtig, zu betonen, dass die Freiheit der Forschung ein sehr hohes Gut ist, wie es in Art. 5 des Grundgesetzes festgelegt ist. Gleichzeitig weiß ich aber auch, dass Art. 5 vier andere Artikel vorangehen und dass dort das Thema Menschenwürde übergeordnet behandelt wird. Aus diesem Grunde unterstütze ich den eingebrachten Initiativantrag. Ich glaube fest daran, dass auch Wissenschaftler ihre Grenzen selber sehen und finden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe – vielleicht auf kleinerer Ebene als Annette Schavan – auf Landesebene durchaus viel Druck von meinen Kollegen und Freunden auszuhalten. Sie sagen: Lasst uns forschen! Wir können tolle Dinge entdecken. – Ich weiß, dass es sehr reizvoll ist, Dinge zu entdecken, von denen man sogar einen Nutzen haben kann. Aber die Gesellschaft muss sich fragen, wo die Grenze liegt. Das muss jeder entscheiden. Das müssen auch unsere Bundestagsabgeordneten entscheiden. Aber wir, die CDU, müssen eine Position dazu finden.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bitte ich: Keine Aufweichung des Stammzellgesetzes! Keine Verlängerung der Stichtagsregelung! Bitte stimmen Sie dem Initiativantrag zu. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brinkmeier. Als Nächstes kommt Herr Rudolf Henke aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Rudolf Henke: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Ich spreche als Arzt für Innere Medizin und als stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Ich danke allen, die mir zu meiner Wahl an die Spitze des Marburger Bundes gratuliert haben.

Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, wie es war, als in meiner Existenz gerade Ei und Samenzelle verschmolzen waren. Ich weiß das nicht mehr. Aber ich weiß, dass ich damals wehrlos und schutzlos war, ohne eigene Stimme war, völlig vom Verhalten anderer abhängig. Ich weiß, dass es jedem Embryo so geht, ob gewünscht oder unerwünscht. Worüber wir sprechen, ist die Frage, die unsere Parteivorsitzende in ihrer Rede angesprochen hat. Aber Innovationen brauchen auch Grenzen. Dem Menschen ist nicht alles erlaubt. Seine Würde als Geschöpf Gottes setzt menschlicher Verfügbarkeit Grenzen. Das gehört zu den Grundmaximen der CDU. Deswegen bin ich dankbar dafür, dass in der Fassung der Antragskommission der Satz steht:

„Die CDU Deutschlands bekräftigt, dass die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen der oberste Wert unserer Verfassung ist.“

(Vereinzelt Beifall)

Nun muss man sich aber entscheiden, zu welchem Zeitpunkt wir den Anspruch auf den Schutz unserer Würde haben. Das hängt von der Frage ab, wann unsere Existenz als Mensch beginnt. Wenn unsere Existenz als Mensch mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle beginnt, dann haben wir auch ab diesem Zeitpunkt einen Anspruch auf den Schutz. Wenn wir diesen Anspruch in dieser frühen Phase haben, dann ist es auch richtig, wenn wir – anders als im Vorschlag der Antragskommission, aber im Antrag D 45 ausgeführt den Satz beibehalten:

„Die CDU Deutschlands bekräftigt, dass die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes unvereinbar ist.“

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, es wäre gut, wenn der Parteitag in dieser Frage eine Entscheidung treffen würde. Freiheit der Forschung, Anspruch auf Arbeit, Wachstum der Wirtschaft, Bekämpfung von Behinderungen und Hoffnung auf Heilung sind Punkte, die dafür sprechen, mit embryonalen Stammzellen zu forschen. Dagegen sprechen ihr Anspruch auf Würde, ihre Wehrlosigkeit, ihre Schutzlosigkeit, das Fehlen einer eigenen Stimme und die Abhängigkeit vom Verhalten anderer. Deswegen haben wir hier eine politische Entscheidung zu treffen. – Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Henke. – Als Nächstes spricht Herr Dörflinger. Danach Herr Michael Brand aus Hessen und Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz. – Herr Dörflinger aus Baden-Württemberg, Sie haben das Wort.

Thomas Dörflinger: Sehr verehrter Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich glaube, es wäre mehr als ein Schönheitsfehler, wenn von einem Parteitag, den ich ansonsten als gelungen betrachte, als Relikt übrig bliebe: Vor wenigen Wochen hat der Deutschlandtag der Jungen Union in eindeutiger Weise über ein Thema votiert, aber – ich sage das in Anführungszeichen – die Alten haben sich nicht richtig getraut. Da gab es zunächst den Überweisungsvorschlag an die Bundestagsfraktion. Anschließend gab es den Formulierungsantrag der Antragskommission über den Initiativantrag D 45, der so weit in Ordnung ist, aber – darauf hat mein Vorredner zu Recht hingewiesen – in einigen wesentlichen, aber durchaus entscheidenden Punkten Korrekturen vornimmt.

Als wir vorhin über Teile des Grundsatzprogramms beraten haben, haben wir bewusst gesagt, dass wir nicht an jeder einzelnen Stelle konkret werden können. Wir müssen aber auch den zweiten Schritt tun und dann, wenn es politisch konkret wird, im Interesse derer, die in dieser Partei Mitglied sind, aber auch im Interesse derer, auf deren Stimme wir bei den anstehenden Wahlen hoffen, eine klare Antwort auf eine klare Frage geben. Aus Fulda und Oldenburg ist eine klare Frage gestellt worden: Wie verhalten wir uns zum Thema Stichtagsregelung im Stammzellgesetz? Im Initiativantrag D 45 findet sich eine Formulierung, aus der abzuleiten ist, wie man bei dieser Frage votiert. Deswegen lade ich herzlich dazu ein, auch im Sinne meiner Vorredner, eine klare Positionierung des CDU-Bundesparteitages vorzunehmen, das heißt, den

Initiativantrag D 45 entweder in der ursprünglichen Form und nicht in der Version der Antragskommission zu verabschieden und/oder den Anträgen aus Fulda und Oldenburg zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dörflinger. – Als Nächstes spricht Peter Hintze. Danach Peter Brand.

Peter Hintze: Liebe Parteifreunde! Worüber sprechen wir heute hier? Die regenerative Medizin ist eines der hoffnungsvollsten Felder der heutigen Medizin. Sie versucht, bei Krankheiten, bei denen menschliche Zellen – Nervenzellen, Inselellen, Hirnzellen – für immer absterben, einen Weg zu finden, um Menschen von qualvoller Krankheit zur Genesung oder gar Gesundheit zu bringen. Was muss dazu geschehen? Wir müssen lernen, wie die menschlichen Zellen in unserem Körper die Fähigkeit gewinnen, sich zu reparieren. Unsere Hautzellen können das zum Beispiel. Wenn wir uns an der Haut verletzen, ist unsere Haut in der Lage, neue Zellen zu bilden und die Wunde zu schließen. Die regenerative Medizin sucht nach einem Weg, entsprechende Erkenntnisse auch bei verhängnisvollen Krankheiten zu gewinnen.

Die Forschung in dem Bereich geschieht mit Stammzellen, weil diese Zellen die Fähigkeit haben, alle Funktionen im Körper zu übernehmen. 2002 hat der Deutsche Bundestag die Forschung an diesen Zelllinien mit klaren Vorgaben für Deutschland mit großer Mehrheit gestattet. Einige sagen nun: Dann ist es doch gut. Dann kann es doch so bleiben. Wir wissen aber heute, dass Zelllinien, die vor 2002 entwickelt wurden, mit tierischen Viren verseucht sind. Deswegen arbeiten in allen Ländern der westlichen Wertegemeinschaft Mediziner mittlerweile mit Linien, die rein und standardisiert sind.

Es geht um die Frage, ob wir dem einhelligen Wunsch der medizinischen Forschung in Deutschland entsprechen, dem Wunsch der Menschen, die an der Heilung von Krebs, Querschnittslähmung und Alzheimer arbeiten – katholische Christen, evangelische Christen, Menschen, die ihr Leben mit großem Ernst der Heilung dieser Krankheiten widmen –, auf unserem Parteitag bescheinigen: Ja, wir wollen, dass ihr mit den – übrigens zu Ende gehenden – verseuchten Zelllinien arbeitet. Oder wollen wir ihnen gestatten, dass sie mit den etablierten Zelllinien arbeiten?

Es geht ja um die einzelnen Zellen, die der westlichen Wertegemeinschaft und ihren Medizinern zur Verfügung stehen.

Ich finde, die Antragskommission hat einen sehr klugen Entwurf vorgeschlagen, voller Würdenschutz, ohne Anreiz aus Deutschland, aber mit Anschluss an die westliche Wertegemeinschaft und mit Anschluss an die internationale Arbeit in der Medizin, ohne die es medizinischen

Fortschritt gar nicht geben kann und Heilung für diese Menschen ausbleibt. Ich werbe sehr dafür, diesem Antrag im Sinne des Anschlusses an die westliche Wertegemeinschaft und der guten Zusammenarbeit im Bereich der Medizin zu folgen.

2002 war noch ein großer Teil der Mediziner im Zweifel, ob das richtig ist. Heute gibt es ein einstimmiges Votum der Selbstverwaltung der deutschen Wissenschaft, die uns darum bittet. Das Votum lautet, den Stichtag, der im Jahr 2002 liegt, in der Vergangenheit zu lassen, ihn aber so zu wählen, dass die Zelllinien, die die Forschung benutzt, rein und standardisiert sind, damit die großen Fortschritte, die wir in der Forschung mit adulten Stammzellen haben und mit somatischen Zellen, die aus der Haut gewonnen wurden, die reprogrammiert wurden, zu einer medizinischen Hilfe werden, damit wir sie weiter nutzen können. Deswegen bitte ich sehr herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen, das nach langer intensiver Debatte bei nur einer Gegenstimme zustande gekommen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Michael Brand aus dem Landesverband Hessen. Ihm folgt Julia Klöckner aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz. – Herr Brand, Sie haben das Wort.

Michael Brand: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Ja, es ist eine schwierige Diskussion. Ja, diese Debatte verträgt keine Vereinfachung. Aber, lieber Herr Kollege Hintze, an einem Punkt kommen wir nicht vorbei: Die embryonalen Stammzellen werden durch das Töten menschlicher Embryonen gewonnen. Die Bundeskanzlerin hat heute Morgen zu Recht gesagt: Nicht alles tun, was möglich ist. Das ist die Grundmaxime der Union. Ich möchte ergänzen: „Grundsätze entstehen, wenn es konkret wird“ und „Grundsätze brauchen Bekenntnis“.

Wir haben uns als Kreisverband Fulda entschieden, einen Antrag zu diesem Thema zu stellen. Es ist richtig, was Christian Wulff gesagt hat: Es ist nicht mehr die Verschiebung an die Bundestagsfraktion vorgesehen. Aus dem Initiativantrag, den die Antragskommission umformuliert hat, ist ein neuer Antrag entstanden. So weit, so gut. Dieser Antrag hat aber einen kleinen Schönheitsfehler: Das Wesentliche fehlt. Ich möchte den wesentlichen Satz nennen, der hier fehlt; er ist im Antrag des Kreisverbandes Fulda wie folgt formuliert:

„Die CDU spricht sich gegen jede Verschiebung oder gar Aufhebung des derzeitigen Stichtags (1. Januar 2002) im deutschen Stammzellgesetz aus.“

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wer glaubt eigentlich, dass die Diskussion mit dem heutigen Tag beendet ist? Wir haben 2002 die Diskussion geführt. Einmal wird verschoben. Jetzt schreiben wir das Jahr 2007 und führen wieder die Diskussion über die Verschiebung. Das heißt: Wenn

wir es heute so formulieren würden, dass wir eine Verschiebung zulassen, dann haben wir den Dambruch beschlossen. Denn welchen Grund gibt es dann eigentlich, zu sagen: „Wir verschieben nicht; wir verschieben beim nächsten Mal nicht“? Es gibt einige, die von „rollenden Stichtagen“ sprechen. Nein, ich glaube, es ist gut, an einem Tag, an dem die CDU Deutschlands ihr Grundsatzprogramm beeindruckend diskutiert und es mit einer großen Mehrheit verabschiedet hat, auch die Grundsätze im Konkreten zu beschließen.

Wer jetzt am Stichtag rüttelt, der würde den Weg beschreiten, die Schleusen weiter zu öffnen. Deswegen möchte ich den konkreten Antrag stellen – wir sind ja einer der Antragsteller –, entweder den Antrag des Kreisverbandes Fulda so anzunehmen, wie er formuliert ist – das ist der Antrag D 21 –, oder dem vorgelegten, umformulierten Antrag der Antragskommission auf Seite 9 hinter dem Wort „einzusetzen“ den Satz zu ergänzen: „Die CDU spricht sich gegen jede Verschiebung oder gar Aufhebung des derzeitigen Stichtags im deutschen Stammzellgesetz aus“.

Abschließend: Für die CDU als der dem christlichen Menschenbild verpflichteten Partei darf es keinen Kompromiss beim Schutz des Lebens von Anfang an geben. Wer A sagt, der muss auch B sagen. Deswegen bin ich dafür, dass wir auf diesem Parteitag diese restriktive Entscheidung treffen und sagen: Wir wollen keine Verschiebung des Stichtages. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Es geht ja um die einzelnen Zellen, die der westlichen Wertegemeinschaft und ihren Medizinern zur Verfügung stehen.

Ich finde, die Antragskommission hat einen sehr klugen Entwurf vorgeschlagen, voller Wertschutz, ohne Anreiz aus Deutschland, aber mit Anschluss an die westliche Wertegemeinschaft und mit Anschluss an die internationale Arbeit in der Medizin, ohne die es medizinischen Fortschritt gar nicht geben kann und Heilung für diese Menschen ausbleibt. Ich werbe sehr dafür, diesem Antrag im Sinne des Anschlusses an die westliche Wertegemeinschaft und der guten Zusammenarbeit im Bereich der Medizin zu folgen.

2002 war noch ein großer Teil der Mediziner im Zweifel, ob das richtig ist. Heute gibt es ein einstimmiges Votum der Selbstverwaltung der deutschen Wissenschaft, die uns darum bittet. Das Votum lautet, den Stichtag, der im Jahr 2002 liegt, in der Vergangenheit zu lassen, ihn aber so zu wählen, dass die Zelllinien, die die Forschung benutzt, rein und standardisiert sind, damit die großen Fortschritte, die wir in der Forschung mit adulten Stammzellen haben und mit somatischen Zellen, die aus der Haut gewonnen wurden, die reprogrammiert wurden, zu einer medizinischen Hilfe werden, damit wir sie weiter nutzen können. Deswegen bitte ich sehr herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen, das nach langer intensiver Debatte bei nur einer Gegenstimme zustande gekommen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brand.

Julia Klöckner ist die Nächste; es folgt Ingrid Fischbach aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Julia Klöckner: Liebe Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Es ist gut und beachtlich, dass wir am Ende eines solchen Sitzungstages so intensiv und auch, wie ich denke, so aufrichtig darüber diskutieren, was den Kern unserer Christlich Demokratischen Union ausmacht. Das christliche Menschenbild zitieren wir gern und oft, aber ein solches Zitieren bleibt Schall und Rauch, wenn wir es nicht auch konkret an Entscheidungen messen lassen.

Das heißt für uns zum einen, dass es nicht richtig wäre, eine solche Entscheidung an die Bundestagsfraktion weiterzugeben, während wir in anderen Dingen, die tagespolitischer sind, die vergänglicher sind, uns als Parteitag heute entschieden haben. Deshalb ist es richtig, dass wir heute darüber entscheiden, ob wir für eine Verschiebung des Stichtages oder gegen eine Verschiebung des Stichtages sind.

Es geht hier um Grundsatzfragen. Die Antragskommission gibt eine Empfehlung, die fast wortgleich mit dem Initiativantrag ist, aber sie hat, wie Michael Brand eben schon sagte, einen Schönheitsfehler: Der entscheidende Satz fehlt, und das ist der Satz, der uns klar aufgibt, dass wir keine Ausweitung der embryonalen Stammzellforschung möchten.

Bedenke das Ende! Das muss uns leiten, wenn wir heute politische Entscheidungen treffen, die nicht nur für morgen oder für übermorgen, sondern für längere Zeit gelten. Wir sind sicherlich – das gebe ich zu – in einem ethischen Dilemma, aber es gibt Fragen, in denen kann man nicht ein bisschen schwanger sein. Wir sprechen gerne von der klaren Kante, die wir zeigen möchten. Kollege Hintze hat eben gefragt: Soll es von dem Parteitag wirklich eine Bescheinigung geben? – Wir haben heute viele Bescheinigungen nach draußen geschickt, wir haben heute viele klare Positionen bezogen, und uns steht es an, auch hier wirklich Position zu zeigen. Das Schlimme ist nicht die Forschung an den embryonalen Stammzellen, sondern liegt in der Frage, wie diese Stammzellen gewonnen werden. Embryonen werden gezüchtet, um sie dann nicht ihrem Ursprungsziel entgegengehen zu lassen oder sich entwickeln zu lassen, sondern um sie zu töten und dann an ihnen zu forschen.

Wer Hoffnungen macht, der muss es auch ernst und ehrlich meinen. Bisher haben wir in der jahrelangen internationalen Forschung – nicht nur in Deutschland, sondern in der internationalen Forschung, wo Millionen von Euro und Dollar eingesetzt wurden – keine einzige anwendbare Therapie gefunden, und dafür haben wir Embryonen getötet. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir das auch in Zukunft möchten.

(Beifall)

Wenn wir den Stichtag verschieben, wenn wir ihn wirklich einmal verschieben, wer sagt denn, dass wir ihn nicht noch einmal und noch einmal verschieben wie eine ethische Wanderdüne? Dann können wir den Stichtag auch ganz fallen lassen, wie es die DFG und einige andere Forschungspolitiker fordern. Das wäre dann der ehrlichere Weg, und gegen den sind wir in voller Gänze. Denn wir haben gesehen, dass mit der Forschung an adulten Stammzellen wirklich Hoffnung zu verbinden ist.

Letztlich müssen wir uns fragen: Dürfen wir all das tun, was wir können? Ich bin der Meinung: Als Christdemokraten und als diejenigen, die die Bewahrung der Schöpfung unterstreichen, müssen wir auch die Grenze erkennen, dass das Leben endlich ist, dass das Leben nicht vollkommen ist und dass wir die Würde zu schützen haben, die sich selbst nicht schützen kann.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner.

Ich möchte Ihnen jetzt den Vorschlag machen, dass wir, wenn ich die Rednerliste verlesen habe, diese dann schließen, weil ich davon überzeugt bin, dass in diesen Wortmeldungen alle Argumente enthalten sein werden. Es sind elf Wortmeldungen. Selbstverständlich würde sich die Antragskommission mit Frau Schavan dann noch einmal melden – anders geht das im Geschäftsgang nicht –, die Parteivorsitzende jederzeit auch, ebenso der Bundesvorstand nach Geschäftsordnung und Satzung, aber ich denke, der würde darauf verzichten, damit wir hier fair miteinander umgehen.

Folgende Namen stehen auf der Rednerliste: Ingrid Fischbach, Peter Liese, Eberhard Gienger, Dr. Rolf Koschorrek, Peter Weiß, Maria Böhmer, Carsten Müller, Thomas Rachel, Katherina Reiche, Friedbert Pflüger und Professor Dagmar Schipanski. Das wären die Wortmeldungen.

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir damit die Rednerliste schließen. Es geht also nicht um den Schluss der Debatte, sondern um das Schließen der Rednerliste. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Das ist einstimmig so beschlossen; dafür bedanke ich mich.

Dann hören wir jetzt Ingrid Fischbach. Bitte schön!

Ingrid Fischbach: Herr Tagungspräsident! Ich kann es kurz machen. Ich kann den Empfehlungen der Antragskommission voll und ganz zustimmen und alles unterschreiben, was da gut formuliert wurde. Allerdings stellt man beim genauen Hinsehen fest, dass zwei Sätze aus dem Initiativantrag gestrichen wurden. Einen Satz hat der Kollege Henke schon genannt. Einen zweiten möchte ich nennen, nämlich die Aufforderung an die Bundestagsfraktion, „sich weiterhin entschieden einer Ausweitung des Importes menschlicher embryonaler Stammzellen und der damit mittelbar verbundenen Gefährdung des hohen deutschen Schutzniveaus für menschliche Embryonen entgegenzusetzen.“

Für mich sind das zwei Kernsätze des Antrages. Deshalb bitte ich, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, sondern dem Initiativantrag so, wie er vorliegt, zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Fischbach. – Als Nächster spricht Dr. Peter Liese hier von der Bühne.

Dr. Peter Liese: Vielen Dank, lieber Christian Wulff. – Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit will ich nur zwei Argumente anführen, die noch nicht genannt wurden. Ich leite die Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Wir befassen uns dort bei 27 Mitgliedstaaten und über 50 Mitgliedsparteien mit diesen Themen. Ich bin immer wieder darauf gestoßen, dass unser deutsches Embryonenschutzgesetz zwar angezweifelt wird und in einigen Ländern so nicht übernommen worden ist, dass aber diejenigen in Europa und darüber hinaus, die strengen Embryonenschutz wollen, sehr genau verfolgen, was wir in Deutschland tun.

Es ist schwierig, das jetzige Gesetz zu erklären und dass wir Embryonen schützen, aber gleichzeitig den Import von embryonalen Stammzellen zuzulassen. Ich habe versucht – auch gemeinsam mit Frau Schavan, Thomas Rachel und anderen –, das so gut es geht auf europäischer Ebene umzusetzen – wir hatten sogar einmal an einer Stelle im Europäischen Parlament eine Mehrheit für eine Stichtagsregelung –, aber das ist schwierig, weil uns immer der Vorwurf der Doppelmoral gemacht wird.

Wenn wir den Stichtag verschieben und angeben, dass es eine einmalige Verschiebung ist, ohne zu erklären, wie wir die zweite, dritte und vierte Verschiebung verhindern wollen, dann ist das Doppelmoral. Deswegen dürfen wir das nicht tun.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte als Arzt und jemand, der seine Doktorarbeit im Institut für Humangenetik in Bonn angefertigt hat, etwas feststellen. Mir ist es sehr wichtig, Patientinnen und Patienten zu helfen, denen wir bisher nicht helfen können. Aber ich glaube, dass der Weg der embryonalen Stammzellforschung falsch ist und dass auch die immer weitere Verschiebung der Grenzen falsch ist.

2002 wurde uns von manchen Forschern versprochen, dass es sehr schnell Heilerfolge gibt. Das ist alles gescheitert. In der adulten Stammzellforschung gibt es 73 Erkrankungen, die man schon – die einen besser, die anderen weniger gut – behandeln kann. Es gibt Patienten, die heute leben, weil adulte Stammzellen funktionieren und weil sie nicht so schlecht sind, wie sie in der Debatte manchmal gemacht werden.

Dazu gehört der letzte Punkt. Peter Hintze hat auf die Probleme hingewiesen, die mit den bestehenden Stammzelllinien aus 2002 und davor bestehen. Ich glaube, dass diese Probleme nicht

ausreichen, eine grundsätzliche ethische Entscheidung, die damals getroffen wurde, heute anders zu sehen.

Ich will zum eigentlichen Kern des Antrags kommen. Wir hatten vor zwei Wochen eine wissenschaftliche Sensation, die weltweit Aufsehen erregt hat. Es ist jetzt möglich, adulte Stammzellen ohne ethische Probleme in Zellen umzuprogrammieren, die sich fast so verhalten wie embryonale Stammzellen. Die Befürworter einer Liberalisierung sagen, das müsse gemacht werden, weil in den gleichen Labors auch embryonale Stammzellen benutzt wurden. Richten wir den Blick darauf, um welche embryonalen Stammzellen es geht. Ich habe die Originalarbeit mitgebracht. Mit diesen embryonalen Stammzellen, die in Deutschland legal importiert werden können und die einige Wissenschaftler wörtlich als Schrott bezeichnen, ist der Durchbruch gelungen. Das ist ein Grund mehr, an unserer Haltung in Deutschland festzuhalten. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Als Nächster spricht Eberhard Gienger aus dem Landesverband Baden-Württemberg von Mikrofon 7.

Eberhard Gienger: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte den Antrag D 45 und den Vorschlag der Antragskommission für ausgewogen, und zwar aus einem besonderen Grund. Wir haben vor einiger Zeit in Berlin eine Anhörung durchgeführt, bei der Professor Ho aus Heidelberg, ein Wissenschaftler, der in erster Linie mit adulten Stammzellen arbeitet, ausgeführt hat, dass die Erfahrung mit den adulten Stammzellen, die er machen konnte, nur aufgrund der Forschungsergebnisse bei embryonalen Stammzellen möglich war, die er für seine Arbeit verwenden konnte.

Aus diesem Grunde halte ich es nach wie vor für wichtig, Grundlagenarbeit auch an embryonalen Stammzellen zu vollziehen. Dass der Stichtag in der Vergangenheit liegen muss, ist uns allen klar. Ich denke, hier ist ein Vorschlag unterbreitet worden, den Stichtag etwas zu verschieben, weil – das hat Herr Hintze vorhin angesprochen – einige Stammzellen verunreinigt oder gar kontaminiert sind und sich demzufolge nicht mehr gut bearbeiten lassen.

Ich denke, wir sollten uns nach wie vor von den drei großen, wichtigen Punkten leiten lassen:

Schutz des Lebens, was im Rahmen des Embryonenschutzgesetzes auch gewährleistet ist, ein Recht auf Heilung, denn diejenigen die von einer Krankheit betroffen sind, denken darüber unter Umständen anders, als das viele Vorredner zum Ausdruck gebracht haben, und die Forschungsfreiheit. Ich denke, zu diesem schwierigen Thema bietet dieser Antrag einen Lösungsvorschlag, der zu begrüßen ist. – Schönen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Gienger. – Als Nächster spricht Herr Dr. Koschorrek aus dem Landesverband Schleswig-Holstein.

Dr. Rolf Koschorrek: Herr Tagungspräsident, ich möchte mich vollinhaltlich den Ausführungen meines Vorredners Eberhard Gienger anschließen; denn das ist das, was uns als C-Partei zu Gesicht steht: uns nicht nur um den Lebensschutz zu kümmern, sondern uns auch um die zu kümmern, die an Krankheiten leiden, die wir unter Umständen mit diesen therapeutischen Ansätzen in Zukunft heilen werden. Sicher ist es so, dass der sensationelle preisträchtige Durchbruch in der Forschung noch nicht erfolgt ist. Aber das kann doch kein seriöser Grund dafür sein, diese Forschung nach Absurdistan zu verfrachten.

(Vereinzelt Beifall)

Was machen wir hier? Wir haben in Deutschland eine Forschungslandschaft die kontrolliert und geregelt ist wie in kaum einem anderen Land auf der Welt. Unsere deutschen Forscher gehen doch wirklich verantwortungsvoll mit dem um, was wir ihnen zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Was passiert, wenn wir in Deutschland ein Verbot aussprechen? Die Welt wird doch nicht darauf gucken, was wir hier veranstalten, vielmehr wird die Forschung weitergehen. Sie wird dort weitergehen, wo sie nicht unter den Kautelen stattfindet, die dafür sorgen, dass sauber kontrolliert und unter ethischen Maßnahmen in den Instituten gearbeitet wird, so wie es bei uns der Fall ist. Wir werden den Wildwuchs in anderen Ländern fördern, dem müssen wir mit guter Forschung hier vor Ort Einhalt gebieten. Ich bitte darum, dem Votum der Antragskommission in dieser Sache ausdrücklich zu folgen. Ich sage das als Mediziner und als Mitglied des Gesundheits- und des Forschungsausschusses. Aus allen drei Perspektiven gefällt mir dieser Antrag wirklich gut. Ich bitte um ein Votum in dieser Sache.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Peter Weiß aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Peter Weiß: Frau Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende! Liebe Freunde! Wir diskutieren zu später Stunde über ein wirklich schwieriges Thema, das wird offenkundig. Ich glaube, wenn man verantwortungsbewusst über dieses Thema reden will und auch verantwortungsbewusst an den ersten Buchstaben in unserem Parteinamen und an das, was wir im soeben beschlossenen Grundsatzprogramm dazu sagen, denkt, dann muss man zuerst einmal feststellen: Embryonale Stammzellen werden dadurch gewonnen, dass Embryonen, sprich: menschliches Leben, zerstört wird.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür muss man eine besonders starke Begründung haben, wenn es überhaupt eine Begründung gibt. Wir sollten in der Diskussion nicht Begriffe verwenden, die vom eigentlichen Thema ablenken. Es geht um den Kernbestand, um den Schutz des menschlichen Lebens.

(Beifall)

Damit geht es um die Grundlage auch unserer eigenen parteipolitischen Programmatik. Natürlich hat Peter Hintze auf der anderen Seite ebenso recht. Wir wollen den Menschen, schwerkranken Menschen, das, was moderne Forschung möglicherweise an Heilungsmöglichkeiten bringt, nicht vorenthalten. Aber muss deswegen die Zerstörung menschlichen Lebens, die Zerstörung von Embryonen wirklich in Kauf genommen werden?

Im Vergleich zu dem Datum, als das heutige Stammzellengesetz erarbeitet worden ist, hat doch die Forschung – das ist schon von einigen Kollegen vorgetragen worden – beim Thema adulte Stammzellen, aber auch bei der Reprogrammierbarkeit von Zellen neue Erkenntnisse und neue Möglichkeiten eröffnet, die uns meines Erachtens heute erst recht Anlass zu der Aussage geben könnten: Die Wege und Möglichkeiten, die es gibt, um Heilung zu ermöglichen und Forschung voranzutreiben, sollten wir nutzen; auf der anderen Seite sollten wir menschliches Leben dafür nicht zerstören, sondern an den strengen Regeln des deutschen Stammzellengesetz festhalten.

(Beifall)

Ich möchte an noch etwas erinnern. Als das heutige Stammzellengesetz gemacht worden ist, hat aus genau diesen von mir formulierten Gründen die große Mehrheit der Mitglieder der damaligen CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag formuliert und ins Parlament eingebracht, mit dem embryonale Stammzellenforschung in Deutschland grundsätzlich verboten worden wäre.

Dieser Antrag hat im Parlament nicht die notwendige Mehrheit gefunden. Herausgekommen ist die heutige Stichtagsregelung. Deswegen bin ich bis zum heutigen Tag fest überzeugt: Das, was damals die große Mehrheit meiner Bundestagskolleginnen und -kollegen mit unterzeichnet hat – dass wir aus unserer eigenen Gewissensentscheidung, wie weit wir bei der Gefährdung menschlichen Lebens gehen dürfen, klar und deutlich gesagt haben, dass wir in Deutschland grundsätzlich Stammzellforschung verbieten wollen –, halte ich nach wie vor für die richtige Position. Die Mehrheitsbildung im Bundestag ist anders gelaufen. Aber wenn nun möglicherweise noch aus der CDU/CSU heraus eine Initiative gestartet wird, den Stichtag zu verschieben oder ihn etwa ganz aufzuheben, stellt dies das Grundanliegen, für das wir beim Schutz des menschlichen Lebens eintreten, geradezu auf den Kopf.

(Teilweise Beifall)

Deswegen, liebe Freunde, haben wir meines Erachtens heute noch mehr Grund als damals, 2002, zu sagen: Wir verändern das Stammzellengesetz nicht. Wir stellen den Schutz des menschli-

chen Lebens als einen Kernprogrammpunkt der CDU ganz vorneweg. Wir versagen den Menschen, die auf Heilung hoffen, nicht die Chancen; denn wir wollen die Möglichkeiten der adulten Stammzellforschung nutzen. Aber wir setzen ein klares Zeichen: Der Schutz menschlichen Lebens ist Kernbestand christlich-demokratischer Programmatik. Lassen Sie es bei dem heutigen Stammzellgesetz! Geben Sie denen nicht nach, die jetzt Stichtage verschieben wollen! Es wird dann nicht nur einmal verschoben; das hat Julia Klöckner schon gesagt. Wir werden jede Legislaturperiode im Deutschen Bundestag eine Stichtagsdiskussion bekommen, wenn wir in dieser Frage nicht klaren Kurs halten. Darum bitte ich Sie herzlich.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Weiß. – Als Nächstes Frau Dr. Maria Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Der Blick ruht ganz besonders auf der Union, wenn es um Fragen des Schutzes des menschlichen Lebens geht. Für uns galt immer und gilt nach wie vor der Satz, dass menschliches Leben nicht verfügbar ist. Das war auch die Leitschnur, als es um das Stammzellgesetz ging. Damals war für mich ein entscheidendes Kriterium, zu sagen: Wir wollen menschliches Leben schützen, und wir haben deshalb dieses Stammzellgesetz so ausgestaltet, dass es ein grundsätzliches Nein zur Einführung der Forschung an embryonalen Stammzellen beinhaltet. Aber wir haben mit dem Stichtag vergleichende Stammzellforschung ermöglicht, indem die Stammzellen, die schon existierten, dazu benutzt werden konnten.

Wenn wir heute die Frage aufwerfen, ob dieser Stichtag verschoben werden soll, dann ist der Stichtag kein Stichtag mehr.

(Teilweise Beifall)

Das ist das Problem an der Sache. Denn eine solche Festlegung ist eine einmalige gewesen. Heute sagen uns die Forscher auch, sie werden nicht mit einer Verschiebung zufrieden sein. Sie wollen an die Stammzellen der jüngsten Generation. Aber das waren Aussagen, die maßgeblich waren, bevor die jüngste Forschung in Japan und in den USA zum Erfolg gekommen ist. Wir leben jetzt in einer völlig neuen Dimension der Stammzellforschung. Es ist gelungen, durch die Reprogrammierung von Hautzellen Stammzellen entstehen zu lassen, die in ihrer Qualität genauso spannend sind wie die embryonalen Stammzellen. Das heißt, wir sind nicht mehr auf die ursprüngliche Zerstörung des Embryos zur Gewinnung von Stammzellen angewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, zu beobachten, wie sich Stammzellforscher einstellen. Ian Wilmut, der Vater von Dolly, kehrt sich ab von seinen Überlegungen zu klonen. Er wird sich dieser neuen Richtung zuwenden, weil sie die vielversprechendere ist, weil sie das ethische Dilemma überwindet, das wir immer gesehen haben und bei dem wir gesagt haben, wir wollen den Schutz des Embryos sicherstellen.

Heute können wir auch sicher sein, dass die Forschung damit nicht behindert wird. Das ist ein zweiter Gewinn durch diese Forschung: Zum einen ermöglicht sie, aus dem ethischen Dilemma herauszukommen, und zum anderen ermöglicht sie Forschung. Denn durch die neue Entwicklung ist die Zerstörung des Embryos nicht mehr notwendig.

Vor diesem Hintergrund frage ich wirklich: Müssen wir zu einer Verschiebung des Stichtages kommen? Ich sage Nein an dieser Stelle.

(Beifall)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass die Forscher, die zu diesen Ergebnissen gekommen sind, die Stammzelllinien herangezogen haben, die vor dem Stichtag liegen. Das heißt, diese sind gar nicht so wertlos, wie uns manche Forscher in Deutschland glauben machen wollen.

Für uns in der Union war und ist auch heute noch eine entscheidende Frage, wie wir zum Schutz des Embryos stehen. Das wird seinen Widerhall finden bei der Frage, ob der Stichtag ein Stichtag bleibt.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Böhmer. Als Nächstes Carsten Müller und dann Thomas Rachel.

Carsten Müller: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte an etwas anknüpfen, auf das bereits meine Kollegen Eberhard Gienger und Rolf Koschorrek hingewiesen haben. Zwei Dinge sind tatsächlich untrennbar miteinander verbunden. Das ist zum einen die Forschung an adulten Stammzellen und gleichzeitig die Forschung an embryonalen Stammzellen. Ich möchte auf meinen geschätzten Kollegen Michael Brand zu sprechen kommen. Er hat einen sehr richtigen Satz gesagt. Er hat gesagt: Die Diskussion wird mit dem heutigen Tage nicht beendet sein. Die Diskussion wird mit dem heutigen Tage nicht beendet sein, egal ob wir uns gegen eine Neudefinition eines Stichtages aussprechen oder ob wir eine solche akzeptieren wollen. Die Frage des Schutzes des menschlichen Lebens, der Unantastbarkeit der Menschenwürde, stellt sich im Übrigen nicht nur beim Stammzellgesetz, sondern auch beim Blick auf andere Gesetze. Ich greife da einmal das populärste heraus: Das ist das Strafgesetzbuch. Ich will diese Diskussion jetzt allerdings nicht aufmachen, weil wir es schon jetzt mit einem sehr komplexen Thema zu tun haben.

Meine Damen und Herren, im Stammzellgesetz ist mit dem Stichtag im Jahr 2002 zunächst eine ethische Substanz definiert worden. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch bei einer Veränderung des Stichtages diese ethische Substanz unangetastet bleibt, nicht zuletzt deswegen, weil wir nach wie vor an dem Embryonenschutzgesetz festhalten.

Meine Damen und Herren, all dies zusammengefasst und unter Würdigung des Beitrages des Kollegen Hintze möchte ich sehr dafür plädieren, dass wir uns heute mit diesem Thema kritisch

auseinandersetzen, eine gute Grundlage für eine künftige sachliche Diskussion schaffen und dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen. Dies ist meines Erachtens Garant für eine dem Thema und der Wichtigkeit dieses Themas angemessene Diskussion, die auf einem Bundesparteitag zu führen ist, aber beispielsweise auch in der Bundestagsfraktion. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Als Nächstes hat das Wort Thomas Rachel aus Nordrhein-Westfalen und anschließend Katharina Reiche.

Thomas Rachel: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Bei diesem schwierigen, uns alle bewegenden Thema der Stammzellforschung hat es in unserer Partei und im Übrigen auch in unserer Fraktion immer drei sehr unterschiedliche Meinungen und Richtungen gegeben. Dies ist auch kein Wunder; denn Christen können unterschiedlicher Meinung sein auch bei diesem Thema.

In dem eben von uns gemeinsam beschlossenen Grundsatzprogramm heißt es schon in Ziffer 2:

„Dabei wissen wir – es geht um das christliche Verständnis vom Menschen –, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt.“

Aus der Bibel lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Die Bibel ist nämlich ein Glaubensbuch und kein politisches Lehrbuch. Aus dem Glaubensbekenntnis geht eben nicht nur eine ethisch denkbare Position hervor.

Wir haben es uns auch im Parlament im Jahr 2002 nicht einfach gemacht. Wir haben in der Bundestagsfraktion um einen verantwortlichen Weg gerungen. Es gab ganz unterschiedliche Ansätze. Es ist nachher mit dem Stammzellgesetz, das in Deutschland Stammzellforschung zulässt, gelungen, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Positionen zu erwirken. Humane embryonale Stammzellen dürfen nämlich dann zur Grundlagenforschung nach Deutschland importiert werden, wenn sie vor dem 1. Januar 2002 aus überzähligen Embryonen hergestellt worden sind. Damit war der Gedanke verbunden, dass für Forschung in Deutschland kein Embryo vernichtet wird, weil sich diese eben auf die Herstellung von Stammzelllinien in der Vergangenheit bezog. Was dann möglich wurde, war, dass wir sowohl die adulte Stammzellforschung wie auch entsprechend eines ganz restriktiven Verfahrens mit dem Robert-Koch-Institut als Genehmigungsbehörde bei hochrangiger alternativloser Forschung embryonale Stammzellforschung ermöglichen.

Der in der Vergangenheit liegende Stichtag hat sichergestellt, dass kein Anreiz von Deutschland zur Nutzung von Embryonen zur Herstellung von humanen embryonalen Stammzellen ausgegangen ist. In der Zwischenzeit wissen wir, dass die Forschung uns sagt: Die Stammzelllinien

sind in tierisch belasteten Medien. Damit sind sie nicht transferierbar für hochrangige internationale Kooperationen, die wir aber dringend brauchen und die auch die Forscher eingehen möchten. Man muss sagen: Wenn man ihnen diesen Weg abschneidet, würde dies auf ein Forschungsverbot im Bereich humaner Stammzelllinien es geht um Linien und nicht um Embryonen – hinauslaufen, das rechtlich und auch nach dem Grundgesetz nach überwiegender Meinung der Juristen nicht gedeckt ist.

Die DFG hat nun gefordert, die Stichtagsregelung generell abzuschaffen. Dem möchte ich eindeutig widersprechen; denn unsere Stichtagsregelung stellt sicher, dass kein Anreiz ausgelöst wird. Ich möchte stattdessen dafür plädieren, eine einmalige Verschiebung auf einen in der Vergangenheit liegenden Stichtag zu ermöglichen.

Wer gegen die einmalige Verschiebung des Stichtages votiert, fällt hinter den ethischen Kompromiss vom Jahre 2002 zurück. Seien wir doch stolz darauf: Unser Land ist bei der Förderung der adulten Stammzellenforschung führend. Bundesministerin Schavan hat gerade diesen Bereich massiv ausgebaut. 95 Prozent der Gelder werden für die adulte und tierische Stammzellenforschung ausgegeben. Der neue Weg der Reprogrammierung eröffnet uns eine Chance, was nur möglich war, weil sie gleichzeitig mit der Kenntnis aus der embryonalen Stammzellenforschung zustande gekommen ist. Ob die neuen Zellen tatsächlich die gleichen Potenziale und Differenzierungsmöglichkeiten wie die embryonalen Stammzelllinien haben, wird die Forschung in Zukunft erweisen müssen.

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken ansprechen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, hat gesagt – ich zitiere –:

„Der vom Bundestag angestrebte Ausgleich zwischen den gegensätzlichen ethischen Überzeugungen bliebe auch dann gewahrt, wenn der Stichtag neu festgesetzt werden würde. Dabei müsste es sich aber wie 2002 um einen zurückliegenden Stichtag handeln.“

Bischof Huber ist wie viele andere ein überzeugter Christ und ein in der Bioethik bewandertes Experte. Ich möchte Sie bitten: Lassen Sie uns diesen Weg gehen. Das Votum der Antragskommission bindet die Fraktion klar, auf die Einhaltung der Menschenwürde zu dringen und genau zu prüfen, dass wirklich kein Anreiz zu verbrauchender Embryonenforschung ausgelöst wird. Das Stammzellengesetz hat in Deutschland für die Grundlagenforschung und für die Debatte insgesamt eine friedensstiftende Wirkung gehabt. Auch das ist ein ethisch bemerkenswertes Ergebnis. Ich möchte Sie insofern bitten, dem differenzierten und abgewogenen Votum der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. Als Nächste hat Katherina Reiche aus dem Landesverband Brandenburg das Wort.

Katherina Reiche: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Die biomedizinische Forschung führt zu immer neuen und größeren Eingriffsmöglichkeiten in die Lebensprozesse der Natur. Sie wirft natürlich die Frage auf, was im Humanbereich noch verantwortbar ist und wo die ethischen Grenzen menschlichen Forschens und Handelns liegen. Wir haben uns als Gesetzgeber bereits im Jahre 2001 mit den ethischen Grenzbereichen beschäftigt. Das tun nicht nur wir in Deutschland. Diese ethische Frage beschäftigt viele Staaten, Großbritannien und Frankreich ebenso wie die USA. Wir werden auch in Zukunft immer stärker mit der Internationalisierung der biomedizinischen Forschung und ihren Ergebnissen konfrontiert sein. Die Frage ist: Bestimmen wir diese Forschung, gerade in ethischer Hinsicht, mit oder sind die deutschen Forscher außen vor?

Wir haben ein Gesetz verabschiedet, das einen eindeutigen Zweck hatte, nämlich den Zweck, dass von Deutschland keine Anreize ausgehen, mit befruchteten Eizellen zu forschen. Keiner hätte sich vorstellen können, welche bahnbrechenden Forschungsergebnisse wir innerhalb von knapp fünf Jahren haben würden, sowohl im embryonalen Stammzellenbereich als auch im adulten Stammzellenbereich. Annette Schavan gibt jetzt noch einmal sehr viel mehr Geld – 10 Millionen Euro – aus, um Alternativen zu erforschen. Die Wissenschaft lernt also gerade erst, genetische Informationen zu nutzen. Sie möchte daraus Erkenntnisse über die Funktion von Genen gewinnen, um ein besseres Verständnis im Hinblick auf Krankheiten und neue Ansatzpunkte für Therapien zu entwickeln.

Das Ziel ist natürlich die Entwicklung von Medikamenten, von Zell- und Gewebetransplantaten. Wir bewegen uns aber natürlich noch im Bereich der Grundlagenforschung. John Gerhard und James Thomson haben 1998 embryonale Stammzelllinien isoliert. Jener James Thomson, der 1998 durch bahnbrechende Ergebnisse embryonale Stammzelllinien entwickelt hat, war es jetzt auch, der den Durchbruch im adulten Bereich, also bei induzierten pluripotenten Stammzellen geschafft hat. Das heißt, seine eigenen grundlegenden Forschungsergebnisse waren die Voraussetzung für seinen jetzigen Durchbruch.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die embryonale Stammzellenforschung die Grundlage bildet, um den Entwicklungsprozess von Zellen zu verstehen. Das heißt, um die Programmierung von Zellen zu lernen, müssen wir sie reprogrammieren lernen. Andersherum gesagt: Wir müssen verstehen, wie sich eine Zelle vom embryonalen Status weiterentwickelt, um sie am Ende reprogrammieren zu können.

Viele Zelllinien, die wir jetzt haben, sind nicht mehr brauchbar, sagen uns die Forscher. Deutsche Forscher können also nicht mehr an der internationalen Entwicklung teilnehmen. Sie können damit aber auch keine ethischen Maßstäbe setzen. Wir haben in der Antragskommission jetzt ein klares Bekenntnis in Bezug auf ein Menschenwürdekonzept, aber auch für wertgebundene Grundlagenforschung entwickelt.

Ich denke, wir gehen mit der gebotenen Vorsicht und Umsicht vor mit dem, was wir Ihnen hier vorschlagen.

Abschließend möchte ich Hubert Markl, den ehemaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, zitieren, der sich fragt, was uns wohl Immanuel Kant mit seinem kategorischen Imperativ in Bezug auf die heutige Debatte gesagt hätte:

„Wenn wir das wissen wollen, was wir wissen können und wissen müssen, sollten wir das tun, was uns auch künftig hoffen lässt.“

Recht hätte er gehabt.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Katherina Reiche. – Wir haben jetzt Herrn Dr. Friedbert Pflüger aus Berlin. Dann folgen Frau Professor Schipanski aus Thüringen und dann Annette Schavan für die Antragskommission. Ein Appell, auf den Punkt zu kommen, wäre, glaube ich, nicht unzulässig. Aber es ist von hier oben ein beeindruckendes Bild, wie wir diese Debatte gemeinsam führen und die volle Präsenz der Delegierten haben. Ernsthafter kann man über ein so ernstes Thema nicht diskutieren. Ein großes Kompliment an den Parteitag. – Dr. Pflüger hat das Wort.

Dr. Friedbert Pflüger: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es zeichnet diesen Parteitag aus, dass wir uns die Zeit nehmen, über dieses Thema zu sprechen, und zwar in aller Ernsthaftigkeit. So war es auch in der Bundestagsfraktion vor einigen Jahren, als wir uns intensiv mit diesem Thema befasst haben. Jeder hat das Recht, dass seine Position mit großem Respekt behandelt wird. Wir haben damals gesagt: Die Fraktion kann das nicht für alle bestimmen. Das muss die Gewissensentscheidung eines jeden Einzelnen sein.

Ich möchte zu Julia Klöckner, die ich sehr schätze, sagen: Es darf niemals um Embryonengewinnung, Embryonenzüchtung oder sogar um Embryonenhandel gehen. Das wäre in der Tat zutiefst unethisch. Das müsste man ablehnen. Es geht ausschließlich um die begrenzte Nutzung bereits vorhandener embryonaler Stammzelllinien. Diese überzähligen befruchteten Eizellen sind von Eltern gespendet worden, damit kranken Menschen geholfen werden kann. Auch diese Eltern haben eine bewusste ethische Entscheidung getroffen. Es gibt viel kranke Menschen – Querschnittsgelähmte, Alzheimerkranke, Krebskranke, die sich darüber freuen und erwarten, dass ihnen vielleicht geholfen wird. Die Wissenschaft sagt uns: Das ist möglich. Wir wollen dann diesen Menschen sagen: Nein, obwohl es nicht um neugewonnene embryonale Stammzelllinien geht, sondern um bereits vorhandene?

Es kann sein – das sollte jeder bedenken, dass manche Position so erhaben ist, dass sie das Menschliche erdrückt.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Als Nächste spricht Frau Professor Dagmar Schipanski.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich glaube, wir haben alle Aspekte der embryonalen Stammzellforschung diskutiert. Ich möchte nur noch auf drei Punkte hinweisen. Herr Hintze hat vorhin sehr deutlich gesagt: Es geht darum, mit den Erkenntnissen der Forschung derzeit noch unheilbare Krankheiten zu erforschen und damit den betroffenen Menschen Heilung zu ermöglichen. Es gibt unendlich viele Menschen, die an Alzheimer, Krebs und Multiple Sklerose erkrankt sind, an Krankheiten, die wir heute in ihren Wirkungsmechanismen noch nicht richtig verstehen und sie deshalb noch nicht entsprechend bekämpfen oder – besser – bei denen wir die Schmerzen und das Ungemach nicht lindern können. Dieser Ethik des Heilens hat sich die Stammzellforschung verschrieben. Deshalb glaube ich, dass wir den Patienten in unsere Betrachtungen einbeziehen müssen. Wie wollen wir den Menschen entgegenzutreten, wenn es jetzt Ergebnisse aus der Forschung an embryonalen Stammzellen gibt, die zu Heilung und Medikamenten führen? Sollen wir dann sagen, dass das unethische Forschungsergebnisse sind, an denen Sie nicht teilhaben dürfen? Das wäre für mich die richtige Schlussfolgerung aus unserer heutigen Diskussion, wenn wir das vollständig ablehnten.

(Vereinzelt Beifall)

Als im Bundestag über die Stichtagsregelung diskutiert wurde, habe ich gesagt: Das ist ein Gesetz, das wir binnen kurzem wieder auf dem Tisch haben werden, weil es einfach nicht der Natur der Stammzellen entspricht. Es war schon damals abzusehen, dass die Stammzelllinien nicht unendlich nutzbar und brauchbar sein werden.

Und jetzt sind sie auch noch verseucht, sodass die Ergebnisse gar nicht so genutzt werden können, wie wir uns als Forscher das vorstellen. In Deutschland gibt es eine starke Restriktion für die Forschung mit Stammzellen, die vom Robert-Koch-Institut strikt eingehalten wird. Die ethischen Maßstäbe werden von den Forschern dort akzeptiert. Danach wird gehandelt.

Vergessen Sie aber nicht: Wir sind nicht isoliert. Deutschland ist keine Insel in Europa. In ganz Europa und in den USA wird an solchen Stammzelllinien geforscht und es werden hervorragende Ergebnisse erzielt. Ich betone noch einmal: Wir wollen an diesen Ergebnissen teilhaben. Dürfen wir das? Meiner Auffassung nach dürfen wir es nicht, wenn wir unseren Forschern verbieten, an diesem internationalen Fortschritt teilzuhaben. Wir würden übrigens auch unsere Patienten ausschließen. Bitte haben Sie auch die kranken Menschen im Blickpunkt. Mir kommt es darauf an, genau zu überlegen, wie wir diese Forschung bei uns durchführen und einsetzen wollen. Wir haben eine Restriktion. Wir denken darüber nach.

Mir kommt es darauf an, zu sagen: Es handelt sich um überzählige befruchtete Eizellen. Das ist etwas ganz anderes, als wenn man einen Embryo im Mutterleib hat; denn erst da wird er sich

zum menschlichen Leben entwickeln können. Auch über diese Grundfrage sollten wir noch einmal nachdenken, besser, bevor wir uns auf einem Parteitag spät abends darüber unterhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Denken Sie über diesen Antrag, der von der Antragskommission aufgestellt worden ist, nach. Er ist sehr klug formuliert und zeigt uns genau, in welche Richtung wir uns national, international und auch als christliche Demokraten bewegen können. – Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Schipanski. – Für die Antragskommission hat jetzt Frau Ministerin Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan, Bundesvorstand: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Leben zu schützen und Leben zu heilen, sind keine Alternativen, sondern die zwei Seiten einer Ethik des Lebens. Davon sind wir überzeugt. Deshalb gibt es seit 2002 ein Stammzellgesetz. Nach meiner festen Überzeugung ist das ein gutes Gesetz, das einen deutschen Sonderweg begründet hat. Das Gesetz besagt nicht, dass es in Deutschland keinerlei Forschung an embryonalen Stammzelllinien geben darf. Die Substanz des Gesetzes ist die Tatsache, dass der Gesetzgeber klar festgestellt hat: Von Deutschland soll keinerlei Anreiz für den Verbrauch von Embryonen ausgehen. Embryonen sollen eben nicht gezüchtet werden, um sie der Forschung zur Verfügung zu stellen.

Der Zeitpunkt des Stichtages steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Zeitpunkt der damaligen Debatte. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass es für uns in der jetzigen Diskussion, fünf Jahre später, wichtig ist, die Substanz des Gesetzes zu erhalten. Auch in Zukunft dürfen von Deutschland keinerlei Anreize ausgehen, um Embryonen zu vernichten, um sie der Forschung zur Verfügung zu stellen. Auch in Zukunft muss sich Deutschland als Motor der Forschung an adulten Stammzellen verstehen.

Liebe Freunde, diesem Anspruch werden wir schon jetzt gerecht. Wir sollten deutlich sagen, dass 97 Prozent aller Mittel, die in Deutschland in die Stammzellforschung investiert wurden, und zwar nicht erst seit heute, in die alternative Forschung flossen. Von den 50 Millionen Euro, die seit 2000 investiert wurden, flossen nur 1,49 Millionen in die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzelllinien. Das Gesetz hat also genau das bewirkt, was der Gesetzgeber wollte. Deutschland investiert in Alternativen, und nur im Ausnahmefall, im Wesentlichen mit Blick auf Vergleichsstudien, investiert es in die Forschung mit Stammzelllinien, die aus überzähligen Embryonen gewonnen wurden.

Es ist meine persönliche Überzeugung, dass wir auch in Zukunft einen solchen Sonderweg brauchen, um national und international weiter Treiber der alternativen Forschung zu sein.

Meine Überzeugung ist: Wir müssen in der Forschung an den Punkt kommen, an dem menschliche Embryonen nicht mehr Quelle für Stammzelllinien in der Forschung sind. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Das ist das Ziel der Forschung in Deutschland.

(Teilweise Beifall)

Als der Deutsche Bundestag 2002 und in den folgenden Jahren über dieses Thema diskutiert hat, waren die allermeisten davon überzeugt, dass Reprogrammierung nicht gelingen kann. Dennoch hat diese Bundesregierung auf Reprogrammierung gesetzt – ich habe das jüngste Programm im September öffentlich vorgestellt –, und wir wissen seit der vergangenen Woche, dass sich die Aussage, wonach Reprogrammierung nicht geht, nicht mehr halten lässt.

Nun kommt das ethische Dilemma, an dem jemand wie ich, der zutiefst davon überzeugt ist, dass wir vom Verbrauch von Embryonen wegkommen müssen, nicht vorbeikommt. Ich kann nicht ignorieren, dass diejenigen, die ausschließlich mit adulten Stammzelllinien arbeiten, mir sagen – das sind nicht einfach nur Forscher, sondern zum Teil auch überzeugte katholische oder evangelische Christen –: Die Ergebnisse der Reprogrammierung, die jetzt vorliegen, gäbe es nicht ohne den Vergleich über die Struktur der Stammzelle, die wir aus dem Bereich der embryonalen Stammzellforschung haben. Peter Liese hat recht, wenn er sagt, der Vergleich vom Team um Thomson und Yamanaka sei mit älteren Stammzelllinien gemacht worden. Ich muss allerdings sagen: Hätten sie diese Möglichkeit nicht gehabt, wäre die Reprogrammierung nicht gelungen, weil sie darüber Erkenntnisse über Steuerungsgene innerhalb der Zelle hatten, die erst den Prozess der Reprogrammierung ermöglicht hat.

Nun sagen uns alle seriösen Forscher: Um festzustellen, ob das, was wir alle als Durchbruch empfinden und uns als Durchbruch wünschen, tatsächlich ein Durchbruch ist, brauchen wir nichtkontaminierte Stammzelllinien. Liebe Freunde, nach der Kopftuchentscheidung in Baden-Württemberg gibt es keine Situation in meinem politischen Leben, die mich so beschäftigt und innerlich so bewegt und zerreißt wie diese Frage. Ich rede jetzt nur über mich. Ich rede nicht von der Vielfalt der Überzeugungen, die es hier gibt. Unter Christen ist das in vielen Fragen so. Das besagt schon das Zweite Vatikanische Konzil: Bei gemeinsamer Grundüberzeugung über Menschenwürde, über Grundwerte können wir in der Konkretion zu unterschiedlichen Konsequenzen kommen. – Ich sage für mich: Zu moralischer Integrität gehört auch, dass ich nicht ignoriere, was mir an Wissen zur Verfügung steht, dass ich mich diesem Wissen stellen muss und dass ich deshalb denjenigen, die dazu beitragen können, dass Forschung irgendwann ohne menschliche Embryonen möglich ist, die Erkenntnisse ermögliche, die sie brauchen. Das ist mein Beweggrund, warum ich davon überzeugt bin, dass eine Verschiebung des Stichtages in Abwägung verantwortbar ist.

Liebe Freunde, wenn man mich dann fragt: „Was ist denn in fünf Jahren?“, dann sollten wir ehrlich sagen: Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit besteht darin, die Entwicklung in den nächsten fünf Jahren so rasch voranzutreiben, wie wir es in den letzten fünf Jahren getan

haben, und dann möglicherweise überhaupt keine Mittel für Vergleichsstudien mehr notwendig sind, weil die Reprogrammierung vollends gelungen ist. Dann, liebe Freude, könnte man das Gesetz, so wie es jetzt ist, in ganz anderer Weise verändern, weil man diese Mittel nicht mehr braucht. Das muss unser Ziel sein. Im anderen Fall werden wir wieder diskutieren müssen. Es gehört zur Königsaufgabe derer, die öffentliche Verantwortung tragen, sich im Zweifelsfall wieder der Diskussion zu stellen, der wir nicht aus dem Weg gehen können.

(Teilweise Beifall)

Lassen Sie mich das abschließend sagen: Ich rede hier nicht nur als Forschungsministerin. Das bin ich. Als solche bin ich in der Verantwortung, die Forschung nicht generell unter Verdacht zu stellen. Das wäre auch nicht in Ordnung. In Deutschland gibt es viele verantwortungsbewusste Forscherinnen und Forscher.

(Beifall)

Ich rede hier aber auch als jemand, der mit Blick auf seine Herkunft als katholische Theologin keine gespaltene Persönlichkeit hat, sondern davon überzeugt ist, dass ich beides, meine Überzeugung als katholische Theologin und meine Verantwortung als Forschungsministerin, an dieser Stelle zusammenbringen kann.

In diesem Sinne plädiere ich für den Antrag der Antragskommission, der unsere Grundsätze vollends enthält. Alles, was grundsätzlich zu diesem Gesetz geführt hat, steckt in diesem Text. Er gibt der Fraktion einen Kompass. Diesen Kompass sollte der Parteitag der Fraktion geben, und zugleich sollten wir nicht von der Überzeugung abrücken, die wir – damals wie heute – auch haben: dass eine so schwerwiegende Frage die Frage der individuellen Gewissen der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Wir haben die Rednerliste jetzt abgearbeitet. Wir haben auch die Antragskommission gehört. Danach wäre jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Es hat sich aber noch einmal die Parteivorsitzende gemeldet. Wir waren uns darüber einig, dass nicht der ganze Bundesvorstand von seinem Recht Gebrauch macht, dass aber die Bundesvorsitzende selbstverständlich jederzeit das Wort ergreifen kann. Frau Dr. Merkel, Sie haben das Wort.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Als Erstes möchte ich für diese Debatte danken. Ich fand, sie war außergewöhnlich ehrlich und tiefgehend. Wir haben uns hier in gegenseitigem Respekt zugehört und haben die Argumente in einer Frage vorgebracht, die ja ganz zum Schluss im Deutschen Bundestag auch wieder nach Maßgabe der Gewissensfreiheit entschieden werden wird.

Es ist eine sehr wichtige Frage, und deshalb habe ich mich auch noch einmal gemeldet. Es ist vielleicht gut, wenn Sie meine Überlegungen kennen, weil wir – auch Annette Schavan, auch Maria Böhrer und andere – uns bei der Gesetzgebung zu dem ersten Gesetz viel damit beschäftigt haben und jetzt natürlich ebenso bei den Fragen, die an die Forschungsministerin, an Annette Schavan, herangetragen werden.

Wir als CDU und als CSU sind mit anderen aus anderen Fraktionen ganz übereinstimmend der Meinung, dass Deutschland keinen Anreiz für eine verbrauchende Embryonenforschung liefern sollte. Wir haben alles abzuwägen, was da abzuwägen ist, und ich setze auch sehr große Hoffnungen auf die adulte Stammzellforschung. Ich habe mich nach langem Überlegen entschieden, der Argumentation von Annette Schavan zu folgen, weil uns auch viele Wissenschaftler dazu auffordern, die Möglichkeiten der adulten Stammzellforschung – hoffentlich nur zeitweise – durch die embryonale Stammzellforschung zu ergänzen.

Um noch einmal zu untermauern, dass wir keine Anreize für eine verbrauchende Embryonenforschung setzen wollen, könnten wir, wie ich glaube, aus dem Antrag D 45 den Teil sehr gut übernehmen, den Herr Henke aus Nordrhein-Westfalen hier genannt hat:

„Die CDU Deutschlands bekräftigt, dass die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes“ – ich würde sagen „des Embryonenschutzgesetzes“, aber das ist egal – „unvereinbar ist.“ Das können wir sehr gut übernehmen.

Es bleibt dann ein Punkt, den ich neben den Argumenten, die Annette Schavan genannt hat, noch in die Debatte werfen möchte. Wir werden im Deutschen Bundestag in eine Situation kommen, in der nicht nur über einen Stichtag zu debattieren ist, sondern über ein Gesamtpaket, bei dem hinsichtlich der Intentionen des Gesetzes auch zu schauen ist, wie sich die Meinungsbildung entwickelt. Sind wir ein Land, das keine Anreize setzen will, oder sind wir ein Land, das vielleicht die Stichtage beliebig verschiebt?

Peter Weiß hat hier sehr eindrücklich darüber berichtet, dass eine Vielzahl von Kollegen damals eigentlich der Stichtagsregelung nicht zugestimmt hätten, sich aber in der Abwägung, was denn ihren Intentionen am nächsten kommt, doch dafür entschieden haben, das Gesetz mit dieser Stichtagsregelung zu befürworten.

Deshalb, liebe Freunde, müssen wir in unsere Debatte diesen Geist einbringen: keine Tötung von menschlichen Embryonen, keine Anreize, Unterstützung der adulten Stammzellforschung, das aber auf verantwortbare Art und Weise. Deshalb werbe ich noch einmal für das Votum der Antragskommission, ergänzt durch den von mir noch einmal zitierten Satz. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Angela Merkel!

Die Antragskommission übernimmt diesen Vorschlag der Parteivorsitzenden, so dass jetzt die Empfehlung der Antragskommission in der von Frau Dr. Merkel vorgetragenen Fassung, also mit dem ergänzenden Satz, zur Abstimmung stände.

Ich darf fragen, wer dieser Fassung der Antragskommission mit der Ergänzung von Frau Dr. Merkel seine Zustimmung geben will. – Wer stimmt gegen diese geänderte Fassung der Antragskommission? – Dann würde ich gerne, damit wir uns hier vorne einig werden, die Gegenprobe machen. Ich frage also noch einmal, wer für die Fassung der Antragskommission ist. – Wir schlagen vor, dass Sie alle aufstehen. Wir machen beides im Stehen, und auch wir stehen auf, damit wir den Überblick haben. Ich bitte diejenigen aufzustehen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen. – Dann bitte ich Sie, Platz zu nehmen, und bitte diejenigen, die gegen die Empfehlung der Antragskommission sind, sich zu erheben. – Wir sind der Meinung, das erste war die Mehrheit, aber wir schlagen schriftliche Abstimmung vor, weil das bei so vielen Delegierten, die noch im Saal sind, nicht genau zu erkennen ist.

Wir schlagen vor, dass Sie Ihren Delegiertenstimmzettelblock und dort die Stimmzettel mit der Nummer 1 – Ja, Nein, Enthaltung – zur Hand nehmen. Die Stimmzähler halten sich bei den Stimmzählerboxen bereit und sammeln dann in den Reihen die Stimmzettel ein. Ja wäre Zustimmung zu dem geänderten Vorschlag der Antragskommission, Nein wäre Ablehnung des Vorschlages, und Enthaltung wäre Enthaltung zu diesem Punkt. Wir schlagen vor, dass Sie in Ruhe Ihren Stimmzettelblock nehmen, sich für Ja, Nein oder Enthaltung entscheiden und dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle dafür Sorge tragen, dass wir diese Abstimmung durchführen. Wir würden dann die Stimmen auszählen, könnten noch den letzten Antrag zu Tagesordnungspunkt 19 behandeln und haben dann das Votum. Das lässt sich schnell auszählen. Das ist besser als Unklarheit in einem solchen Punkt.

Jetzt nimmt jeder den Stimmzettel mit der Nummer 1: Ja, Nein, Enthaltung. Wer mit Ja stimmen möchte, stimmt der Empfehlung der Antragskommission in der geänderten Fassung zu. Wer mit Nein stimmt, stimmt dagegen. Oder er enthält sich. Die Stimmzettel mit der Nummer 1 – Ja, Nein, Enthaltung – gibt es nur einmal für jeden Delegierten. Ich wäre dankbar, wenn sich die Stimmzähler ihre Stimmzettelboxen abholen. Wo sind diese Boxen verfügbar? Wir haben alles vorbereiten lassen, weil die Situation jederzeit eintreten konnte. Warten Sie einfach gelassen ab. Der Niedersachsenabend findet trotzdem in 20 Minuten statt.

Die Stimmzähler haben jetzt begonnen. Sie kommen gerade in den Saal, um Ihre Stimmkarten – Ja, Nein oder Enthaltung – einzusammeln. Nun ist der Wahlgang jetzt eröffnet, und ich warte eine gewisse Zeit, bis wir den Wahlgang schließen. Ich muss Sie bitten, den Saal nicht zu verlassen, weil es je nach Mehrheit entsprechende Folgerungen gibt. Das sollten wir heute Abend abschließen. Dementsprechend würde ich gerne jetzt erst diesen Wahlgang schließen.

Im Moment werden noch die Stimmkarten eingesammelt. Wo sind noch Stimmkarten abzugeben? Stimmzähler nahen von allen Seiten.

Ich möchte fragen, wo noch Stimmzettel abzugeben sind. Ich sehe, das ist beim Landesverband Sachsen-Anhalt der Fall.

Nach Schließung des Wahlgangs begibt sich die Stimmzählkommission in den entsprechenden Raum und zählt aus, und wir können noch einen Antrag in der Wartezeit behandeln.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Ich frage ein letztes Mal: Wo sind noch Stimmzettel abzugeben? – Alle Stimmzettel scheinen abgegeben zu sein. Ich bedanke mich bei der Stimmzählkommission, die sehr schnell durch den Saal geeilt ist, und stelle fest, dass wir den Wahlgang der Abstimmung zum Antrag D 45 hiermit beenden. Die Stimmzähler zählen relativ zügig, aber korrekt aus, also keine übertriebene Eile.

Wenn Sie einverstanden sind, können wir jetzt den letzten Antrag zu Punkt 19 der Tagesordnung beschließen. Das ist der Antrag D 46 der Delegierten Christian Natterer, Norbert Lins, Kai-Markus Schenek und weiterer 27 Delegierter. Sie finden den Antrag auf Seite 8 der Sammlung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 46 durch die Annahme des Antrags D 43 als erledigt zu betrachten.

Dazu hat Christian Natterer das Wort gewünscht. Ich erteile Christian Natterer das Wort. Danach werden wir sicher zügig das Ergebnis erfahren. Dann wollen wir zusehen, dass wir den Parteitag genauso gut beschließen, wie wir ihn bisher durchgeführt haben.

Christian Natterer: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeit ist fortgeschritten, daher möchte ich es ganz schnell machen. Ich glaube aber, dass wir uns die Zeit nehmen sollten, diesen sehr aktuellen und wichtigen Antrag zu behandeln.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag in der vorliegenden Fassung zuzustimmen, da dieser Antrag im Vergleich zu D 43 explizit keine weitere Ausdehnung des Entsendegesetzes auf andere Branchen fordert.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bundeskanzlerin hat letzte Woche in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages verlauten lassen, dass nur noch das gemacht werden soll, was neue Arbeitsplätze schafft, und alles verhindert werden soll, was bestehende Arbeitsplätze vernichtet. Eine weitere Ausdehnung des Entsendegesetzes macht aber genau das: Es vernichtet Arbeitsplätze. Wenn wir das Gesetz auf immer weitere Branchen ausdehnen, jedes Jahr zehn Branchen neu ins Entsendegesetz aufnehmen, dann haben wir irgendwann einen flächendeckenden Mindestlohn. Wir als CDU müssen hier konsequent bleiben und sagen: bis hierher und nicht weiter.

Die Bundesregierung hat einen schweren Fehler gemacht, als sie der Ausdehnung des Mindestlohns auf das Postgewerbe zugestimmt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie uns diesen Fehler heute korrigieren, indem Sie dem Antrag D 46 in der vorliegenden Form zustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Natterer. – Für die Antragskommission spricht der Generalsekretär Ronald Pofalla.

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Ich darf Sie bitten, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, weil wir entsprechende Vereinbarungen in der Koalition haben. Diese stehen im Gegensatz zu dem, was hier enthalten ist. Wir haben heute sowohl durch den Bericht der Vorsitzenden als auch in meinem Bericht die Linien in Sachen Mindestlohn deutlich aufgezeichnet. Ich bitte Sie ausdrücklich, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Ich darf darum bitten, dass wir über die Empfehlung der Antragskommission zu D 46 abstimmen, sodass sich D 46 durch Annahme von D 43 erledigt. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die Mehrheit für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Wir hätten damit alle Anträge zu Tagesordnungspunkt 19 beraten und entschieden. Wir warten also nur noch auf das Auszählungsergebnis, das noch aussteht. Bis auf diesen Punkt haben wir Tagesordnungspunkt 19 erledigt.

Weitere Tagesordnungspunkte werden wir heute nicht mehr aufrufen. Wir warten jetzt auf das Zählergebnis. Ich darf Ihnen sagen, dass wir morgen früh statt um 9 Uhr um 9.15 Uhr, also eine Viertelstunde später, beginnen wollen.

Das müssen Sie jetzt abwägen mit der Rede von Volker Kauder, auf die wir uns freuen, mit der Rede von Roland Koch, auf die wir uns freuen, und mit der Antragsberatung, auf die wir uns freuen. Außerdem freuen wir uns auf Erwin Huber, den neugewählten CSU-Vorsitzenden, der morgen zu uns kommt. Wir freuen uns vor allem, dass wir morgen nach Hause oder zu weiteren Terminen kommen. Man muss da also eine gewisse Abwägung treffen. Ich denke, wir können uns auf 9.15 Uhr verständigen. – Oder die Parteivorsitzende sagt 9.30 Uhr.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Nein. Wenn wir 9.15 Uhr sagen, wird es von alleine 9.20 Uhr. Dann steht uns Erwin Huber vor der Tür; die stehen früh auf in Bayern.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Auch die Hannoveraner sind pünktlich. Also 9.20 Uhr; fünf Minuten haben Sie jetzt noch herausgehandelt.

Jetzt hören wir das Zählergebnis. Ich darf Ihnen sagen, dass nach der Auszählungsbekanntgabe, falls die Antragskommission die Mehrheit gefunden hat, die Busse sofort fahren. Falls die Antragskommission keine Mehrheit gefunden hat, würden wir jetzt über den weitestgehenden verbliebenen Antrag abstimmen und müssten dann schauen, wie es danach weitergeht. Das sieht die Geschäftsordnung der Parteitage so vor. Danach jedenfalls stehen draußen Busse und fahren Sie ein paar hundert Meter bis zum Deutschen Pavillon. Dort werden Angela Merkel, der Generalsekretär und ich sofort auf die Bühne hechten und den Abend für eröffnet erklären. Ich bekomme ständig SMS von denen, die dem Parteitag nicht mehr beiwohnen und uns französische Verhältnisse androhen. Das kann aber nicht sein; denn der Parteitag findet hier statt, und der Abend wird eröffnet, wenn der Parteitag hier zu Ende ist. Das ist völlig klar.

(Beifall)

Aber das wird sich dann nicht mehr verzögern, sondern dann kann sofort losgelegt werden. Ich darf hier schon sagen: Sie werden dort nach Eröffnung der Buffets den Wahlkampfsong der Niedersachsen-CDU hören, „Zukunftsland“. Hören Sie sich da ein bisschen rein. Je öfter man den hört, umso schöner ist er. Bei uns beklagen sich die Ersten, dass sie den Ohrwurm nicht mehr aus dem Ohr kriegen: „Komm mit ins Zukunftsland! Es liegt in deiner Hand ...“. Wenn das Auszählen jetzt noch lange dauert, singt Ole von Beust gleich mit mir.

(Beifall)

Das wollen wir Ihnen aber nicht zumuten. Wir müssen hier schon die Form wahren. Man muss immer das machen, was man gut kann; was man nicht kann, muss man andere machen lassen.

Ich unterbreche jetzt für zwei oder drei Minuten, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 21.43 bis 21.44 Uhr)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Das Ergebnis naht. Sie können wieder Platz nehmen. Ich darf vorweg sagen: Es hat sich als richtig erwiesen, dass wir schriftlich abgestimmt haben; das Ergebnis ist relativ knapp. Abgegebene Stimmen 634. Enthaltungen 10, mit Ja haben gestimmt 323, mit Nein 301. Damit hat sich unser Gefühl bestätigt. Wir sind froh, dass es sich auch schriftlich bestätigt hat.

(Teilweise Beifall)

Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen. Ich bedanke mich bei allen für die Debatte, die für jeden Bundestagsabgeordneten von großer Bedeutung ist.

Ich wünsche Ihnen jetzt einen tollen Niedersachsen-Abend und schließe für heute Abend. Morgen früh eröffne ich um 9.20 Uhr wieder. Vielen Dank und einen schönen Abend!

Dienstag, 4. Dezember 2007
Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 09.23 Uhr)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Meinung, dass wir uns dem Beginn des Parteitages trotz des sehr schönen Niedersachsen-Abends zuwenden können.

Wir hatten gestern Abend intensive Beratungen, insbesondere zu einem der Sachanträge. Ich bedanke mich noch einmal für die große Präsenz, die vielen anregenden Wortbeiträge und dafür, wie wir das gestern abgehandelt haben. Für diejenigen Delegierten, die das Wahlergebnis gestern wegen des Niedersachsen-Abends nicht mehr vernommen haben: Es war eine Mehrheit von 323 zu 301 Stimmen bei 10 Enthaltungen für die Empfehlung der Antragskommission zustande gekommen.

Wir machen Ihnen jetzt den Vorschlag, dass wir zu Beginn des zweiten Parteitagstages den TAGESORDNUNGSPUNKT 16 behandeln:

ÄNDERUNG VON STATUT, FINANZ- U. BEITRAGSORDNUNG
SOWIE GESCHÄFTSORDNUNG DER CDU
BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Bevor ich den Bundesgeschäftsführer Herrn Dr. Schüler um Vorstellung des Antrages des Bundesvorstandes zur Änderung des Satzungsrechts bitte, möchte ich darauf hinweisen, dass dies den Antrag B 2 des Bundesvorstandes, bei dem es inhaltlich um das Aufnahmeverfahren geht, betrifft. Diesen Antrag finden Sie auf der Seite 731 der Antragsbroschüre, Band III.

Der Bundesvorstand hat hierzu eine Änderung beschlossen, die Sie als Antrag B 26 in der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 5 und 6 finden. Die Antragskommission hat über diesen Antrag nochmals beraten und schlägt nunmehr eine leicht modifizierte Fassung vor. Deren Wortlaut finden Sie ebenfalls in der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge auf den Seiten 5 und 6. Ich bitte diese Aktualisierung bei Beratung und Beschlussfassung des Antrages B 2 zu berücksichtigen.

Herr Dr. Schüler, wenn Sie einverstanden sind, würde ich Ihnen gerne das Wort erteilen. Dann kommen wir zur Beratung und Abstimmung der einzelnen Anträge.

Dr. Klaus Schüler Bundesgeschäftsführer der CDU: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Anträge und Empfehlungen der Antragskommission liegen Ihnen vor. Ich will nicht ins Detail gehen, sondern mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Erste Bemerkung: Die Anträge, die der Bundesvorstand Ihnen vorlegt, gehen auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zurück, in der alle Landesverbände, Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen unserer Partei mitgewirkt haben. Die Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe sind in breiter Übereinstimmung beschlossen worden.

Zweite Bemerkung: Aufgabe und Zielsetzung war es ausdrücklich nicht, ein neues Statut zu erarbeiten. Das wäre auch gar nicht notwendig. Es ging vielmehr darum, lediglich diejenigen Bestimmungen anzupassen, die im Interesse effektiver Parteiarbeit als besonders novellierungsbedürftig erachtet wurden. Deshalb tragen wir jetzt beispielsweise den Entwicklungen moderner Kommunikationstechnik auch satzungsmäßig dadurch Rechnung, dass der Bundesvorstand Regelungen vorschlägt, wonach Einladungen zu Sitzungen von Parteiorganen, aber auch Mitgliederaufnahmeanträge künftig auch auf elektronischem Wege, per E-Mail, erfolgen können. Das spart Zeit, das spart Geld, das ist heutzutage Standard.

Dritte Bemerkung: Es ging auch um Rechtsklarheit. Deshalb empfiehlt Ihnen der Bundesvorstand, die konkurrierende Kandidatur eines CDU-Mitglieds gegen einen von der Aufstellungsverammlung unserer Partei nominierten Kandidaten künftig klipp und klar als parteischädigendes Verhalten zu normieren.

(Beifall)

Vierte Bemerkung: Besonders intensiv haben wir uns über die Novellierung des Aufnahmeverfahrens unterhalten. Nun ist es ja – ungeachtet unserer verstärkten und auch dringend notwendigen Anstrengungen bei der Mitgliederwerbung – im Moment nicht gerade unser allergrößtes Problem in der Parteiarbeit, dass die Menschen uns zu Abertausenden die Türen unserer Geschäftsstellen einrennen und wir mit den Aufnahmeanträgen gar nicht mehr nachkommen. Deswegen sollten wir uns bemühen, für diejenigen, die bei uns Mitglied werden wollen – das sind erfreulicherweise doch eine ganze Menge –, ein zeitlich geordnetes, straffes Aufnahmeverfahren zu gewährleisten und überlange Wartezeiten, wie es sie leider in der Praxis hier und da gibt, zu vermeiden.

Deswegen jetzt der Vorschlag a) zur Einführung einer Frist ab Eingang des Aufnahmeantrags, innerhalb derer der Kreisvorstand über die Aufnahme zu entscheiden hat, und b) zu einer sogenannten Aufnahmeфикtion. Das heißt, falls der Kreisvorstand den Aufnahmeantrag nicht innerhalb einer bestimmten Frist ablehnt, gilt er als angenommen.

Gegen diesen Vorschlag hat es – das zeigt auch die Antragslage – Bedenken gegeben. Bundesvorstand und Antragskommission haben sich deshalb nochmals mit der Sache befasst und schlagen Ihnen, wie der Tagungspräsident eben schon erläutert hat, nunmehr eine modifizierte Fassung vor. Sie räumt in Ausnahmefällen die Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung der Acht-Wochen-Frist ab bestätigtem Eingang des Aufnahmeantrags um weitere vier Wochen ein.

Erst danach greift die von mir erwähnte Aufnahmeфикtion. Dies ist für uns ein tragfähiger Kompromiss, um einerseits ein bewerberfreundliches, straffes Aufnahmeverfahren zu gewährleisten, andererseits aber auch den Kreisvorständen ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Entscheidungsfindung zu geben.

Abschließend bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden und Vereinigungen für die gute Zusammenarbeit und bitte den Parteitag um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schüler, für Ihre Erklärungen dieser Antragslage. – Wir kommen dann zur Beratung und Abstimmung der einzelnen Anträge.

Ich rufe den Antrag B 1 auf Seite 731 der Antragsbroschüre auf. Da wird Annahme empfohlen. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf fragen, ob Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen. Wenn das der Fall ist, dann erheben Sie bitte Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig beschlossen; ich stelle die erforderliche Mehrheit fest.

Ich rufe den Antrag B 2 des Bundesvorstandes auf Seite 731 und den Antrag B 26 auf den Seiten 5 und 6 in der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 2, B 6 und B 26 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung, die Sie an Ihrem Platz auf den Seiten 5 und 6 der Sammlung der Initiativanträge finden. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 3 bis B 5 und B 7 sowie B 8 mit der Annahme der Änderung zu § 5 des Statuts als erledigt zu betrachten. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann frage ich Sie, ob Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen können. Wenn das der Fall ist, dann bitte ich Sie um das entsprechende Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist die Änderung der Satzung so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 9 des Bundesvorstands. Dazu gehören die Anträge B 10 bis B 12 auf den Seiten 733 und 734 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 9 und Ablehnung der Anträge B 10 bis B 12. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, möge das Kartenzeichen geben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit bei einer Enthaltung so angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 13 des Bundesvorstands auf Seite 734 der Antragsbroschüre. Dazu gehört der Antrag B 14 auf der Seite 734 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags B 13 und die Ablehnung des Antrags B 14. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit so angenommen.

Antrag B 15 befindet sich auf den Seiten 734 und 735 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Antrag B 16. Der Antrag befindet sich auf Seite 735 der Antragsbroschüre. Es wird Annahme empfohlen. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wenn Sie dem Vorschlag der Antragskommission folgen wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Antrag B 17. Es wird Annahme empfohlen. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist mit der erforderlichen Mehrheit so angenommen.

Antrag B 18 befindet sich auf Seite 736 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 19 und B 20. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags B 18 und die Ablehnung der Anträge B 19 und B 20.

Wer diesem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht.

Wir kommen zu Antrag B 21 auf Seite 736 und Seite 737 der Antragsbroschüre. Es wird Annahme empfohlen. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit so angenommen.

Wir kommen zu Antrag B 22 auf Seite 737. Es wird Annahme empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Ich frage, wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist die Änderung einstimmig, also mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag B 23. Es wird Annahme empfohlen. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist die Änderung einstimmig, also mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag B 24 auf Seite 738 der Antragsbroschüre. Es wird Annahme empfohlen. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wenn Sie der Empfehlung zustimmen möchten, dann heben Sie bitte Ihre Karte. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Es ist einstimmig, also mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen nun zum letzten Antrag der Anträge unter B, nämlich zu Antrag B 25 des Kreisverbandes Ravensburg auf Seite 738 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung dieses Antrags.

Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Roland Rack aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor. Herr Dr. Rack spricht für den Antragsteller.

Dr. Roland Rack: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frauenquote war schon mehrfach Gegenstand kontroverser Diskussionen auf dem Bundesparteitag. Ich möchte hier für die Annahme des Antrags B 25 werben. Wir kennen die Entwicklung der letzten Jahre. Sämtliche Versprechungen, die am Anfang im Blick auf Zehntausende junger Frauen oder im Blick auf viele Wählerinnen und Wähler gemacht worden sind, haben sich nicht erfüllt. Die CDU war immer die Partei der Zukunft. Die Quote ist ein alter Zopf der 68er. Ich denke, man gewinnt junge Frauen durch gute Politik und nicht durch alte Quoten. Ich werbe hier deshalb für die Annahme des Antrags B 25.

(Teilweise Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Rack. – Mir liegt jetzt die Wortmeldung von Frau Regina van Dinther aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor. Auch der Generalsekretär hat sich zu diesem Antrag noch zu Wort gemeldet. Frau van Dinther!

Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Es geht nicht darum, hier über alte Zöpfe zu diskutieren. Es geht vielmehr darum, dass wir eine reale Beteiligung von Frauen insbesondere auch in Führungsämtern der CDU haben. Wir können jetzt zwar erfreulicherweise feststellen, dass wir eine Bundeskanzlerin haben. Wenn man aber einmal auf die Parlamente schaut, ergibt sich, dass die SPD und andere Parteien mit einem Frauenanteil von 40 bis 50 Prozent bei den Mandaten vertreten sind, während unsere CDU in den allermeisten Landesverbänden immer noch eine Beteiligungsquote von unter 10 Prozent bei diesen Ämtern und Mandaten aufweist. Ich finde, das ist eine Zukunftsaussage, bei der wir es nicht belassen dürfen. Ich bitte den

Parteitag, bei den bisherigen Beschlüssen zu bleiben, zumal diese keine Revolution darstellen, sondern sehr praktikable Lösungen aufzeigen. Ich bitte also darauf zu achten, dass Frauen wenigstens mit dabei sind; sonst werden sie nämlich noch weniger beteiligt.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Der Generalsekretär hat das Wort.

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Ihnen liegt in den Unterlagen ein Bericht der Bundespartei zur Situation der Frauen und Männer in der CDU vor. Dieser Bericht macht deutlich, dass wir nach wie vor einen Nachholbedarf haben, wenn es darum geht, auf der Ebene der Stadt- und Gemeindeverbände sowie der Kreisverbände Frauen in verantwortliche Positionen zu bringen. Ich möchte wirklich dafür werben, diesen Antrag abzulehnen, weil er ein völlig falsches Signal gibt.

(Beifall)

Frauen haben in der CDU einen entscheidenden Platz. Wir müssen die Situation von Frauen in der CDU aber noch weiter verbessern. Deshalb brauchen wir weiter das Instrumentarium des Quorums. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ronald Pofalla. Es geht hier um das Frauenquorum in der Satzung, das wir 1996 hier auf dem Parteitag in Hannover mit der satzungsändernden Mehrheit beschlossen haben. Es gibt diesbezüglich immer wieder Diskussionen in den Kreisverbänden, wie wir jetzt auch bei dem Antrag des Kreisverbandes Ravensburg feststellen.

Weitere Wortmeldungen zu Antrag B 25 liegen nicht vor. Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrags B 25. Ich frage, wer diesem Vorschlag der Antragskommission auf Ablehnung folgt? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist der Antrag B 25 mit der erforderlichen Mehrheit abgelehnt.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 16.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,
VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2005 GEMÄß § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich gebe das Wort unserem Bundesschatzmeister Eckart von Klaeden, dem ich für seinen Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2005 danke. Bitte schön, Eckart von Klaeden.

Eckart von Klaeden, Bundesschatzmeister: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen heute den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 vorlegen. Er ist fristgerecht eingegangen und mit dem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen, beim Bundestagspräsidenten eingereicht und von der Verwaltung des Bundestages überprüft und veröffentlicht worden. Wie Sie dem vorliegenden Bericht entnehmen können, sind wir bei der Sanierung der Finanzen ein gutes Stück vorangekommen. Trotz der Belastung des vorgezogenen Wahlkampfes konnten wir im Jahr 2005 einen Überschuss erwirtschaften. Wir haben damit erstmals in diesem Jahr ein positives Reinvermögen ausweisen können.

(Beifall)

Die erhebliche Verschuldung, die zu Beginn der Sanierungsphase im Jahr 2000 – ich wiederhole die Zahl – 34,6 Millionen DM oder 17,8 Millionen Euro betrug, konnte vollständig abgebaut werden. Der im Jahr 2000 vom Essener Parteitag formulierte Sanierungsauftrag ist damit in einem ganz wesentlichen Punkt erfüllt. Damit ist dieser Rechenschaftsbericht ein Dokument der erfolgreich fortschreitenden Sanierung unserer Finanzen.

Sie wissen aber auch, dass diese Konsolidierung, dieser Rechenschaftsbericht nur ein Zwischenschritt ist. Wir wollen, dass wir in Zukunft unsere Wahlkämpfe aus Rücklagen ohne die dafür früher notwendige Aufnahme von Krediten finanzieren können. Deswegen sieht die mittelfristige Finanzplanung vor, dafür in den weiteren Haushalten der Bundespartei Vorsorge zu treffen. Ich möchte Sie heute über die weiteren Planungen für die kommenden Jahre, aber auch über die Entwicklungen in den Jahren 2006 und 2007 informieren.

Im Jahr 2006 konnten wir erneut mit einem Überschuss abschließen. Das in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Ergebnis konnte damit sogar leicht übertroffen werden. Wir konnten die erforderlichen Rücklagen für den Wahlkampf bilden und die Tilgung unseres Hypothekendarlehens für das Konrad-Adenauer-Haus pünktlich bedienen. Das alles ist nur durch erhebliche und zum Teil sehr schmerzhaftes Sparanstrengungen im Konrad-Adenauer-Haus möglich gewesen. Ich will mich hier ganz besonders beim Präsidium, beim Bundesvorstand und bei der Bundesvorsitzenden, aber auch beim Generalsekretär sowie beim Bundesgeschäftsführer Dr. Schüler und seinem Vorgänger, Johannes von Thadden, bedanken.

(Beifall)

Ich will gleichzeitig ankündigen, dass wir die erforderliche Haushaltsdisziplin, die dazu geführt hat, auch in Zukunft fortsetzen wollen.

Für das laufende Jahr 2007 zeichnet sich auf der Einnahmeseite – das muss man leider betonen – wieder eine schwierige Entwicklung ab. Das hängt zunehmend mit der Entwicklung der Mitgliedsbeiträge zusammen. Schon im Jahr 2005 musste infolge rückläufiger Mitgliederzahlen erstmals ein Rückgang der eingezahlten Mitgliedsbeiträge verkraftet werden. Dieser Trend hat

sich 2006 fortgesetzt. Auch in diesem Jahr erwarten wir einen leichten Rückgang. Diese Entwicklung trifft die Bundespartei doppelt, weil wir nicht nur die fehlenden Mitgliedsbeiträge zu verkraften haben. Vielmehr mindert das auch unseren Anteil an der staatlichen Parteienfinanzierung. Im Vergleich zum Jahr 2005 haben wir im Jahr 2006 und in diesem Jahr einen spürbaren Rückgang der Spendeneinnahmen verzeichnen müssen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass wir im Jahr 2005 ein Wahljahr hatten und deswegen überdurchschnittlich viel Unterstützung erfahren haben. Es gibt zum anderen eine Enttäuschung unter den Wählern, Spendern und Unterstützern, dass wir im Jahr 2005 unser Ziel nicht erreicht haben, eine bürgerliche Mehrheit zu bilden. Aber all denjenigen, die jetzt das eine oder andere Mal die Nase über die Kompromisse rümpfen, die man in einer Großen Koalition eingehen muss, sage ich: Eine Große Koalition gibt es nur dann, wenn wir im Bundestag eine linke Mehrheit haben. Denn hätten wir eine bürgerliche Mehrheit, würden wir eine bürgerliche Regierung bilden können. Deswegen ist jetzt Unterstützung erforderlich, damit wir im Jahr 2009 wieder eine bürgerliche Regierung unter Führung von Angela Merkel bilden können. Ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg sind die Landtagswahlen im Januar und Februar des nächsten Jahres. Hier zeichnet sich eine erfreuliche Entwicklung ab, was die Unterstützung der Landesparteien im Wahlkampf angeht.

Als Bundesschatzmeister will ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir auf eine angemessene staatliche Parteienfinanzierung angewiesen sind. In den vergangenen Jahren hat es hier keine Anpassung gegeben. Real haben wir daher weniger Mittel zur Verfügung gehabt. Ein Inflationsausgleich ist im Parteiengesetz ausdrücklich vorgesehen. Diese Regelung geht auch nicht unmittelbar auf einen Vorschlag der Parteien zurück. Vielmehr ist sie eine Empfehlung der unabhängigen Kommission beim Bundespräsidenten. Ein Ausgleich der Preissteigerung ist geboten; denn die Komplexität der Aufgaben nimmt zu und die Kosten steigen, wie wir alle wissen. Dieses Problem betrifft alle Parteien. Ich würde mich daher freuen, wenn die ins Stocken geratenen Gespräche über die Novellierung des Parteiengesetzes noch zu einem guten Abschluss gebracht werden könnten und wir die im Gesetz vorgesehene und von der unabhängigen Kommission vorgeschlagene moderate Anhebung der absoluten Obergrenze vornehmen könnten.

Zusammenfassend will ich sagen: Die Finanzlage der Bundespartei ist geordnet. Die Planungen weisen auch für die kommenden Jahre stabile Verhältnisse aus. Die Grundlagen für eine weiterhin positive Entwicklung sind gelegt. Erkennbare Altlasten existieren nicht mehr. Jedoch verfügen wir – auch das ist wichtig – über keinerlei finanzielle Polster. Deswegen sind wir zur Weiterentwicklung einer soliden Finanzbasis in den kommenden Jahren sowie zu weiteren Anstrengungen und zu diszipliniertem Haushalten verpflichtet; denn wir wollen im Jahr 2009 einen Bundestags- und einen Europawahlkampf bestreiten, ohne dafür zusätzliche Kredite aufnehmen zu müssen. Deswegen bleibt es bei dem Beschluss, den wir gefasst haben, nämlich dass Mitte 2008 mit der Sonderumlage für die Kreisverbände Schluss ist. Ich bitte aber auch um Verständnis, dass dieser Schritt nicht vorgezogen werden kann.

Aus heutiger Sicht können wir daher sagen, dass wir unsere selbst gesteckten Ziele erreichen werden, wenn wir den Kurs aus den vergangenen Jahren fortsetzen. Auch was die Finanzen angeht, gilt daher: Kurs halten, damit wir auf einer soliden Finanzgrundlage in die kommenden Wahlkämpfe gehen können und diese dann hoffentlich gewinnen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckart von Klaeden. – Vor allem freut sich der Parteitag, wenn das alles eintrifft, was uns an der Basis mitgeteilt wurde; denn die Kreisverbände sind darauf angewiesen, dass die Belastungen aus den Umlagen für die einzelnen Mitglieder ein bisschen zurückgeführt werden.

Gibt es zum Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie dem Rechenschaftsbericht 2005 zustimmen möchten.

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Parteiengesetz sieht diese Abstimmung ausdrücklich vor. Dann ist das einstimmig beschlossen. Auch dazu kann man den Bundesschatzmeister beglückwünschen.

(Beifall)

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte unseren Rechnungsprüfer Ferdinand Tillmann um Abgabe des Berichts der Rechnungsprüfer. Herr Tillmann, auch Ihnen danke ich herzlich für Ihre jahrelange Arbeit als Rechnungsprüfer der Bundespartei. Wie wir inzwischen wissen, ist das eine wichtige und zentrale Aufgabe. In früheren Zeiten wurde dieser Aufgabe nicht genug Bedeutung beigemessen. Inzwischen wissen wir aber alle, dass diese Aufgabe von hoher Bedeutung ist. – Herr Tillmann, Sie haben das Wort.

Ferdinand Tillmann: Frau Vorsitzende! Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Auch im Jahr 2007 haben sich die Rechnungsprüfer – das sind Frau Dorothea Störr-Ritter, Herr Peter Rzepka und ich – regelmäßig bei den Verantwortlichen des Konrad-Adenauer-Hauses sorgfältig über die gesamte Finanzwirtschaft unserer CDU informiert und von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt. Das schließt Einnahmen und Ausgaben, die Liquidität, den Haushalt und dessen Vollzug sowie die Erstellung des Rechenschaftsberichtes ein. Der Rechen-

schaftsbericht 2005 liegt Ihnen vor. Sie haben diesen Rechenschaftsbericht soeben beschlossen. Im Übrigen will ich gern den positiven Bericht unseres Bundesschatzmeisters bestätigen. Die Rechnungsprüfer unterstreichen das, was er hier zum Ausdruck gebracht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Über die insbesondere im Jahr 2005 positiven Entwicklungen haben die Rechnungsprüfer bereits auf dem letzten Parteitag in Dresden gesprochen. Wie Sie nun anhand des Berichtes der Rechnungsprüfer, den Sie alle sicher sehr aufmerksam gelesen haben, feststellen konnten, hat sich das beim letzten Parteitag Gesagte bestätigt. Es ist ein wirklich gutes Ergebnis erzielt worden. Der Überschuss beträgt insgesamt 9 Millionen Euro. 5,1 Millionen Euro entfallen auf die Bundespartei. Wie der Bundesschatzmeister schon erwähnt hat, lag das zum einen an erfreulichen überplanmäßigen Steigerungen bei den Einnahmen, zum Beispiel bei den Spenden, zum anderen aber auch an zum Teil schmerzhaften Einsparungen der laufenden Ausgaben. Die Ausgaben sind teilweise erheblich unter den Etatansätzen geblieben.

Wie schon in Dresden dargestellt, konnte die Verschuldung bzw. Überschuldung der Bundespartei früher als geplant vollständig abgebaut werden.

(Beifall)

Damit wurde ein ganz wichtiges Zwischenziel auf dem Weg zur Sanierung der CDU-Bundespartei erreicht. Die Kampagnefähigkeit der CDU – das ist für unsere politische Arbeit entscheidend – wurde so gesichert. Im Übrigen beziehe ich mich auf das auf dem 20. Parteitag Gesagte.

Im Jahr 2006 wurde der solide Finanzkurs der Partei fortgesetzt. Allerdings, auch das hat der Bundesschatzmeister deutlich gemacht, gibt es nach wie vor Grund zur Sorge. Der stetige Rückgang der Mitgliedsbeiträge und der Rückgang der staatlichen Parteienfinanzierung machen uns Sorgen. Wegen des Zusammenhangs zwischen den Mitgliedsbeiträgen und der staatlichen Parteienfinanzierung hat ein Mitgliederrückgang einen doppelt negativen Effekt. Der Appell richtet sich also an uns alle: Wir müssen unsere Bemühungen verstärken, um die Mitgliederbasis der Volkspartei CDU zu bewahren und zu stärken. Das ist nicht zuletzt wegen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Partei unverzichtbar.

Ich komme zum laufenden Jahr: Das für 2006 Gesagte gilt im Großen und Ganzen auch für das laufende Jahr 2007. Es ist jedoch anzumerken, dass die seit 2006 gestiegenen Einnahmen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben, die zunächst sehr positiv zu werten sind, den Etat 2007 steuerlich belasten, weil sowohl eine Steuernachzahlung für das Vorjahr als auch eine Anhebung der laufenden Vorauszahlungen zu erwarten ist.

Ebenso wie der Bundesschatzmeister möchte ich ein Wort an den Gesetzgeber und damit an unsere Vertreter im Deutschen Bundestag richten. Im Parteiengesetz ist die Anhebung der abso-

luten Obergrenze der staatlichen Teilfinanzierung entsprechend der Preisentwicklung vorgesehen. Das ergibt sich aus § 18 Abs. 6 des Parteiengesetzes. Diese Anpassung ist allerdings seit dem Jahr 2002 unterblieben. Das bedeutet für die Partei real einen erheblichen Rückgang. Auf Dauer stellt sich die Frage, ob die Parteien auf dieser Basis ihre Aufgabe, die ihnen vom Verfassungsgeber zugewiesen worden ist, in dem erforderlichen Umfang erfüllen können. Die Rechnungsprüfer empfehlen daher, die in dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen baldmöglichst zu ergreifen und eine Anpassung vorzunehmen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Finanzmanagement der Bundespartei gut ist.

(Beifall)

Diese Feststellung ist wichtig, weil es in praktisch allen für die Finanzwirtschaft wesentlichen Ämtern – Bundesschatzmeister, Bundesgeschäftsführer, Finanzbeauftragter – seit dem letzten Parteitag einen Wechsel gegeben hat. Beim Blick auf die aktuelle Entwicklung und die Planung für die kommenden Jahre stellen wir fest, dass an dem soliden finanzpolitischen Kurs der letzten Jahre festgehalten wird. Es ist beruhigend, dass die finanzpolitische Kontinuität in der Partei gewahrt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Rechnungsprüfer begrüßen das nicht nur, sondern fordern das ausdrücklich.

Im Namen aller unserer Mitglieder danken wir Schatzmeister von Klaeden, Generalsekretär Pofalla, Bundesgeschäftsführer Dr. Schüler und dem Finanzbeauftragten Bär für vorzügliche Arbeit.

(Beifall)

Sie haben den Rechenschaftsbericht 2005 bereits genehmigt. So bleibt den Rechnungsprüfern nur noch die Aufgabe, ihnen zu empfehlen, dem Vorstand für das Jahr 2005 Entlastung, und zwar uneingeschränkt, zu erteilen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Ferdinand Tillmann. Wir danken Ihnen und den anderen Rechnungsprüfern für Ihre wertvolle Arbeit. Wir freuen uns darüber, dass unser Schatzmeister, Eckart von Klaeden, die Finanzstruktur der CDU in kurzer Zeit derart positiv gestalten konnte. Er ist nicht nur ein hervorragender Außenpolitiker, sondern auch ein sehr erfolgreicher Schatzmeister unserer Partei. Lieber Eckart von Klaeden, der Dank des ganzen Parteitages gilt auch dir.

(Beifall)

Nun kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

GRUßWORT DES PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI
WILFRIED MARTENS

Wir begrüßen jetzt einen Gast unseres Parteitages mit hoher politischer Verantwortung, der seit 30 Jahren jeden CDU-Parteitag besucht. Er war zwölf Jahre Ministerpräsident in Belgien, er war unser Fraktionsführer der EVP im Europäischen Parlament, und er war einer der Väter des Vertrages von Maastricht. Nun ist er Präsident der Europäischen Volkspartei, der größten politischen Partei auf der europäischen Bühne, in der die Christdemokraten und ihre Freunde versammelt sind. Wir freuen uns auf das Grußwort von Wilfried Martens, der jetzt zum Parteitag spricht.

(Beifall)

Wilfried Martens: Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Sie wissen, dass ich seit vielen Jahren keinen Parteitag der CDU, unserer größten EVP-Mitgliedspartei, auslasse.

(Beifall)

Ich habe mich diesmal ganz besonders gefreut, nach Hannover zu kommen, weil Sie in den letzten zwei Jahren viel geleistet haben. Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Aufschwung zurück nach Deutschland geholt.

(Beifall)

Es gibt so wenige Arbeitslose wie seit 15 Jahren nicht mehr. Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer Politik, die endlich wieder Vertrauen schafft und Investitionen und Arbeitsplätze nach Deutschland bringt. Die Depression auf dem Arbeitsmarkt ist verflogen.

(Beifall)

Ein weiterer Erfolg für Deutschland, vor allem auch für die ganze EU, war die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Der Durchbruch zu einem Reformvertrag gelang erst nach schwierigen Verhandlungen. Ich möchte dir, liebe Angela, für dein Verhandlungsgeschick und deine Durchsetzungskraft danken.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne die deutsche Präsidentschaft noch nicht zu einem Ergebnis gelangt wären. Nach der Ratifizierung können wir hoffentlich in die Europawahlen ziehen und uns um die wirklichen Probleme kümmern, Probleme, die die Menschen in Europa beschäftigen.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

209

Liebe Freunde, ich möchte Ihnen zu der langen und intensiven Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm gratulieren. Für Sie als christliche Demokraten Deutschlands und auch für uns als europäische christliche Demokraten beruht die Politik auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Daraus folgt, dass wir uns zur unantastbaren Würde jedes Menschen als einmaliger und selbstständiger Person in allen Lebensphasen bekennen. Aus diesem Menschenbild leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ab. Diese Grundwerte als unteilbare Menschenrechte gelten universell und über unsere nationalen Grenzen hinaus.

Wir verstehen den Menschen auch als Teil der Schöpfung. Es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Sie ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es unsere moralische Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen ist, die Schöpfung in einem lebenswerten Zustand zu hinterlassen. Für die EVP wird dieses Thema in den kommenden Monaten den Schwerpunkt unserer Arbeit bilden. Wir werden die Beschlüsse der EU zum Klimaschutz nach Kräften unterstützen und dieses Thema auch in unsere Mitgliedsparteien tragen.

Ich möchte, dass die EVP an der Spitze der Bewegung für nachhaltiges Wachstum, Energieeffizienz und moderne Technologien steht. Wir sind die politische Kraft, die zeigen kann, dass Umweltschutz, Ressourcenschonung, Innovationen und Wachstum keine Widersprüche sind.

(Beifall)

Ich möchte auch hier die deutsche Kanzlerin für ihre ambitionierten Ziele zum Klimaschutz loben. Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, dass Europa viel von der CDU erwartet. Die Bilanz nach dieser Präsidentschaft zeigt: Die Erwartungen waren hoch, und die CDU-geführte Bundesregierung hat diese Erwartungen erfüllt.

(Beifall)

Du hast gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, der heute in Brüssel mit dem polnischen Premierminister zusammenkommt, mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident und vielen anderen führenden Köpfen dafür gesorgt, dass die CDU wieder als die deutsche Europapartei anerkannt wird.

(Beifall)

Diese Europapartei CDU brauchen wir auch als Motor in der EVP.

Liebe Freunde der CDU Deutschlands, nach zwölf Jahren im Amt des belgischen Premierministers weiß ich, dass Regieren ein schwieriges Geschäft ist und manchmal ein fast aussichtsloser Versuch. Aber wir alle haben die Pflicht, Dinge zu gestalten, Probleme zu lösen. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Ich wünsche dir, liebe Angela, bei dieser Aufgabe auch weiter-

hin eine glückliche Hand. Bei deinem europapolitischen Kurs und deinem Einsatz für den Klimaschutz kannst du dir der uneingeschränkten Unterstützung der EVP sicher sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Präsident Wilfried Martens, für die gute Zusammenarbeit zwischen CDU, CSU und EVP. Die CDU wird ein wichtiger, großer und fairer Partner in der EVP bleiben. Wir freuen uns sehr, dass Sie zwei Tage lang hier an unserem Bundesparteitag in Hannover teilnehmen.

Jetzt darf ich bei der CDU Deutschlands den neuen Vorsitzenden der CSU Bayern ganz herzlich willkommen heißen. Ich freue mich, dass auch Peter Ramsauer bei uns ist, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

(Beifall)

Lieber Erwin Huber, wir sind auf eine starke CSU angewiesen. Wir setzen auf eine starke CSU in Bayern. Herzlich willkommen bei der CDU Deutschlands!

(Beifall)

Der Parteitag heißt Sie hier bei uns in Hannover herzlich willkommen, und wir freuen uns auf Ihre Rede, die Sie für die CSU nachher auf unserem Parteitag halten werden.

Nunmehr rufe ich

TAGESORDNUNGSPUNKT 9

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG VOLKER KAUDER MDB

auf. Ich übergebe das Wort an unseren Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. Bitte schön!

(Beifall)

Volker Kauder: Herr Präsident! Frau Parteivorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich gebe heute den Bericht für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab, und zwar auch im Namen meines ersten Stellvertreters Peter Ramsauer. Ich möchte Ihnen nach zwei Jahren Großer Koalition sagen: Große Koalition ist nicht einfach, aber es ist schön, dass wir in Berlin wieder regieren können, denn wir haben zeigen können: Dort, wo die Union regiert, läuft es einfach besser. Es ist gut für unser Land, dass wir regieren!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, schauen wir uns die Zahlen nach zwei Jahren an. Sie alle kennen sie. Wir haben mehr Arbeit. Wir sind auf dem Kurs der Sanierung des Bundeshaushaltes. Wir haben neue Perspektiven und neue Hoffnungen für die Menschen in unserem Land.

Wer hätte das gedacht? Wie war denn die Ausgangslage? Die Ausgangslage war so, dass die Sozialdemokraten bei Abschluss des Koalitionsvertrages darauf bestanden haben, dass wir die Ausgangslage gar nicht beschreiben. Die Ausgangslage war: über fünf Millionen Arbeitslose, ein strukturelles Haushaltsdefizit von mehr als 60 Milliarden, Hoffnungslosigkeit in unserem Land. Und heute? Nach zwei Jahren ziehen wir eine ganz andere Bilanz. Das hängt damit zusammen, dass Angela Merkel stabil und erfolgreich unsere Regierung führt. Deswegen kann ich im zweiten Jahr der ersten Regierung Merkel nur sagen: herzlichen Glückwunsch, Angela Merkel, zu diesem großartigen Erfolg!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, auf diesem Weg muss es weitergehen. Wir alle in der Union wissen, dass wir noch nicht über den Berg sind. Wir wissen, dass wir den Aufschwung stärken müssen, dass wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen.

Deshalb sage ich: Auf diesem Weg des weiteren Erfolgs in der Großen Koalition muss unser Koalitionspartner mitmachen. Er muss dabei sein! Liebe Freundinnen und Freunde, Regierung in Berlin und Opposition aus Mainz, das geht einfach nicht, das kann nicht funktionieren.

(Beifall)

Wer glaubt, er kann Opposition aus Mainz machen, und damit die Regierung in Berlin nicht hundertprozentig unterstützt, braucht sich doch nicht darüber zu wundern, dass ihm die Menschen bei Meinungsumfragen die Quittung geben. Entweder ist man ganz bei der Sache oder gar nicht, und ich fordere die Sozialdemokraten auf, in der Großen Koalition ganz bei der Sache zu sein.

(Beifall)

Von diesem Bundesparteitag der CDU geht die klare Botschaft aus: Die Union ist geschlossen, die Union steht hinter ihrer Kanzlerin, die Union ist die stabile Regierungspartei in unserem Land. Auf die Union kommt es ganz entscheidend an.

Und die SPD? Sie muss sich entscheiden. Sie muss wissen, dass sie sich von der Linkspartei nicht treiben lassen darf. Wer sich von der Linkspartei treiben lässt, wer der Linkspartei nachläuft, der kommt mit der Linkspartei zusammen um.

(Beifall)

Wir alle müssen uns von dieser Partei abgrenzen. Sie will das System umstürzen. Deswegen sage ich den Sozialdemokraten: Ihr werdet keinen Erfolg haben und ihr werdet keine Volks-

partei mehr werden, wenn ihr glaubt, den Linkskurs weiter fortführen zu müssen und der Linkspartei nachlaufen zu müssen. Das wird euch ruinieren und nicht mehr Volkspartei sein lassen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, sich von der Linkspartei klar abzugrenzen, ist aus mehreren Gründen notwendig. Die Linkspartei ist nicht nur die Partei der Demagogen, die den Menschen etwas verspricht, was nicht einzuhalten ist, sondern die Linkspartei ist auch die Partei der Mauerschützen und der ehemaligen SED-Bonzen, die sich heute wieder über die Opfer in der DDR lustig machen.

(Beifall)

Deshalb war es nach einem fast zweijährigen Kampf in der Großen Koalition ein großer Erfolg, dass wir erreichen konnten, dass die Stasi-Opfer nun endlich eine Opferrente bekommen und dass anerkannt wird, dass sie Opfer der Diktatur in der DDR waren.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesen Tagen haben wir gehört und gelesen, dass viele junge Menschen in unserem Land – nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch in den alten Bundesländern – gar keine richtige Kenntnis davon haben, was eigentlich alles in der ehemaligen DDR geschehen ist. Es besteht ein großes Defizit an Kenntnis dessen, was dort geschehen ist.

Ich finde, auch das ist in der Abgrenzung zur Linkspartei notwendig: Wir müssen unsere jungen Menschen darüber aufklären, dass das keine kuschelige Ecke war, in der man nur eingesperrt war, sondern Diktatur pur. An Mauer und Stacheldraht ging es buchstäblich um Leben und Tod, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Wir müssen unseren erfolgreichen Kurs fortsetzen. Nur so werden wir das tun und erreichen können, was wir den Menschen versprochen haben. Wir sind doch die Große Koalition nicht nur eingegangen, damit wir in Berlin eine Regierung bilden können. Wir sind die Große Koalition im Ergebnis der Wahlen von 2005 eingegangen. Wir haben gesagt, okay, das Ergebnis der Wahlen von 2005 ist die Große Koalition, aber wir werden das Beste daraus machen, und wir werden den Menschen eine gute Regierung stellen. Wir wissen auch um unsere Verantwortung, und das sage ich auch unserem Koalitionspartner: Es geht in dieser Koalition nicht um uns. Auch der SPD sage ich bei dieser ganzen Nabelschau, die sie jetzt gerade betreibt, bei der ganzen Diskussion, wie es ihr – der SPD – geht: Es geht nicht um die beiden Koalitionspartner, es geht um unser Land. Wir haben einen Auftrag, das Land voranzubringen, und wir tragen eine große Verant-

21. Parteitag der CDU Deutschlands

213

wortung. Wir müssen zeigen, dass wir in der Lage sind, das Land voranzubringen, und dass wir nicht darauf angewiesen sind, Populisten von links oder von rechts oder anderswoher sagen zu hören, sie müssten in diesem Land regieren.

Die große Verantwortung der Großen Koalition heißt, der Verantwortung einer guten Regierung gerecht zu werden. Dafür, liebe Angela Merkel, sage ich Dir herzlichen Dank, dass diese Botschaft bei den schwierigen Verhandlungen, die wir führen müssen, klar ist. Angela Merkel ist die Kanzlerin für unser Volk, die Kanzlerin für Deutschland.

(Beifall)

Immer wieder hören wir in den Tagen vor den Parteitagen, es gebe eine Krise der Volksparteien. Ich kann keine Krise der Union feststellen. Aber ich sehe sehr wohl eine Krise bei der SPD. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die SPD nicht entscheiden kann, wirklich eine Politik der Mitte zu machen. Die SPD ist – wenn sie jemals in der Mitte war – weit aus der Mitte weggerückt.

Was heißt denn Politik der Mitte? Das hat auch Angela Merkel gestern hier im Plenum gesagt: Politik der Mitte heißt, sich um alle zu kümmern. Politik der Mitte heißt, dass wir für diejenigen da sind, die es schwerer haben und die aus der Bahn geraten sind. Dafür stand schon immer das C in unserer Partei, nämlich denen zu helfen, die sich nicht alleine helfen können.

(Vereinzelt Beifall)

Politik der Mitte heißt aber auch, für diejenigen da zu sein, die jeden Morgen aufstehen, zur Arbeit gehen, sich um ihre Familien kümmern, ihre Steuern zahlen und die wirklichen Leistungsträger dieses Landes sind.

(Beifall)

Von diesen Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern ist bei der SPD wenig zu hören. Man ist nach links gerückt. Deswegen kommt es auch hier wieder auf die Union an.

Was haben wir uns in der Fraktion für die nächsten zwei Jahre vorgenommen? Wir haben in dieser Großen Koalition noch eine ganze Menge vor. Auch wenn die Schnittmenge mit der SPD nicht so groß ist, wie viele meinen, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den beiden Koalitionspartnern. Der entscheidende Unterschied basiert darauf, dass wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds machen. Was heißt dies konkret? Das wird in vielen Entscheidungen deutlich. Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt: Wir wissen, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist und dass er sein Leben frei gestalten will, ohne Gängelung durch den Staat.

Bei den Sozis ist der Staat Selbstzweck. Sie rufen bei jedem Problem sofort nach dem Staat. Wir sagen: Wir wollen für die Menschen Möglichkeiten schaffen, dass sie ihr Leben selbst gestalten können.

(Beifall)

Das ist Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Der Ruf nach dem Staat – das ist der Unterschied –: Das ist die Politik auf der Grundlage des sozialistischen Bildes, das die SPD jetzt wieder in ihr Grundsatzprogramm geschrieben hat.

Es kommt also auf uns an, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Menschen in diesem Land frei leben können, dass sie aber auch wissen, dass wir da sind, wenn sie Sicherheit brauchen. Was ist also unser Motto für die nächsten zwei Jahre? Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit – das sind die Punkte, meine lieben Freundinnen und Freunde.

Was mehr Arbeit angeht, haben wir Großartiges geschafft. Wir haben mit den Maßnahmen, die wir getroffen haben, dafür sorgen können, dass jetzt 40 Millionen Menschen in Arbeit sind. 1,1 Millionen Menschen mehr als noch vor wenigen Monaten sind jetzt in Beschäftigung. Das entlastet unsere sozialen Sicherungssysteme, und es gibt neue Hoffnung und neue Perspektiven.

Wir wissen aber auch genau, dass wir auf diesem Weg weitermachen müssen. Kurs halten ist das Thema. Es ist völlig richtig, wenn wir darüber diskutieren, dass diejenigen, die arbeitslos geworden sind, entsprechend gestützt werden müssen.

(Teilweise Beifall)

Aber das Entscheidende müssen wir leisten. Ganz egal, wie lange jemand Arbeitslosengeld I bekommt: Wenn er nach dem Bezug von Arbeitslosengeld I keine Arbeit hat und unter Hartz IV fällt, dann ist nichts gewonnen. Arbeit zu schaffen ist deswegen die zentrale Aufgabe unserer Politik.

(Beifall)

Um das der Wirtschaft möglich zu machen, haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, beispielsweise durch die Unternehmensteuerreform. Hinzu kommt etwas, was viele schon gar nicht mehr für möglich gehalten haben – auch ich selber habe mir nach 20 Jahren vorgenommen, nie mehr davon zu sprechen, weil immer das glatte Gegenteil davon eingetreten ist –, nämlich der Bürokratieabbau. Jetzt sind wir aber auf einem guten Weg.

Wir fordern nicht nur Bürokratieabbau, sondern wir haben ein klares Ziel vorgegeben. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode die Bürokratie um 12,5 Prozent abbauen. Das werden wir auch erreichen. Mit weniger Bürokratie und mehr Gestaltungsfreiheit für unsere Unternehmen werden wir auch mehr Arbeit schaffen.

Früher haben die Sozialdemokraten schweißnasse Hände bekommen, wenn man das Wort Leistung in den Mund genommen hat. Heute drehen sie sich weg und wollen gar nicht miteinander reden, wenn es um Bürokratieabbau geht. Denn Bürokratieabbau bedeutet für sie weniger Staat. Sozialdemokraten wollen aber mehr Staat. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir in dieser Großen Koalition endlich mehr Bürokratieabbau durchsetzen konnten.

(Beifall)

Mehr Arbeit heißt auch, dass wir dort Arbeitsplätze schaffen, wo Arbeit auch tatsächlich nachgefragt wird. In unseren Haushalten haben wir schon einen ersten Schritt gemacht, indem wir Dienstleistungen im Haushalt anerkennen und ihre steuerliche Absetzbarkeit ermöglichen. Aber wir müssen auf diesem Weg weitergehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, mir ist es ganz egal, ob ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz in einer Autowerkstatt oder in einer Familie geschaffen wird. Hauptsache, es wird ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz geschaffen.

(Beifall)

Wir erinnern uns alle noch daran, wie Sozialdemokraten mit dem Motto „Dienstmädchenprivileg“ gegen diese Schaffung von Hausarbeitsplätzen gewettert haben. Deshalb ist es ein großer Erfolg der Großen Koalition, dass wir die Arbeitsplätze im Haushalt weiter ausbauen werden.

(Beifall)

Ich könnte mir vorstellen, dass ein Betrag in der Größenordnung von bis zu 10 000 Euro von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden kann. Mir ist jeder Arbeitsplatz im Haushalt wichtig. Das wird zusätzlich Arbeit schaffen. Gerade in Bereichen, wo wir es schwerer haben – im Niedriglohnbereich –, werden Möglichkeiten geschaffen.

Mehr Arbeit heißt aber auch, dass wir die Entlastung weiter vorantreiben müssen. Dies heißt auch: mehr Netto. Es war ein ganz entscheidendes Ziel, dass wir gesagt haben: Mehr Arbeitsplätze erreichen wir auch dann, wenn wir Lohnzusatzkosten senken.

(Beifall)

Ab 1. Januar 2008 werden wir die 40-Prozent-Marke unterschreiten und so einen Beitrag dazu leisten, dass die Belastungen, die auf die Arbeit erhoben werden, geringer werden. Darüber müssen wir reden. Wer hätte gedacht, als wir im Jahr 2005 die Regierung übernommen haben, dass wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 6,5 Prozent und jetzt in wenigen Tagen auf 3,3 Prozent senken könnten. Das ist eine großartige Leistung, und ich meine, dass die Wirtschaft auch einmal anerkennen kann, was wir damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht haben.

Die Menschen brauchen mehr Netto. Wir alle wissen, dass gerade diejenigen, die arbeiten und hart an der Grenze zu unseren Sozialleistungssystemen sind, es schwer haben, und dass jede zusätzliche Belastung ein Problem für sie darstellt. Wir als Union sind die Partei des sogenannten kleinen Mannes, der Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag zur Arbeit gehen. Deswegen wollen wir sie entlasten.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung war das eine. Wir haben gesagt: Wenn wir den Haushalt vorangebracht und bei der Haushaltskonsolidierung unseren Weg geschafft haben und keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen, dann werden wir auch ganz genau und ernsthaft prüfen, in welchem Umfang wir diejenigen entlasten können, die jeden Tag ihren Beitrag zum Gelingen dieses Staates leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Auch die Haushaltskonsolidierung ist nur mit der Union möglich geworden. In sieben Jahren Rot-Grün ist es nicht möglich gewesen, den Haushalt zu konsolidieren.

Auch die Haushaltskonsolidierung wird dazu beitragen, dass die Menschen mehr Netto in der Tasche haben. Denn wenn wir keine neuen Schulden machen müssen, dann eröffnen sich Spielräume. Es ist eine alte Tatsache: Je weniger der Staat in die Taschen der Menschen greift, desto mehr bleibt in den Taschen der Menschen. Das ist Politik der Union pur.

(Beifall)

Wenn wir von mehr Netto sprechen, dann meinen wir, dass der Staat dort, wo er es kann – er kann es nicht überall –, auch dafür sorgen muss, dass der Kostenanstieg gebremst wird. Wir werden den Energieversorgern ganz genau auf die Finger schauen. Wir wollen in diesem Bereich mehr Wettbewerb. Wir werden nicht zulassen, dass die Preise einfach angehoben werden, ohne dass über die Preisgestaltung Transparenz herrscht. Wir haben ein neues Gesetz gemacht. Danach muss jetzt nicht mehr das Kartellamt nachweisen, dass der Preis falsch gebildet wurde, stattdessen müssen die Energieversorger jetzt dem Kartellamt nachweisen, dass der Preis richtig gebildet worden ist. Das ist genau der richtige Weg, den wir auch gehen, um Preiskontrolle durchzusetzen.

(Beifall)

Wir sind auch für mehr Wettbewerb. Herr Kollege Martens, mehr Wettbewerb kann nicht nur in Deutschland stattfinden. Wir brauchen einen europäischen Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Das ist eine zentrale und wichtige Aufgabe. Hier muss Europa noch enger zusammenstehen und eine gemeinsame Energiepolitik betreiben. Zu mehr Wettbewerb gehört auch, dass wir erneuerbare Energien fördern. Das tun wir. Auch in den neuen Gesetzen, die im Rahmen des Klimaschutzprogramms vorgelegt werden, werden wir die erneuerbaren Energien fördern. Dies trägt auch dazu bei, dem Klimawandel zu begegnen.

Mehr Netto hat aber auch mit einer anderen Sache zu tun. Der Berater der Bundesregierung, Herr Josefsson, hat vor wenigen Tagen in einem Interview gesagt: Natürlich können wir Klimaschutz ohne Kernenergie machen, natürlich können wir Klimaschutz ausschließlich mit erneuerbaren Energien machen, aber niemand in der Bundesrepublik Deutschland wird bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen. – Deswegen sage ich: Es ist nicht nur eine Frage der realen

21. Parteitag der CDU Deutschlands

217

Verhältnisse auf dem Energiesektor, sondern auch eine Frage der Belastung der Menschen in unserem Land. Wer Kernkraftwerke abschaltet, der belastet die Menschen in unserem Land über die Maßen hinaus, was nicht notwendig ist.

(Beifall)

Es ist Politik für die Menschen in unserem Land, diejenigen Kraftwerke, die gut und sicher laufen, nicht vom Netz zu nehmen. Das, was die SPD macht und wir in der Großen Koalition nicht ändern können, es sei denn, die SPD kommt noch zur Besinnung – wir müssen den Druck aufrechterhalten –, schafft keine neuen Arbeitsplätze. Vor wenigen Tagen waren der finnische Botschafter und der finnische Finanzminister bei mir. Sie haben mir von fünf Kernkraftwerken und einem sechsten in Projektion berichtet. Dabei haben sie erneuerbare Energie. Die Chinesen und Inder bauen in den nächsten Jahren pro Jahr zwischen 40 und 60 neue Kernkraftwerke. Wir könnten uns mit der modernsten Technologie daran beteiligen, das würde Tausende von Arbeitsplätzen in unserem Land schaffen. Es geht aber nicht, weil die SPD Nein sagt. Ich sage daher: Nicht der Besuch des Dalai-Lama im Kanzleramt bereitet Probleme bei den Arbeitsplätzen, sondern die ideologische Haltung bei der Kernenergie bereitet uns hinsichtlich der Entwicklung von Arbeitsplätzen und Kosten in unserem Land Sorgen.

(Beifall)

Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit – wir brauchen auch Sicherheit in unserem Land. Auch das ist Politik der Mitte. Die normalen Menschen können sich nur darauf verlassen, dass der Staat seine erste Pflicht wahrnimmt und Sicherheit in unserem Land schafft. Sie können nicht aus Stadtvierteln wegziehen, in die sich die Polizei nicht mehr hineintraut. Sie sind auf die S-Bahn und auch darauf angewiesen, dass in dieser S-Bahn Sicherheit herrscht. Die normalen Menschen können sich kein Wachkommando vor ihr Haus stellen, sie sind darauf angewiesen, dass die Polizei ihre Arbeit machen kann. Deshalb ist es notwendig, dass nicht nur die Gangster die neueste Technik in der Hand haben, sondern dass diejenigen, die für die Sicherheit in unserem Land sorgen, auch mit der neuesten Technik arbeiten können.

(Beifall)

Wir wollen keinen Staat, der auf jeden Computer schaut. Wir wollen schon gar keinen Staat, der in jede Wohnung schaut. Aber von unserem Land muss eine Botschaft ausgehen: In unserem Land gibt es keine unkontrollierten Räume, weder auf der Straße noch im Computer, in denen sich Terroristen frei und unbeobachtet bewegen können. Keiner von ihnen darf glauben, dass er nach Deutschland kommen und seinen Computer bedienen kann, ohne dabei erwischt zu werden. Das müssen wir abstellen. Deswegen muss die Onlinedurchsuchung sein.

(Beifall)

Ich kann mich nur über das mangelnde Selbstbewusstsein der Parlamentarier der SPD wundern. Uns wird gesagt, wir reden erst dann über die Frage der Onlinedurchsuchung, wenn das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Wann wird das Bundesverfassungsgericht entscheiden? Das wissen wir alle nicht. Ich sage Ihnen eines: Wir in der Union sind selbstbewusste Parlamentarier, wir wissen ganz genau, dass die Gesetze im Parlament und nicht vom Bundesverfassungsgericht gemacht werden. Deswegen warten wir auch nicht auf das Bundesverfassungsgericht, wir wollen im Deutschen Bundestag handeln. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Deswegen werden wir nicht darin nachlassen, die SPD zu drängen. Wir sagen: Verschließt euch nicht dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Land. Maximal zwölf Untersuchungen können wir machen, hat Wolfgang Schäuble gesagt. Das ist notwendig, das berührt die Sicherheitsinteressen unseres Landes und nicht die privaten Interessen der Menschen.

Mehr Netto, mehr Arbeit, mehr Sicherheit – das ist noch nicht alles. Die Politik, die wir in der Fraktion und in der Großen Koalition, in der es nicht immer einfach ist, machen, lebt von Werten, von unseren Werten. Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt auch, dass wir die Partei des Lebensschutzes sind. Wir meinen damit den Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende. Wir haben gestern auf diesem Bundesparteitag eine bemerkenswerte und beeindruckende Diskussion geführt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann nur sagen: Eine solche Diskussion wie unsere gestrige habe ich bei noch keiner anderen Partei auf einem großen Bundesparteitag erlebt.

(Beifall)

Auch wenn man eine andere Meinung vertritt, muss man feststellen: Es kann jeder stolz darauf sein, zu dieser Familie, zu dieser CDU zu gehören. Mit Recht sage ich deshalb: Ich bin stolz auf meine Partei, sie ist zu Recht meine politische Heimat. In ihr fühle ich mich wohl, und ich bin dafür dankbar, dass ich eine wichtige Aufgabe in dieser Partei habe übernehmen dürfen.

(Beifall)

Der Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende heißt für uns, dass wir endlich einen Skandal in unserem Land abstellen müssen, einen Skandal, der von den Kirchen und den Ärzten als solcher bezeichnet wird, den wir auch selber als solchen sehen. Bei diesem Skandal tun wir uns sehr schwer, unseren Koalitionspartner auf den richtigen Weg zu führen. Das ist das Thema Spätabtreibungen.

(Beifall)

Ich weiß sehr wohl, in welche Konflikte ein junges Paar gestürzt wird, wenn die Botschaft kommt, dass das erwartete Kind nicht gesund ist. Ich weiß sehr wohl, dass in einer solchen Situation Beratung und Hilfe notwendig sind. Genau das wollen wir von der Union.

Wir wollen den Familien, den Frauen Beratung und Hilfe anbieten. Wir wollen sie nicht allein lassen. Wir von der Union lassen die Familien in dieser Situation nicht allein. Aber wir wollen auch eines: dass nicht ganz automatisch und regelmäßig ohne weitere Beratung nach der Diagnose „Behinderung“ sofort der Abbruch der Schwangerschaft folgt. Wir wollen, dass geprüft wird, ob auch behindertes Leben in unserem Land zum Leben kommen kann, liebe Freundinnen und Freunde. Das hat etwas mit Lebensschutz zu tun, wie wir von der Union ihn verstehen.

(Beifall)

Wenn wir vom Schutz des Lebens bis zum Ende sprechen, dann meinen wir auch: Es darf in unserem Land – die Bundeskanzlerin hat es gesagt – keine aktive Sterbehilfe geben. Aber deshalb sind wir auch herausgefordert, zu helfen, zu begleiten. Das Motto der Lebensschutzpartei Union heißt: Wir geben Hilfe beim Sterben, aber gar keine Hilfe zum Sterben, liebe Freundinnen und Freunde! Das ist unsere Position.

(Beifall)

Wir machen Politik auf der Grundlage klarer Werte. Das zeigen wir auch bei der Familienpolitik. Liebe Freundinnen und Freunde, über Jahre hinweg hat man uns gesagt, mit Familienpolitik könne die Union keine Wahlen gewinnen, obwohl wir unglaublich viel für unsere Familien getan haben. Alles was in der Familienpolitik zum Start der neuen Republik nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht worden ist, ist bei der Union geschehen. Aber dann hat es Phasen gegeben, in denen die Menschen eher die SPD als Familienpartei wahrgenommen haben. Dass wir wieder als die Familienpartei wahrgenommen werden, hat mit einem etwas zu tun: dass unsere Familienpolitik wieder ein Gesicht hat, und zwar das von Ursula von der Leyen.

(Beifall)

Aber Familienpolitik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt, dass wir den Menschen die Möglichkeit geben müssen, so zu entscheiden, wie sie ihr Leben auch wirklich leben wollen. Deswegen ist Wahlfreiheit unser Motto. Das war schon immer unser Thema. Zugeben müssen wir aber, dass wir in der vergangenen Zeit beim Thema Wahlfreiheit für die wirkliche Wahlfreiheit, nämlich ob man seine Kinder in eine Krippe geben will, zu wenig getan haben. Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt den Krippenausbau voranbringen.

Liebe Freundinnen und Freunde, manches, was an Irritationen und Zorn bei der SPD auftaucht, hängt auch damit zusammen, dass die SPD eigentlich erwartet hat, dass ihre Familienministerin Schmidt moderne Familienpolitik macht. Sie hat es aber nicht hinbekommen. Jetzt machen wir es, und deswegen ist die SPD sauer. Aber trotzdem ist es richtig, dass wir das machen!

(Beifall)

Auch da sieht man wieder: Die SPD ist ausschließlich auf Institutionen fixiert. Möglichst keine Erhöhung von Kindergeld, möglichst nur Krippen, möglichst keine Anerkennung von Familien-erziehungsarbeit. Ich sage Ihnen: Wir wissen ganz genau, dass rund 35 Prozent der jungen Familien ihre Kinder in die Kinderkrippe geben werden. 65 Prozent machen also Betreuung zu Hause. Deshalb ist es falsch, wenn die Sozialdemokraten sagen, Betreuungsgeld kommt mit ihnen nicht infrage. Wer sich wirklich an alle wendet, als Partei, als Volkspartei der Mitte, muss auch die Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, anerkennen. Deshalb ist das Betreuungsgeld so notwendig, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Damit davon keine falsche Botschaft ausgeht, will ich den Sozialdemokraten ganz klar sagen: Wir halten uns an unsere Vereinbarungen, aber ihr müsst euch auch an eure Vereinbarungen halten. Zunächst werden die Kinderkrippen aufgebaut, dann gibt es den Rechtsanspruch, und mit dem Rechtsanspruch gibt es auch das Betreuungsgeld. Alles zusammen wird jetzt in ein Gesetz geschrieben und dann verabschiedet. Das heißt Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und Wahlfreiheit, die wir wirklich wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Politik auf der Grundlage von Werten – nirgendwo wird das in der letzten Zeit so deutlich wie in der neuen Außenpolitik, die diese Bundesregierung und vor allem Angela Merkel machen. Unter Angela Merkel hat Deutschland – der Kollege Martens hat es gesagt – wieder neues Gewicht und neues Vertrauen in Europa bekommen. Wo hätte es das gegeben? Das, was Angela Merkel bei den schwierigen Gipfeln, die sie in der europäischen Präsidentschaft geleitet und zum Erfolg geführt hat, erreicht hat, wäre einem Machtpolitiker Schröder nie möglich gewesen. Deswegen war es gut für Deutschland, dass genau in dieser Phase der europäischen Präsidentschaft die Union in Berlin regiert und Angela Merkel an der Spitze der Bundesregierung steht.

(Beifall)

Wir haben in Europa viel erreicht. Aber wir müssen ganz klar sagen: Europa braucht auch die emotionale Zustimmung der Menschen. Die Menschen stellen Fragen an Europa: Muss alles, was Europa macht, wirklich Europa machen? Wir in der Bundestagsfraktion haben extra ein Büro in Brüssel eingerichtet, um frühzeitig auf Entwicklungen eingehen zu können. Ich sage Ihnen: Ich sehe große Aufgaben für Europa, und ich sehe große Aufgaben, die jetzt Europa erledigt, von denen es aber die Finger lassen sollte. Ich nenne ein Beispiel: Wir haben noch immer keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen eine gemeinsame Energiepolitik in Europa machen. Aber es ist überhaupt nicht einsehbar, dass Europa sich um die Naturschutzgebiete in unserem Land kümmert. FFH und Vogelschutzgebiete können wir immer noch selber ausweisen, liebe Freundinnen und Freunde. Da brauchen wir keine Maximen und Richtlinien aus Europa!

(Beifall)

Ich sage gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land: Wir haben allen Grund, unsere ländlichen Räume im Wettbewerb mit den Ballungsgebieten, auch in Europa, nicht zu vernachlässigen, sondern auszubauen. Wir brauchen in den ländlichen Räumen Entwicklungschancen. Wir sind bereit, in den ländlichen Räumen unsere Landschaft zu schützen; denn das ist unsere Heimat, die wir lieben und in der wir gerne wohnen. Aber wir wollen in unseren ländlichen Räumen auch Entwicklungschancen. Wir sind nicht die Naturschutzgebiete für die Ballungsgebiete, liebe Freundinnen und Freunde. Wir brauchen auch in den ländlichen Räumen Arbeitsplätze für unsere junge Generation.

(Beifall)

Deswegen werden die ländlichen Räume ein Thema in der Großen Koalition in der Arbeit der Bundestagsfraktion sein. Da spielt auch der Bundeshaushalt eine Rolle. Wir haben im Bundeshaushalt 2008 eine Sozialquote, die bei 53 Prozent liegt. Ich sage Ihnen: Wir brauchen in unserem Bundeshaushalt wieder mehr Geld für Investitionen. Es ist richtig, was wir im sozialen Bereich machen. Aber unser Land hat nur dann eine Zukunft, wenn wir unsere Infrastruktur wieder auf Vordermann bringen. Wir haben eine Infrastruktur, die einen Milliardenbedarf hat. Deswegen müssen wir in den nächsten Haushalten mehr Geld für den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, in der Außenpolitik hat Deutschland ein neues Gewicht. Das ist auch wichtig bei den Aufgaben, die auf uns zukommen. Auch da machen wir eine Politik auf der Grundlage unserer Werte. Natürlich wissen wir – das weiß auch die Bundeskanzlerin –, dass in der Außenpolitik im Dialog Kompromisse notwendig sind. Aber für eines habe ich überhaupt kein Verständnis: wenn die Sozialdemokraten und der Bundesaußenminister unterscheiden, dass man laut und leise für Menschenrechte eintreten kann. Was ist denn das für ein Unsinn? Ich weiß aber schon, was er damit sagen will: laut eintreten – zu Recht – gegen die Menschenrechtsverletzungen in Guantánamo, aber vor China kuschen. Das ist nicht unsere Außenpolitik, liebe Freundinnen und Freunde. Menschenrechte sind unteilbar, ganz egal, wo sie verletzt werden!

(Beifall)

Dass dann auch noch ein ehemaliger Bundeskanzler alles über Bord wirft, was an Regierungswerten vorhanden war, macht einen nur noch tieftraurig. Es galt immer ein fester Grundsatz: dass man sich im Inland über die Tagespolitik auseinandersetzt, dass man im Ausland aber nicht schlecht über das eigene Land und die eigene Heimat spricht. Das hat Gerhard Schröder offenbar ganz vergessen.

Noch eines: Wer nach dem, was bei den Wahlen in Russland geschehen ist, jetzt noch davon spricht, dass Putin ein aufrechter Demokrat ist, bei dem haben sich alle moralischen Maßstäbe verschoben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dafür hat der Volksmund eine klare Wahrheit parat – und die gilt für Gerhard Schröder – Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing! Das ist die Maxime von Gerhard Schröder.

(Beifall)

Dazu kann ich nur sagen: Er war nie ein großer Kanzler, und er wird mit dieser Position, die er da vertritt, nie ein großer Altkanzler werden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Politik auf der Grundlage von Werten, auf der Grundlage des richtigen Menschenbildes machen wir natürlich auch, wenn wir sagen: Wir müssen für alle da sein. Wir sehen mit großer Sorge, dass sich in unserem Land ganze Generationen von jungen Menschen nicht in unsere Gesellschaft integrieren. Über sieben Jahre hinweg galt: Hauptsache Multikulti, schöne Straßenfeste, Multikulti-Gesäusel; es wird sich alles richten. – Aber diese vielen Jahre des Multikulti haben ganzen Generationen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund Zukunftschancen genommen, weil man sich nicht um sie gekümmert und ihnen keine gute Ausbildung und keine gute Schulbildung gewährt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das, liebe Freundinnen und Freunde, wird sich nun ändern. Es war die Bundestagsfraktion, die das Integrationsprogramm, den Nationalen Integrationsplan, angestoßen hat. Die Bundesregierung wird ihn nun umsetzen. Dieser Nationale Integrationsplan muss zu einem Erfolg werden, liebe Freundinnen und Freunde. Dafür brauchen wir Zeit; diese Zeit müssen wir uns auch nehmen.

Es ist wunderbar, es freut uns alle, es ist schön, dass die Europäische Union so attraktiv ist, dass fast alle in die Europäische Union wollen. Das freut uns. Es ist überhaupt kein Fehler, kein Problem, wenn ein Land sagt, es wolle zu uns kommen. Aber ich sage Ihnen: Allein der Wunsch, in die Europäische Union einzutreten, kann nicht ausreichen, ein Land als Vollmitglied aufzunehmen. Vielmehr müssen auch die Integrationskraft und die Integrationsfähigkeit in Bezug auf Europa ausreichen, um die Europäische Union größer zu machen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, solange wir diese Integrationsaufgabe nicht gelöst haben, warne ich davor, dass die Europäische Union immer größer wird. Wir brauchen jetzt eine Phase der Stabilisierung, des inneren Wachsens von Europa und keine Phase der ständigen Erweiterungen.

Ich sage auch: Einer unserer Werte ist die Toleranz. Deswegen ist es völlig richtig, dass diejenigen, die hier in diesem Land leben, auch ihre Religion leben dürfen. Wo kämen wir denn hin! Ich habe volles Verständnis dafür, dass Moslems in diesem Land Moscheen bzw. Gotteshäuser bauen wollen. Aber Gotteshäuser zu bauen, heißt Dienst an Gott und hat nichts damit zu tun, einen Machtanspruch in einem anderen Land demonstrieren zu wollen.

(Beifall)

Deswegen müssen wir natürlich dafür sorgen, dass Dienst an Gott möglich ist, aber kein Machtanspruch gezeigt werden kann.

Toleranz, die wir hier leben, heißt auch, dass auch diejenigen, die in die Europäische Union wollen, den Wert der Toleranz leben müssen. Gestern haben wir davon gesprochen, dass die AKP als assoziiertes Mitglied zur Europäischen Volkspartei stoßen soll. Liebe Freundinnen und Freunde, so wie wir sagen: „Jawohl, es ist in Ordnung, dass Moslems in unserem Land ihre Religion pflegen“ und wir nichts anderes zulassen, so erwarte ich von einer Partei, die in die Europäische Union will, dass auch sie klar und deutlich sagt: Wir werden uns, wenn wir Regierungspartei sind, dafür einsetzen und alles dafür tun, dass Christen in der Türkei nach ihrem Glauben leben können.

(Beifall)

Auch diese Frage ist für mich ein Maßstab, wie nahe man Europa kommt – oder auch nicht.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, in der Großen Koalition ist es nicht einfach. Wir müssen mit den Sozialdemokraten immer wieder um die richtigen Ergebnisse ringen. Trotzdem sage ich Ihnen: Wir haben in dieser Großen Koalition Erfolg.

Wir haben in den nächsten zwei Jahre noch einiges vor uns. Einige wenige Beispiele: Wir sind die Partei des Eigentums. Deswegen werden wir bei der Umsetzung der Reform der Erbschaftsteuer dafür sorgen, dass das kleine Vermögen, das sich die kleinen Leute in ihrer Familie erwirtschaftet haben, ohne den gierigen Zugriff des Staates an die Kinder vererbt werden kann. Als Partei des Eigentums wissen wir, dass wir eine besondere Verantwortung bei der Erbschaftsteuerreform haben.

Wir haben die Bahnreform noch vor uns. Auch da müssen wir aufpassen, dass nicht wieder Gemeinschafts- bzw. Sozialisierungsmodelle kommen. Wir wollen, dass die Bahn privatisiert wird. Wir wollen, dass die Bahn Kapital am Markt schöpfen kann. Aber wir wollen auf gar keinen Fall, dass die Entwicklungschancen der Bahn durch eine Volksaktie behindert werden. Das kommt mit uns überhaupt nicht infrage.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Sozialdemokraten haben auf ihrem letzten Parteitag beschlossen: Wenn die Bahnreform nicht in Verbindung mit einer Volksaktie kommt, dann muss die Bundestagsfraktion noch einmal vor einem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag das Ergebnis, das die SPD mit der Union erzielt hat, verhandeln lassen. Ich habe der SPD gesagt: Da

irrt ihr euch aber ganz gewaltig. Verhandlungen und Ergebnisse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der SPD-Bundestagsfraktion werden auf keinem SPD-Parteitag mehr zur Disposition gestellt. Es kommt nicht infrage, dass ein SPD-Parteitag über unsere Verhandlungspositionen abstimmt. Wo kommen wir denn da hin!

(Vereinzelt Beifall)

Wenn eine Fraktion sich so entmachten lässt, dann zeigt sie schon, in welcher Position sie ist.

Ich bin froh darüber, dass ich als Vorsitzender unserer großen Bundestagsfraktion sehr wohl weiß, wie die Partei tickt, dass die Partei Vertrauen zu uns hat und nicht jedes Mal ruft: Es muss ein neuer Sonderparteitag herbeigeführt werden, um entscheiden zu können.

Das ist im Übrigen auch ein Problem der Grünen: Wer wegen jeder Frage einen Sonderparteitag braucht, ist nicht regierungsfähig, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sollten wir uns alle Diskussionen darüber, ob Schwarz-Grün kommt, abschminken.

Überhaupt bin ich der Meinung: Wir sollten in den nächsten zwei Jahren unsere Arbeit machen und sehr erfolgreich sein. Das werden wir auch. Die Menschen werden in diesen zwei Jahren spüren: Jawohl, es kommt auf die Union an, ob es in diesem Land vorangeht oder nicht. Die SPD wird sich nicht richtig fangen; davon bin ich überzeugt. Auf uns wird es ankommen. Wir wollen die Arbeit, die wir vor uns haben, machen. Wir werden sie auch machen, weil wir uns in dieser Verantwortung fühlen.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Große Koalition ist nicht der Regelfall in einer Demokratie. Deshalb ist es völlig klar, dass wir uns andere Perspektiven vorstellen können. Aber wenn wir schon jetzt, in der Halbzeit, darüber reden, was nachher passiert, nehmen dies die Menschen nur so wahr: Da wird über Macht geredet. – Das machen die Sozis, die schon jetzt wieder darüber reden, was sie eigentlich machen wollen. Wir machen unsere Arbeit.

Ich bin sicher: Wenn wir dann im Jahr 2009 vor die Wählerinnen und Wähler treten, werden sie sagen: Die letzten vier Jahren haben gezeigt: Es kommt ganz entscheidend auf die Union an. Die Union muss wieder regieren. Die Union muss wieder die Bundeskanzlerin stellen. Deshalb bin ich sicher: Noch zwei Jahre erfolgreiche Arbeit und wir werden die Ernte einfahren. Die wird heißen: Die zweite Regierung Merkel wird das Land weiterhin gut führen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Kauder, für diese auf dem Parteitag frei vorgetragene Rede. Das zeigt, dass Politik im Bundestag mit Herz und Verstand gemacht wird.

Volker Kauder: Liebe Freundinnen und Freunde, eine Begrüßung, die mir am Herzen liegt, möchte ich noch machen: Auf dem gesamten Parteitag begleitet uns die Frau eines meiner Vorgänger: Frau Barzel. – Herzlich Willkommen bei uns! Willkommen in unserer Familie!

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Kauder und auch der gesamten Bundestagsfraktion von CDU und CSU, der größten Fraktion im Deutschen Bundestag und so soll es auch bleiben.

Im Rahmen von TAGESORDNUNGSPUNKT 7 kommen wir zum

GRÜßWORT DES VORSITZENDEN DER CSU,
ERWIN HUBER MDL

Wir freuen uns auf das Grußwort unseres Freundes, Staatsminister Erwin Huber aus Bayern. Herzlich willkommen bei der CDU und viel Erfolg in Ihrer neuen Aufgabe als Vorsitzender der CSU. Herr Huber, Sie haben das Wort.

Erwin Huber, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße und die besten Wünsche der Christlich-Sozialen Union und beglückwünsche Sie zu diesem sehr erfolgreichen Parteitag, zu der klaren Standortbestimmung und zu der Geschlossenheit und Entschlossenheit, die Politik in Deutschland zu gestalten.

(Beifall)

Ich danke Ihnen herzlich für den freundlichen Empfang. Das ist nicht nur ein Ausdruck dafür, dass Sie höfliche und nette Menschen sind, sondern das ist natürlich auch ein politisches Signal. Es ist für mich der Beweis der guten Zusammenarbeit und Ihrer Bereitschaft, diese Zusammenarbeit mit der neuen CSU-Führung fortzusetzen. Ich sage Ihnen diese Partnerschaft, dieses Miteinander zu. Sie können sich auf die CSU verlassen.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, lieber Volker Kauder, lieber Ronald Pofalla, für die gute Aufnahme in der Bundespolitik. Wir haben schon in den ersten Wochen und Monaten wichtige Entscheidungen treffen können. Wir werden gemeinsam die Handschrift der Union in der Bundespolitik deutlich machen. Sie können auf mich bauen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich überbringe Ihnen die besten Grüße unseres Ehrenvorsitzenden Edmund Stoiber.

(Beifall)

Er hat sich in Jahrzehnten für die gesamte Union in besonderer Weise verdient gemacht. Er hat als Kanzlerkandidat im Jahre 2002 den entscheidenden politisch-strategischen Schlag für den Niedergang von Rot-Grün geführt. Edmund Stoiber hat für die CSU und für Bayern Außerordentliches geleistet. Ich möchte Edmund Stoiber auch in Ihrem Namen dafür danken. Ich weiß, dass seine Grußworte beim CDU-Parteitag unvergessen sind.

(Beifall)

Ich grüße Sie ebenso herzlich von unserem neuen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein. Sie kennen ihn als langjährigen Innenminister, aber auch als Mitglied im Kompetenzteam 2002 und 2005. Er wird Bayern gut, sicher und erfolgreich in die Zukunft führen. Das Gleiche wünschen wir für Niedersachsen. Christian Wulff ist der beste Beweis dafür, dass es den Menschen dort, wo die Union regiert, besser geht. Glück auf, liebe Freunde aus Niedersachsen, aus Hessen und aus Hamburg! Wir wünschen Ihnen einen überragenden, großartigen und wichtigen Erfolg im Jahr 2008.

(Beifall)

Meine Freunde, in dem Moment, da ich zum ersten Mal als CSU-Vorsitzender zu Ihnen sprechen darf, geht meine Erinnerung zurück zu der ersten Begegnung mit einem namhaften CDU-Politiker. Es war im Jahr 1969, als der Nachbar aus Baden-Württemberg, der Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger meine niederbayerische Heimat besuchte. Wir sind seinerzeit 1969 nicht gut aus der Großen Koalition herausgekommen. Hinter unserem Rücken hat die SPD nicht nur vertragsbrüchig gehandelt, sondern auch andere Bündnisse geschmiedet. Das wird uns 2009 nicht mehr passieren, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Auseinandersetzung um die Ostpolitik prägte damals meine ersten Jahre in der Jungen Union. Ich darf daran erinnern, dass es die Bayerische Staatsregierung war, die zum Grundlagenvvertrag das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Das Bundesverfassungsgericht hat seinerzeit den Eisernen Vorhang, die innerdeutsche Grenze rechtlich zu einer Grenze zwischen Bundesländern erklärt. Dass es de facto heute so ist, ist auch darauf zurückzuführen, dass wir die Anerkennung des SED-Regimes durch die SPD unmöglich gemacht haben. Wie sagte schon Franz Josef Strauß gelegentlich? Er sagte: Wenn es sein muss, dann werden wir Bayern die letzten Preußen sein.

(Beifall)

Das Schlagwort „Freiheit statt Sozialismus“ hat 1976 einen der ersten Wahlkämpfe geprägt, bei dem auch ich in der Jungen Union mit großem Engagement dabei war. Meine sehr verehrten Freunde, ich habe keine Scheu, auch im Jahr 2009 mit dieser Alternative im Kopf in den Wahl-

21. Parteitag der CDU Deutschlands

227

kampf zu ziehen. Ein Bundeskabinett aus Beck und Nahles, Roth und Trittin, Lafontaine und Gysi darf doch Deutschland nicht regieren. Das wäre nicht nur eine Lachnummer; das wäre eine Katastrophe für unser Land.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, in Deutschland gibt es mit CDU und CSU ein starkes bürgerliches Lager. Diese Konstellation hat kaum ein europäisches Land. Diese Einigkeit werden wir erhalten, damit die Union spitze bleibt, damit sie dort bleibt, wo sie hingehört: an die Spitze in Deutschland. Das linke Lager ist gespalten und zerstritten und schon deshalb regierungsunfähig. Das Einzige, was die Linken zusammenbringt, ist die Macht. Insofern dürfen wir der SPD nicht trauen.

(Teilweise Beifall)

Wer wie Beck den Sozialismus in das Wahlprogramm schreibt, paktiert auch mit den Linken. Wer nicht den Mut hat, auf der Stadt- und Landesebene Bündnisse mit PDS/SED, jetzt genannt Die Linke, zu unterbinden, dem können wir nicht trauen und nicht glauben. Seinerzeit wurde von der SPD in Hessen angekündigt, das grüne Problem löse man mit der Zaunlatte. Später sind von dort dann aber die rot-grünen Bündnisse ausgegangen. Wer so handelt, beweist, dass die Sozialisten keinen Wortbruch scheuen, wenn es darum geht, an die Macht zu kommen.

(Beifall)

Nun aber zunächst zurück zu uns. Die CSU ist eine eigenständige Partei. Sie ist dies und wird es bleiben. Eine starke CSU nutzt auch der CDU, was ja bei jeder Bundestagswahl sichtbar ist. Wir als CSU profitieren aber ebenso von einer starken CDU bei unserem bundes- und europapolitischen Einfluss. Liebe Freundinnen und Freunde, manchmal ist es wirklich gut, eine große Schwester zu haben.

(Beifall)

Es steht der großen Schwester aber auch gut, gelegentlich auf die kleinere bayerische Schwester zu hören. Seit Jahren – um Ihnen einen kurzen Bericht von der CSU zu geben – haben wir das Motto „Näher am Menschen“. Wir gewinnen in diesem Jahr deutlich an Mitgliedern dazu. Wir stehen in den Umfragen sehr gut da.

Im Oktober 2007, also vor wenigen Wochen, gab es ein kleines Jubiläum: Wir sind in Bayern seit 50 Jahren ununterbrochen in der Regierung. Wir haben in dieser Zeit zwölf Wahlen gewonnen, davon elf mit absoluter Mehrheit. Sie werden sich gefragt haben: Warum hat man denn so wenig davon gehört? Die Bayern feiern doch sonst solche Jubiläen ganz spektakulär. Meine Damen und Herren, wir nehmen das nur als Durchgangsstation für die nächsten 50 Jahre.

(Beifall)

Wir werden natürlich alles daran setzen, bei der Landtagswahl im September 2008 ein großes, wegweisendes Ergebnis zu erzielen. Aber was bedeutet das bundespolitisch? Gemeinsam gehen wir in die Zukunft. Gemeinsam wollen wir den Erfolg der Regierung Merkel. Gemeinsam werden wir alles tun, die Wahl im Jahr 2009 zu gewinnen und das neue Jahrzehnt in Deutschland zu prägen. Das ist unsere Mission. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall)

Die Bundeskanzlerin hat gestern – genauso wie Volker Kauder heute – eine erfolgreiche Zwischenbilanz der Großen Koalition gezogen. Optimismus und Zuversicht sind wieder spürbar im Lande. Ich brauche den vielen eindrucksvollen Fakten nicht viel hinzuzufügen. Wir haben innerhalb von zwei Jahren eine historische Wende geschafft: vom Marsch in den Schuldenstaat hin zu Überschüssen in den öffentlichen Kassen. Wir sind wieder Vorbild in Europa, was stabile Finanzen angeht. Das war immer ein besonderes Merkmal von CDU und CSU. Wir sind von einer Rekordarbeitslosigkeit zu einer Rekordbeschäftigung gekommen. Lassen Sie uns diesen Weg fortsetzen.

Ich möchte dankbar die großartige Arbeit hervorheben, die die CSU-Landesgruppe unter ihrem Vorsitzenden Peter Ramsauer leistet, der nun in der ersten Reihe sitzt. Lieber Peter, du leistest in der gemeinsamen Bundestagsfraktion und im Koalitionsausschuss hochkompetente, engagierte und gute Arbeit. Dafür möchte ich dir für die CSU herzlich und aufrichtig danken.

(Beifall)

Es ist klar, liebe Freunde: Wir müssen unsere Erfolge noch besser verkaufen. Dann haben die alten und die neuen Linken in Deutschland keine Chance. Wir halten Kurs. Wir sind der stabile Faktor in dieser Koalition. Was passiert bei den anderen? Die SPD restauriert den demokratischen Sozialismus. Die Grünen sind bei Afghanistan und der Grundsicherung auf Linkskurs. Die Linken, die politischen Erben von SED und PDS, warten mit offenen Armen. Ein solches Linksbündnis darf in Deutschland keine Chance haben. Wir haben dieses Land in den letzten zwei Jahren nach vorne gebracht. Wir geben dem Land der Ideen Zuversicht, Selbstvertrauen und Zukunft. Das darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin gestern Abend von einem Besuch aus Afghanistan zurückgekommen. Ich bin von der guten Arbeit und dem schweren Dienst tief beeindruckt, den unsere Soldatinnen und Soldaten in diesem Land leisten. Andere reden von Menschenrechten, Bürgerrechten und vom Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Unsere Soldaten schützen unter großen Risiken die leidgeprüften Menschen in Afghanistan.

(Beifall)

21. Parteitag der CDU Deutschlands

229

Besonders eindrucksvoll war ein Gespräch mit dem afghanischen Außenminister Spanta, der auch die deutsche Staatsangehörigkeit hat, der viele Jahre in Aachen gelebt hat und dort für die Grünen kommunalpolitisch tätig war. Er sagt: Seit ISAF im Lande ist, geht es aufwärts, gibt es Chancen für Demokratie, haben die Kinder die Möglichkeit, in die Schule zu gehen, haben die Mädchen zum ersten Mal in der Geschichte die Chance auf eine gleichwertige Bildung. Nur dort, wo Sicherheit gegeben ist, gibt es eine Chance auf Entwicklung. Wir, CDU und CSU, geben unserer Bundeswehr die politische, aber auch die menschliche Unterstützung. Ich möchte in Ihrem Namen unseren Soldaten für ihren großartigen Einsatz Dank sagen und ihren Familien Respekt zollen.

(Beifall)

Ich saß bei der Afghanistan-Debatte im Deutschen Bundestag auf der Bundesratsbank. Gysi bezeichnete unsere Soldaten als Besatzer Afghanistans. Lafontaine zog sogar einen Vergleich zu Terroristen. So verrät die Linke die Opfer des Terrors, und so schmäht sie ihre Beschützer. Das ist eine Schande und eine moralische Verkommenheit.

(Beifall)

Frau Bundeskanzlerin, ich möchte zur EU-Ratspräsidentschaft und zum erfolgreichen G-8-Gipfel gratulieren. Das sind historische Erfolge. Wir in Bayern sehen die ersten Früchte der Osterweiterung. Wir befürworten den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union. Aber wir stimmen mit Ihnen in einem entschiedenen Nein zum Beitritt der Türkei überein. Partnerschaft: ja, Beitritt: nein.

(Beifall)

Die Entwicklung in der Türkei in den letzten Wochen hat diese unsere Einschätzung bestätigt. Uns gefällt es, wenn die Kanzlerin zu den Menschenrechten in China und zur Demokratie in Russland offene Worte findet. Das gehört zu einem selbstbewussten Deutschland dazu. Es ist peinlich, wie der frühere Bundeskanzler Schröder dort auftritt. Gerade der letzte Sonntag hat gezeigt: In Russland gibt es lupenreine Wahlfälscher, aber keine lupenreine Demokraten an der Spitze.

(Beifall)

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Grundsatzprogramm. Ich stelle fest, dass wir, CDU und CSU, in den Grundlinien übereinstimmen. Wir sind eine Wertegemeinschaft. Das kommt in diesem Grundsatzprogramm eindrucksvoll zum Ausdruck. Fleißige Menschen machen Deutschland stark, sozial gerecht und zukunftsfähig. Der Leistungsträger ist das Vorbild in der sozialen Marktwirtschaft. Leistungsgerechtigkeit ist das soziale und geistig-moralische Erbe Ludwig Erhards. Natürlich nehmen wir auf, dass die Menschen in Zeiten der Globalisierung, des raschen

technologischen Wandels und der Alterung unserer Gesellschaft Ängste und Sorgen haben. Das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit, Halt und Orientierung fordert uns heraus. Die beste Sozialpolitik ist die Befähigung durch Bildung und Entfaltung der Talente. Wir dürfen die Menschen nicht den linken Verführern überlassen. Ich finde es schon merkwürdig, dass gerade in einer Zeit des Aufschwungs sozialistisches Gedankengut neuerdings wieder so stark in Mode kommt. Offensichtlich ist es dem sozialistischen Esel zu wohl, und er wagt sich wieder auf das Eis der gescheiterten Illusionen. Die Linken propagieren Verteilungsgerechtigkeit und versprechen Milliarden aus den Staats- und Sozialkassen. Soll denn der Marsch in den Schuldenstaat nach kurzer Besserung wieder fortgesetzt werden? Nein, wir brauchen gesunde öffentliche Finanzen, liebe Freunde.

(Beifall)

Sozialisten aller Schattierungen überbieten sich mit Heilsversprechen. Sozial ist, wer Wachstum schafft und diesen Mehrwert gerecht verteilt. Sozialistisch ist, wer Geld umverteilt, das er nicht hat, wer dafür die Leistungsträger schröpft und die Zukunft verspielt. Liebe Freunde, wir dürfen den Sozialismus nicht auf Samtpfoten hereinschleichen lassen. Ich habe in dieser Beziehung kein Vertrauen zum Biedermann Kurt Beck.

(Beifall)

Wir müssen die geistig-politische Auseinandersetzung mit den Linken über den Sozialismus wieder engagiert führen. Wir müssen einer Verklärung und nostalgischen Betrachtung des einst in Deutschland existierenden realen Sozialismus entgegentreten. Unsere Kinder müssen die gesamte Wahrheit über die DDR und das SED-Regime erfahren.

(Beifall)

Ein umfassender Wohlfahrtsstaat sozialistischer Prägung ist Illusion. Das ist eine Lebenslüge. Auch ein grüner Sonnenblumensozialismus kann keine 60 Milliarden Euro schaffen und gütig verteilen, ohne dieses Geld anderen wegzunehmen. Das ist ein Vorschlag, mit dem wir uns kämpferisch auseinandersetzen müssen.

(Beifall)

Die Eigentumsfrage spielt in diesem Zusammenhang in der Tat eine ganz große Rolle. Sozialisten vergeifen sich gerne am privaten Eigentum. Die Forderungen nach Verdoppelung des Erbschaftsteuersatzes und nach der Wiedereinführung der Vermögensteuer sind Beweise dafür. Das Gleiche gilt für die Forderung nach umfassenden Reglementierungen und Schutzvorschriften. Sozialismus ist in jeder Form reglementierend.

Wir setzen dem eine andere Kultur entgegen: eine Kultur der Freiheit, des Vertrauens und des Miteinander. Sicherheit und Chancen gibt es nur, wenn wir die Menschen für die Zukunft fit ma-

chen, wenn wir Menschen gut ausbilden, ihre Leistungsbereitschaft fördern, Eliten fördern und den Sozialstaat insgesamt funktions- und zahlungsfähig halten. Nur dann werden wir Chancen für die Zukunft eröffnen. Das ist die historische Aufgabe von CDU und CSU, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir müssen die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellen. Die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung innerhalb eines Jahres von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent – dieser Satz gilt ab dem 1. Januar 2007 – senkt nicht nur die Lohnzusatzkosten und ist damit im Interesse der Arbeitgeber, sondern bedeutet für 27 Millionen Beschäftigte eine Einkommenssteigerung, die der Lohnrunde des letzten Jahres entspricht, und bedeutet somit eine Steigerung der Kaufkraft. Das ist eine herausragende politische Leistung.

Aufgrund der Meldungen von heute sage ich: Wir müssen beim Mindestlohn aufpassen. Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet und damit Chancen zunichte gemacht werden. Sozial ist, was Arbeit schafft, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir müssen auf neue Technologien setzen. Wir müssen die neuen Technologien voranbringen. Die Tatsache, dass das Galileo-Projekt in der letzten Woche von der Europäischen Union auf den Weg gebracht wurde, ist ein großer Durchbruch. Man rechnet, dass dadurch in Europa 150 000 Arbeitsplätze entstehen. Deutschland wird einen großen Anteil daran haben. Bayern ist bereit, die Zukunftstechnologie Magnetschwebbahn zu realisieren. Wir müssen in Deutschland am Projekt Transrapid arbeiten. Nur dann werden wir diese Technologie exportieren können. Es kann nicht sein, dass Ideen, die in Deutschland entstanden sind und zur Marktreife gebracht wurden, in China vermarktet werden und dort entsprechende Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen alles daransetzen, dass in unserem eigenen Land entsprechende Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall)

Natürlich müssen wir viel in Umwelt und Klimaschutz investieren. Wir brauchen den von uns befürworteten Energiemix. Ich unterstreiche das, was Volker Kauder gerade gesagt hat: Wer auf Preis und Klima schaut, der muss den Mut haben, für die weitere Nutzung der Kernenergie in unserem Lande einzutreten. Lieber Christian Wulff, ich möchte dem Land Niedersachsen dafür danken, dass es wichtige Entsorgungsaufgaben für das ganze Land übernimmt.

CDU und CSU sind die Parteien der Wirtschaftskompetenz. Wir sagen Ja zu Wachstum, und wir fördern den Mittelstand und die Existenzgründer. Wir müssen die Erbschaftsteuer und die Unternehmensteuerreform mittelstandsfreundlich gestalten. Wir wollen einen jahrzehntelangen Traum verwirklichen: Wir wollen aus Arbeitnehmern Mitunternehmer machen. Das gemeinsame Konzept von CDU und CSU zur Mitarbeiterbeteiligung ist überzeugend. Das schafft

Bindungen und beim Mittelstand Eigenkapital. Wir wollen persönliches Vermögen in Arbeitnehmerhand schaffen und nicht Vermögen bei anonymen Fonds, wie es die SPD vorschlägt. Das ist eines der wichtigen Projekte im nächsten Jahr.

(Beifall)

Wir haben bei den öffentlichen Finanzen eine Wende herbeigeführt. Lassen Sie mich dazu ein Beispiel aus Bayern nennen. Wir haben 1998 mit der Politik des ausgeglichenen Haushalts begonnen. Wir freuen uns, dass viele Länder diesem Beispiel folgen. Seit 2006 nimmt Bayern keine Schulden mehr auf. Wir beginnen in diesem Jahr mit der Schuldentilgung und starten den Aufbau von Rücklagen. Das sichert die Investitions- und die Leistungsfähigkeit. Im nächsten Jahr wollen wir im Landeshaushalt eine Investitionsquote von 13 Prozent erreichen. Wir wollen heute säen, damit wir auch in Zukunft ernten können. Wir schaffen einen Fonds für künftige Beamtenpensionen. Das ist die Antwort der Union auf sozialistische Schuldenmacherei, die die Zukunft unserer Kinder verspielt.

(Beifall)

Wir sind gemeinsam mit einer Politik der Kinderfreundlichkeit gestartet, die die Familien in unserem Lande stärken soll. Wir bieten den Familien eine Zukunft. Ich möchte mich ausdrücklich für Ihre gestrige Entscheidung bedanken, mit der Sie sich für das Betreuungsgeld ausgesprochen haben. Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, für Ihren Einsatz. Das Betreuungsgeld ist ein wichtiges Element einer humanen Familienpolitik. Liebe Freunde, ich bekenne mich ausdrücklich zu der Aussage, dass wir Betreuungseinrichtungen brauchen.

(Beifall)

Wir brauchen Betreuungseinrichtungen, aber wir wollen, dass junge Eltern selbst über die Art der Betreuung ihrer Kinder entscheiden können. Betreuungseinrichtungen sind ein ergänzendes Angebot. Die Eltern können aber nicht ersetzt werden. Deshalb wollen wir die Eltern hinsichtlich ihrer Verantwortung und ihrer Erziehungsleistung stärken.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir dürfen die Mütter und Väter nicht im Regen stehen lassen. Sie müssen ihren Kindern mit Freude und Liebe Zeit und Zuwendung schenken. Deshalb sind beide Elemente wichtig: ein Ausbau der Betreuungseinrichtungen und die Einführung des Betreuungsgeldes. Für mich ist völlig indiskutabel, wie manche Medien, vor allem aber die Linken in Deutschland über das Betreuungsgeld berichten bzw. reden. Es kann nicht sein, dass es als „Herdprämie“ oder „Aufzuchtprämie“ herabgesetzt wird. Nur wer Ja sagt zur Familie, wird eine kinderfreundliche Gesellschaft gestalten und kann diesem Land eine Zukunft geben.

(Beifall)

Ich bin entschieden dafür, dass Steuererleichterungen zuerst den Familien zugute kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir bekennen uns kompromisslos auch zum Ehegattensplitting bei der Einkommen- und Lohnsteuer. Die Ehe ist eine Werte- und Verantwortungsgemeinschaft; sie gründet auf der verlässlichen Verantwortung zweier Menschen. Die Ehe ist aber auch eine Wirtschaftsgemeinschaft. Das Steuerrecht, liebe Freunde, darf doch nicht unterstellen, dass hier zwei Singles auf gewisse Zeit neben- oder miteinander wohnen. Das Steuerrecht hat diese Gemeinschaft nachzuvollziehen. Ich sage aber deutlich: Wir sind offen dafür, dieses Ehegattensplitting weiterzuentwickeln. Wenn wir einen Grundfreibetrag für Kinder einbauen, dann werden wir eine Weiterentwicklung zu einem Familiensplitting schaffen. Die CDU und die CSU, wir sind die Parteien der Familien in Deutschland, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir stimmen darin überein, dass Bildungschancen die wichtigste Voraussetzung für Chancengerechtigkeit sind. Deshalb brauchen wir gute Schulen in Deutschland. Dort, wo CDU und CSU regieren, gibt es die besten Schulen in Deutschland, und das ist kein Zufall. Ich bin auch der Meinung, dass wir nicht jedes Jahr eine neue Struktur- oder Organisationsreform in den Schulen durchführen sollten. Die pädagogische Arbeit in den Schulen ist das Entscheidende.

(Beifall)

Wir bekennen uns zur Erziehung in den Schulen; ich danke den Lehrern für die schwierige Erziehungsarbeit. Wir bekennen uns zur Eliteförderung; wir werden nur dann Spitze sein, wenn wir eine gute Elite im Land haben. Wir bekennen uns auch zum Wettbewerb der Universitäten und zur Spitzenforschung. Wir werden uns hier wie Baden-Württemberg das Ziel setzen, 3,6 Prozent der Wirtschaftskraft im Bereich der Forschung einzusetzen. Wir wollen in den nächsten vier Jahren 38 000 neue Studienplätze schaffen.

Liebe Freunde, CDU und CSU, wir sind nicht nur erfolgreich in der praktischen Politik, wir sind auch eine Wertegemeinschaft. Das bringen unsere beiden Grundsatzprogramme überzeugend zum Ausdruck. Wir sind die modernen bürgerlichen Volksparteien, christlich, sozialliberal und wertkonservativ. Der Sozialist ist rückwärtsgewandt. Der Konservative schöpft aus seinen Werten die Fähigkeit, die Zukunft zu gestalten. Deshalb ist konservativ modern, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir sagen Ja zu den christlichen Werten, zum christlichen Menschenbild von Freiheit, Eigenverantwortung und Nächstenliebe. Daraus ergibt sich unser bedingungsloser Einsatz für das Leben. Ich möchte Ihnen Anerkennung aussprechen für die ernste und gute Diskussion, die Sie gestern geführt haben. Wir sagen Ja zu Ehe und Familie, weil dies Grundlagen einer humanen Gesell-

schaft sind. Wir sagen Ja zu Nation und Vaterland und zu Heimat. Heimat gibt den Menschen Geborgenheit. Gerade in der Zeit der Globalisierung ist Heimatverbundenheit eine wichtige Voraussetzung, um diese Herausforderung zu bewältigen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir sagen Ja zu einem wehrhaften Staat, zu Bundeswehr, Polizei und Wehrpflicht. Wir sagen Ja zu Tugenden und bürgerlichen Einstellungen wie Fleiß und Disziplin, wie Anstand, Höflichkeit und Hilfsbereitschaft.

Wir wollen, dass unsere Kinder Religionsunterricht in den Schulen haben und unterstützen die Kirchen in ihrer pastoralen und sozialen Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns entschiedener dagegen wehren, liebe Freunde, wenn das Kreuz als Sinnbild unseres Glaubens und unserer Kultur in den Schmutz gezogen wird.

(Beifall)

Für Peter Ramsauer und die gesamte CSU sage ich: Wir haben eine Geschäftsgrundlage in der Großen Koalition, die auf Verlässlichkeit aufbaut. Wir sind vertragstreu. Wir wollen den Erfolg der Regierung Merkel. Wir wollen einen Kurs für Aufschwung und Beschäftigung. Wir wollen die Konsolidierung der Staatsfinanzen fortsetzen, die Lohnnebenkosten dauerhaft senken und höhere Investitionen für Forschung, Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz.

Unser Blick richtet sich auf die Bundestagswahl 2009. Wir wollen den Kampf für eine bürgerliche Mehrheit in Deutschland mit aller Leidenschaft führen. Im Interesse Deutschlands werden wir die Positionen der Union als bestimmende politische Kraft stärken und ausbauen. Das ist unser gemeinsamer Auftrag. Diesem Auftrag stelle ich mich als Vorsitzender der CSU mit all meinen Freunden, die politische Mandate haben. Die CSU wird 2009 einen starken Beitrag dazu leisten, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bleibt, liebe Freunde.

(Beifall)

Es darf sich niemand täuschen: Wenn es um das Kanzleramt geht, dann heißen die Alternativen: bürgerliche Mehrheit mit CDU und CSU oder das Linksbündnis Rot-Rot-Grün. Die Parteitage der SPD und der Grünen senden diese Signale aus. Wir müssen deshalb umso klarer sagen, wofür wir stehen, liebe Freunde. Wir stehen für unsere gemeinsame Mission für Deutschland. Die Erben der SED dürfen niemals wieder etwas sagen können in der Politik Deutschlands; sie dürfen nie mehr Macht bekommen im freien und einigen Deutschland.

(Beifall)

Das heißt für uns: Wir starten im Januar 2008 in unsere politische Arbeit. Roland Koch ist der Beste für Hessen, Christian Wulff ein Gewinn für Niedersachsen,

(Vereinzelt Beifall)

und Ole von Beust macht Zukunft in Hamburg. Viel Erfolg und eine gute Hand!

(Beifall)

Wir werden im September 2008 in Bayern beweisen: Günther Beckstein und die CSU sind Wegbereiter des Erfolges der gesamten Union für 2009. Wir setzen auf eine eigene Mehrheit in Bayern. Wir wollen den Erfolgsweg Bayerns fortsetzen. Dieser Erfolgsweg – wirtschaftlich, politisch und sozial – dient ganz Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Die CSU wird ihren Beitrag dazu leisten, liebe Freunde, dass Deutschland in eine gute Zukunft gehen kann.

Die SPD ist personell und programmatisch ausgelaut. Die Grünen sind zerstritten. Die Linke ist moralisch untragbar. Nur die Union kann Deutschland in eine gute Zukunft führen. Es geht um unser Vaterland; es geht um unseren Einsatz, liebe Freunde. Wir haben einen historischen Auftrag. Ich sage: Die Politik der Freiheit, der Eigenverantwortung, der wirtschaftlichen Gesundheit, der sozialen Ausgewogenheit und der Mobilisierung der Kräfte der Menschen, nicht die Abhängigkeit vom Staat, sondern die Mobilisierung der Talente, die beste Bildung, die wir uns vorstellen können – das muss uns elektrisieren, das muss uns mobilisieren, das muss uns dazu bringen, liebe Freunde, mit ganzer Kraft für eine gute Zukunft unseres deutschen Vaterlandes zu arbeiten. Wir werden gewinnen, weil wir gewinnen wollen, und wir wollen gewinnen, weil es um Deutschland geht, weil es um unser Vaterland geht. – Herzlichen Dank und alles Gute.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Erwin Huber, für diese engagierte Rede!

(Erneuter Beifall)

Sie knüpfen unmittelbar an Edmund Stoiber mit seinen Grußworten an, und wir freuen uns auf die nächsten vielen Jahre mit Ihnen an der Spitze der CSU.

Die CSU ist als Schwesterpartei häufig auf gleicher Augenhöhe mit der CDU. Manchmal ist sie – das haben Sie selbst gesagt – die kleine Schwester, und wir sind die große Schwester, aber ich denke, geschwisterlich gehen wir wie in der Vergangenheit gut durch die nächsten Jahre. Wir

freuen uns über ein gutes Klima in der Zusammenarbeit, auch unter den Ministerpräsidenten und unter den beiden Parteien im Deutschen Bundestag, damit wir für Deutschland erfolgreich arbeiten. Herzlichen Dank für Ihr Hiersein!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „IN CHANCEN DENKEN –
STRATEGISCHE STANDORTPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT“

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES DURCH DEN VORSITZENDEN
DER CDU HESSEN
MINISTERPRÄSIDENT ROLAND KOCH MDL

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Ich gebe das Wort an unseren Freund Ministerpräsident Roland Koch. Bitte schön, lieber Roland!

(Beifall)

Roland Koch: Lieber Christian Wulff! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern bei den Veränderungen und Aktualisierungen unseres Grundsatzprogramms auch über das Stichwort „Internationale Soziale Marktwirtschaft“ gesprochen. Das ist ein Begriff, der sich 1994 in der Diktion unserer Programmatik noch gar nicht gefunden hat. Damals waren wir eigentlich froh darüber und stolz darauf, dass es in den entwickelten Ländern der Welt, die wir oft überschaubar in der Hemisphäre des Westens vermutet haben, eine immer stärker marktwirtschaftlich orientierte Politik gibt.

Seitdem ist unbestreitbar viel geschehen, und zwar im Zusammenhang mit der Globalisierung und der internationalen Vernetzung der Wirtschaft. Viele, die in Deutschland über diese Fragen der Veränderung der Weltwirtschaft nachdenken, sind durchaus nicht nur guten Mutes, sondern auch manchmal sorgenvoll, was den aufkommenden Wettbewerb, die Veränderungen, die neuen Herausforderungen bei den Arbeitskosten und bei der Frage, wo auf der Welt Produkte hergestellt werden können, wie offen Märkte sind oder wie stark unser Markt für Produkte, Ideen und Dienstleistungen aus der ganzen Welt geöffnet wird, betrifft.

Deshalb ist es richtig, dass wir uns damit beschäftigen, was diese internationale Soziale Marktwirtschaft für uns in Deutschland eigentlich bedeutet. Im Antrag des Bundesvorstandes, den im Auftrag des Bundesvorstandes Ronald Pofalla, Norbert Röttgen und ich erarbeitet haben, steht die Überschrift: „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert.“ Unsere feste Überzeugung ist, dass die internationale Soziale Marktwirtschaft gerade für uns in

21. Parteitag der CDU Deutschlands

237

Deutschland, gerade für uns in Europa eine große Chance ist, keine Bedrohung. Bei allen Schwierigkeiten des Tages, die wir haben, sind wir marktwirtschaftlich organisiert, mit privaten Entscheidungen, flexiblen Strukturen, mit sehr innovativen und kreativen Menschen, die die Freiheit haben, sich am Weltmarkt zu beteiligen, gut aufgestellt, um zu sichern, dass Europa und Deutschland der Platz bleibt, an dem Wohlstand zu Hause ist. Der Wohlstand Europas ist nicht eine Sache der Vergangenheit. In einem geöffneten Markt der Welt kann der Wohlstand Europas zu einer großen Erfolgsgeschichte der Zukunft werden, und so wollen wir die Globalisierung angehen, sie betrachten und den Menschen darstellen.

(Beifall)

Ludwig Erhard und Menschen wie Müller-Armack, Röpke und Eucken haben lange daran gearbeitet, klarzumachen, dass liberale Wirtschaftsordnungen niemals Wirtschaftsordnungen sein können, die ohne Regeln auskommen. Marktwirtschaftliche Ordnung, Freiheit des Einzelnen ist nicht Faustrecht, sondern immer Recht mit gleichen Möglichkeiten, in einem gesicherten rechtlichen Rahmen die besten Ideen auf den Platz des Wettbewerbs zu bringen.

Das ist die Herausforderung, die jetzt vor uns steht, wenn wir auch in Deutschland und Europa über eine internationale Soziale Marktwirtschaft sprechen. Wir sind froh, dass es auf der Welt nur wenige gibt, die den Begriff der marktwirtschaftlichen Ordnung für die Weltwirtschaft der Zukunft wirklich in Frage stellen; aber nicht alle, die nicht darüber reden, sind zugleich auch fest davon überzeugt, dass es so kommen muss. Viele nehmen den Begriff in den Mund und beginnen, ihn eigenständig zu definieren. Wir versuchen hier – auch in der Konsequenz dessen, was wir gestern beschlossen haben – erstmals, einen Kriterienkatalog dafür festzulegen, was uns in einer solchen internationalen marktwirtschaftlichen Ordnung wichtig ist.

Einer der wichtigsten Punkte dabei ist: Unser Optimismus hinsichtlich der freiheitlichen Entfaltung von Wirtschaftskräften und unsere Überzeugung, dass diese freiheitliche Entfaltung von Wirtschaftskräften Regeln braucht, führen dazu, dass wir ein großes Interesse daran haben, dass es internationale Verabredungen gibt. Wir hoffen, dass wir im Welthandel von den Vereinten Nationen über die Weltbank bis zu anderen Institutionen ein Geflecht von Kooperation bekommen, das sicherstellt, dass wir nach gemeinsamen Regeln arbeiten. Insofern ist es ein großer Fortschritt, dass ein Land wie die Volksrepublik China, ein so riesiger Markt, heute schon Mitglied der Welthandelsorganisation ist. Aber es ist auch nur ein formaler Anfang; denn wer heute über geistiges Eigentum spricht, weiß, dass nach den Regeln der WTO dieses geistige Eigentum sehr privilegiert geschützt ist, aber er weiß auch, dass ein deutsches mittelständisches Unternehmen bei der Suche nach einem Gerichtsstand in einer chinesischen Provinz noch ziemlich lange verzweifelt auf dem Weg sein wird.

(Beifall)

Das heißt, wir wollen Vereinbarungen, wir wissen, dass wir internationale Standards brauchen, aber wir müssen auch die Kraft und den Mut haben, darüber zu sprechen, dass wir Märkte haben, die nur dann fair geöffnet werden können, wenn andere unter den gleichen Bedingungen ihre Märkte auch öffnen. Ohne dass es eine Gegenseitigkeit gibt, ist die deutsche Wirtschaft in Schwierigkeiten, weil sie dann zwar von außen bedroht wird, ihrerseits aber ihre Chancen in der Welt nicht ausreichend wahrnehmen kann. Deshalb brauchen wir eine internationale marktwirtschaftliche Ordnung mit internationalen Vereinbarungen, an die sich dann aber auch alle halten, die mit uns fairen Wettbewerb treiben wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die internationale marktwirtschaftliche Ordnung ist eine kapitalgestützte Marktordnung. Niemals in der Geschichte hat man sich vorstellen können, dass täglich so gigantische Mengen von Geld durch Transaktionen von vielen Marktpartnern in der Welt bewegt werden. Wir haben heute wahrscheinlich, auf Dollar-Basis gerechnet, einen täglichen Kapitalfluss von mehr als drei Billionen US-Dollar, die durch unterschiedlichste Finanztransaktionen, durch Währungs-transaktionen, durch innerbetriebliche Transaktionen, quer über die Kontinente verschoben werden. Das ist gut so, weil es die Marktwirtschaft anregt, weil es den Wettbewerb fördert. Aber es ist für Nationalbanken, es ist für alle, die mit der Sicherung der Wirtschaftssysteme zu tun haben, auch eine Herausforderung. Dann, wenn nur wenige Prozent davon in Havarie geraten, steht die Wirtschaftsordnung der Welt auf einmal vor Herausforderungen.

Wir erleben dieser Tage eine Falschbewertung von kleinen Häuserkrediten in den Vereinigten Staaten von Amerika. Daraus entstehen Herausforderungen für die Finanzindustrie in Größenordnungen von Hunderten von Milliarden, was zur Folge hat, dass das Vertrauen der internationalen Märkte im Bereich der Finanzen nahezu zerstört war und nur unter großen Schwierigkeiten wieder aufzubauen ist.

Das zeigt, dass wir in den internationalen Standards ein Zweites brauchen, nämlich Transparenz. Wir müssen Standards schaffen, mit denen die Erwartung verbunden ist: Wer bei uns investiert, wer zum Beispiel mit unseren Regulierern im Finanzwesen arbeitet, muss bekennen, wem er gehört, muss bekennen, welche Kapitalien er verwaltet, damit wir eine Chance haben, zu beurteilen, welche Risiken für die Wirtschaftsordnung damit verbunden sind. Geheimnisse mit anschließender Rettungsaktion des Staates, das ist keine Grundlage für eine internationale marktwirtschaftliche Ordnung.

(Beifall)

Deutschland ist ein Land, das besonders stark von ausländischen Investitionen profitiert. Wir sind ein bevorzugter Standort für privates Kapital in der Welt. Die Europäer insgesamt sammeln – wenn man das letzte Jahr nimmt – wahrscheinlich etwa die Hälfte der gesamten international

21. Parteitag der CDU Deutschlands

239

getätigten Unternehmensinvestitionen auf ihrem Kontinent. Das heißt, wir profitieren davon – zum Beispiel durch Arbeitsplätze, dass wir am internationalen Markt tätig sind.

Viele große Unternehmen bei uns in Deutschland und in Europa sind sehr erfolgreich in der Welt, wenn auch nicht immer ganz ohne Schwierigkeiten; denn viele Länder achten durchaus darauf, was mit ausländischem Kapital in ihrem Land geschieht. Aber wegen der Qualität, der Leistungsfähigkeit und auch der Kraft, die hinter diesen Unternehmen steht, sind sie inzwischen an vielen Plätzen der Welt fest verankert und haben großen Erfolg.

Wir wollen dafür sorgen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Deshalb ist der Kern des Papiers, das wir Ihnen vorlegen, nach wie vor die feste Überzeugung, dass Deutschland ein Land mitten in Europa ist und Europa ein erfolgreicher Kontinent sein muss, in dem freier Kapitalverkehr ein zentrales Prinzip ist, und dass Protektionismus keinem, der in Deutschland oder Europa wirtschaften will, wirklich hilft.

Dennoch geht es, wie Sie wissen, in den Diskussionen über das Papier, das wir Ihnen vorlegen, auch um die Frage, ob und inwieweit wir als CDU damit nicht den traditionellen Weg der Zurückhaltung des Staates verlassen. Deshalb sind, denke ich, dazu einige wenige Bemerkungen notwendig.

Ja, wir glauben, dass es richtig ist, auch in der deutschen Gesetzgebung auf der Basis des europäischen Rechts Regelungen zu schaffen, die es der nationalen Regierung ermöglichen, den Einfluss anderer nationaler Regierungen auf die deutsche Wirtschaft im Zweifel zu verhindern. Das wird nicht jeden Tag geschehen. Viele fragen uns, was mit den Petrodollars der 80er-Jahre und den Investitionen arabischer Länder, ihrer Staatsholdings und anderer ist. Die Antwort ist – lesen Sie das Programm, das wir Ihnen vorschlagen: Sie sind herzlich willkommen. Sie werden keiner Genehmigungspflicht und keiner Kontrolle unterliegen; sie sind normal. Denn diese Unternehmen wie auch der Norweger und andere haben immer entschieden, passiv zu investieren: 7 Prozent bei Daimler-Chrysler, 8 Prozent bei der ehemaligen Hoechst AG. Es gibt viele andere Beteiligungen dieser Art. Ich glaube, wir sollten uns die Gelassenheit leisten zu sagen: Sie interessieren uns nicht. Sie sind normale Kapitalinvestitionen am Markt, die in Deutschland jederzeit nicht nur möglich, sondern in außerordentlicher Weise willkommen sind.

Aber eines hat sich in der veränderten, globalisierten Welt der letzten Jahre auch geändert: Es gibt einige neue „reiche“ Regierungen, denen wir das historisch gesehen wahrscheinlich gar nicht zugetraut hätten. Die russische Regierung ist nicht reich wegen der großen Erfolge eines sozialistischen Wirtschaftssystems. Solange sie auf die Erfolge des sozialistischen Wirtschaftssystems in Leistungen von Arbeitnehmern und Unternehmen gegeneinander in der Welt angewiesen war, war sie nicht sehr vermögend. Die Preise von Erdöl und Erdgas, die jedem Land gegönnt sind und die wir brauchen, führen zu einer völlig anderen Situation in den Chancen, mit diesem Geld auf dem Weltmarkt zu agieren. Daraus entstehen große Staatsunternehmen.

Gazprom ist ein Unternehmen, das unter der Führung der russischen Regierung steht. Das muss man nicht kritisieren, und man muss es nicht abschaffen wollen. Aber wenn dieses Unternehmen investiert, dann investiert der Kreml. Dann muss eine Regierung in einem Land, in dem der Kreml investieren will, wenigstens die Chance haben, zu entscheiden, ob sie Investitionen des Kreml in ihrem Land haben will.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, auch das gehört zur Normalität der Entscheidungen.

Auch die chinesische Regierung ist oft angesprochen worden. Ja, wir haben ein Interesse daran, dass auch dort wieder Kapital investiert wird. Was Regierungen in Staatswirtschaften angeht: Wir leben zurzeit in einer globalisierten Ökonomie, in der ein erheblicher Teil des gesamten Welteinkommens in Staatswirtschaften erlöst wird. Muss man aber eines wissen: Wenn wir die Wirtschaftsentwicklung der nächsten zwei Jahrzehnte voraussehen und nicht aufpassen, dass eine internationale marktwirtschaftliche Ordnung entsteht, dann könnten wir in die Situation geraten, dass die Mehrheit des Volkseinkommens der Welt nicht in privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaften, sondern in staatsgelenkten Wirtschaften erarbeitet wird.

Diese Auseinandersetzung ist nicht neutral, sondern sie ist von Interessen der Staaten geleitet. Dass die chinesischen Währungsreserven so stark ansteigen, ist bei allem Respekt nicht nur dem Fleiß und der Kreativität der chinesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass dort staatlich Währungsrelationen aufrechterhalten werden, die eine durchaus nicht als gerecht zu bezeichnende Abschöpfung des US-Dollars zugunsten der Währungsreserven Chinas bedeuten. Diese 100 Milliarden pro Jahr, die man durch ungerechte Währungsverhältnisse erlangt, die staatlich interessenorientiert festgelegt werden, sind das Grundkapital des Staatsfonds, der anschließend in Europa oder Amerika investiert. Es ist in Ordnung, dass das Geld am Ende investiert wird. Dagegen will niemand etwas tun. Aber zu behaupten, das sei ganz normales Kapital und es sei egal, in welcher Weise das entstanden sei, ist aus meiner Sicht naiv.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb haben wir eine Verpflichtung, uns darum zu kümmern, damit wir wissen, wie wir damit umgehen und welche Signale wir setzen wollen. Meine Damen und Herren, wenn Sie mich fragen, was wir in einer marktwirtschaftlichen Ordnung der Zukunft am Ende erreichen wollen, dann ist meine Antwort: Ich möchte erreichen, dass Regierungen derzeit staatsgelenkter Wirtschaften möglichst früh darüber nachdenken, wie sie sich aufstellen.

An der Frankfurter Börse wird zurzeit fast jeden Monat ein chinesisches Unternehmen gelistet, das sich normal in die marktwirtschaftliche Ordnung der Welt einreicht und das mit privaten Eigentümern und privatem internationalen Kapital am Markt agiert. Ein Unternehmen,

das so investiert, ist an jedem Platz Deutschlands und Europas jederzeit nicht nur willkommen, sondern normal. Das heißt, die chinesische Regierung muss schon mit der Frage konfrontiert werden: Sind unsere Zutrittschancen zu den Märkten Europas und Amerikas besser, je schneller wir unsere Gesellschaft in eine private marktwirtschaftliche Ordnung umwandeln? Oder ist es der Welt egal, ob wir als einheitlicher staatlicher Unternehmer den Rest der Welt aufkaufen oder ob wir in unserem Land Marktwirtschaft einführen, die mit ihren marktwirtschaftlichen Unternehmen ganz normal in der Welt einer globalisierten Sozialen Marktwirtschaft konkurriert?

Diese Weichenstellung entscheiden wir. Wir können heute noch die Maßstäbe dafür setzen. In 20 Jahren werden wir nicht mehr dazu in der Lage sein. Deshalb ist es jetzt notwendig, über die Rahmenbedingungen einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen einen Weg vor, der sich sehr pragmatisch an das hält, was in anderen Ländern Standard ist. Deshalb muss man sich manchmal, wenn auch aus Kreisen in Deutschland der Vorwurf oder die Sorge geäußert wird, wie gefährlich das alles sei, ein bisschen verwundert zurückhalten. Wenn amerikanische Kollegen und Investoren fragen, was um Himmels Willen die Deutschen in den Regierungsentwürfen oder in dem, was dem CDU-Parteitag heute vorgelegt worden ist, wollen, dann kann man eine sehr einfache Antwort geben: Wir wollen ganz sicher weniger, als die Amerikaner beschlossen haben.

Es gibt in allen westlichen Ländern einen Standard. Es gibt den Enterprise Act in Großbritannien. Es gibt die entsprechenden, sehr weit gehenden Regelungen in Frankreich. Es gibt Regelungen in Italien, Spanien, wo immer Sie hinschauen. Deutschland ist unter den großen Ländern mit starken eigenen Unternehmen das einzige Land, das vollständig auf diese Rechtsgrundlagen, die den Regierungen ein Ermessen verschaffen, verzichtet.

Die Frage, die wir gemeinsam beantworten müssen, ist: Können wir das eigentlich verantworten? Was passiert in Deutschland, wenn ein Staatsunternehmen morgen ein großes strategisches Unternehmen der Energiewirtschaft oder der Medienindustrie aufkauft und alle Welt in Deutschland fragt, was wir dagegen tun? Dann müssen wir antworten: Wäre das Unternehmen in Frankreich, Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika, dann gäbe es Möglichkeiten, sich damit auseinanderzusetzen. Aber wir sind in Deutschland. Wir haben das zwar alles gesehen, aber vergessen oder es bewusst unterlassen, uns in die gleiche Situation zu begeben wie alle unsere Nachbarn, die sich dabei etwas gedacht haben. Wir basieren dabei auf dem europäischen Recht.

Das, was in Frankreich und Großbritannien schon lange Gesetz ist, gilt auch für Deutschland. Die Art. 56 und 58 des EG-Vertrags sind der Rahmen. Wir schlagen Ihnen ein sehr unbürokrati-

sches Verfahren vor, das am Ende in einem Ermessen des Bundeswirtschaftsministeriums mündet. Wir wollen gar nicht, dass jeder einen Antrag stellen muss. Jeder mag das selbst entscheiden; denn diejenigen, die gemeint sind, und ihre Rechtsanwaltskanzleien wissen ganz genau, dass sie gemeint sind.

Wenn es keine Anmeldepflicht gibt, dann wollen wir, dass die Regierung drei Jahre lang die Chance hat, nachträglich einzugreifen. Die Amerikaner haben eine lebenszeitliche Regelung, das scheint mir im deutschen Recht übertrieben. Ich will denjenigen, die darüber diskutieren – wir reden mit der Bundesregierung darüber –, sagen: Wer keine Anmeldepflicht konstituiert und regelt, dass es nach drei Monaten, wenn man es nicht angemeldet hat und das niemand gemerkt hat, rechtskräftig ist, der motiviert internationale Anwaltskanzleien, Prämien dafür zu erhalten, etwas drei Monate lang zu verheimlichen. Das ist keine faire Frist. Wer gegen Anmeldefristen ist, weil er es unbürokratisch regeln will, der muss dem Staat schon die Chance einräumen, das nach einem oder anderthalb Jahren zu bemerken. Wir reden dabei nicht allein über Großkonzerne, vielmehr können wir bei strategischen Unternehmen, die für die Sicherheit oder die Infrastruktur dieses Landes Verantwortung haben, auch über mittelständische Unternehmen reden, weil sie in diesem Bereich eine Rolle spielen und spielen müssen.

Zusammengefasst: Wir wollen die Botschaft in die Welt senden, dass Deutschland ein Land bleibt, das frei ist im Kapitalverkehr, das Interesse an Investitionen hat und das auch Interesse hat, selbst zu investieren. Wir wollen das Signal senden, dass wir internationale Übereinkünfte brauchen. Wir wollen sie verstärken. Wir betrachten die transatlantischen Gespräche zwischen Amerika und Europa, die Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeleitet hat, als ein wichtiges Signal, diese Ziele zu verwirklichen. Unser drittes Signal ist: Wir wollen, dass die international agierenden Unternehmen wissen, dass wir von ihnen Transparenz erwarten; denn am Ende erwarten sie auch von uns Schutz und Hilfe. Unser viertes Signal ist: Wir wollen das Signal setzen, dass staatliches Kapital etwas anderes ist als privates Kapital. Ich lese in manchen Wirtschaftsteilen deutscher Zeitungen, dass das egal sei. Im Ausland sei staatliches Kapital genauso wie privates Kapital.

Diese These halte ich für falsch. Bei einer staatlich organisierten Kapitalinvestition, die an eine Regierung gebunden ist, besteht für die Regierung immer Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, die man privaten Kapitalgebern gegenüber nie treffen könnte. Die Regierung kann nämlich sagen: Aus politisch-strategischen Gründen verzichte ich auf meine Rendite, wenn ich damit andere staatspolitische Ziele erreichen kann, sei es Technologietransfer, seien es andere Interessen in einem jeweils anderen Staat. Kein privater Fonds der Welt hat eine Chance, ohne den Straftatbestand der Untreue zu begehen, eine solche Entscheidung zu treffen. Bei einem regierungsgelenkten staatlichen Investment ist das eben anders. Deshalb gilt: Wenn wir in Deutschland die großen Energieversorger privatisiert haben werden, dann haben wir es nicht getan, um

die deutsche Regierung von marktwirtschaftlichen Entscheidungen zu befreien, die anschließend außerhalb der Bundesrepublik Deutschland von anderen Staatsregierungen getroffen werden. Staatskapital ist nicht privates Kapital.

(Beifall)

Wir haben gestern die Grundlagen in unserem Grundsatzprogramm geschaffen. In Ziffer 155 heißt es:

„Unsere wirtschaftspolitischen Überzeugungen stehen zunehmend in einem Wettstreit mit den Handlungen von Staaten, die durch aktives Eingreifen nationale wirtschaftsstrategische Ziele durchzusetzen versuchen. Wir wollen auch diese Staaten von der Richtigkeit des freien und fairen Wettbewerbs überzeugen und den internationalen Ordnungsrahmen stärken. Solange jedoch ungleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen und unsere nationalen Interessen in Bereichen von zentraler strategischer Bedeutung bedroht sind, kann es legitim sein, diese Interessen durch eigenes staatliches Handeln durchzusetzen. Im Zweifelsfall hat jedoch die Freiheit des Marktes Vorrang.“

Diesen Geist atmet das Papier, das wir Ihnen vorgelegt haben und das ich Ihnen zur Beschlussfassung empfehle. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Koch, für die engagierte Begründung des Antrags „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert“. – Ich rufe jetzt die Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache zu diesem Antrag auf. Es liegt eine Wortmeldung von Klaus-Heiner Lehne aus Nordrhein-Westfalen vor.

Klaus-Heiner Lehne: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, Roland Koch hat völlig zutreffend und überzeugend begründet, warum das Anliegen, das mit diesem Antrag verfolgt wird, begründet und berechtigt ist.

(Beifall)

Wir haben uns allerdings als Kreisverband Düsseldorf – zugleich darf ich für den Auslandsverband Brüssel sprechen – Gedanken darüber gemacht, ob so, wie es hier formuliert ist, wirklich von einem europafesten Text ausgegangen werden kann. Wir haben daran Zweifel. Deshalb haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Änderungsanträge C 14 ff des Auslandsverbandes Brüssel, mit denen wir bei Beibehaltung der Intention dieses Antrags eine Reihe von Änderungsvorschlägen gemacht haben mit dem Ziel, diesen Antrag wirklich europarechtsfest zu machen.

Ich will Ihnen die Probleme, die wir sehen, nur anhand ganz weniger Beispiele deutlich machen. In Zeile 213 heißt es: Innerhalb der Europäischen Union gilt der Grundsatz der Kapitalverkehrsfreiheit. In Zeile 224 des Antrags heißt es: Außerhalb der EU gilt der Grundsatz der Kapitalfreiheit in dieser Form nicht. Dagegen steht Art. 56 Abs. 1 des EG-Vertrags: „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.“

Das EU-Recht unterscheidet also nicht grundsätzlich zwischen der Kapitalfreiheit gegenüber Drittstaaten und der gegenüber den Mitgliedstaaten. Der Europäische Rat kann nach Art. 57 Abs. 2 des EG-Vertrags allerdings einstimmig beschließen, die Kapitalverkehrsfreiheit gegenüber Drittstaaten einzuschränken. Die nationale Ebene – das ist zutreffend gesagt worden – kann dies nur nach Art. 58 EG-Vertrag, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist. Sie muss dies aber nicht diskriminierend machen. Also: EU-Sachverhalte nicht anders behandeln als nationale Sachverhalte.

Der Inhalt des Bundesvorstandspapiers sieht hier eine Trennung der Sachverhalte hinsichtlich der Behandlung vor. Das heißt, hier wird diskriminiert. Es gibt ungefähr ein Dutzend Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zum Thema Kapitalverkehrsfreiheit, aber nur in einem einzigen Fall hat der Europäische Gerichtshof die öffentliche Sicherheit und Ordnung so ausgelegt, dass eine nationale Maßnahme erhalten blieb. Das war der Fall der belgischen Gasversorgung.

Das, was uns hier auf dem Tisch liegt, ist ein Fall, der dem sehr ähnlich ist, über den der Europäische Gerichtshof im Jahre 2002 zu entscheiden hatte, nämlich: Europäische Kommission gegen die Republik Portugal. Damals gab es in Portugal eine zehnpromzentige Beteiligungsschwelle, ab der es eine Anmeldepflicht gibt, und zwar nicht diskriminierend. Der Europäische Gerichtshof hat, weil er nicht klar auf bestimmte Sektoren beschränkt worden ist, klar entschieden, dass die portugiesische Regelung ein Verstoß gegen EU-Recht ist.

Wir hören immer das Argument, Frankreich mache Ähnliches. Das stimmt. Frankreich hat jedoch in seinem Gesetz Sektoren definiert, also eine Einschränkung der Reichweite der Regelung vorgenommen.

Wir hören, das Bundeswirtschaftsministerium habe den Text geprüft. Wer den Referententwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium liest, wird feststellen, dass sich die europarechtliche Prüfung in der Begründung auf einen Teilsatz des Absatzes beschränkt, wo einfach auf Art. 58 verwiesen wird.

Der Bundesvorstand schlägt einen Schwellenwert von 25 Prozent vor. Ich weise auf den Widerspruch zum deutschen Aktienrecht hin. 25 Prozent nach deutschem Aktienrecht bestätigen lediglich bestimmte Rechte von Minderheitengesellschaftern. Das deutsche Übernahmerecht geht von einer Kontrolle erst ab einem Schwellenwert von 30 Prozent aus. Man muss also die

Frage stellen, ob bei diesem niedrigen Schwellenwert, wie hier vorgeschlagen, tatsächlich von einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung überhaupt die Rede sein kann.

Ein letzte Punkt, mit dem ich deutlich machen will, dass das nicht ganz unproblematisch ist, auch wenn es noch Zukunftsmusik ist: Nach Art. 188 c des Reformvertrags von Lissabon, der im Januar 2009 in Kraft treten soll, ist es so, dass die gemeinsame Handelspolitik – ausdrücklich genannt sind die sogenannten ausländischen Direktinvestitionen, also das, über das wir hier reden – in die alleinige Kompetenz der Europäischen Union übergeht. Die Europäische Kommission wird dazu in dieser Woche eine erste Orientierungsdebatte führen und gegebenenfalls Vorschläge unterbreiten. Spätestens dann ist für nationale Alleingänge kein Spielraum mehr.

Meine Damen und Herren, ich glaube, aus diesen wenigen Beispielen – man könnte das noch länger ausführen – wird deutlich, dass dieser Vorschlag durchaus nachbesserungsfähig ist. Wir haben uns bemüht, mit Anträgen, die die Intentionen nicht verwässern, aber doch mithelfen, dieses Europa fester zu machen, einen Beitrag zu diesem Bundesparteitag zu leisten. Wir bedauern, dass die Antragskommission diese Änderungsanträge nicht übernommen hat, und bitten, darüber noch einmal nachzudenken. Was wir wollen, ist möglich. Wir dürfen aber erstens nicht diskriminieren. Zweitens müssen wir klar Sektoren definieren, die strategisch von Bedeutung sind. Drittens müssen wir uns Gedanken über eine Anpassung des Schwellenwertes machen.

Ich bitte Sie, nachher in der Beratung die Anträge C 14 ff. des Auslandsverbandes Brüssel und des Kreisverbandes Düsseldorf zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lehne. Wenn ich das richtig verstanden habe, war Ihre Wortmeldung ja nicht unbedingt ein Beitrag zur allgemeinen Aussprache, sondern eine Begründung der diversen Änderungsanträge, die gestellt worden sind, sodass ich dazu für die Antragskommission Ronald Pofalla das Wort gebe.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Liebe Freunde! Ich bedanke mich zunächst bei Klaus-Heiner Lehne – der übrigens auch im Vorfeld schon die eine oder andere Frage mit uns diskutiert hat – dafür, dass er sich mit dieser Frage so ausführlich auseinandergesetzt hat. Die Grundidee des Papiers war, den Art. 58 so umzusetzen, dass wir zwischen den Mitgliedstaaten und den Drittstaaten gerade nicht unterscheiden. Deshalb ist der Kritikpunkt, den Klaus-Heiner Lehne genannt hat, unbegründet. Da wir das Papier so aufgebaut haben, dass wir zwischen den Mitgliedstaaten und den Investitionen innerhalb der Mitgliedstaaten sowie den Drittstaaten nicht unterscheiden, haben wir genau diese Abwägungsprobleme, die du, Klaus-Heiner, angesprochen hast, nicht. Deshalb hat die Antragskommission an den Stellen, die deutlich formuliert

worden sind aus Düsseldorf in Bezug auf diesen Kritikpunkt, abgelehnt und die anderen Anträge aus Düsseldorf so weit wie möglich angenommen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Linie, die die Antragskommission gefunden hat, bleiben.

Klaus-Heiner, wir sollten uns bei der konkreten Umsetzung der Konsequenzen aus dem Papier, wenn der Gesetzgebungsprozess in absehbarer Zeit in Gang kommt, weiter zusammensetzen, um einzelne Punkte, die du angesprochen hast, in den Gesetzgebungsprozess einzubinden.

Meine Bitte ist also, den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. – Meine Frage geht an Herrn Lehne und die Antragsteller: Wir könnten jetzt ziffernweise abstimmen; aber zu den einzelnen Ziffern liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Sie sind ja auch mit Ihrem Beitrag begründet worden. Meine Empfehlung entspricht dem, was auch der Generalsekretär gesagt hat: über den Antrag in der Form, wie ihn die Antragskommission empfiehlt, insgesamt abzustimmen und nicht ziffernweise. Sind die Antragsteller damit einverstanden? – Sie melden sich zu Wort. Zur Geschäftsordnung? – Bitte schön.

Klaus-Heiner Lehne: Ich bin damit einverstanden und nehme das Angebot, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens weiter auf die inhaltliche Gestaltung Einfluss zu nehmen, gerne an. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank Ihnen, Herr Lehne, und den Antragstellern. – Dann kommen wir zur Abstimmung des Antrages in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltung mit großer Mehrheit angenommen worden. Herzlichen Dank, auch Roland Koch für die Begründung.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe das Wort weiter an Christian Wulff.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Wir sehen jetzt ein Video mit den Impressionen des 21. Parteitages, weil sich der Parteitag seinem Ende nähert.

(Video-Einspielung – Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

SCHLUSSWORT

Ich bitte unsere Vorsitzende, das Schlusswort zu uns zu sprechen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Zwei arbeitsreiche Tage liegen hinter uns. Wir haben einen Beschluss zur aktuellen Politik gefasst: „Chancen für alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand.“ Wir haben uns mit der internationalen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft auseinandergesetzt, eine Aufgabe, von der ich glaube, dass sie uns in den nächsten Jahren weiter beschäftigen wird. Ich halte das für die große Frage: Wie entwickelt sich die Soziale Marktwirtschaft in den Zeiten der Globalisierung? Ich finde, wir sind auf einem guten Weg, auf diese Frage die Antwort zu finden, ganz in der Tradition von Ludwig Erhard und Konrad Adenauer. Die CDU war die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, sie ist es, und sie muss es auch unter den Bedingungen der Globalisierung bleiben, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir haben unser drittes Grundsatzprogramm in der Geschichte der Partei verabschiedet, mit einer großartigen Diskussion. Liebe Freunde, ich glaube, Sie haben es gestern Abend auch so empfunden wie ich: Die ernsthafte Debatte um die Frage der Stammzellerforschung, um das, wie wir richtigerweise vorgehen sollen, hat uns wirklich gut zu Gesicht gestanden.

(Beifall)

Wir fahren nach diesem Parteitag nach Hause, nicht ohne der Hannoveraner Messe, den Ordnern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, den Sicherheitskräften, den Sanitätsdiensten und den Vertretern der Medien ein ganz herzliches Dankeschön gesagt zu haben für ihre Arbeit für uns und dafür, dass wir einen so reibungslosen Parteitag miteinander haben konnten.

(Beifall)

Wir fahren natürlich in dem Bewusstsein nach Hause, dass wir jetzt mit unseren Freunden vor Ort das, was wir hier miteinander besprochen haben, diskutieren wollen, aber nicht nur im stillen Kämmerlein. Wir wollen die anstehenden Landtagswahlen in Hessen, Hamburg und Niedersachsen gewinnen. Deshalb gehen wir raus auf die Straßen und argumentieren für das, was wir haben.

(Beifall)

Um diese Geschlossenheit und Entschlossenheit deutlich zu machen, bitte ich Ole von Beust, Roland Koch und Christian Wulff mit ihren Teams, mit ihren Unterstützern noch einmal hier auf die Bühne, damit wir gemeinsam den Parteitag abschließen können mit einem kraftvollen Bild und einem kraftvollen Entschluss, diese Landtagswahlen zu gewinnen, damit es den Menschen in diesen Ländern weiterhin gut geht.

Denn dort, wo die Union regiert, da geht es den Menschen besser, liebe Freunde.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel, für das Schlusswort.

Wir singen jetzt gemeinsam das Lied der Deutschen und beenden damit den erfolgreichen 21. Parteitag der CDU Deutschlands. – Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Anhaltender Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herzlichen Dank für die Unterstützung. Allen eine gute Heimreise, eine gesegnete Adventszeit und dann einen guten Beginn im neuen Jahr! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

(Schluss: 12.23 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 21. Parteitags der CDU Deutschlands am 3./4. Dezember 2007 in Hannover

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
8. b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
8. c) Antrag des Bundesvorstandes „Chancen für Alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand.“
8. d) Beratung und Beschlussfassung
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Entwurf des Grundsatzprogramms
13. Allgemeine Aussprache und Beratung zum Grundsatzprogramm
14. Beschlussfassung über das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

15. a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert“ durch den Vorsitzenden der CDU Hessen, Ministerpräsident Roland Koch MdL
15. b) Beratung und Beschlussfassung
16. Beratung und Beschlussfassung über Änderungen von Statut, Finanz- und Beitragsordnung sowie Geschäftsordnung der CDU
17. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands; Vorlage des Rechenschaftsberichts 2005 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
18. Bericht der Rechnungsprüfer
19. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
20. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 21. Parteitags der CDU Deutschlands am 3. Dezember 2007 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident: Christian Wulff MdL
Beisitzer: Ole von Beust
Tanja Gönner
Peter Hintze MdB
Roland Koch MdL
Christine Lieberknecht MdL

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 21. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ronald Pofalla MdB
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klaus Schüler
Weitere Mitglieder:
Baden-Württemberg: Annette Widmann-Mauz MdB
Helmut Rau MdL
Berlin: Prof. Dr. Monika Grütters MdB
Brandenburg: Katherina Reiche MdB
Braunschweig: Jochen-Konrad Fromme MdB

Bremen:	Hartmut Perschau MdBB
Hamburg:	Birgit Schnieber-Jastram Dr. Detlef Gottschalck
Hessen:	Michael Boddenberg MdL Karin Wolff MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Lorenz Caffier MdL
Niedersachsen:	Dr. Ursula von der Leyen
Nordrhein-Westfalen:	Hendrik Wüst MdL Elmar Brok MdEP
Rheinland-Pfalz:	Julia Klöckner MdB
Saar:	Stefan Rabel
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	Dr. Reiner Haseloff MdL
Schleswig-Holstein:	Angelika Volquartz
Thüringen:	Antje Tillmann MdB
JU:	Philipp Mißfelder MdB
FU:	Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
MIT:	Dr. Josef Schlarmann
OMV:	Helmut Sauer
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Prof. Dr. Otto Wulff
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Prof. Dr. Kurt J. Lauk
RCDS:	Matthias Kutsch
EVP:	Dr. Werner Langen MdEP

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 21. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Thomas Etzmuß
Geschäftsführer der CDU Niedersachsen

Florian Weller
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Baden-Württemberg

Bernd Reisener
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Bernhard Albrecht
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn

Dr. Vera Anna Touché
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Natascha Brock		KV Hannover-Land
Dieter Burfeind	KGF	Braunschweig
Wotan Drescher		KV Nordvorpommern
Iris Eckmann	KGF	Burgenlandkreis
Christina Gansäuer		KV Hannover-Land
Walter Goda	KGF	Vechta
Bernd Hackstedt	KGF	Cloppenburg

Brigitte Hasche	KGFin	Lüchow-Dannenberg
Ralf-Peter Hoy	KGF	Celle
Eduard Jantos	KGF	Mansfeld-Südharz
Imke Jeske-Werner	KGFin	Peine
Peter Kassel	KGF	Wolfsburg
Michael Kinkal	KGF	Harz
Heinz Kirchfeld	KGF	Soltau-Fallingbostal
Gerlinde Kramer	KGFin	Grafschaft Bentheim
Andy Lübke	KGF	Börde
Roswitha Machel	KGFin	Uelzen
Magdalena Matyja	KGFin	Hannvoer-Stadt
Doris Memmler	KGFin	Magdeburg
Brigitte Meyer		KV Braunschweig
Harro Mies	KGF	Aachen-Stadt
Peter Möller	KGF	Friesland
Rudolf Patzenhauer	KGF	Saalekreis
Peter Pirron		KV Kaiserslautern
Hans-Ulrich Püschel	KGF	Diepholz
Jens Richter	KGF	Rotenburg
Johannes Ripperda	KGF	Lingen
Hagen Schwarz	KGF	Rhein-Pfalz-Kreis
Dorothee van Aalst		KV Hannover-Land
Bernd Wießel	KGF	Altmarkkreis Salzwedel
Elke von Ziegner	KGFin	Harburg-Land

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8a/8b): Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8c/8d): Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Chancen für Alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand.“** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut des Antrags D 43 liegt als gesonderter Einzeldruck vor.)

Zu TOP 9: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Die **Mandatsprüfungskommission** des 21. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 13:20 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 21. Parteitages 953 anwesend.

„Der 21. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Thomas Etzmuß

gez. Florian Weller

gez. Bernd Reisener“

Die Mandatsprüfungskommission hat ihren Bericht dahingehend ergänzt, dass um 16:00 Uhr 960 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind.

Zu TOP 12: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**, zum Entwurf des Grundsatzprogramms zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13/14: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache und Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 1314 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band I“, der Wortlaut der Anträge A 1315 bis A 2775 in Band II abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 2776 bis A 2788 findet sich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ wieder.)

A	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	5	Ablehnung
A	6	Ablehnung
A	7	Ablehnung
A	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	10	Ablehnung
A	11	Ablehnung
A	12	Ablehnung

A	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	18	Ablehnung
A	19	Ablehnung
A	20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	21	Ablehnung
A	22	Ablehnung
A	23	Ablehnung
A	24	Ablehnung
A	25	Ablehnung
A	26	Ablehnung
A	27	Ablehnung
A	28	Ablehnung
A	29	Ablehnung
A	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	32	Ablehnung
A	33	Ablehnung
A	34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	35	Ablehnung
A	36	Annahme
A	37	Ablehnung
A	38	Ablehnung

A	39	Ablehnung
A	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	42	Ablehnung
A	43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	44	Ablehnung
A	45	Ablehnung
A	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	48	Ablehnung
A	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	50	Ablehnung
A	51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	52	Ablehnung
A	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	54	Ablehnung
A	55	Ablehnung
A	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	57	Ablehnung
A	58	Ablehnung
A	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	61	Ablehnung
A	62	Ablehnung
A	63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	64	Annahme

21. Parteitag der CDU Deutschlands

259

A	65	Ablehnung
A	66	Ablehnung
A	67	Ablehnung
A	68	Ablehnung
A	69	Ablehnung
A	70	Ablehnung
A	71	Ablehnung
A	72	Ablehnung
A	73	Ablehnung
A	74	Ablehnung
A	75	Ablehnung
A	76	Annahme
A	77	Ablehnung
A	78	Ablehnung
A	79	Ablehnung
A	80	Ablehnung
A	81	Ablehnung
A	82	Ablehnung
A	83	Annahme
A	84	Ablehnung
A	85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	86	Ablehnung
A	87	Ablehnung
A	88	Ablehnung
A	89	Ablehnung
A	90	Ablehnung

A	91	Ablehnung
A	92	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	93	Ablehnung
A	94	Ablehnung
A	95	Ablehnung
A	96	Ablehnung
A	97	Annahme
A	98	Ablehnung
A	99	Ablehnung
A	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	101	Annahme
A	102	Ablehnung
A	103	Ablehnung
A	104	Ablehnung
A	105	Ablehnung
A	106	Ablehnung
A	107	Ablehnung
A	108	Ablehnung
A	109	Annahme
A	110	Ablehnung
A	111	Ablehnung
A	112	Ablehnung
A	113	Ablehnung
A	114	Ablehnung
A	115	Ablehnung
A	116	Annahme

A	117	Ablehnung
A	118	Ablehnung
A	119	Ablehnung
A	120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	123	Ablehnung
A	124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	125	Ablehnung
A	126	Ablehnung
A	127	Ablehnung
A	128	Ablehnung
A	129	Ablehnung
A	130	Ablehnung
A	131	Ablehnung
A	132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	133	Ablehnung
A	134	Ablehnung
A	135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	136	Ablehnung
A	137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	138	Ablehnung
A	139	Ablehnung
A	140	Ablehnung
A	141	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	142	Ablehnung

A	143	Ablehnung
A	144	Ablehnung
A	145	Ablehnung
A	146	Ablehnung
A	147	Ablehnung
A	148	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	149	Ablehnung
A	150	Ablehnung
A	151	Annahme
A	152	Ablehnung
A	153	Ablehnung
A	154	Ablehnung
A	155	Ablehnung
A	156	Ablehnung
A	157	Ablehnung
A	158	Annahme
A	159	Ablehnung
A	160	Ablehnung
A	161	Ablehnung
A	162	Ablehnung
A	163	Ablehnung
A	164	Ablehnung
A	165	Ablehnung
A	166	Ablehnung
A	167	Ablehnung
A	168	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

263

A	169	Ablehnung
A	170	Ablehnung
A	171	Ablehnung
A	172	Ablehnung
A	173	Annahme
A	174	Ablehnung
A	175	Ablehnung
A	176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	177	Ablehnung
A	178	Annahme
A	179	Ablehnung
A	180	Ablehnung
A	181	Ablehnung
A	182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	185	Ablehnung
A	186	Ablehnung
A	187	Ablehnung
A	188	Ablehnung
A	189	Ablehnung
A	190	Ablehnung
A	191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	192	Ablehnung
A	193	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	194	Annahme

A	195	Ablehnung
A	196	Ablehnung
A	197	Ablehnung
A	198	Annahme
A	199	Ablehnung
A	200	Ablehnung
A	201	Annahme
A	202	Ablehnung
A	203	Ablehnung
A	204	Ablehnung
A	205	Ablehnung
A	206	Annahme
A	207	Ablehnung
A	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	209	Ablehnung
A	210	Ablehnung
A	211	Ablehnung
A	212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	213	Ablehnung
A	214	Ablehnung
A	215	Ablehnung
A	216	Ablehnung
A	217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	219	Ablehnung
A	220	Ablehnung

A	221	Ablehnung
A	222	Ablehnung
A	223	Ablehnung
A	224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	225	Ablehnung
A	226	Annahme
A	227	Ablehnung
A	228	Ablehnung
A	229	Ablehnung
A	230	Ablehnung
A	231	Ablehnung
A	232	Ablehnung
A	233	Ablehnung
A	234	Ablehnung
A	235	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	236	Erledigung
A	237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	238	Ablehnung
A	239	Ablehnung
A	240	Ablehnung
A	241	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	242	Ablehnung
A	243	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	244	Ablehnung
A	245	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	246	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	247	Ablehnung
A	248	Annahme
A	249	Ablehnung
A	250	Ablehnung
A	251	Ablehnung
A	252	Ablehnung
A	253	Ablehnung
A	254	Ablehnung
A	255	Ablehnung
A	256	Ablehnung
A	257	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	258	Ablehnung
A	259	Ablehnung
A	260	Ablehnung
A	261	Ablehnung
A	262	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	263	Ablehnung
A	264	Ablehnung
A	265	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	266	Ablehnung
A	267	Ablehnung
A	268	Ablehnung
A	269	Ablehnung
A	270	Ablehnung
A	271	Ablehnung
A	272	Annahme i.d.F. der Antragskommission

21. Parteitag der CDU Deutschlands

267

A	273	Ablehnung
A	274	Ablehnung
A	275	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	276	Ablehnung
A	277	Ablehnung
A	278	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	279	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	280	Ablehnung
A	281	Ablehnung
A	282	Ablehnung
A	283	Ablehnung
A	284	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	285	Ablehnung
A	286	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	287	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	288	Ablehnung
A	289	Ablehnung
A	290	Ablehnung
A	291	Ablehnung
A	292	Ablehnung
A	293	Ablehnung
A	294	Ablehnung
A	295	Ablehnung
A	296	Ablehnung
A	297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	298	Ablehnung

A	299	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	300	Ablehnung
A	301	Ablehnung
A	302	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	303	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	304	Ablehnung
A	305	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	306	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	307	Ablehnung
A	308	Ablehnung
A	309	Ablehnung
A	310	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	311	Ablehnung
A	312	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	313	Ablehnung
A	314	Ablehnung
A	315	Ablehnung
A	316	Annahme
A	317	Ablehnung
A	318	Ablehnung
A	319	Ablehnung
A	320	Ablehnung
A	321	Ablehnung
A	322	Ablehnung
A	323	Ablehnung
A	324	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

269

A	325	Ablehnung
A	326	Ablehnung
A	327	Ablehnung
A	328	Ablehnung
A	329	Ablehnung
A	330	Ablehnung
A	331	Ablehnung
A	332	Ablehnung
A	333	Ablehnung
A	334	Ablehnung
A	335	Ablehnung
A	336	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	337	Ablehnung
A	338	Ablehnung
A	339	Ablehnung
A	340	Ablehnung
A	341	Ablehnung
A	342	Ablehnung
A	343	Ablehnung
A	344	Ablehnung
A	345	Ablehnung
A	346	Ablehnung
A	347	Ablehnung
A	348	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	349	Ablehnung
A	350	Ablehnung

A	351	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	352	Ablehnung
A	353	Ablehnung
A	354	Annahme
A	355	Ablehnung
A	356	Ablehnung
A	357	Ablehnung
A	358	Ablehnung
A	359	Ablehnung
A	360	Ablehnung
A	361	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	362	Ablehnung
A	363	Ablehnung
A	364	Ablehnung
A	365	Annahme
A	366	Ablehnung
A	367	Ablehnung
A	368	Annahme
A	369	Ablehnung
A	370	Ablehnung
A	371	Ablehnung
A	372	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	373	Ablehnung
A	374	Ablehnung
A	375	Ablehnung
A	376	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

271

A	377	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	378	Ablehnung
A	379	Ablehnung
A	380	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	381	Annahme
A	382	Ablehnung
A	383	Ablehnung
A	384	Ablehnung
A	385	Ablehnung
A	386	Ablehnung
A	387	Ablehnung
A	388	Ablehnung
A	389	Ablehnung
A	390	Ablehnung
A	391	Annahme
A	392	Ablehnung
A	393	Ablehnung
A	394	Ablehnung
A	395	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	396	Ablehnung
A	397	Ablehnung
A	398	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	399	Ablehnung
A	400	Ablehnung
A	401	Ablehnung
A	402	Ablehnung

A	403	Ablehnung
A	404	Ablehnung
A	405	Ablehnung
A	406	Ablehnung
A	407	Ablehnung
A	408	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	409	Ablehnung
A	410	Ablehnung
A	411	Ablehnung
A	412	Ablehnung
A	413	Ablehnung
A	414	Ablehnung
A	415	Ablehnung
A	416	Ablehnung
A	417	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	418	Ablehnung
A	419	Ablehnung
A	420	Ablehnung
A	421	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	422	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	423	Ablehnung
A	424	Annahme
A	425	Ablehnung
A	426	Ablehnung
A	427	Ablehnung
A	428	Ablehnung

A	429	Ablehnung
A	430	Ablehnung
A	431	Annahme
A	432	Ablehnung
A	433	Ablehnung
A	434	Ablehnung
A	435	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	436	Ablehnung
A	437	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	438	Ablehnung
A	439	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	440	Ablehnung
A	441	Ablehnung
A	442	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	443	Ablehnung
A	444	Ablehnung
A	445	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	446	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	447	Ablehnung
A	448	Annahme
A	449	Erledigung
A	450	Annahme
A	451	Ablehnung
A	452	Ablehnung
A	453	Ablehnung
A	454	Ablehnung

A	455	Annahme
A	456	Ablehnung
A	457	Ablehnung
A	458	Ablehnung
A	459	Ablehnung
A	460	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	461	Ablehnung
A	462	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	463	Ablehnung
A	464	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	465	Ablehnung
A	466	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	467	Ablehnung
A	468	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	469	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	470	Ablehnung
A	471	Ablehnung
A	472	Ablehnung
A	473	Ablehnung
A	474	Ablehnung
A	475	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	476	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	477	Annahme
A	478	Ablehnung
A	479	Ablehnung
A	480	Ablehnung

A	481	Ablehnung
A	482	Annahme
A	483	Ablehnung
A	484	Ablehnung
A	485	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	486	Ablehnung
A	487	Ablehnung
A	488	Ablehnung
A	489	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	490	Ablehnung
A	491	Ablehnung
A	492	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	493	Erledigung
A	494	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	495	Ablehnung
A	496	Ablehnung
A	497	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	498	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	499	Ablehnung
A	500	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	501	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	502	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	503	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	504	Ablehnung
A	505	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	506	Ablehnung

A	507	Ablehnung
A	508	Ablehnung
A	509	Ablehnung
A	510	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	511	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	512	Ablehnung
A	513	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	514	Ablehnung
A	515	Ablehnung
A	516	Ablehnung
A	517	Ablehnung
A	518	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	519	Ablehnung
A	520	Ablehnung
A	521	Ablehnung
A	522	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	523	Ablehnung
A	524	Ablehnung
A	525	Ablehnung
A	526	Ablehnung
A	527	Ablehnung
A	528	Ablehnung
A	529	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	530	Ablehnung
A	531	Annahme
A	532	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

277

A	533	Ablehnung
A	534	Annahme
A	535	Ablehnung
A	536	Ablehnung
A	537	Ablehnung
A	538	Annahme
A	539	Ablehnung
A	540	Ablehnung
A	541	Ablehnung
A	542	Ablehnung
A	543	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	544	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	545	Ablehnung
A	546	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	547	Ablehnung
A	548	Ablehnung
A	549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	550	Ablehnung
A	551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	552	Ablehnung
A	553	Ablehnung
A	554	Ablehnung
A	555	Ablehnung
A	556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	557	Ablehnung
A	558	Ablehnung

A	559	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	560	Ablehnung
A	561	Ablehnung
A	562	Ablehnung
A	563	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	564	Ablehnung
A	565	Ablehnung
A	566	Ablehnung
A	567	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	568	Ablehnung
A	569	Ablehnung
A	570	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	571	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	572	Ablehnung
A	573	Ablehnung
A	574	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	575	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	576	Ablehnung
A	577	Ablehnung
A	578	Ablehnung
A	579	Ablehnung
A	580	Ablehnung
A	581	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	582	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	583	Ablehnung
A	584	Annahme i.d.F. der Antragskommission

21. Parteitag der CDU Deutschlands

279

A	585	Ablehnung
A	586	Ablehnung
A	587	Ablehnung
A	588	Ablehnung
A	589	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	590	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	591	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	592	Ablehnung
A	593	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	594	Ablehnung
A	595	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	596	Ablehnung
A	597	Ablehnung
A	598	Ablehnung
A	599	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	600	Ablehnung
A	601	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	602	Ablehnung
A	603	Ablehnung
A	604	Ablehnung
A	605	Ablehnung
A	606	Ablehnung
A	607	Ablehnung
A	608	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	609	Ablehnung
A	610	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	611	Ablehnung
A	612	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	613	Ablehnung
A	614	Ablehnung
A	615	Ablehnung
A	616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	617	Ablehnung
A	618	Ablehnung
A	619	Ablehnung
A	620	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	621	Annahme
A	622	Ablehnung
A	623	Ablehnung
A	624	Ablehnung
A	625	Ablehnung
A	626	Ablehnung
A	627	Ablehnung
A	628	Ablehnung
A	629	Ablehnung
A	630	Ablehnung
A	631	Ablehnung
A	632	Ablehnung
A	633	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	634	Ablehnung
A	635	Ablehnung
A	636	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

281

A	637	Ablehnung
A	638	Annahme
A	639	Ablehnung
A	640	Ablehnung
A	641	Ablehnung
A	642	Ablehnung
A	643	Ablehnung
A	644	Annahme
A	645	Ablehnung
A	646	Ablehnung
A	647	Ablehnung
A	648	Ablehnung
A	649	Ablehnung
A	650	Ablehnung
A	651	Ablehnung
A	652	Ablehnung
A	653	Ablehnung
A	654	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	655	Ablehnung
A	656	Ablehnung
A	657	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	658	Ablehnung
A	659	Ablehnung
A	660	Ablehnung
A	661	Ablehnung
A	662	Ablehnung

A	663	Ablehnung
A	664	Ablehnung
A	665	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	666	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	667	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	668	Ablehnung
A	669	Ablehnung
A	670	Ablehnung
A	671	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	672	Ablehnung
A	673	Ablehnung
A	674	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	675	Ablehnung
A	676	Ablehnung
A	677	Annahme
A	678	Ablehnung
A	679	Ablehnung
A	680	Ablehnung
A	681	Ablehnung
A	682	Ablehnung
A	683	Ablehnung
A	684	Ablehnung
A	685	Ablehnung
A	686	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	687	Ablehnung
A	688	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	689	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	690	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	691	Ablehnung
A	692	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	693	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	694	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	695	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	696	Ablehnung
A	697	Ablehnung
A	698	Ablehnung
A	699	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	700	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	701	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	702	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	703	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	704	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	705	Ablehnung
A	706	Ablehnung
A	707	Ablehnung
A	708	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	709	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	710	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	711	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	712	Annahme
A	713	Ablehnung
A	714	Ablehnung

A	715	Annahme
A	716	Ablehnung
A	717	Ablehnung
A	718	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	719	Ablehnung
A	720	Ablehnung
A	721	Ablehnung
A	722	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	723	Ablehnung
A	724	Ablehnung
A	725	Ablehnung
A	726	Ablehnung
A	727	Ablehnung
A	728	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	729	Ablehnung
A	730	Ablehnung
A	731	Ablehnung
A	732	Ablehnung
A	733	Ablehnung
A	734	Annahme
A	735	Ablehnung
A	736	Ablehnung
A	737	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	738	Ablehnung
A	739	Ablehnung
A	740	Ablehnung

A	741	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	742	Ablehnung
A	743	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	744	Ablehnung
A	745	Ablehnung
A	746	Ablehnung
A	747	Ablehnung
A	748	Ablehnung
A	749	Ablehnung
A	750	Ablehnung
A	751	Ablehnung
A	752	Ablehnung
A	753	Ablehnung
A	754	Ablehnung
A	755	Ablehnung
A	756	Ablehnung
A	757	Ablehnung
A	758	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	759	Ablehnung
A	760	Ablehnung
A	761	Ablehnung
A	762	Ablehnung
A	763	Ablehnung
A	764	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	765	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	766	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	767	Ablehnung
A	768	Ablehnung
A	769	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	770	Ablehnung
A	771	Ablehnung
A	772	Ablehnung
A	773	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	774	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	775	Ablehnung
A	776	Ablehnung
A	777	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	778	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	779	Ablehnung
A	780	Ablehnung
A	781	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	782	Ablehnung
A	783	Ablehnung
A	784	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	785	Ablehnung
A	786	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	787	Ablehnung
A	788	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	789	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	790	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	791	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	792	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	793	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	794	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	795	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	796	Ablehnung
A	797	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	798	Ablehnung
A	799	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	800	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	801	Ablehnung
A	802	Ablehnung
A	803	Ablehnung
A	804	Ablehnung
A	805	Ablehnung
A	806	Ablehnung
A	807	Ablehnung
A	808	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	809	Ablehnung
A	810	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	811	Ablehnung
A	812	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	813	Ablehnung
A	814	Ablehnung
A	815	Ablehnung
A	816	Ablehnung
A	817	Ablehnung
A	818	Ablehnung

A	819	Ablehnung
A	820	Ablehnung
A	821	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	822	Ablehnung
A	823	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	824	Ablehnung
A	825	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	826	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	827	Ablehnung
A	828	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	829	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	830	Ablehnung
A	831	Ablehnung
A	832	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	833	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	834	Ablehnung
A	835	Ablehnung
A	836	Ablehnung
A	837	Ablehnung
A	838	Ablehnung
A	839	Ablehnung
A	840	Ablehnung
A	841	Ablehnung
A	842	Ablehnung
A	843	Ablehnung
A	844	Ablehnung

A	845	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	846	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	847	Ablehnung
A	848	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	849	Ablehnung
A	850	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	851	Ablehnung
A	852	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	853	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	854	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	855	Ablehnung
A	856	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	857	Ablehnung
A	858	Ablehnung
A	859	Ablehnung
A	860	Ablehnung
A	861	Ablehnung
A	862	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	863	Ablehnung
A	864	Ablehnung
A	865	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	866	Ablehnung
A	867	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	868	Ablehnung
A	869	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	870	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	871	Ablehnung
A	872	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	873	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	874	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	875	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	876	Ablehnung
A	877	Ablehnung
A	878	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	879	Ablehnung
A	880	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	881	Ablehnung
A	882	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	883	Ablehnung
A	884	Ablehnung
A	885	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	886	Ablehnung
A	887	Ablehnung
A	888	Ablehnung
A	889	Ablehnung
A	890	Ablehnung
A	891	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	892	Ablehnung
A	893	Ablehnung
A	894	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	895	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	896	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

291

A	897	Ablehnung
A	898	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	899	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	900	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	901	Ablehnung
A	902	Ablehnung
A	903	Ablehnung
A	904	Ablehnung
A	905	Ablehnung
A	906	Ablehnung
A	907	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	908	Ablehnung
A	909	Ablehnung
A	910	Ablehnung
A	911	Ablehnung
A	912	Ablehnung
A	913	Ablehnung
A	914	Annahme
A	915	Ablehnung
A	916	Erledigung
A	917	Ablehnung
A	918	Ablehnung
A	919	Ablehnung
A	920	Ablehnung
A	921	Ablehnung
A	922	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	923	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	924	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	925	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	926	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	927	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	928	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	929	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	930	Ablehnung
A	931	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	932	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	933	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	934	Ablehnung
A	935	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	936	Annahme
A	937	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	938	Ablehnung
A	939	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	940	Ablehnung
A	941	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	942	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	943	Ablehnung
A	944	Ablehnung
A	945	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	946	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	947	Ablehnung
A	948	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	949	Ablehnung
A	950	Ablehnung
A	951	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	952	Ablehnung
A	953	Ablehnung
A	954	Ablehnung
A	955	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	956	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	957	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	958	Ablehnung
A	959	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	960	Ablehnung
A	961	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	962	Ablehnung
A	963	Ablehnung
A	964	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	965	Ablehnung
A	966	Ablehnung
A	967	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	968	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	969	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	970	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	971	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	972	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	973	Ablehnung
A	974	Ablehnung

A	975	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	976	Ablehnung
A	977	Ablehnung
A	978	Ablehnung
A	979	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	980	Ablehnung
A	981	Ablehnung
A	982	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	983	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	984	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	985	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	986	Ablehnung
A	987	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	988	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	989	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	990	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	991	Ablehnung
A	992	Ablehnung
A	993	Ablehnung
A	994	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	995	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	996	Ablehnung
A	997	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	998	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	999	Ablehnung
A	1000	Annahme i.d.F. der Antragskommission

21. Parteitag der CDU Deutschlands

295

A	1001	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1002	Ablehnung
A	1003	Ablehnung
A	1004	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1005	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1006	Ablehnung
A	1007	Ablehnung
A	1008	Ablehnung
A	1009	Ablehnung
A	1010	Ablehnung
A	1011	Ablehnung
A	1012	Ablehnung
A	1013	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1014	Ablehnung
A	1015	Ablehnung
A	1016	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1017	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1018	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1019	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1020	Ablehnung
A	1021	Ablehnung
A	1022	Ablehnung
A	1023	Ablehnung
A	1024	Ablehnung
A	1025	Ablehnung
A	1026	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1027	Ablehnung
A	1028	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1029	Ablehnung
A	1030	Ablehnung
A	1031	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1032	Ablehnung
A	1033	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1034	Ablehnung
A	1035	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1036	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1037	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1038	Ablehnung
A	1039	Ablehnung
A	1040	Ablehnung
A	1041	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1042	Ablehnung
A	1043	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1044	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1045	Ablehnung
A	1046	Ablehnung
A	1047	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1048	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1049	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1050	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1051	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1052	Ablehnung

A	1053	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1054	Ablehnung
A	1055	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1056	Ablehnung
A	1057	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1058	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1059	Ablehnung
A	1060	Ablehnung
A	1061	Ablehnung
A	1062	Ablehnung
A	1063	Ablehnung
A	1064	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1065	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1066	Ablehnung
A	1067	Ablehnung
A	1068	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1069	Ablehnung
A	1070	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1071	Annahme
A	1072	Überweisung an den Bundesvorstand
A	1073	Ablehnung
A	1074	Ablehnung
A	1075	Ablehnung
A	1076	Ablehnung
A	1077	Ablehnung
A	1078	Ablehnung

A	1079	Ablehnung
A	1080	Ablehnung
A	1081	Annahme
A	1082	Ablehnung
A	1083	Ablehnung
A	1084	Ablehnung
A	1085	Annahme
A	1086	Ablehnung
A	1087	Ablehnung
A	1088	Ablehnung
A	1089	Ablehnung
A	1090	Ablehnung
A	1091	Ablehnung
A	1092	Ablehnung
A	1093	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1094	Ablehnung
A	1095	Ablehnung
A	1096	Ablehnung
A	1097	Ablehnung
A	1098	Ablehnung
A	1099	Ablehnung
A	1100	Ablehnung
A	1101	Ablehnung
A	1102	Ablehnung
A	1103	Ablehnung
A	1104	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

299

A	1105	Ablehnung
A	1106	Annahme
A	1107	Ablehnung
A	1108	Ablehnung
A	1109	Ablehnung
A	1110	Ablehnung
A	1111	Ablehnung
A	1112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1113	Ablehnung
A	1114	Ablehnung
A	1115	Ablehnung
A	1116	Ablehnung
A	1117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1119	Ablehnung
A	1120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1121	Ablehnung
A	1122	Ablehnung
A	1123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1125	Ablehnung
A	1126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1128	Ablehnung
A	1129	Ablehnung
A	1130	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1131	Ablehnung
A	1132	Ablehnung
A	1133	Ablehnung
A	1134	Ablehnung
A	1135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1139	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1140	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1141	Ablehnung
A	1142	Ablehnung
A	1143	Ablehnung
A	1144	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1147	Ablehnung
A	1148	Ablehnung
A	1149	Ablehnung
A	1150	Ablehnung
A	1151	Ablehnung
A	1152	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1153	Ablehnung
A	1154	Ablehnung
A	1155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1156	Ablehnung

A	1157	Ablehnung
A	1158	Ablehnung
A	1159	Annahme
A	1160	Ablehnung
A	1161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1166	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1167	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1169	Ablehnung
A	1170	Ablehnung
A	1171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1172	Ablehnung
A	1173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1174	Ablehnung
A	1175	Ablehnung
A	1176	Ablehnung
A	1177	Ablehnung
A	1178	Ablehnung
A	1179	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1180	Ablehnung
A	1181	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1182	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1184	Annahme
A	1185	Ablehnung
A	1186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1187	Ablehnung
A	1188	Ablehnung
A	1189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1190	Ablehnung
A	1191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1192	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1193	Ablehnung
A	1194	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1195	Ablehnung
A	1196	Ablehnung
A	1197	Ablehnung
A	1198	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1199	Ablehnung
A	1200	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1201	Ablehnung
A	1202	Ablehnung
A	1203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1206	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1207	Ablehnung
A	1208	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1210	Ablehnung
A	1211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1213	Ablehnung
A	1214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1215	Ablehnung
A	1216	Ablehnung
A	1217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1219	Ablehnung
A	1220	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1226	Ablehnung
A	1227	Annahme
A	1228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1230	Annahme
A	1231	Ablehnung
A	1232	Ablehnung
A	1233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1234	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1235	Ablehnung
A	1236	Ablehnung
A	1237	Ablehnung
A	1238	Ablehnung
A	1239	Ablehnung
A	1240	Ablehnung
A	1241	Ablehnung
A	1242	Ablehnung
A	1243	Ablehnung
A	1244	Annahme
A	1245	Annahme
A	1246	Ablehnung
A	1247	Ablehnung
A	1248	Ablehnung
A	1249	Ablehnung
A	1250	Ablehnung
A	1251	Ablehnung
A	1252	Ablehnung
A	1253	Annahme
A	1254	Annahme
A	1255	Ablehnung
A	1256	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1257	Ablehnung
A	1258	Ablehnung
A	1259	Ablehnung
A	1260	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

305

A	1261	Ablehnung
A	1262	Ablehnung
A	1263	Ablehnung
A	1264	Ablehnung
A	1265	Ablehnung
A	1266	Ablehnung
A	1267	Annahme
A	1268	Ablehnung
A	1269	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1270	Ablehnung
A	1271	Ablehnung
A	1272	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1273	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1274	Ablehnung
A	1275	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1276	Ablehnung
A	1277	Ablehnung
A	1278	Ablehnung
A	1279	Ablehnung
A	1280	Annahme
A	1281	Ablehnung
A	1282	Ablehnung
A	1283	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1284	Ablehnung
A	1285	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1286	Ablehnung

A	1287	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1288	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1289	Ablehnung
A	1290	Ablehnung
A	1291	Ablehnung
A	1292	Ablehnung
A	1293	Ablehnung
A	1294	Ablehnung
A	1295	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1296	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1298	Ablehnung
A	1299	Ablehnung
A	1300	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1301	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1302	Ablehnung
A	1303	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1304	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1305	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1306	Ablehnung
A	1307	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1308	Ablehnung
A	1309	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1310	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1311	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1312	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

307

A	1313	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1314	Ablehnung
A	1315	Annahme
A	1316	Ablehnung
A	1317	Ablehnung
A	1318	Ablehnung
A	1319	Ablehnung
A	1320	Ablehnung
A	1321	Ablehnung
A	1322	Ablehnung
A	1323	Ablehnung
A	1324	Ablehnung
A	1325	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1326	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1327	Ablehnung
A	1328	Ablehnung
A	1329	Annahme
A	1330	Ablehnung
A	1331	Ablehnung
A	1332	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1333	Ablehnung
A	1334	Ablehnung
A	1335	Annahme
A	1336	Erledigung
A	1337	Annahme
A	1338	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1339	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1340	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1341	Ablehnung
A	1342	Erledigung
A	1343	Annahme
A	1344	Erledigung
A	1345	Ablehnung
A	1346	Ablehnung
A	1347	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1348	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1349	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1350	Ablehnung
A	1351	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1352	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1353	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1354	Ablehnung
A	1355	Ablehnung
A	1356	Ablehnung
A	1357	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1358	Ablehnung
A	1359	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1360	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1361	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1362	Ablehnung
A	1363	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1364	Ablehnung

A	1365	Ablehnung
A	1366	Ablehnung
A	1367	Ablehnung
A	1368	Ablehnung
A	1369	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1370	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1371	Ablehnung
A	1372	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1373	Ablehnung
A	1374	Ablehnung
A	1375	Ablehnung
A	1376	Ablehnung
A	1377	Ablehnung
A	1378	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1379	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1380	Ablehnung
A	1381	Ablehnung
A	1382	Ablehnung
A	1383	Ablehnung
A	1384	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1385	Ablehnung
A	1386	Ablehnung
A	1387	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1388	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1389	Ablehnung
A	1390	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1391	Ablehnung
A	1392	Ablehnung
A	1393	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1394	Ablehnung
A	1395	Ablehnung
A	1396	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1397	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1398	Ablehnung
A	1399	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1400	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1401	Ablehnung
A	1402	Ablehnung
A	1403	Ablehnung
A	1404	Ablehnung
A	1405	Ablehnung
A	1406	Ablehnung
A	1407	Ablehnung
A	1408	Ablehnung
A	1409	Ablehnung
A	1410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1411	Ablehnung
A	1412	Ablehnung
A	1413	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1414	Ablehnung
A	1415	Ablehnung
A	1416	Ablehnung

A	1417	Ablehnung
A	1418	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1419	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1420	Ablehnung
A	1421	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1422	Ablehnung
A	1423	Ablehnung
A	1424	Ablehnung
A	1425	Ablehnung
A	1426	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1427	Ablehnung
A	1428	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1429	Ablehnung
A	1430	Ablehnung
A	1431	Ablehnung
A	1432	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1433	Ablehnung
A	1434	Ablehnung
A	1435	Ablehnung
A	1436	Annahme
A	1437	Ablehnung
A	1438	Ablehnung
A	1439	Ablehnung
A	1440	Ablehnung
A	1441	Ablehnung
A	1442	Ablehnung

A	1443	Ablehnung
A	1444	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1445	Ablehnung
A	1446	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1447	Ablehnung
A	1448	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1449	Ablehnung
A	1450	Ablehnung
A	1451	Ablehnung
A	1452	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1453	Annahme
A	1454	Ablehnung
A	1455	Ablehnung
A	1456	Ablehnung
A	1457	Ablehnung
A	1458	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1459	Ablehnung
A	1460	Ablehnung
A	1461	Ablehnung
A	1462	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1463	Ablehnung
A	1464	Ablehnung
A	1465	Ablehnung
A	1466	Ablehnung
A	1467	Ablehnung
A	1468	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1469	Ablehnung
A	1470	Ablehnung
A	1471	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1472	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1473	Ablehnung
A	1474	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1475	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1476	Ablehnung
A	1477	Ablehnung
A	1478	Ablehnung
A	1479	Ablehnung
A	1480	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1481	Ablehnung
A	1482	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1483	Ablehnung
A	1484	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1485	Ablehnung
A	1486	Ablehnung
A	1487	Ablehnung
A	1488	Ablehnung
A	1489	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1490	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1491	Erledigung
A	1492	Annahme
A	1493	Ablehnung
A	1494	Erledigung

A	1495	Ablehnung
A	1496	Ablehnung
A	1497	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1498	Ablehnung
A	1499	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1500	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1501	Ablehnung
A	1502	Ablehnung
A	1503	Ablehnung
A	1504	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1505	Annahme
A	1506	Ablehnung
A	1507	Ablehnung
A	1508	Ablehnung
A	1509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1510	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1511	Ablehnung
A	1512	Ablehnung
A	1513	Ablehnung
A	1514	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1515	Ablehnung
A	1516	Erledigung
A	1517	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1518	Ablehnung
A	1519	Ablehnung
A	1520	Ablehnung

A	1521	Erledigung
A	1522	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1523	Ablehnung
A	1524	Ablehnung
A	1525	Ablehnung
A	1526	Annahme
A	1527	Ablehnung
A	1528	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1529	Erledigung
A	1530	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1531	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1532	Erledigung
A	1533	Ablehnung
A	1534	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1535	Erledigung
A	1536	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1537	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1538	Ablehnung
A	1539	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1540	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1541	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1542	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1543	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1544	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1545	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1546	Erledigung

A	1547	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1548	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1550	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1552	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1553	Ablehnung
A	1554	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1555	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1557	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1558	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1559	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1560	Ablehnung
A	1561	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1562	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1563	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1564	Ablehnung
A	1565	Annahme
A	1566	Erledigung
A	1567	Ablehnung
A	1568	Ablehnung
A	1569	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1570	Ablehnung
A	1571	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1572	Erledigung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

317

A	1573	Ablehnung
A	1574	Ablehnung
A	1575	Ablehnung
A	1576	Ablehnung
A	1577	Ablehnung
A	1578	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1579	Ablehnung
A	1580	Erledigung
A	1581	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1582	Ablehnung
A	1583	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1584	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1585	Ablehnung
A	1586	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1587	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1588	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1589	Ablehnung
A	1590	Ablehnung
A	1591	Ablehnung
A	1592	Ablehnung
A	1593	Ablehnung
A	1594	Ablehnung
A	1595	Erledigung
A	1596	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1597	Ablehnung
A	1598	Ablehnung

A	1599	Ablehnung
A	1600	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1601	Ablehnung
A	1602	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1603	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1604	Ablehnung
A	1605	Annahme
A	1606	Ablehnung
A	1607	Ablehnung
A	1608	Ablehnung
A	1609	Erledigung
A	1610	Ablehnung
A	1611	Ablehnung
A	1612	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1613	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1614	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1615	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1618	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1619	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1620	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1621	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1622	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1623	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1624	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1625	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1626	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1627	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1628	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1629	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1631	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1632	Ablehnung
A	1633	Ablehnung
A	1634	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1635	Ablehnung
A	1636	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1637	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1638	Ablehnung
A	1639	Ablehnung
A	1640	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1641	Ablehnung
A	1642	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1643	Ablehnung
A	1644	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1645	Erledigung
A	1646	Ablehnung
A	1647	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1648	Ablehnung
A	1649	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1650	Annahme

A	1651	Ablehnung
A	1652	Erledigung
A	1653	Ablehnung
A	1654	Erledigung
A	1655	Ablehnung
A	1656	Ablehnung
A	1657	Ablehnung
A	1658	Ablehnung
A	1659	Ablehnung
A	1660	Ablehnung
A	1661	Ablehnung
A	1662	Ablehnung
A	1663	Ablehnung
A	1664	Erledigung
A	1665	Ablehnung
A	1666	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1667	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1668	Ablehnung
A	1669	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1670	Ablehnung
A	1671	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1672	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1673	Ablehnung
A	1674	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1675	Ablehnung
A	1676	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1677	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1678	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1679	Ablehnung
A	1680	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1681	Ablehnung
A	1682	Ablehnung
A	1683	Ablehnung
A	1684	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1685	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1686	Ablehnung
A	1687	Ablehnung
A	1688	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1689	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1690	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1691	Ablehnung
A	1692	Ablehnung
A	1693	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1694	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1695	Ablehnung
A	1696	Ablehnung
A	1697	Ablehnung
A	1698	Ablehnung
A	1699	Ablehnung
A	1700	Ablehnung
A	1701	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1702	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1703	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1704	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1705	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1706	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1707	Ablehnung
A	1708	Ablehnung
A	1709	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1710	Ablehnung
A	1711	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1712	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1713	Ablehnung
A	1714	Ablehnung
A	1715	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1716	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1717	Erledigung
A	1718	Erledigung
A	1719	Erledigung
A	1720	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1721	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1722	Ablehnung
A	1723	Ablehnung
A	1724	Erledigung
A	1725	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1726	Ablehnung
A	1727	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1728	Annahme i.d.F. der Antragskommission

21. Parteitag der CDU Deutschlands

323

A	1729	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1730	Ablehnung
A	1731	Ablehnung
A	1732	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1733	Ablehnung
A	1734	Ablehnung
A	1735	Ablehnung
A	1736	Ablehnung
A	1737	Ablehnung
A	1738	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1739	Ablehnung
A	1740	Ablehnung
A	1741	Ablehnung
A	1742	Ablehnung
A	1743	Ablehnung
A	1744	Ablehnung
A	1745	Annahme
A	1746	Ablehnung
A	1747	Annahme
A	1748	Ablehnung
A	1749	Ablehnung
A	1750	Ablehnung
A	1751	Ablehnung
A	1752	Annahme
A	1753	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	1754	Ablehnung

A	1755	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1756	Ablehnung
A	1757	Ablehnung
A	1758	Ablehnung
A	1759	Ablehnung
A	1760	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1761	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1762	Ablehnung
A	1763	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1764	Ablehnung
A	1765	Ablehnung
A	1766	Ablehnung
A	1767	Annahme
A	1768	Ablehnung
A	1769	Ablehnung
A	1770	Ablehnung
A	1771	Ablehnung
A	1772	Ablehnung
A	1773	Ablehnung
A	1774	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1775	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	1776	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1777	Ablehnung
A	1778	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1779	Ablehnung
A	1780	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1781	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1782	Ablehnung
A	1783	Ablehnung
A	1784	Ablehnung
A	1785	Ablehnung
A	1786	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1787	Ablehnung
A	1788	Ablehnung
A	1789	Ablehnung
A	1790	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1791	Ablehnung
A	1792	Ablehnung
A	1793	Ablehnung
A	1794	Ablehnung
A	1795	Ablehnung
A	1796	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1797	Ablehnung
A	1798	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1799	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1800	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1801	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1802	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1803	Ablehnung
A	1804	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1805	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1806	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1807	Ablehnung
A	1808	Annahme
A	1809	Ablehnung
A	1810	Ablehnung
A	1811	Ablehnung
A	1812	Ablehnung
A	1813	Annahme
A	1814	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1815	Ablehnung
A	1816	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1817	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1818	Ablehnung
A	1819	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1820	Annahme
A	1821	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	1822	Ablehnung
A	1823	Ablehnung
A	1824	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1825	Ablehnung
A	1826	Ablehnung
A	1827	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1828	Ablehnung
A	1829	Ablehnung
A	1830	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1831	Ablehnung
A	1832	Ablehnung

A	1833	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1834	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1835	Ablehnung
A	1836	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1837	Ablehnung
A	1838	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1839	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1840	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1841	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1842	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1843	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1844	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1845	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1846	Ablehnung
A	1847	Annahme
A	1848	Ablehnung
A	1849	Ablehnung
A	1850	Ablehnung
A	1851	Annahme
A	1852	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1853	Ablehnung
A	1854	Ablehnung
A	1855	Ablehnung
A	1856	Ablehnung
A	1857	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1858	Ablehnung

A	1859	Ablehnung
A	1860	Ablehnung
A	1861	Ablehnung
A	1862	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1863	Ablehnung
A	1864	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1865	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1866	Ablehnung
A	1867	Annahme
A	1868	Ablehnung
A	1869	Ablehnung
A	1870	Ablehnung
A	1871	Ablehnung
A	1872	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1873	Ablehnung
A	1874	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1875	Ablehnung
A	1876	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1877	Ablehnung
A	1878	Annahme
A	1879	Ablehnung
A	1880	Ablehnung
A	1881	Ablehnung
A	1882	Ablehnung
A	1883	Annahme
A	1884	Annahme

21. Parteitag der CDU Deutschlands

329

A	1885	Erledigung
A	1886	Erledigung
A	1887	Ablehnung
A	1888	Erledigung
A	1889	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1890	Ablehnung
A	1891	Ablehnung
A	1892	Ablehnung
A	1893	Ablehnung
A	1894	Ablehnung
A	1895	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1896	Ablehnung
A	1897	Ablehnung
A	1898	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1899	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1900	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1901	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1902	Ablehnung
A	1903	Ablehnung
A	1904	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1905	Erledigung
A	1906	Annahme
A	1907	Ablehnung
A	1908	Ablehnung
A	1909	Annahme
A	1910	Annahme

A	1911	Annahme
A	1912	Ablehnung
A	1913	Annahme
A	1914	Ablehnung
A	1915	Annahme
A	1916	Ablehnung
A	1917	Ablehnung
A	1918	Annahme
A	1919	Erledigung
A	1920	Ablehnung
A	1921	Ablehnung
A	1922	Ablehnung
A	1923	Annahme
A	1924	Ablehnung
A	1925	Ablehnung
A	1926	Ablehnung
A	1927	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1928	Ablehnung
A	1929	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1930	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1931	Ablehnung
A	1932	Annahme
A	1933	Ablehnung
A	1934	Ablehnung
A	1935	Ablehnung
A	1936	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

331

A	1937	Ablehnung
A	1938	Ablehnung
A	1939	Ablehnung
A	1940	Ablehnung
A	1941	Ablehnung
A	1942	Ablehnung
A	1943	Ablehnung
A	1944	Ablehnung
A	1945	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1946	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1947	Ablehnung
A	1948	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1949	Ablehnung
A	1950	Annahme
A	1951	Ablehnung
A	1952	Ablehnung
A	1953	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1954	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1955	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1956	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1957	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1958	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1959	Ablehnung
A	1960	Ablehnung
A	1961	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1962	Ablehnung

A	1963	Ablehnung
A	1964	Ablehnung
A	1965	Erledigung
A	1966	Ablehnung
A	1967	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1968	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1969	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1970	Ablehnung
A	1971	Ablehnung
A	1972	Ablehnung
A	1973	Ablehnung
A	1974	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1975	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1976	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1977	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1978	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1979	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1980	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1981	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1982	Ablehnung
A	1983	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1984	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1985	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1986	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1987	Ablehnung
A	1988	Ablehnung

A	1989	Ablehnung
A	1990	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1991	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1992	Ablehnung
A	1993	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1994	Ablehnung
A	1995	Ablehnung
A	1996	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1997	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1998	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1999	Ablehnung
A	2000	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2001	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2002	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2003	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2004	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2005	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2006	Ablehnung
A	2007	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2008	Ablehnung
A	2009	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2010	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2011	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2012	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2013	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2014	Ablehnung

A	2015	Ablehnung
A	2016	Ablehnung
A	2017	Ablehnung
A	2018	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2019	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2020	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2021	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2022	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2023	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2024	Ablehnung
A	2025	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2026	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2027	Ablehnung
A	2028	Ablehnung
A	2029	Ablehnung
A	2030	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2031	Ablehnung
A	2032	Ablehnung
A	2033	Ablehnung
A	2034	Ablehnung
A	2035	Annahme
A	2036	Ablehnung
A	2037	Ablehnung
A	2038	Ablehnung
A	2039	Ablehnung
A	2040	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

335

A	2041	Ablehnung
A	2042	Ablehnung
A	2043	Ablehnung
A	2044	Ablehnung
A	2045	Ablehnung
A	2046	Ablehnung
A	2047	Ablehnung
A	2048	Ablehnung
A	2049	Ablehnung
A	2050	Annahme
A	2051	Ablehnung
A	2052	Annahme
A	2053	Ablehnung
A	2054	Ablehnung
A	2055	Ablehnung
A	2056	Ablehnung
A	2057	Ablehnung
A	2058	Ablehnung
A	2059	Ablehnung
A	2060	Ablehnung
A	2061	Ablehnung
A	2062	Ablehnung
A	2063	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	2064	Ablehnung
A	2065	Ablehnung
A	2066	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2067	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2068	Ablehnung
A	2069	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2070	Ablehnung
A	2071	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2072	Ablehnung
A	2073	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2074	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2075	Ablehnung
A	2076	Annahme
A	2077	Ablehnung
A	2078	Ablehnung
A	2079	Ablehnung
A	2080	Ablehnung
A	2081	Ablehnung
A	2082	Ablehnung
A	2083	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2084	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2085	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2086	Ablehnung
A	2087	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2088	Ablehnung
A	2089	Annahme
A	2090	Ablehnung
A	2091	Annahme
A	2092	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

337

A	2093	Ablehnung
A	2094	Erledigung
A	2095	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2096	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2097	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2098	Ablehnung
A	2099	Ablehnung
A	2100	Ablehnung
A	2101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2102	Ablehnung
A	2103	Ablehnung
A	2104	Annahme
A	2105	Erledigung
A	2106	Ablehnung
A	2107	Ablehnung
A	2108	Ablehnung
A	2109	Ablehnung
A	2110	Ablehnung
A	2111	Ablehnung
A	2112	Ablehnung
A	2113	Ablehnung
A	2114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2116	Ablehnung
A	2117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2118	Ablehnung

A	2119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2120	Ablehnung
A	2121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2124	Ablehnung
A	2125	Ablehnung
A	2126	Ablehnung
A	2127	Ablehnung
A	2128	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2130	Ablehnung
A	2131	Ablehnung
A	2132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2134	Ablehnung
A	2135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2136	Ablehnung
A	2137	Ablehnung
A	2138	Erledigung
A	2139	Annahme
A	2140	Ablehnung
A	2141	Ablehnung
A	2142	Ablehnung
A	2143	Ablehnung
A	2144	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

339

A	2145	Ablehnung
A	2146	Ablehnung
A	2147	Ablehnung
A	2148	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2149	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2151	Ablehnung
A	2152	Ablehnung
A	2153	Ablehnung
A	2154	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2156	Ablehnung
A	2157	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2158	Ablehnung
A	2159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2160	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2166	Annahme
A	2167	Ablehnung
A	2168	Ablehnung
A	2169	Ablehnung
A	2170	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2171	Ablehnung
A	2172	Ablehnung
A	2173	Ablehnung
A	2174	Ablehnung
A	2175	Ablehnung
A	2176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2178	Erledigung
A	2179	Ablehnung
A	2180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2181	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2182	Ablehnung
A	2183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2184	Ablehnung
A	2185	Ablehnung
A	2186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2187	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2188	Ablehnung
A	2189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2190	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2191	Ablehnung
A	2192	Ablehnung
A	2193	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2194	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2195	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2196	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2198	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2199	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2200	Ablehnung
A	2201	Ablehnung
A	2202	Ablehnung
A	2203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2206	Ablehnung
A	2207	Ablehnung
A	2208	Ablehnung
A	2209	Ablehnung
A	2210	Ablehnung
A	2211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2213	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2216	Ablehnung
A	2217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2220	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2222	Ablehnung

A	2223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2226	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2228	Ablehnung
A	2229	Ablehnung
A	2230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2231	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2232	Ablehnung
A	2233	Ablehnung
A	2234	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2235	Ablehnung
A	2236	Ablehnung
A	2237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2238	Ablehnung
A	2239	Annahme
A	2240	Ablehnung
A	2241	Ablehnung
A	2242	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2243	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2244	Ablehnung
A	2245	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2246	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2247	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2248	Ablehnung

A	2249	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2250	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2251	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2252	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2253	Ablehnung
A	2254	Ablehnung
A	2255	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2256	Ablehnung
A	2257	Ablehnung
A	2258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2260	Ablehnung
A	2261	Ablehnung
A	2262	Ablehnung
A	2263	Ablehnung
A	2264	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2265	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2266	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2267	Ablehnung
A	2268	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2269	Ablehnung
A	2270	Ablehnung
A	2271	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2272	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2273	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2274	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2275	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2276	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2277	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2278	Ablehnung
A	2279	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2280	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2281	Ablehnung
A	2282	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2283	Ablehnung
A	2284	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2285	Ablehnung
A	2286	Ablehnung
A	2287	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2288	Ablehnung
A	2289	Ablehnung
A	2290	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2291	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2292	Annahme
A	2293	Ablehnung
A	2294	Ablehnung
A	2295	Ablehnung
A	2296	Ablehnung
A	2297	Ablehnung
A	2298	Ablehnung
A	2299	Ablehnung
A	2300	Ablehnung

A	2301	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2302	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2303	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2304	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2305	Ablehnung
A	2306	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2307	Ablehnung
A	2308	Ablehnung
A	2309	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2310	Ablehnung
A	2311	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2312	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2313	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2314	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2315	Ablehnung
A	2316	Ablehnung
A	2317	Ablehnung
A	2318	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2319	Ablehnung
A	2320	Ablehnung
A	2321	Ablehnung
A	2322	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2323	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2324	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2325	Ablehnung
A	2326	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2327	Ablehnung
A	2328	Annahme
A	2329	Ablehnung
A	2330	Ablehnung
A	2331	Annahme
A	2332	Ablehnung
A	2333	Ablehnung
A	2334	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2335	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2336	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2337	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2338	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2339	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2340	Annahme
A	2341	Ablehnung
A	2342	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2343	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2344	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2345	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2346	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2347	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2348	Ablehnung
A	2349	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2350	Ablehnung
A	2351	Ablehnung
A	2352	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2353	Ablehnung
A	2354	Ablehnung
A	2355	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2356	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2357	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2358	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2359	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2360	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2361	Ablehnung
A	2362	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2363	Ablehnung
A	2364	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2365	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2366	Ablehnung
A	2367	Ablehnung
A	2368	Ablehnung
A	2369	Ablehnung
A	2370	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2371	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2372	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2373	Ablehnung
A	2374	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2375	Annahme
A	2376	Ablehnung
A	2377	Ablehnung
A	2378	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2379	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2380	Ablehnung
A	2381	Ablehnung
A	2382	Ablehnung
A	2383	Ablehnung
A	2384	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2385	Ablehnung
A	2386	Ablehnung
A	2387	Ablehnung
A	2388	Ablehnung
A	2389	Ablehnung
A	2390	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2391	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2392	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2393	Ablehnung
A	2394	Ablehnung
A	2395	Ablehnung
A	2396	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2397	Ablehnung
A	2398	Ablehnung
A	2399	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2400	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2401	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2402	Ablehnung
A	2403	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2404	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2405	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2406	Ablehnung
A	2407	Ablehnung
A	2408	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2409	Ablehnung
A	2410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2411	Ablehnung
A	2412	Annahme
A	2413	Ablehnung
A	2414	Ablehnung
A	2415	Ablehnung
A	2416	Ablehnung
A	2417	Ablehnung
A	2418	Ablehnung
A	2419	Ablehnung
A	2420	Ablehnung
A	2421	Ablehnung
A	2422	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2423	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2424	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2425	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2426	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2427	Ablehnung
A	2428	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2429	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2430	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2431	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2432	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2433	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2434	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2435	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2436	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2437	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2438	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2439	Ablehnung
A	2440	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2441	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2442	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2443	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2444	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2445	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2446	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2447	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2448	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2449	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2450	Ablehnung
A	2451	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2452	Ablehnung
A	2453	Ablehnung
A	2454	Ablehnung
A	2455	Ablehnung
A	2456	Ablehnung

A	2457	Ablehnung
A	2458	Ablehnung
A	2459	Ablehnung
A	2460	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2461	Ablehnung
A	2462	Ablehnung
A	2463	Ablehnung
A	2464	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2465	Ablehnung
A	2466	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2467	Ablehnung
A	2468	Ablehnung
A	2469	Ablehnung
A	2470	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2471	Ablehnung
A	2472	Ablehnung
A	2473	Ablehnung
A	2474	Annahme
A	2475	Ablehnung
A	2476	Ablehnung
A	2477	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2478	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2479	Ablehnung
A	2480	Ablehnung
A	2481	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2482	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2483	Ablehnung
A	2484	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2485	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2486	Ablehnung
A	2487	Ablehnung
A	2488	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2489	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2490	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2491	Ablehnung
A	2492	Ablehnung
A	2493	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2494	Ablehnung
A	2495	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2496	Ablehnung
A	2497	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2498	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2499	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2500	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2501	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2502	Ablehnung
A	2503	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2504	Ablehnung
A	2505	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2506	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2507	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2508	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2510	Ablehnung
A	2511	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2512	Ablehnung
A	2513	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2514	Ablehnung
A	2515	Ablehnung
A	2516	Ablehnung
A	2517	Ablehnung
A	2518	Ablehnung
A	2519	Ablehnung
A	2520	Annahme
A	2521	Ablehnung
A	2522	Ablehnung
A	2523	Ablehnung
A	2524	Ablehnung
A	2525	Ablehnung
A	2526	Ablehnung
A	2527	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2528	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2529	Ablehnung
A	2530	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2531	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2532	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2533	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2534	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2535	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2536	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2537	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2538	Ablehnung
A	2539	Ablehnung
A	2540	Annahme
A	2541	Ablehnung
A	2542	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2543	Annahme
A	2544	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2545	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2546	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2547	Ablehnung
A	2548	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2550	Annahme
A	2551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2552	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2553	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2554	Ablehnung
A	2555	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2557	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2558	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2559	Ablehnung
A	2560	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2561	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2562	Ablehnung
A	2563	Ablehnung
A	2564	Ablehnung
A	2565	Ablehnung
A	2566	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2567	Annahme
A	2568	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2569	Ablehnung
A	2570	Ablehnung
A	2571	Ablehnung
A	2572	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2573	Ablehnung
A	2574	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2575	Ablehnung
A	2576	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2577	Ablehnung
A	2578	Ablehnung
A	2579	Ablehnung
A	2580	Ablehnung
A	2581	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2582	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2583	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2584	Ablehnung
A	2585	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2586	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2587	Ablehnung
A	2588	Ablehnung
A	2589	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2590	Ablehnung
A	2591	Annahme
A	2592	Ablehnung
A	2593	Ablehnung
A	2594	Annahme
A	2595	Ablehnung
A	2596	Ablehnung
A	2597	Ablehnung
A	2598	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2599	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2600	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2601	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2602	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2603	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2604	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2605	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2606	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2607	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2608	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2609	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2610	Ablehnung
A	2611	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2612	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2613	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2614	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2615	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2618	Annahme
A	2619	Ablehnung
A	2620	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2621	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2622	Ablehnung
A	2623	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2624	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2625	Ablehnung
A	2626	Ablehnung
A	2627	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2628	Ablehnung
A	2629	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2631	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2632	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2633	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2634	Ablehnung
A	2635	Ablehnung
A	2636	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2637	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2638	Ablehnung

A	2639	Ablehnung
A	2640	Annahme
A	2641	Ablehnung
A	2642	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2643	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2644	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2645	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2646	Ablehnung
A	2647	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2648	Ablehnung
A	2649	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2650	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2651	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2652	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2653	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2654	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2655	Ablehnung
A	2656	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2657	Ablehnung
A	2658	Ablehnung
A	2659	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2660	Annahme
A	2661	Ablehnung
A	2662	Annahme
A	2663	Ablehnung
A	2664	Ablehnung

21. Parteitag der CDU Deutschlands

359

A	2665	Ablehnung
A	2666	Annahme
A	2667	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2668	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2669	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2670	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2671	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2672	Ablehnung
A	2673	Ablehnung
A	2674	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2675	Annahme
A	2676	Ablehnung
A	2677	Annahme
A	2678	Ablehnung
A	2679	Ablehnung
A	2680	Annahme
A	2681	Ablehnung
A	2682	Annahme
A	2683	Ablehnung
A	2684	Annahme
A	2685	Annahme
A	2686	Ablehnung
A	2687	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2688	Ablehnung
A	2689	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2690	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2691	Ablehnung
A	2692	Annahme
A	2693	Annahme
A	2694	Ablehnung
A	2695	Ablehnung
A	2696	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2697	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2698	Ablehnung
A	2699	Annahme
A	2700	Annahme
A	2701	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2702	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2703	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2704	Annahme
A	2705	Ablehnung
A	2706	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2707	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2708	Ablehnung
A	2709	Annahme
A	2710	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2711	Ablehnung
A	2712	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2713	Ablehnung
A	2714	Ablehnung
A	2715	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2716	Ablehnung

A	2717	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2718	Annahme
A	2719	Ablehnung
A	2720	Annahme
A	2721	Annahme
A	2722	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2723	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2724	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2725	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2726	Ablehnung
A	2727	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2728	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2729	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2730	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	2731	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2732	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2733	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	2734	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2735	Ablehnung
A	2736	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	2737	Ablehnung
A	2738	Ablehnung
A	2739	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2740	Ablehnung
A	2741	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2742	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	2743	Ablehnung
A	2744	Ablehnung
A	2745	Ablehnung
A	2746	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2747	Ablehnung
A	2748	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2749	Annahme
A	2750	Annahme
A	2751	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2752	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2753	Annahme
A	2754	Annahme
A	2755	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2756	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2757	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2758	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2759	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2760	Annahme
A	2761	Ablehnung
A	2762	Ablehnung
A	2763	Ablehnung
A	2764	Erledigung
A	2765	Überweisung an den Generalsekretär
A	2766	Überweisung an den Generalsekretär
A	2767	Ablehnung
A	2768	Ablehnung

A	2769	Ablehnung
A	2770	Ablehnung
A	2771	Erledigung
A	2772	Erledigung
A	2773	Ablehnung
A	2774	Ablehnung
A	2775	Ablehnung
A	2776	Erledigung
A	2777	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2778	Erledigung
A	2779	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2780	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	2781	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	2782	Überweisung an die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“
A	2783	Ablehnung
A	2784	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	2785	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	2786	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2787	Ablehnung
A	2788	Erledigung

Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands verabschiedete das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.“ mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.

Zu TOP 15 a)/b): Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 24 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band III“ abgedruckt.)

C	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	5	Ablehnung
C	6	Annahme
C	7	Ablehnung
C	8	Annahme
C	9	Annahme
C	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	12	Ablehnung
C	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	15	Ablehnung
C	16	Ablehnung
C	17	Ablehnung
C	18	Ablehnung
C	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	20	Ablehnung

C	21	Ablehnung
C	22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	23	Annahme
C	24	Annahme

Zu TOP 16: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands zur **Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 25 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band III“ abgedruckt. Der Wortlaut des Antrags B 26 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Die satzungsgemäß erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

B	1	Annahme
B	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	3	Erledigung
B	4	Erledigung
B	5	Erledigung
B	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	7	Erledigung
B	8	Erledigung
B	9	Annahme
B	10	Ablehnung
B	11	Ablehnung
B	12	Ablehnung
B	13	Annahme

B	14	Ablehnung
B	15	Annahme
B	16	Annahme
B	17	Annahme
B	18	Annahme
B	19	Ablehnung
B	20	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
B	21	Annahme
B	22	Annahme
B	23	Annahme
B	24	Annahme
B	25	Ablehnung
B	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission

Zu TOP 17: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Eckart von Klaeden MdB**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2005** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 18: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis und erteilte dem Bundesvorstand in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für das Kalenderjahr 2005 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 19: Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung zu **sonstigen Anträgen** folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 42 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band III“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge D 13, D 44 bis D 46 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

D	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	2	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	4	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	5	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	7	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	8	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	9	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	10	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	11	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	14	Überweisung an den Generalsekretär
D	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	18	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	20	Ablehnung
D	21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	22	Überweisung an den Generalsekretär
D	23	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktion des Freistaates Sachsen
D	24	Ablehnung
D	25	Ablehnung

D	26	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	27	Ablehnung
D	28	Ablehnung
D	29	Ablehnung
D	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	31	Überweisung an den Bundesvorstand
D	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	33	Annahme
D	34	Überweisung an den Generalsekretär
D	35	Überweisung an den Bundesvorstand
D	36	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	37	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	38	Überweisung an den Generalsekretär
D	39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	41	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D	42	Ablehnung
D	43	Annahme
D	44	Überweisung an den Bundesvorstand
D	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	46	Erledigung

Zu TOP 20: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel MdB

21. Parteitag der CDU Deutschlands

369

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	45 ff.
Althaus, Dieter	81 ff.
Bäumler, Christian	146
Baldauf, Christian	50 f.
Barthle, Norbert	132 f., 151 f., 162
Birkhahn, Astrid	131
Boddenberg, Michael	144
Böhmer, Maria	98 ff., 182 f.
Brand, Michael	174 f.
Brinkmeier, Michael	170 f.
Brok, Elmar	154 f.
Burkert, Oskar	165
Carstens, Manfred	169
Demirbüken-Wegner, Emine	130 f.
Dörflinger, Thomas	172 f.
Etzmuß, Thomas	71
Falk, Ilse	96 ff.
Fischbach, Ingrid	127, 177 f.
Flath, Steffen	134 f.
Friederici, Oliver	152
Fromme, Jochen-Konrad	123 f.
Fuchs, Michael	91 f.
Gienger, Eberhard	151, 179
Gönner, Tanja	13 ff., 135 ff.

Görner, Regina	69 f.
Gräßle, Inge	127
Henke, Rudolf	171 f.
Henkel, Frank	161
Hintze, Peter	89 f., 107 ff., 148 ff., 173 f., 207
Huber, Erwin	225 ff.
Jung, Franz-Josef	93 ff.
Junghanns, Ulrich	71 f.
Kauder, Volker	210 ff.
Klößner, Julia	90 f., 176 f.
Koch, Friedhelm	62 f.
Koch, Roland	47 ff., 80 ff., 130 ff., 236 ff.
Köhler, Kristina	95 f.
Koschorrek, Rolf	142, 180
Kutsch, Mattias	55 f., 110
Laschet, Armin	125 ff.
Laumann, Karl-Josef	142 f.
Lehmann-Brauns, Uwe	62
Lehne, Klaus-Heiner	243 ff., 246
Liese, Peter	178 f.
Mann, Thomas	42 f.
Martens, Wilfried	208 ff.
Merkel, Angela	7 ff., 20 ff., 128 ff., 155 f., 165 f., 191 f., 195, 247 f.
Merklein, Katharina	128
Meyer, Gerd	122 f.
Müller, Carsten	183 f.

21. Parteitag der CDU Deutschlands

371

Müller, Peter	58 ff.
Natterer, Christian	194 f.
Niedergesäß, Fritz Dieter	63 ff.
Oettinger, Günther H.	52 ff.
Panse, Michael	121 f.
Pflüger, Friedbert	43 ff., 105 f., 187
Philipp, Marcel	148, 149
Pofalla, Ronald	73 ff., 113, 144, 153, 159 f., 195, 202, 245 f.
Rachel, Thomas	105, 107, 184 f.
Rack, Roland	201
Rauen, Engelbert	118
Razavi, Nicole Y.	107
Reiche, Katherina	133 f., 141, 186 f.
Reinders, Hermann	162 ff.
Reinhardt, Erika	159
Reul, Herbert	158
Richter, Jochen	154
Riegert, Klaus	111, 132, 150 f.
Röder, Jörg	139 f.
Rößler, Matthias	153
Schavan, Annette	137 f., 189 ff.
Schlarmann, Josef	56 ff.
Schauerte, Hartmut	65 ff.
Schiewerling, Karl	119 f.
Schipanski, Dagmar	188 f.
Schnieber-Jastram, Birgit	120, 131 f.

Schreiber, Michael	111 f., 117
Schüler, Klaus	197 ff.
Schummer, Uwe	140 f.
Schwarz, Michael	113
Seidel, Jürgen	68 f.
Thelen, Hedi	114
van Dinther, Regina	201 f.
Vogel, Bernhard	106, 112
Vogelsang, Stefanie	104 f.
von Beust, Ole	56 ff., 243 ff.
von der Leyen, Ursula	86 ff.
von Weichs, Georg	100 ff.
Weber, Michael	149 f.
Weil, Stephan	18 ff.
Weiß, Gerald	143
Weiß, Peter	145 f., 180 ff.
Widmann-Mauz, Annette	147, 148 f., 150
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	118 f.
Wulff, Christian	11, 13 ff., 20 ff., 41 ff., 71 ff., 156 ff., 224 ff., 235 ff., 246 ff.
Wulff, Otto	115 f.
Zeh, Klaus	124 f.

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de